

Confidentiel/vertraulich
Bern, den 13. Juli 1992

NATIONALRAT
Aussenpolitische Kommission

HAUPTPROTOKOLL der Sitzung vom 24. / 25 . / 26. Juni 1992,
9.00-18.40 / 8.00-18.10 / 8.00-15.45 Uhr
in Worben bei Lyss, Hotel Worbenbad

TAGESORDNUNG Siehe Seite 2
ORDRE DU JOUR Cf. page 2

TEILNEHMER Präsidium : Rychen
Anwesende Mitglieder : Aubry, Bär, Bäumlín,
Berger, Bircher Silvio, Caccia (ersetzt am
25.6. durch Bircher Peter), Columberg, Eggly,
Fischer-Hägglín, Frey Claude (ersetzt am
24.6 durch Tschopp), Frey Walter, Grendelmeier
(ersetzt am 24.6. durch Wiederkehr), Haller,
Maitre (ersetzt durch Stamm Judith), Moser,
Mühlemann, Nabholz, Oehler, Rebeaud (ersetzt am
24.6 durch Gardiol), Ruffy, Scheidegger,
Segmüller (ersetzt am 24.6 durch Ruckstuhl),
Steffen, Vollmer, Wyss Paul (ersetzt am 26.6
Vormittag durch Loeb François), Ziegler Jean

Mitglieder der Staatspolitischen Kommission des
NR (an der Anhörung vom 24.6.):
Ruf, Tschäppät Alexander, Zölch

Entschuldigt : Maitre
24.6. Vormittag : Aubry, Bircher Silvio, Oehler
24.6. : Fischer-Hägglín, Frey Claude,
Grendelmeier, Rebeaud, Segmüller, Vollmer,
Ziegler Jean
25.6. Nachmittag : Caccia
26.6. Vormittag : Wyss Paul

Andere Teilnehmer :

- Verwaltung :

HH. Bundesrat Delamuraz, Vorsteher EVD
(25./26.6.)
Staatssekretär Blankart, Direktor BAWI, EVD
(25./26.6.)
Staatssekretär Kellenberger, EDA (25./26.6.)
Schaller, GS EDA (26.6)
Botschafter Krafft, EDA (25./26.6)
Botschafter Spinner, Integrationsbüro, EDA/EVD
(24./25./26.6)
Bärfuss, Integrationsbüro EDA/EVD (25./26.6.)
Colombo, Integrationsbüro EDA/EVD (26.6.)
Egger, BAWI, EVD (26.6.)
Grossen, BIGA, EVD (25.6.)



Jossi, EFV, EFD (26.6.)
 Stücheli, EDA (24./25./26.6.)
 Rossier, Integrationsbüro (25.6.)

Entschuldigt : H. Bundespräsident Felber,
 Vorsteher EDA

Experten (Anhörung vom 24.6.)
 HH. Triponez, Direktor des Schweizerischen
 Gewerbeverbandes
 Stampfli, Stv. Direktor des Schweizerischen
 Bauernverbandes
 Regierungsrat Jenny, Präsident der
 Koordinationskommission des Kontaktgrämiums der
 Kantone
 Veyrassat, 1. Sekretär des Vororts des
 Schweizerischen Handels- und Industrievereins
 Kappeler, Sekretär des Schweizerischen
 Gewerkschaftsbundes
 Frau Herzog-Zimmermann, Koordinationsstelle für
 Europafragen der Umweltschutzorganisationen
 HH. Köstinger, Zentralsekretär des Christlich-
 nationalen Gewerkschaftsbundes
 Chapuis, Generalsekretär der Schweizerischen
 Bankiervereinigung

Experte (25.6.)
 H. Hanser, Firma Brugger, Hanser und Partner

Sekretariat : HH. Aebi, Bitterli, Frau Hutter,
 H. Weber

Protokoll : 24.6. Frau Baessler(f), Frau
 Stauffer (d)
 25./26.6. H. Lombard (d), Frau Quebatte (f)

TAGESORDNUNG

Am 24.6.92 :

1. Anhörung von Experten zum EWR-Abkommen und zum Bericht zur Frage eines Beitritts der Schweiz zur EG

Am 25./26.6.92 :

2. EWR-Abkommen und Bericht zur Frage eines Beitritts der Schweiz zur EG: gemeinsame Eintretensdebatte
3. Kapitelweise Beratung der EWR-Botschaft
4. Vorbereitung der Sitzungen vom 13. und 17.8.92
5. Verschiedenes
 (Traktanden 2./3./4./5. siehe Teilprotokoll 1)
 (Points 2/3/4/5 : cf. PV particulier 1)

Annexes :

- Annexe 1 : exposé de M. Stampfli
 Annexe 2 : exposé de M. Veyrassat
 Annexe 3 : exposé de M. Chapuis
 Annexe 4 : communiqué de presse

La séance est ouverte à 9h00.

Präsident: Ich heisse Sie alle im Berner Seeland ganz herzlich willkommen. Wir tagen hier im Mehrzweckraum eines Altersheimes. Hier finden die Lehrabschlussfeiern meiner gewerblich-industriellen Schule statt, der Gottesdienst für die alten Leute, Gemeindeversammlungen, Tagungen von grossen Firmen und nun - erstmals in der Geschichte - auch eine Sitzung der Nationalrätlichen Kommission für Aussenpolitik.

Exposé von Herrn Triponez:

Ich bedanke mich herzlich für die Möglichkeit einer Anhörung. Es ist für einen Vertreter eines Verbandes, der formell noch nicht Position bezogen hat, nicht einfach, hier zu sprechen. Der Schweizerische Gewerbeverband wird am 4. September einen ausserordentlichen Gewerkekongress einberufen, um seinen Entscheid über den EWR möglichst breit abzustützen. Was ich Ihnen heute sage, muss ich Ihnen klar als persönliche Beurteilung zu erkennen geben.

Der EWR-Vertrag (EWRV), so wie er heute vor uns liegt, ist unzweifelhaft nicht derselbe wie der, den sich die Schweiz zwei Jahre zuvor vorgestellt hat. Ursprünglich standen mit den berühmten vier Freiheiten und deren Absicherung durch flankierende Politiken Dinge im Vordergrund, zu denen man hätte ja sagen können. Es war auch vorgesehen, dass die Efta-Länder Ausnahmen einbringen könnten und dass ganze Bereiche vom EWRV ausgenommen würden, wie z. B. die Ausländerpolitik, die 28-Tonnen-Limite, usw. Nun sind aber im Verlaufe der Verhandlungen praktisch alle Ausnahmeregelungen dahingefallen, und gleichzeitig haben die flankierenden Politiken einen ganz anderen Stellenwert erhalten. Man hat nun in diesem EWRV Dinge geregelt - im Sozialbereich, im Wettbewerbsrecht, mit dem Kohäsionsfonds -, die zu einer riesigen Komplexität geführt haben. Wir stehen heute vor einem komplexen Vertragswerk, das den Freihandelscharakter fast gänzlich verloren hat und das vielmehr eine Rechtsvereinheitlichung in den Bereichen der Wirtschaft und des Sozialen anstrebt. Der EWR-Vertrag hat dadurch einen völlig neuen Charakter erhalten; er ist nicht mehr ein Vertrag sui generis, sondern er stellt eine fast uneingeschränkte Uebernahme von EG-Recht durch die Efta-Staaten dar. Der EWRV ist eher eine Art Teilbeitritt der gesamten Efta in die EG geworden, unter Ausklammerung gewisser Bereiche natürlich. Materiell ist dieser Vertrag unbefriedigend geworden, weil er nicht mehr die vier Freiheiten im Vordergrund hat, sondern eine Rechtsvereinheitlichung anstrebt, die uns Schweizern sehr viele Nachteile bringen wird.

Zum institutionellen Bereich: Wir erinnern uns, dass der Bundesrat, als der Vertrag Schritt für Schritt für uns immer schlechter geworden ist, ein paarmal mit Abbruch gedroht hat.

Vor allem aber hat er gehofft, dass wir wenigstens im institutionellen Bereich eine Position erhalten würden, die als einigermaßen ausgewogen bezeichnet werden könnte. Nun ist es aber so, dass bei der Rechtsauslegung und - noch schlimmer - bei der Weiterentwicklung des EWR-Rechtes zwar eine Mitwirkung der Efta-Staaten vorgesehen ist, aber eben kein Mitentscheid. Ich erlaube mir, ganz persönlich das Wort "unwürdig" hier einzubringen. Ein Vertrag, der fast eine Art Blankoscheck ist, um Jahr für Jahr neue Richtlinien einführen zu können, über die wir nicht mitentscheiden können - das tut weh. Das Resultat, vor dem wir stehen, ist eher ein EG-Diktat geworden als ein zweiseitiges, ausgewogenes Abkommen, zu dem man stehen könnte. Die Idee, dass der EWRV ein selbständiges Vertragswerk auf längere Sicht sein könnte, ist wohl vorbei, und der Ausspruch von Herrn Blankart "beitrittsfähig sein, um nicht beitreten zu müssen", gilt nicht mehr.

Für mich ist es auch klar, dass die Ankündigung der Bundesräte Delamuraz und Felber im letzten Herbst, dass der Bundesrat früher oder später ein Gesuch zum EG-Beitritt stellen werde, eine Folge der Unvollkommenheit des EWRV ist, ein Bekenntnis, dass man das gemerkt und gesehen hat, dass dieser Schritt nur dann einen Sinn hat, wenn er ein Zwischenschritt zum Vollbeitritt ist. Das ist eine Flucht nach vorne, eine logische Folge, aber gleichzeitig bringt diese tatsächliche Verknüpfung zwischen EWR und EG auch für diejenigen, die für den EWR sind, innenpolitisch zusätzliche Probleme. Aus meiner Sicht ist die Situation nicht mehr anders zu interpretieren: Wer ja sagt zum EWR, der muss auch grundsätzlich bereit sein, zum späteren EG-Beitritt ja zu sagen. Das macht die Sache für den Stimmbürger nicht leichter. - Der Schweizerische Gewerbeverband hat zwar seinen Entscheid noch nicht getroffen. Er hat aber im August 1990 zu einem EG-Beitritt klar nein gesagt. Das ist wohl auch heute noch seine Haltung.

Zur Eurolex: Bei der Lektüre dieser 63 notwendigen Gesetzesanpassungen hat mich schockiert, dass von Liberalisierung überhaupt nichts mehr zu merken ist, sondern nur noch von Komplizierung. Es gibt drei Elemente, die mir aufgefallen sind: 1. Eine Kompetenzverlagerung von den Kantonen zum Bund. 2. Eine Kompetenzverlagerung vom Parlament an den Bundesrat. 3. Wesentlich mehr Vorschriften, Auflagen, Bedingungen, die wieder wesentlich mehr Beamte nötig machen; also das Gegenteil der Deregulierung, von der wir heute so viel sprechen.

Wirtschaftliche Folgen: Die Meinungen gehen hier bekanntlich sehr weit auseinander. Vom Gewerbe aus kann ich sagen, dass - vielleicht - die Exportwirtschaft, wenn sie innovativ genug ist, einen gewissen Vorteil realisieren kann. Die Binnenwirtschaft dagegen wird keinen Gewinn haben, sondern vermehrte Schwierigkeiten.

Tendenziell müssten wir bei einer Annahme des EWRV mit einer Stärkung der Grossbetriebe rechnen; die mittleren und kleinen Betriebe dagegen würden in mehr Schwierigkeiten geraten. Durch die Liberalisierung des Personenverkehrs würde die Möglichkeit zur Beschäftigung ausländischer Arbeitsnehmer ohne Priorität der Schweizer Arbeitnehmer geschaffen. Es wird kein Problem

mehr sein, einen schweizerischen Arbeitnehmer durch eine - billigere - ausländische Arbeitskraft zu ersetzen. Ich war 15 Jahre in diesem Bereiche tätig und habe die ganze Entwicklung seit Schwarzenbach miterleben können. Ich habe immer gesagt: Diese Oeffnung der Ausländerzulassung wird zu einer massiven Zunahme der ausländischen Arbeitnehmer in diesem Lande führen. Man hat uns immer beruhigt und gesagt, das sei nicht der Fall. Heute kann man das aber in einem offiziellen Bericht nachlesen: Kürzlich hat das Bundesamt für Statistik einen Bericht über die Bevölkerungsentwicklung der nächsten Jahre herausgegeben. Darin steht, dass die Liberalisierung durch den EWR bis zum Jahre 2020 rund 600'000 zusätzliche Ausländer in unser Land hineinbringen wird, und dass diese Zahl bei der Weiterführung der heutigen Stabilisierungspolitik wesentlich anders liegt. Die Bevölkerung soll sich bis zum Jahr 2040 von heute 6,8 auf 7,5 Millionen entwickeln; diese Probleme kann man nicht unter den Tisch wischen. Wenn einfach gesagt wird, es habe keinen Effekt, wenn man die Grenzen öffne, dann ist das nicht richtig. Ich kann Ihnen diesen Expertenbericht sehr empfehlen.

Wir hätten natürlich den Vorteil, dass der Lohndruck dahinfallen würde, dass also das Gewerbe günstigere Arbeitskräfte finden könnte. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Löhne fallen werden, und damit kommen natürlich auch die Preise unter Druck. Vielleicht ist es eine persönliche Uebertreibung, aber eine der grossen Ideen des EWR ist es ja, in diesem europäischen Raum eine gewisse Nivellierung zwischen den reicheren und den ärmeren Staaten herzubringen; es ist somit logisch, dass die reichen Staaten am meisten zur Kasse gebeten werden. Ich bin überzeugt, dass diese Nivellierung für die Schweiz sehr teuer zu stehen kommen wird; wir werden die Zahler sein. An einen wirtschaftlichen Aufschwung glaube ich deshalb nicht.

Bei all diesen Vereinheitlichungstendenzen im Arbeits- und Sozialrecht habe ich ein ungutes Gefühl. Die Schweiz ist heute noch zusammen mit Japan und den USA eines der wenigen Länder mit einer relativ liberalen Wirtschaftsordnung. Ich warne alle, die da glauben, die Liberalisierung könne mit dem EWRV zunehmen. Meines Erachtens wird der Spielraum für die Wirtschaft, jedenfalls für das Gewerbe, wesentlich kleiner werden als heute. Wenn wir solche Reglementierungen annehmen, werden wir in diesem Lande niemals eine Deregulierung erreichen können.

Der EWR-Vertrag, wie er heute vorliegt, stellt einen sehr einschneidenden Eingriff in unsere Autonomie dar. Man sagt, dass damit 80 Prozent des heutigen EG-Rechtes schon "gekauft" sei; wir müssten dann quasi noch 20 Prozent übernehmen. Es wäre für unsere Demokratie ein schwerer Schlag; denn wenn wir dem EWRV einmal zugestimmt haben, kann sich der Gewerbeverband nicht mehr wehren, wenn z. B. eine EG-Richtlinie bestimmt, dass der Mutterschafturlaub in Europa von 14 auf 16 Wochen verlängert werden soll. Faktisch wird mit diesem Grundschrift die Referendumsmöglichkeit verloren gehen. Es ist unfair, wenn in der Botschaft gesagt wird, das Referendum werde kein Problem sein. Wenn wir für den EWRV sind, müssen wir dazu stehen, dass unsere Bürgerrechte einen ganz entscheidenden Wandel erfahren

werden.

Scheidegger: Welche Strategie wird der Gewerbeverband verfolgen, wenn der EWR-Vertrag angenommen wird?

Triponez: Unsere Möglichkeiten würden dadurch wesentlich eingeschränkt. Wir würden versuchen, das beste daraus zu machen, und weiterhin für ein noch lebensfähiges Gewerbe kämpfen.

Frau Zölch: Können Sie uns eine erste Beurteilung abgeben bezüglich der Frage, ob der Bundesrat in seiner Eurolex-Vorlage wirklich nur das sogenannte Minimum Minimum übernommen hat? Die Antwort interessiert mich insbesondere, weil wir in der Staatspolitischen Kommission beurteilen müssen, ob das Referendum wirklich ausgeschlossen werden kann - wie uns der Bundesrat vorschlägt -, weil nur das absolut Notwendige in diesem Paket enthalten sei.

Triponez: Es wird eine grosse Verantwortung bei Ihnen liegen, wenn sie diese ganze Ueberprüfung der Eurolex vornehmen. Es ist für einen Verband sehr schwierig, bei dieser Vorlage seine Gedanken einzubringen, und es ist jetzt sehr schwierig, die genaue Kontrolle zu machen, wo eine Aenderung über das absolut Notwendige hinausgeht. Ich kann Ihnen aber zwei Beispiele geben: Art. 4 EWRV verbietet jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit. Art 28 EWRV postuliert die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, wobei Abs. 4 dieses Artikels besagt, dass dies für die öffentliche Verwaltung nicht gelte. In der Revision des Beamtengesetzes in der Eurolex-Vorlage finden sich zwei Dinge, die klar über das absolut Notwendige hinausgehen. Art. 2 wird nicht mehr lauten: "Beamte sind Schweizer Bürger", sondern: "Beamte können alle Bürger aus EWR-Staaten werden." Schon dieser Schritt scheint mir zu weit gegangen. Im weiteren hat der Bundesrat auch gefunden, man könne die Nicht-EWR-Bürger nicht anders behandeln als die EWR-Bürger - beim Ausländerrecht geht das offenbar schon - ; nach der Eurolex-Vorlage sollen im Prinzip auch Nicht-EWR-Bürger die Möglichkeit haben, Beamte zu werden.

Ich möchte auch auf den Bundesbeschluss über den Konsumkredit aufmerksam machen. Art. 11 der EG-Richtlinie sieht ja bei Nichteinhalten von gewissen Voraussetzungen keine Nichtigkeitsfolge vor, und vor allem keine Strafbestimmung. Der Bundesrat vertritt nun die Meinung, dass es angebracht sei, die Einhaltung dieser Bestimmungen dadurch optimal zu gewährleisten, dass man neben zivilrechtlichen auch strafrechtliche Sanktionen vorsieht (S. 196 Eurolex). Das kann politisch durchsetzbar und auch inhaltlich richtig sein, aber ganz sicher entspricht es nicht dem Minimum dessen, was man anpassen müsste. - Es ist sicher nicht Aufgabe des Gewerbeverbandes, diese Fragen zu prüfen; aber ich frage mich persönlich sehr, wie Sie diese Aufgabe im Parlament lösen wollen.

Columberg: Ich habe schon an verschiedenen Veranstaltungen teilgenommen, wo Exponenten des Gewerbeverbandes ganz dezidiert für den EWRV eingestanden sind. - Frage: Der Gewerbeverband hat sicher auch Kontakte zu ausländischen Organisationen, die in

der EG sind oder das anstreben; welche Gedanken macht man sich dort, und hat man dort derart negative Erfahrungen gemacht mit dem europäischen Binnenmarkt? - Auch der Gewerbeverband hat immer auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen gedrängt. Nun gibt es zwei Auffassungen. Die einen behaupten, mit einem EWR-Vertrag würden wir gezwungen werden, Reformen zur Revitalisierung der Wirtschaft durchzuführen. Teilen Sie diese Auffassung nicht? Und wenn Sie diese Auffassung nicht teilen und den Alleingang postulieren, haben Sie dann für das Schweizer Gewerbe ein Alternativprogramm, mit dem wir diese Erneuerung und Revitalisierung erreichen könnten?

Triponez: Ich habe ja klar gesagt, dass ich hier meine persönliche Meinung vertrete. - Es gibt eine Internationale Gewerbeunion, die zweimal im Jahr zu einem Erfahrungsaustausch zusammentritt. Es zeigt sich, dass man im Gewerbe unter gewissen Regelungen der EG sehr stark leidet. Im allgemeinen ist kein EG-Fanatismus festzustellen. Es würde zu weit führen, hier ins Detail zu gehen; ich stehe aber gerne zur Verfügung, wenn jemand von Ihnen etwas Näheres darüber erfahren würde.

Ich bin vollkommen überzeugt, dass sich die Rahmenbedingungen verschlechtern werden. Sie brauchen nur einmal diese 1500 Richtlinien - die hierzulande noch kaum jemand gesehen hat - im Detail durchgehen. Es gibt z. B. eine Richtlinie von 1982, die vorschreibt, welche Voraussetzungen ein Coiffeur erfüllen muss, damit er frei tätig sein kann. - Es ist einfach lächerlich zu glauben, dass im Rahmen des EWR-Vertrages eine Deregulierung der Wirtschaft stattfindet.

Ein Alternativprogramm nach einem Scheitern des EWR müssten die Politiker erarbeiten. Dieses Argument wird heute oft von Befürwortern gebracht, die in Panik machen und behaupten, ohne EWRV gehe die Schweiz unter. - Nach einem ersten Schock, der in der EG und teilweise auch bei uns durch eine Ablehnung des EWRV hervorgerufen würde, müssten wir wie bisher auf bilateralem Weg weiterfahren. Ich bin überzeugt, dass wir da Wege finden würden, ehrenvollere Wege als der Weg in dieses multilaterale Gremium, das uns quasi aus Fatalismus als einzige Möglichkeit hingestellt wird.

Mühlemann: Die Meinungen sind noch nicht gemacht, Herr Triponez, da sind wir uns einig. - Sie haben drei kritische Bemerkungen zur Eurolex angebracht; ich wäre froh, wenn Sie drei Beispiele für diese Erkenntnisse geben könnten. - Wie kommen Sie dazu, von einer Wanderbewegung zu sprechen, die die Schweiz überfluten könnte? Wir stellen aber fest, dass im EG-Raum zurzeit keine grosse Völkerwanderung stattfindet.

Triponez: Ein Beispiel für diese Kompetenzverlagerung zugunsten des Bundesrates stammt aus dem Bundesgesetz über die Information der Konsumentinnen und Konsumenten (S. 373/74 Eurolex). Im EWRV ist ja vorgesehen, dass man für das Inverkehrbringen von Textilien eine obligatorische Textilkennzeichnung vornehmen muss. In Art. 4 Abs. 2 des Bundesgesetzes über Konsumentinformation steht, dass der Bundesrat Deklarationsvorschriften erlässt, "soweit das EWR-Recht dies für bestimmte Waren und Dienstleistungen verlangt". Der

Bundesrat geht also vorausblickend davon aus, dass diese Textilkennzeichnung eines Tages auch für andere Produkte gültig sein werden. Nun wird in diesem internen Gesetz vorgesehen, dass der Bundesrat die Kompetenz hat, solche Deklarationen vorzunehmen, sofern das EWR-Recht das verlangt. Was sollen wir Bürger dann noch dazu sagen?

Zur Wanderbewegung habe ich Ihnen einen offiziellen Bericht des Statistischen Amtes zitiert, der im Mai 1992 durch das BIGA herausgegeben worden ist. Dort sind die beeindruckenden Zahlen genannt, die ich Ihnen zitiert habe. Die Attraktion unseres Landes ist eben noch da, weil das Lohngefälle besteht, weil wir eine ganz andere Arbeitslosenzahl haben. Der Stand der ausländischen Arbeitskräfte war ja bei der "Schwarzenbach-Initiative" knapp unter einer Million; heute beträgt er 1,2 Millionen! Diese Zahlen darf man nicht verbergen. Die Wanderbewegung hat z. T. schon stattgefunden: Wir haben gut 900'000 Bürger aus dem EWR-Raum bei uns gegenüber nur 70'000 Schweizern, die im EWR-Raum ansässig sind.

Als BIGA-Beamter hatte ich ein sog. Austauschkontingent zur Verfügung: Im Rahmen eines Stagiaireabkommens zwischen Deutschland und der Schweiz will man jungen Leuten die Möglichkeit geben, ausserhalb des normalen Kontingentierungsverfahrens während einer begrenzten Zeit sich in einem anderen Staate niederzulassen. Warum weiss ich nicht, aber es ist Tatsache, dass das Kontingent von Deutschland her jeweils im Februar ausgeschöpft war, das Schweizer Kontingent dagegen überhaupt nicht gebraucht wurde.

Frau Bär: Der Gewerbeverband ist ja ein sehr heterogenes Gebilde; er besteht aus Metzgern, Schreibern, Gärtnern usw. In der Botschaft steht wenig über die einzelnen Branchen. Ausser zur Landwirtschaft habe ich zum Gärtnereigewerbe etwas gefunden, indem dort die Importhindernisse für Topfpflanzen und Schnittblumen aufgegeben werden. Die Botschaft zieht den Schluss, dass es "erstmal eine echte Gelegenheit sei, die internationale Wettbewerbsfähigkeit unter Beweis zu stellen." Aber gibt es bei Ihnen nicht auch Unterverbände, die vom EWR durchaus auch einen Profit haben könnten - wie z. B. das Schreinerigewerbe, das durch die Oeffnung der Submissionsausschreibungen auch profitieren könnte?

Triponez: Das stimmt, es sind 250 verschiedene Branchen und Berufe unter unserem Dach vereinigt. Dass diese nicht alle die gleichen Vorteile oder Nachteile sehen, ist selbstverständlich. Die einzige Branche - die mir im Moment bekannt ist -, die auf den EWRV hofft, ist die Tourismusbranche. Für die meisten Branchen haben wir Untersuchungen gemacht; die Grundstimmung ist die, dass das Gewerbe glaubt, mehrheitlich zu verlieren. Es gibt Berufsgattungen, die mehr Angst haben, wie z. B. die Schreiner, und solche, die weniger Angst haben, wie z. B. die Coiffeure. Diese befürchten nicht, dass ihre Kunden sich in Zukunft die Haare in Palermo schneiden lassen werden, dagegen befürchten sie, dass gute, ausländische Coiffeure sich hier niederlassen. Im Baugewerbe ist die Angst recht gross, weniger vor der Konkurrenz, als vor dem riesigen Papierkrieg, den es bei den allgemeinen Ausschreibungen geben wird. Die

Liberalisierung des Beschaffungswesens führt nicht unbedingt zu einer Vergünstigung der Preise, sondern eher zu einer Verkomplizierung des Apparates. - Meine Antwort ist etwas oberflächlich; aber ich würde Ihnen gerne unsere diesbezügliche Publikation in der "Gewerblichen Rundschau" zur Verfügung stellen.

Frau Nabholz: Herr Triponez, Sie haben ein Plädoyer für den Alleingang abgegeben; haben Sie in der längerfristigen Perspektive - gesamtwirtschaftlich, nicht für die einzelne Branche betrachtet - den Eindruck, dass dieses Rezept zum Vorteil unserer Volkswirtschaft führen würde? - Sie haben betont, dass man in Zukunft auch mit bilateralen Abkommen sich gegenüber der EG integrativ verhalten könnte. Woher nehmen Sie die Gewissheit, dass die EG bereit ist zu solchen bilateralen Verhandlungen und die Gewissheit, dass diese Verhandlungen anders herauskämen als die Verhandlungen um den EWRV?

Triponez: Gewissheiten haben wir natürlich alle nicht, sondern Hoffnungen, Mutmassungen und vielleicht auch Ideen. Das Wort "Alleingang" liebe ich wirklich nicht; es ist Mode geworden, diejenigen, die diesen schlechten Vertrag nicht unterzeichnen wollen, als Igelsteller, Isolationisten und Alleingänger zu bezeichnen. Ich zähle mich nicht zu diesen Menschen, sondern zu jenen, die sich eine offene Politik wünschen, offen gegenüber Europa und gegenüber der Welt. Im übrigen sind wir ja gar nicht solche Isolationisten: Wir sind bei den GATT-Verhandlungen an vorderster Front, wir machen mit in der OECD, im Europarat, bei der KSZE, neuerdings auch im IWF und in der Weltbank und natürlich in der Efta. Mit der EG haben wir das Freihandelsabkommen von 1972, das eigentlich den freien Warenverkehr schon lange realisiert. Man soll uns nicht Angst machen, dass die EG uns dieses Abkommen kündigen würde, weil sie über eine Ablehnung des EWR wütend wäre. Wir haben heute rund 130 bilaterale Verträge mit der EG; der letzte, der den Versicherungsbereich betrifft, ist soeben abgeschlossen worden. Wir dürfen wirklich hoffen, dass die EG weiterhin zur Zusammenarbeit bereit ist, auch wenn wir zu diesem komplexen EWR-Vertrag nicht ja sagen. Meine Meinung ist, dass die Schweiz weltoffen und europaoffen bleiben und immer wieder nach neuen Wegen suchen muss, um unsere Kontakte im Ausland zu wahren. Es scheint ja auch seltsam, dass wir nun plötzlich derart in eine Sackgasse geraten sein sollen und dass man nur noch eine Alternative sieht. Ein Unternehmer, der bei seiner Entscheid nur noch eine Alternative hat, ist auf verlorenem Posten.

Zum volkswirtschaftlichen Gewinn einer Nichtratifizierung des EWRV: Es ist meine persönliche Ueberzeugung, dass wir ohne EWRV besser dastehen werden; eine kurze Begründung dafür abzugeben, fühle ich mich jetzt nicht in der Lage. Aber ich glaube daran. - Entscheidend wäre wohl, dass wir das Deregulierungsprogramm einmal in unserem Lande durchbringen könnten. Wenn es uns gelingt, länger zu arbeiten als die anderen - das dürften wir ja nicht mehr -, auch künftig bessere Produkte zu produzieren, das AHV-Alter nicht herunterzusetzen - sondern eines Tages dasjenige der Frau heraufzusetzen -, dann werden wir auch in Zukunft konkurrenzfähig sein.

Präsident: Sind Sie der Meinung, dass wir mit der Annahme des EWR-Vertrages verpflichtet werden, gleich lang zu arbeiten, wie die anderen?

Triponez: Mit der Zeit ja.

Wyss: Zur Information möchte ich darauf hinweisen, dass in der Nordwestschweiz die Situation anders aussieht; wir - Handelskammern, Industrieverbände und Gewerbeverbände - arbeiten dort eng zusammen über die Frage, was grenzüberschreitend passiert. Wir haben zwei wissenschaftliche Studien in Auftrag gegeben in bezug auf das Baugewerbe und in bezug auf den Detailhandel. Beide Studien sind klar zur Erkenntnis gelangt, dass sich im Grenzraum keine negativen Folgen ergeben, wenn man alle Fragen summiert. Natürlich sind in Frankreich und in Deutschland die Löhne tiefer, wenn Sie aber die Sozial- und die Nebenkosten in Deutschland aufaddieren und deren komplizierte Normierung akzeptieren, dann bleibt ungefähr das übrig, was Sie am Schluss gesagt haben, dass nämlich derjenige den Auftrag erhält, der die bessere Qualität erbringt. - Zur Deregulierungsfrage: Wenn sich im Raume Basel beide Gewerbeverbände noch heute bekämpfen wegen der Submissionsordnungen in Baselland und Baselstadt, hat das mit Deregulierung nichts zu tun, im Gegenteil.

Triponez: Ich verstehe das. Beim grenzüberschreitenden Verkehr müssen wir uns öffnen, das wissen wir alle. Ich spreche aber hier vom EWR und von den Vereinheitlichungsversuchen, die nicht mehr direkt mit freiem, grenzüberschreitendem Verkehr zu tun haben. Uebrigens findet sich die grösste Arbeitslosigkeit immer in der Grenzregion. Basel liegt im Moment an der Spitze der Deutschschweiz.

Wyss: Das hat aber andere Gründe. Wir haben eine spezielle Situation in der Stadt Basel - ich kann Ihnen das im Detail sagen - ; wir haben zusätzlich 30'000 Grenzgänger und die Arbeitslosigkeit in den anderen Räumen.

M. Eggly : Monsieur Triponez, vous peignez le diable à propos d'Eurolex en disant que l'EEE suppose un renforcement de la réglementation. Personnellement, j'ai eu l'impression que ce programme Eurolex était plutôt une harmonisation. Le libéral que je suis doit constater malheureusement que quelquefois le libéralisme doit se décréter lorsque les forces économiques intérieures ne sont pas assez libérales, trop protectionnistes et rigides.

- 1) Vous dites qu'il faudra s'adapter : n'avez-vous pas l'impression que si nous ne sommes pas contraints par l'EEE, bien des entreprises et bien des milieux, y compris dans vos cercles, ne feront pas l'effort d'être plus libéraux?
- 2) J'ai eu des contacts avec des camionneurs genevois : pour ce type d'entreprises de taille moyenne ou petite, n'avez-vous pas l'impression que si nous ne sommes pas dans l'EEE, elles risqueraient de subir des discriminations?
- 3) En ce qui concerne les non-Européens, il est à noter que le Japon et les USA discutent en masse critique, et ne parlent que de l'Europe communautaire. N'avez-vous pas l'impression que la Suisse, seule, sera ignorée des grands du monde? L'idée que

nous puissions être dans le monde sans être dans le circuit de la CE pourrait être illusoire.

M. Triponez : Je profite de votre présence ici pour annoncer qu'au Congrès des arts et métiers, le 4 septembre prochain, avec M. Blankart comme premier orateur, vous serez invité, en tant que défenseur de l'EEE, face à M. Bonny qui s'y oppose, tout comme M. Carlos Grosjean, qui est aussi invité.

1) Croyez-vous que l'Europe, avec sa politique actuelle, est du côté du libéralisme? Pensons au Parlement européen, où le parti socialiste domine. Je ne pense pas que le libéralisme s'instaurera en Europe dans la direction que nous souhaitons tous. Je crois que si nous ne parvenons pas à maintenir ce libéralisme en Suisse, ce n'est pas l'Europe qui nous permettra de le réinstaurer. Personnellement, je crois le contraire.

2) De l'avis de certains, il faudrait réaliser la NLFA (NEAT) pour éviter les discriminations et montrer une volonté d'ouverture de la part de la Suisse: je ne partage pas ce point de vue.

3) Je pense que la Suisse sera moins ignorée des autres pays si elle a le courage de suivre sa propre direction, plutôt que de se trouver intégrée dans une Europe où elle sera ignorée de tous.

Frau Stamm: Die Schwierigkeit in der EWR-Diskussion ist ja, dass wir uns mit abstrakten Zahlen und Begriffen herumschlagen; dabei geht es aber immer um betroffene Menschen. Ihre Ausführungen haben mich erinnert an das, was mir der Inhaber eines Blumengeschäftes sagte: "Wissen Sie, wir haben einfach Angst, die Holländer sind aggressiv, sie kommen mit ihren fahrenden Kiosken und überschwemmen uns." Haben Sie Prognosen, wie viele einheimische Betriebe in welchen Branchen unter den EWR-Bedingungen eingehen werden?

Triponez: Seit Jahrzehnten hat man ja immer wieder gesagt, die Gewerbebetriebe hätten keine Chancen. Aber die Gewerbler haben natürlich auch einen gewissen Stolz und sind gewohnt, sich jeder Situation anzupassen. Ich glaube nicht an einen Untergang des Gewerbes, wenn wir dem EWRV zustimmen. Ich bin eher der Meinung, dass sich das zahlenmässig gar nicht stark niederschlagen würde. Sicher wird aber die Konzentration der mittleren Betriebe zu grossen Betrieben eine Folge sein, mit der wir rechnen müssen. Dass ganz kleine Betriebe dann wieder Schlumpfwinkel finden, wo sie agil tätig sein können, daran glaube ich fest. Obwohl ich kein Freund des EWRV bin, würde ich bei einer Annahme des EWRV den Kopf nicht hängen lassen, und ich glaube, das Gewerbe auch nicht.

Unterbruch der Sitzung von 10.25 bis 10.45 Uhr

Exposé de M. Stampfli : cf. annexe 1

M. Stampfli : Notons que la décision définitive de l'USP n'est pas encore prise, cet objet devant être traité au mois d'août, et le Grand comité donnera sa position pour la votation au mois de septembre.

M. Ruffy : Vous faites une distinction entre le traité sur l'EEE et l'éventualité de l'adhésion à la CE. On a pensé que le monde agricole se rangerait en faveur d'une adhésion à la CE par opposition à la négociation du GATT, comme un moindre mal. N'avez-vous pas l'impression que la déstructuration agricole est une menace plus grande au titre des négociations du GATT que dans le cas d'une adhésion à la CE?

M. Stampfli : Il est clair que dans le cadre de la négociation du GATT, puisque les points d'accrochage de la CE étaient les nôtres, notamment en matière de soutien interne de l'agriculture ou de tarification, la CE reste notre partenaire le plus important pour faire barrage aux thèses des USA. Ce rapprochement est d'ordre tactique, si l'on veut. Eu égard à l'évolution des structures, le GATT, s'il était accepté dans les termes proposés par M. Dunkel, aurait des conséquences très brutales sur les structures de notre agriculture, qui, de mon avis, seraient les mêmes que si l'on entrait dans la CE. Sur le plan mondial, le GATT nous fait peur par les conséquences qu'il pourrait avoir, et sur le plan européen, c'est la Communauté qui constitue ce danger. En revanche, au travers de l'EEE, nous pouvons éviter une hémorragie dans l'évolution de nos structures. L'évolution pourra se poursuivre de manière souple et conforme à celle des autres secteurs de l'économie, sans cassure brutale.

M. Berger : 1) Tenez-vous compte, dans le cadre de l'accord du GATT, de la perte de compétitivité que subiront aussi les grands pays exportateurs si les règles du marché permettent de supprimer, ou de diminuer considérablement, les aides à l'exportation qui, vous l'avez dit, sont le handicap à une saine orientation de la production vers le marché?
 2) Je me réjouis que l'USP soit favorable au Traité EEE, dans le sens d'une meilleure économie de marché, à ne pas confondre avec le recours à un libéralisme débridé, comme certains détracteurs de l'EEE ont tendance à croire. Croyez-vous que le statut particulier que l'on offre à l'agriculture dans le cadre de l'EEE - eu égard au libre passage des biens et des personnes - permettra à notre agriculture de rester fermée sur elle-même?
 3) Si tel est le cas, ne va-t-on pas engendrer une réglementation encore plus forte sur le plan interne, alors que nous cherchons à obtenir l'inverse?

M. Stampfli : 1) Avec l'abaissement des subsides à l'exportation, nous escomptons que les prix mondiaux devraient "remonter la pente". Toutefois cet effet positif risque de se trouver annihilé du fait des politiques qui se développent, notamment dans la CE, de pratiquer les paiements directs.
 2) Du fait du statut particulier dont jouirait l'agriculture au titre de l'EEE, nous pourrions craindre que celle-ci ne couche sur ses positions et que la tendance à réglementer ne se renforce. Les dispositions de politique agricole prises par l'USP pour les années 90 montrent qu'elle cherche à sortir de ce carcan de la réglementation à outrance pour mieux s'adapter au marché. En effet, qu'on le veuille ou non, il faut obtenir des prix concurrentiels compte tenu du "tourisme alimentaire" que pratique pas moins de 30% de la population suisse. Cet

élément nous fait perdre des parts du marché, et l'un des objectifs prioritaires de l'USP est de maintenir nos volumes de production, si l'on veut avoir une agriculture qui permette d'exploiter l'ensemble des surfaces, c'est-à-dire d'entretenir le territoire, comme le soulignent les objectifs du 7e rapport sur l'agriculture. Nous ne pourrions pas continuer à vivre en vase-clos et ignorer les influences de l'extérieur. Notons que la clause évolutive de l'EEE devra aussi provoquer une réaction de l'agriculture puisque tous les deux ans, elle sera renégociée. A titre personnel, je vois dans cette clause évolutive la possibilité de nous rapprocher de la CE, devenant progressivement plus compétitifs de façon progressive plutôt que brutale.

M. Caccia : Je constate avec plaisir que l'USP est favorable à l'EEE, et j'ai écouté avec attention les arguments négatifs quant à l'adhésion.

Je me demande toutefois s'il ne se produit pas une certaine évolution en Suisse qui tend à placer notre agriculture dans une situation différente du passé. Pendant longtemps, notre politique agricole a été le fruit d'une alliance entre l'économie, l'industrie, l'agriculture et les consommateurs, qui a suscité des mesures en faveur de l'agriculture. Or, ces dernières années, on a constaté qu'à plusieurs reprises, cette alliance ne fonctionne plus: pensons au destin de l'arrêté sur le sucre ou de l'arrêté sur la viticulture, marqué par une désolidarisation soit de la part de certains milieux économiques, soit de la part des consommateurs.

Ne craignez-vous pas qu'au-delà des effets possibles d'une adhésion à la Communauté, ces nouvelles réalités politiques suisses ne puissent s'accentuer dans une situation économique difficile, et ne mettent davantage en danger notre agriculture que les normes elles-mêmes de la CE?

M. Stampfli : Il est exact qu'en vertu de cette alliance consécutive à la guerre de 39-45, l'agriculture s'est peu à peu coupée des réalités économiques, devenant un "Sonderfall", et n'était pas considérée comme un secteur faisant partie de l'économie nationale.

Aujourd'hui, il est juste que cette alliance ne fonctionne plus comme auparavant, et la situation tend à devenir plus difficile, raison pour laquelle on pourrait se poser la question de l'opportunité d'entrer dans la Communauté.

C'est à l'agriculture de réagir et de tout mettre en oeuvre pour être plus compétitive sur les marchés. Les moyens : j'ai parlé des effets de l'EEE sur les coûts de production, mais il y a aussi les actions que les agriculteurs peuvent entreprendre eux-mêmes, notamment par une gestion plus serrée de leurs exploitations, par la possibilité de collaboration entre exploitations, sans oublier les actions en matière de relations publiques et de marketing pour mieux placer les produits. Il ne suffit pas que l'agriculture fasse tous les efforts pour aboutir avec succès, mais il faut aussi que le secteur de la transformation contribue à ces efforts afin qu'ils ne soient pas engloutis dans les marges commerciales et les frais de transformation.

M. Tschopp : Je me joins à M. Caccia pour me réjouir de votre

position favorable à l'endroit de l'EEE. L'adhésion, selon vous, est une menace vis-à-vis du GATT. L'avantage sur lequel vous insistez le plus est que vous attendez de l'EEE une baisse des prix de revient, et probablement aussi des marges dans les secteurs en amont et en aval, notamment le secteur représenté par M. Triponez. Vous avez cité le 7e rapport sur l'agriculture, et en particulier les paiements directs. Devant la double menace perçue quant à l'adhésion et au GATT, que fait l'agriculture pour améliorer sa compétitivité en termes de taille et de nombre d'entreprises agricoles? En France, d'après les propos de M. Delors, il serait question de réduire le nombre d'exploitations agricoles de 30% environ, et cet ordre de grandeur serait le même pour la Suisse. Avez-vous une stratégie d'adaptation, puisque j'interprète vos propos dans le sens que l'EEE, face à l'échéance de l'adhésion et du GATT, n'est pas un cas intermédiaire? Il faut donc préparer le long terme, et je sais que l'USP le fait avec plus de "sérieux" - si j'ose dire - que la Chambre suisse des arts et métiers.

M. Stampfli : La régression du nombre des exploitations a toujours eu lieu - j'ai cité une régression de 12% entre 1980 et 1990 -. Aujourd'hui, nous n'entendons pas donner un objectif précis en la matière: chaque exploitation a sa chance, mais elle devra prendre des dispositions pour maintenir sa place dans l'économie agricole (communautés d'exploitation etc.). Nous entendons conduire une politique agricole visant à éviter que l'on introduise de nouvelles dispositions qui freinent l'évolution des structures. C'est toute la problématique des paiements directs (article 31a) et de leur attribution. Nous sommes conscients qu'il y aura des cas douloureux - mis à part le pourcentage relativement important d'exploitations sans successeur -, et nous comptons prendre des mesures sociales, notamment la mise en pré-retraite ou la réinsertion dans un nouvel emploi.

Ne voyons pas cependant dans l'évolution des structures la panacée. Il ne faut pas considérer que si demain nous passons à des exploitations de taille moyenne de 18 à 31 hectares, comme c'est le cas en France, nous soyons eurocompatibles. Nous le constatons à l'étranger, en effet, les exploitations de 100 hectares, par exemple, sont dans une situation catastrophique, notamment dans le secteur de la production des céréales.

Frey Walter: Herr Stampfli, betrachten Sie die von Herrn Triponez erwartete Nivellierung der Löhne nach unten als eine gute Ausgangslage für die schweizerische Bauernschaft in der Zukunft?

Stampfli: Ich würde sagen, dass der EWR nicht unbedingt eine Nivellierung der Löhne bringen wird. Man kann z. B. nicht sagen, dass im EG-Raum eine Nivellierung der Löhne eingetreten ist, seit Spanien und Portugal beigetreten ist. Wenn die Löhne zurückgehen müssen, werden auch die Konsumentenpreise zurückgehen, und schliesslich kommt es ja auf die Kaufkraft der Konsumenten an.

Frau Bäumlín: Habe ich Sie nicht gut verstanden, oder haben Sie wirklich sehr, sehr wenig zu einem wichtigen Begriff gesagt, nämlich zur Oekologie? Das einzige, was ich dazu gehört habe,

ist der Begriff der Multifunktionalität, die wir erhalten müssten. Wäre es nicht eine Chance für die Schweiz, dass sie entschlossen in Richtung Oekologie ginge, in die Richtung, die wir in der letzten Session bei der Beratung des Landwirtschaftsgesetzes beschlossen haben? Haben Sie nicht Angst, dass im ganzen phytosanitären Bereich des EWRV einige Hunde begraben sein könnten? Ich denke an die ganze Saatguthandelsproblematik.

Stampfli: Wir messen der Frage der Oekologie einen grossen Stellenwert bei. Die Debatte um Art. 31 a und b des Landwirtschaftsgesetzes hat gezeigt, dass man gewillt ist, einen Schritt in diese Richtung zu tun. In bezug auf die Oekologie hätte ich bei einem EG-Beitritt Bedenken, ebenso bei den GATT-Verhandlungen - wenn man die Vorschläge von Herrn Dunkel übernehmen sollte.

Ueber die Integrierte Produktion (IP) kann man geteilter Meinung sein; aber wir betrachten sie als einen sehr grossen Schritt in Richtung Oekologie. Ob man es will oder nicht: Die Oekologie kostet etwas, und die Konsumenten sind heute nicht bereit, mehr zu bezahlen. Wir sind daran, eine Stiftung zu gründen, die die Zertifizierung und die Kontrollen der ökologisch produzierten Produkte übernehmen wird. Hauptsächlich die tierische Produktion, auch Spezialkulturen wie Obstbau, Gemüsebau, Weinbau dürften in Zukunft konkurrenzfähig sein. Aber wir sind uns bewusst, dass das grosse Problem die pflanzliche Produktion, vor allem der Getreidebau, sein wird. Da werden wir nie konkurrenzfähig sein gegenüber den grossen Getreideproduzenten von Australien, Argentinien oder den USA, die den Weltpreis mitbestimmen.

Ruckstuhl: Wir haben gehört, dass wir in der Schweiz ein sehr teures Umfeld haben und dass wir erwarten, mit dem EWR-Vertrag ein etwas günstigeres Umfeld zu bekommen, insbesondere was die Kosten für die Maschinen und die Bauten in der Landwirtschaft betrifft. Die Landwirtschaft ist natürlich standortgebunden, und sie ist auch sehr stark an das einheimische Gewerbe gebunden. Wie kann nun die Landwirtschaft trotzdem zu einer günstigeren Produktion kommen - wir haben ja gesehen, dass sich der EWR nicht sehr stark auf die Löhne auswirken wird? Und wie ist es mit der Möglichkeit, überhaupt zu produzieren? Das Selbstverständnis des Bauern besteht ja darin, dass er Kulturlandschaft bebauen und Nahrungsmittel produzieren will. Wir haben heute in der Schweiz einen Selbstversorgungsgrad von etwa 60 Prozent, und von der Landwirtschaft her sind wir sehr interessiert daran, diesen Selbstversorgungsgrad halten zu können. Wie würden sich ein EWR-Vertrag und eventuell ein EG-Beitritt auf die Möglichkeit der Selbstversorgung auswirken?

Stampfli: Der Bauernverband hat 1987 eine Studie zu den Produktionskosten gemacht und jetzt aktualisiert. Heute beträgt der Betriebskostenunterschied zwischen einem deutschen und einem schweizerischen Betrieb etwa 5'200 Fr./ha; Deutschland hat Produktionskosten von rund 5'300 Fr./ha, während sie in der Schweiz bei 10'500 Fr./ha liegen. Warum - abgesehen von der Topographie - diese Differenz? Unser Aufwand für Dünger-, Saatgut-, und Futtermittel sowie Pestizide ist etwa 20 Prozent höher als in Deutschland. Dies ist einerseits bedingt durch

preisliche, andererseits durch intensitätsbedingte Unterschiede. Die Kosten für Maschinen und Gebäude betragen in der Schweiz 18,5 Prozent mehr als in Deutschland, auch dies bedingt durch die Preisunterschiede und eine etwas höhere Mechanisierung als in Deutschland. Ein weiterer Punkt sind die Angestelltenkosten: diese betragen in der Schweiz 35,7 Prozent mehr als in Deutschland. Dieser Faktor ist auf die höheren Löhne und auch zum Teil auf die höhere Arbeitsintensität, d.h. Arbeitskraft pro Hektare, zurückzuführen - wir wollen immer alles schön in Ordnung halten. Im weiteren spielt die Pacht eine kleine Rolle, 4,3 Prozent, und diverse Kosten, 21 Prozent. Alles in allem könnte man beim Zustandekommen des EWR - ohne Berücksichtigung der Lohnkosten; wir erwarten, wie gesagt, nicht eine Nivellierung der Löhne - unsere Produktionskosten um 25 - 30 Prozent reduzieren.

Zur Produktionsmenge: Wir müssen und wir wollen im Bauernverband die 65 Prozent Selbstversorgungsgrad verteidigen. Die Produktionsmenge muss erhalten werden. Wenn man eine flächendeckende Landwirtschaft will, müssen wir unser Potential behalten. Es wäre eine schlechte Lösung, die Produktion zu kürzen, weil in den Verhandlungen, namentlich in der Evolutivklausel, jede Menge, um die man heute reduzieren würde, für immer verloren ginge. Ich glaube, dass man die heutigen Milchkontingente auch gegenüber der EG verteidigen kann. Aber wir wissen, dass mit der Zunahme der Produktivität immer weniger Fläche gebraucht wird, um diese Menge zu produzieren. Dies bedingt, dass man alternative Lösungen finden muss. Wir sehen eine Chance in der Produktion von nachwachsenden Rohstoffen, z. B. von Getreide, Chinaschilf, die erlauben, Produkte herzustellen, die biologisch abbaubar sind.

M. Ruffy : S'il est vrai, comme le relevait M. Caccia, qu'il y a eu des réactions irritées de la part de la population à l'égard des paysans, notamment à l'occasion de l'arrêté sur le sucre, la discussion au Conseil national sur le 7e rapport montre que le contrat social entre la population et le monde agricole n'est pas rempli: il y a même eu des prises de position en faveur du maintien du monde agricole. On assiste au fond actuellement à des insurrections paysannes en Europe: le contrat social est-il rompu dans le cadre de la Communauté, et si tel est le cas, y a-t-il des aspects irréversibles dans cette évolution sociale?

M. Stampfli : Le contrat social n'est pas rompu en Suisse, les débats l'ont montré très clairement. Seulement, si l'agriculture n'accepte pas de faire des efforts pour se rapprocher des marchés, comme l'énonce le 7e rapport sur l'agriculture, les tensions pourraient s'aggraver. Quant à l'étranger, il est difficile de se prononcer sur l'état du contrat social. J'apprécie la situation en France, par exemple, sur la base suivante : la réforme de la PAC a introduit cette notion de paiements directs destinés à compenser ce que le prix -des céréales particulièrement- ne peut apporter. Les agriculteurs français ont eu des réactions très vives, réaction semblable à celle de nos agriculteurs qui, il y a quelques années, refusaient cette forme de paiements comme étant une forme de rétribution de chômeurs partiels, et

souhaitaient gagner ces sommes par le biais des prix à la production. L'agriculture a peu à peu reconnu la nécessité de ce type de paiements. En France, on est confronté à cette situation que les agriculteurs ne peuvent admettre ce type de paiements, d'autant plus que le financement est très aléatoire. Si l'on voit les réactions aux propositions de M. Delors suite à l'augmentation des budgets du ministère des finances, il y a une insécurité totale. Il existe une tension, entre le Gouvernement aux prises avec la réforme de la PAC et les agriculteurs plongés dans l'insécurité, qui provoque ces manifestations, mais le contrat social n'est pas forcément rompu à l'heure actuelle.

Exposé von Herrn Regierungsrat Jenny

Im Namen des Kontaktgremiums Bund-Kantone bedanke ich mich ganz herzlich, dass Sie sich Zeit nehmen, auch einen Vertreter der Kantonsregierungen anzuhören. Sie haben das gewiss auch deshalb getan, weil Sie wissen, dass die europäische Integration einen Prüfstein darstellt für den schweizerischen Föderalismus. Das Kontaktgremium der Kantone hat sich auch aus eigener Initiative eingeschaltet, um in dieser entscheidenden Phase, in der sich unser Land befindet, mitzuwirken. Das Kontaktgremium besteht aus Vertretern aller 26 Kantonsregierungen und wird traditionellerweise vom Vorsteher des EJPD präsiert. Ins Leben gerufen wurde das Kontaktgremium in den 70er Jahren, als es um die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen ging. Gott sei dank ist dieses Kontaktgremium aktiv geblieben, denn als sich die EWR-Verhandlungen einem Ziel näherten, war es nur diesem Gremium möglich, die Verbindung zwischen Bund und Kantonen derart herzustellen, dass man ohne aufwendige Vernehmlassungsverfahren die Meinungen der Kantonsregierungen erfahren konnte. Als die EWR-Verhandlungen immer brennender wurden, haben wir 1990 einen Ausschuss dieses Kontaktgremiums gebildet, eben die Koordinationskommission, die ich präsiere. Die Koordinationskommission erhielt die Aufgabe, die Auswirkungen eines allfälligen EWR-Beitritts auf die Kantone zu prüfen. Die Kommission setzt sich einerseits aus hochqualifizierten Experten des Bundes zusammen, andererseits aus zwei Europadelegierten der Kantone und aus drei Regierungsräten der Romandie, einem Vertreter des Kantons Tessin und aus vier Regierungsräten der deutschen Schweiz. Die Koordinationskommission hat zusammen mit 12 Arbeitsgruppen einen Bericht ausgearbeitet über die Anpassung des kantonalen Rechts an das EWR-Recht.

Worum geht es den Kantonsregierungen? Es geht uns darum, dass im europäischen Integrationsprozess das Anliegen des Föderalismus nicht unter die Räder kommt. Wir sind davon überzeugt, dass auch in einem künftigen Europa die föderalistische Struktur unseres Landes die richtige Infrastruktur ist. Die Verteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen ist ja so, dass die Kantone primäre Staatsaufgaben zu erfüllen haben - Bildung, Kultur, sozialer Bereich - und dass sie als Vollzugsinstitutionen des Bundes unentbehrlich sind. Aus diesen Gründen müssen die Kantone mitwirken. In Art. 8 BV wird dem Bund die Kompetenz erteilt, Staatsverträge, namentlich Handelsverträge abzuschliessen. Wir sind uns alle klar darüber, dass der EWR-

Vertrag (EWRV) weit über diesen Artikel 8 hinausgeht, und dass deshalb für dessen Ratifizierung das Mehr von Volk und Ständen unabdingbar ist.

Wie ist dieser Bericht von 317 Seiten entstanden? Die Koordinationskommission hat 12 Arbeitsgruppen ins Leben gerufen, entsprechend den sensiblen Bereichen, die wir definiert haben. Etwas später haben wir noch eine 13. Arbeitsgruppe eingesetzt, die einen eminent praktischen Bericht verfasst hat. Sie können darin für jeden einzelnen Bereich nachschlagen, wie lange die Uebergangsfrist ist, wie die Zuständigkeit für die Gesetzesänderungen ist usw. Wir haben damit den Kantonsregierungen und -parlamenten ein Vademecum geliefert, das durch den ganzen Bereich, der durch das EWR-Recht berührt wird, hindurchführt.

Das Fazit des Berichtes lautet: 1. Es kommt keine legislatorische Lawine auf die Kantonsparlamente zu, aber es gibt sehr viele punktuelle Aenderungen von kantonalen Gesetzen. Das ist eine mühsame Kleinarbeit, der sich die Kantonsparlamente unterziehen müssen. Die Motivation dazu ist, wie ich gesehen habe, vorhanden. 2. Keine einzige Kantonsverfassung muss geändert werden - es sei denn, es fänden einzelne Juristen noch Komplikationen heraus.

Einzelne Auswirkungen des EWR-Rechts auf die Kantone:

1. Die Arbeitsgruppe 1 hat den *staatspolitischen Aspekt* untersucht. Ein Beitritt der Schweiz zum EWR darf nicht zu einer Neuordnung der Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen führen. Es darf nicht so sein, dass der Bund sozusagen auf dem Schleichweg noch ein paar Flurbereinigungen durchführt. Das kantonale Recht soll auf dem normalen, demokratischen Wege angepasst werden. Es soll nicht so sein, dass im Beitrittsbeschluss zum EWR den kantonalen Regierungen irgendwelche Verordnungs Kompetenzen oder Notverordnungs Kompetenzen eingeräumt werden. Rahmengesetze des Bundes sollen die Ausnahme bilden - möglicherweise sind wir verpflichtet, ein Rahmengesetz für die Ausübung des Berufes der Rechtsanwälte zu schaffen. Sonst käme es nur darauf hinaus, dass der Bund mit einer Reihe von Rahmengesetzen die kantonale Autonomie einschränken würde. Gegen Modellgesetze hat man selbstverständlich nichts einzuwenden; das hat man bei der Einführung umfassender, neuer Materien immer so gehalten; es gibt auch ein Modellgesetz für die Einführung des ZGB.

Die Mitwirkung der Kantone bei der Fortbildung des EWR-Rechts, überhaupt im Prozess der europäischen Integration, war eines unserer Hauptthemen. Unsere Arbeitsgruppe 1 ging so weit, eine Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Art. 8bis vorzuschlagen, welcher den Kantonen beinahe ein Vetorecht eingeräumt hätte. Es geht uns darum, dass die Kantone in den Prozess der Weiterentwicklung der Integration der Schweiz eingebunden bleiben, dass die Kantone nicht ganz plötzlich ihre Stellung als Glieder dieser Eidgenossenschaft verlieren. In Diskussionen sind wir dann auf den Art. 21 der Uebergangsbestimmungen BV gekommen, der wesentlich schwächer ist als der vorgeschlagene Art. 8bis BV, der aber den Vorteil hat, dass man

nicht mit der Genehmigung des EWR-Beitritts auch noch eine Partialrevision der Bundesverfassung verknüpfen müsste. Aber ich möchte hier sagen, dass, wenn es dann in Richtung EG geht, wir gemäss dem in Art. 21 Uebergangsbestimmungen BV verankerten Mitwirkungsrechten der Kantone rechtzeitig informiert, angehört und beigezogen werden bei der Vorbereitung von Entscheiden, soweit sie die Kantone betreffen, usw. (Botschaft 5.9). Dies auch im Hinblick darauf, dass die Gliedstaaten Oesterreichs und die Länder der BRD im Moment analoge Forderungen gegenüber ihren Bundesregierungen erheben. Unser Anliegen ist, dass diese Uebergangsbestimmung nicht noch zu Ungunsten der Kantone verändert wird!

2. Die Arbeitsgruppe 2 hat sich mit der *gegenseitigen Anerkennung der Diplome* befasst. Art. 31 unserer Bundesverfassung gewährleistet an sich den freien Berufszugang. Aber wir können ja Berufsausübungen an gewisse Voraussetzungen knüpfen und einer Bewilligung unterstellen. Jetzt geht es darum, ebenbürtige ausländische Diplome anzuerkennen. Hier liegen die Probleme in der Praxis. Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren hat bereits Arbeiten abgeschlossen, welche den Kantonen erlauben, dieser Forderung des EWRV auf Nicht-diskriminierung der EWR-Bürgerinnen und -Bürger mit analogem Diplom zu begegnen.

Beim Beamtenrecht geht es darum, dass der Zugang zu Beamtenstellen grundsätzlich allen EWR-Angehörigen offen steht. Nicht offen stehen Stellen, welche der hoheitlichen Verwaltung zuzurechnen sind. Es ist also nicht so, dass mit dem EWR-Recht nun jeder und jede EWR-Angehörige jedesmal mit in Konkurrenz treten können, wenn eine Staatsstelle ausgeschrieben ist. Wo es um hoheitliche Verwaltung, d. h. um Eingriffsverwaltung geht - Steuerverwaltung oder die verschiedenen Polizeien zum Beispiel -, können die Stellen den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern vorbehalten bleiben.

Für die medizinischen Berufe ist ja der Bund zuständig. Hier werden wir natürlich auch die ausländischen Aerztinnen und Aerzte, Tierärztinnen usw. zulassen müssen. Auch hier ist es nicht schwierig, das Recht anzupassen.

Im Bildungsbereich ist die soziale Integration der Kinder von Wanderarbeitern zu fördern. Das wird eine primäre Aufgabe der Kantone und der Gemeinden sein. Diesen Kindern ist der gleiche Zugang zur Berufsausbildung sicherzustellen wie den Landeskinderen. Das gilt selbstverständlich auch für die Studienbeihilfen. Die Schweiz wird auch an den Gemeinschaftsprogrammen im Jugend- und im Bildungsbereich mitzuwirken haben. Unsere Bildungsinstitute sind darauf vorbereitet, lehnen diese Erweiterung ihres Aufgabenbereiches auch gar nicht ab. - Auch hier sind keine besonderen Schwierigkeiten zu signalisieren.

3. Die Arbeitsgruppe 3 hat sich mit den *öffentlichen Märkten* befasst. Hier geht es um das vielbeschworene Submissionsrecht. Ich brauche Ihnen sicher kein Referat darüber zu halten, dass das schweizerische Submissionsrecht vom Heimatschutzgedanken geprägt ist. Diese Art und Weise der Vergabe von öffentlichen Aufträgen wird insofern gestört, als bei Grossprojekten von 6

Millionen Ecu an aufwärts so ausgeschrieben werden muss, dass man sich auch von der anderen Seite der Grenze her um einen Auftrag bewerben kann. Es kommt dazu, dass die ganze Angelegenheit justiziabel gestaltet werden muss - wer also den Zuschlag nicht erhält, muss an eine Gerichtsinstanz gelangen können, die darüber entscheidet, ob er den Zuschlag hätte erhalten sollen. Es gibt bereits jetzt Kantone, die eine solche Rechtsmittelinstanz für Submissionsfragen kennen. Die Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz und die Baudirektorenkonferenz, aber auch der Städteverband sind zurzeit daran, einen Mustererlass auszuarbeiten, der den einzelnen Kantonsparlamenten unterbreitet werden könnte. Ich bin mir bewusst, dass gerade auf diesem Gebiet die Diskussionen auf Hochtouren laufen werden.

4. Die Arbeitsgruppe 4 hat sich mit den *öffentlichen Beihilfen* befasst.

5. Im Bericht der Arbeitsgruppe 5 geht es um die *Heilmittel*. Sie wissen, dass wir ein Heilmittelkonkordat haben, das erst kürzlich nominiert worden ist und sich im Moment im Ratifikationsverfahren durch die Kantone befindet. Zuerst bestand die Befürchtung, dass dieses Heilmittelkonkordat nicht EWR-kompatibel wäre. Aber das Gutachten, das wir eingeholt haben, beweist, dass dieses gerade noch kompatibel ist. Wenn aber die Rechtsentwicklung im EWR weitergehen sollte, dann müsste wohl der Bund mit einem Bundesgesetz eingreifen.

Keine Schwierigkeiten dürfte die Uebernahme des *Acquis communautaire* im Bereich der Kontrolle anderer medizinischer Produkte, der Lebensmittel und der Gifte bringen.

6. Die Arbeitsgruppe 6 beschäftigt sich mit dem *freien Personenverkehr*. Der bringt es mit sich, dass die EWR-Angehörigen ihren Arbeitsplatz frei wählen können, sowohl als unselbständig- wie als Selbständigerwerbende. Nach einer Uebergangszeit von nur 5 Jahren müssen alle Schranken beseitigt sein. Der Bund hat hier nach Art. 69 BV eine umfassende Kompetenz; er wird sich aber mit den Kantonen zusammensetzen müssen, weil wir ja den Vollzug sicherzustellen haben. Dieser Grundsatz des freien Personenverkehrs bringt es aber auch mit sich, dass, wenn die Kantone und die Gemeinden Subventionen an den Wohnungsbau oder an die Mieten ausrichten, man mit diesen Subventionsauflagen nicht EWR-Angehörige diskriminieren darf. Auch hier gilt die Gleichstellung von Schweizerinnen und Schweizern mit den EWR-Angehörigen. Die Situation ist ungefähr gleich wie 1848, als aufgrund von Art. 4 und nachher Art. 60 BV dafür gesorgt werden musste, dass Nichtbürgerinnen und Nichtbürger mit den ansässigen Bürgern gleichgestellt werden.

Bekanntlich enthält Art. 112 des EWR-Vertrages eine Schutzklausel, die eine zahlenmässig untragbare Einwanderung in die Schweiz verhindern soll. Hier erwarten natürlich die Kantone, dass sie angehört werden, wenn sie eine Anrufung dieser Schutzklausel für richtig erachten oder wenn der Bund dies für nötig erachtet. Die Kriterien, die in diesem Artikel genannt werden, sind ökonomische, soziale oder die Umwelt betreffende Schwierigkeiten oder Gefahren, die auftreten

könnten. Selbstverständlich würde dann diese Schutzklausel auch umgekehrt gegenüber Schweizerinnen und Schweizern angewendet.

Was das Arbeitsrecht angeht, so gehen die Vorschriften über Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz im EWRV ungefähr so weit wie bei uns, aber sie gehen weiter in bezug auf Verwaltungen. Der Bund wie auch die Kantone und die Gemeinden werden ihre Schutzvorschriften für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an einem Verwaltungsarbeitsplatz überprüfen müssen. Ferner sind die Informations- und die Konsultationsrechte der Arbeitnehmerschaft sicherzustellen. Auch dies gilt für den öffentlichen Bereich, und so werden die kantonalen Beamtengesetze angepasst werden müssen. Es wird auch eine kantonale Rekursinstanz für Fälle von Verletzung dieser Rechte zu schaffen sein.

7. Die Arbeitsgruppe 7 hat sich mit der *Lex Friedrich* befasst. Auch hier gibt es eine Uebergangsfrist von 5 Jahren und eine Schutzklausel. Es sind dort sehr viele technische Einzelheiten zu beachten, falls dann einmal diese *Lex Friedrich* nicht mehr anwendbar ist. Das wird vor allem unsere Grundbuchämter und unsere Handelsregisterämter beschäftigen. Ich mache darauf aufmerksam, dass es keine Uebergangsfrist gibt für den Grundstückserwerb zu Wohnzwecken. Die Uebergangsfrist besteht nur für reine Kapitalanlagen und für den Immobilienhandel.

8. Die Arbeitsgruppe 8 hat sich mit den *Systemen der sozialen Sicherheit* befasst. Diese müssen im Interesse der Freizügigkeit koordiniert werden. Das betrifft vor allem AHV und IV, aber auch die Kantone, indem diese Vorschriften über die Krankenversicherung erlassen sowie Vorschriften über die Pensionskassen der Kantone und der Gemeinden. Es geht hier um die Gleichstellung von Mann und Frau, welche in diesen Pensionskassen strikte beachtet werden muss. Und schliesslich geht es auch darum, dass EWR-Angehörige nicht diskriminiert werden dürfen. Karenzfristen werden somit in diesem Bereich unzulässig sein. Sie wissen, dass hier fast in letzter Minute eine Lösung gefunden worden ist, die verhindert, dass wir die EL-Leistungen zu exportieren haben, was sicher grosse administrative und auch politische Probleme bereitet hätte.

9. Die Arbeitsgruppe 9 hat sich mit dem *Umweltrecht* befasst. Hier werden Sie noch ein spezielles Referat hören. Soweit wir die kantonalen Vorschriften überblicken konnten, wird es im Sektor Natur- und Umweltschutz und Landschaftsschutz keine Unvereinbarkeiten der kantonalen Gesetzgebungen mit dem EWR-Recht geben. Auf dem Sektor Energie haben die Kantone die Befolgung der EG-Richtlinien betreffend Mindestbetriebsanforderungen an Wärmeerzeugung und Isolierung des Verteilnetzes sicherzustellen. Hier werden einige Defizite zutage treten, die beseitigt werden müssen.

10. Die Arbeitsgruppe 10 hat sich mit dem *Verkehr* befasst. Auch hier wird es Dinge geben, welche die Kantone betreffen. Einmal ist eine genaue Buchführung über die Ausgaben für die Verkehrswege - Bahn, Strasse, Schiffsverkehr - einzuführen, und die Verkehrsleistungen sind regelmässig zu erheben. Durch fiskalische Massnahmen muss der kombinierte Verkehr gefördert

werden. Schliesslich ist die technische Kontrolle der Motorfahrzeuge zu intensivieren. Nutzfahrzeuge mit mehr als 3.5 Tonnen Gesamtgewicht müssen inskünftig jährlich kontrolliert werden.

11. Die *kantonalen Monopole und Regale*: Hier nenne ich das Hauptregal der Kantone, das Salzmonopol, das dazu führt, dass das Salz noch heute mit einer sog. Regalgebühr belastet ist. Dieses Salzmonopol fällt nach einer Uebergangsfrist von zwei Jahren. Dann werden die Saline von Bex und die Vereinigten Schweizerischen Rheinsalinen an den Markt gehen und sich gegenüber der Konkurrenz behaupten müssen. Die Rheinsalinen sind darauf vorbereitet.

Die Interkantonale Landeslotterie, die Lotterie Romande und die SEVA sind nach einem juristischen Gutachten im Moment noch nicht betroffen durch einen EWR-Beitritt. Das Gebäudeversicherungsmonopol, das in 19 Kantonen besteht, ist im Moment noch gesichert durch das Versicherungsabkommen. Es ist aber möglich, dass dieses Gebäudeversicherungsmonopol fällt bei der Preisentwicklung in einem integrierten Europa.

12. Die Arbeitsgruppe 12 hat sich mit *Information und Kommunikation* befasst. Die grosse Sorge der Kantone ist die, dass zu wenig informiert, aber ebenso, dass Information mit Propaganda verwechselt wird. Hier den richtigen Weg zu finden, entlang dieser fliessenden Grenze, betrachten wir als eine der Hauptaufgaben der Kantonsregierungen. Sie haben sich dieser Aufgabe unterzogen; leuchtendes Beispiel ist das Colloque de Neuchâtel - ich empfehle ihnen sehr, die Referate zu lesen. Das zeigt, dass es durchaus möglich ist, zu informieren, ohne Propaganda für die eine oder für die andere Seite zu machen. Man lässt es von Seiten der Kantonsregierungen offen, ob sich Zeus wieder einmal von Europa verführen lassen soll oder nicht.

Ich komme zum Schluss meiner Ausführungen: Seitens der Kantone sind wir in der Lage, unsere kantonalen Rechtsordnungen an das EWR-Recht anzupassen. Was wir nicht wollen, ist Gesetzgebung auf Vorrat. Wir werden nicht an unsere kantonalen Parlamente gelangen, bevor der EWR-Vertrag vom Volk angenommen worden ist. Alle 26 Kantonsregierungen haben aber ihre Vorbereitungen getroffen für den Fall der Annahme. Die meisten Kantone orientieren ihre Parlamente heute schon über das, was ihnen allenfalls an legislatorischer Arbeit bevorsteht.

Die europäische Integration darf nicht zu einer Schwächung des Föderalismus und des föderalistischen Gedankens in der Schweiz führen. Wir sind als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger davon überzeugt, dass die Zukunft der Schweiz auch in Europa nur gesichert werden kann, wenn ein lebendiger Föderalismus weiterbesteht, was bedeutet, dass den Kantonen Aufgaben zugeteilt werden müssen, die primäre Staatsaufgaben sind und nicht "nur" Vollzugsaufgaben.

Moser: Herr Jenny, wann und wo bekommen wir die beiden Berichte, von denen Sie gesprochen haben? - Wie wird die Frage der Einkaufssummen für neue Mitarbeiter aus der Sicht der Kantone beurteilt, insbesondere der Beamten, die heute eine

Sonderregelung geniessen? - Wie gross war die Freude bei Ihren Herren Kollegen über die Tatsache, dass die Beamtenstellen künftig für alle EWR-Bürger ausgeschrieben werden müssen?

Präsident: Der 1. Bericht wurde einmal allen Parlamentariern zur Bestellung offeriert.

Jenny: Der Bericht über das EWR-Abkommen und den Handlungsbedarf auf kantonaler Ebene wird am 2. Juli vom Kontaktgremium genehmigt. Dann können Sie diesen Bericht auf gleiche Weise bestellen wie den anderen.

Zum Beamtenrecht: Das ist von Kanton zu Kanton verschieden. Die Grenzkantone haben schon jetzt in ihren Beamtengesetzen die Möglichkeit, Ausländerinnen und Ausländer - nicht beschränkt auf EWR-Angehörige - zu Beamten zu wählen. Der Kanton Baselstadt z. B. hat seit 1922 eine solche Regelung; trotzdem hat sich der Andrang von Elsässern und Baden-Württembergern in Grenzen gehalten. Wie gross die Begeisterung bei meinen Kollegen ist, weiss ich nicht. Sie haben es einfach zur Kenntnis genommen und festgestellt, dass man bei der Wahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern immer noch eine sehr grosse Freiheit geniesst.

Zum Einkauf in die Pensionskasse: Es wäre ja eine Diskriminierung, wenn das kantonale Beamtengesetz die EWR-Bürger zwar zulassen, ihnen aber eine höhere Einkaufssumme vorschreiben würde als den Schweizern. Nicht betroffen vom EWR-Vertrag sind die privaten Pensionskassen; nach wie vor sind die Firmen frei in der Ausgestaltung der Pensionskassenordnungen, soweit diese BVG-konform sind.

Frau Haller: Ich nehme an, dass in diesen Gesprächen unter der Leitung des Bundesrates die Frage der Anpassung des Rechtes auf kantonaler Ebene und auf Bundesebene diskutiert worden ist. Ist dabei auch in Betracht gezogen worden, dass auf Bundesebene trotzdem von einem gänzlichen Ausschluss des Referendums abgesehen würde, d. h. dass man die Bundesebene etwas mehr so betrachten würde, wie man jetzt die kantonale Ebene betrachtet? Ich nehme an, es ist unbestritten, dass rechtlich das EWR-Abkommen zulassen würde, dass man den Anpassungsprozess auf Bundesebene teilweise erst dann vollzieht, wenn es bereits in Kraft ist. Was war die Quintessenz davon, dass man jetzt für die kantonale Ebene politisch eine andere Philosophie verfolgt als auf Bundesebene?

Jenny: Die Quintessenz war, dass man möglichst alle demokratischen Rechte spielen lassen will - soweit ein Spielraum besteht. Es besteht keine Notwendigkeit, den kantonalen Regierungen irgend ein Notverordnungsrecht zu geben, wie das vorgesehen war. Die Kantone haben sich gewehrt und gefunden, dass sie über das normale Gesetzgebungsverfahren - inklusive Landsgemeinde und obligatorischen Gesetzesreferenden - die Anpassung vollziehen können. Man hat den Bund gebeten, den Kantonen diese Ermächtigung nicht einzuräumen. Bei den Kantonsregierungen herrscht natürlich wie überall eine geteilte Meinung in der Frage, ob man beim Bund das gleiche Vorgehen wählen sollte oder nicht.

Als Jurist und ehemaliger Justizdirektor - am Schluss bin ich zu den Finanzen abgestiegen - möchte ich bemerken: Wenn der EWR-Vertrag angenommen wird und in Kraft tritt, wird sich jede und jeder Rechtssuchende auf das EWR-Recht berufen, wenn das für sie günstiger ist. Ich kann Ihnen garantieren, dass dann die kantonalen Gerichte und das Bundesgericht das EWR-Recht anwenden werden, ob wir es eingeführt haben oder nicht. Wir haben den Eindruck, dass die Anpassungen der kantonalen Rechtsordnungen nicht derart bedeutsam sind wie die Anpassungen des Bundesrechts. Deshalb wird etwa die Meinung vertreten, beim Bund könne man das rechtfertigen, aus Gründen der Rechtssicherheit. Man beruft sich dabei immer auf das Beispiel Italien - ich kann es schon nicht mehr hören. Es ist einfach falsch, wenn man sagt, in Italien hätten sie das auch nicht gemacht. Wir müssen uns mit unseren schweizerischen Gegebenheiten auseinandersetzen. Man kann beide Meinungen vertreten: a) der Bund sei gezwungen, sein Recht auf den 1. Januar 1993 so bereit zu stellen, dass es auch angerufen werden kann, und im übrigen sei der Spielraum für die Anpassung dieser Gesetze sehr gering. Oder b): auch der Bund müsse prüfen, ob er wirklich alles in ein einziges Paket tun soll. - Sie sehen, auch innerhalb der Kantonsregierungen bestehen beide Auffassungen über die Anpassung auf Bundesebene, während für die kantonale Ebene die Meinung einhellig war.

Frau Stamm Judith: Obwohl wir ja die Frage von Art. 21 Uebergangsbestimmungen noch in der Staatspolitischen Kommission diskutieren werden, hätte ich jetzt gerne eine Aussage von Ihnen. Sie haben gesagt: "Gehen Sie bitte nicht darunter"; aber reicht Ihnen das für den Moment?

Jenny: Ich darf und möchte auch nicht im Namen der 26 Kantonsregierungen sprechen, kann Ihnen aber eine Uebersicht geben: Den einen genügt für den Moment dieser Artikel als Minimum. Es gibt Kantonsregierungen, die weiter gehen möchten, und die nicht glücklich sind, dass wir die Idee von Art. 8bis BV nicht übernommen haben. Aber dass mindestens dieser Art. 21 in die Uebergangsbestimmungen kommen soll, darüber sind sich alle einig; denn es entspricht der föderalistischen Struktur der Schweiz, dass die Kantone in einem derartigen Umgestaltungsprozess mehr Mitwirkungsrechte haben als das, was jetzt traditionell in der Bundesverfassung vorgesehen ist. Wir sind uns bewusst, dass dies in Konflikt geraten könnte mit den Befugnissen des Ständerates - aber nur *könnte*. Und wenn der Kurs Richtung EG geht, werden wir uns mit diesem Art. 21 nicht begnügen.

Frau Stamm: Hat eigentlich der EWRV Auswirkungen auf die Institutionen der Kantone? Wir haben ja noch nicht in allen Kantonen eine Verwaltungsgerichtsbarkeit. Und müssen irgendwelche Spezialgerichte eingerichtet werden?

Jenny: Wenn ich an die Submissionsverfahren denke oder daran, dass die Beamtenschaft erweiterte Rechte bekommt im Konsultations- und Informationsverfahren, wird man sich in den Kantonen überlegen müssen: Wo hängen wir das an? In diesem Sinne werden die Gerichte sicher gefordert werden. Aber den

Haupteinfluss auf die Organisation unserer Rechtspflege hat die EMRK ausgeübt, wo es ja soweit geht, dass das Einspracheverfahren nicht mehr als EMRK-konform angesehen wird, wenn der Polizeigerichtspräsident, an den die Verfügung der Polizei gerichtet wurde, derselbe ist, der nachher den Fall entscheiden muss. - Zum Einfluss auf die Institutionen möchte ich (in Klammer) sagen, dass es vielleicht zu einer Reform der Arbeitsweise des Bundesrates führen könnte. Aber das ist eine Angelegenheit, die die Eidgenössischen Räte angeht.

Präsident: Diese Reform ist mit oder ohne EWR überfällig.

Frau Bär: Einer der kritischen Punkte des EWRV ist ja die Lex Friedrich. In der ersten Euphorie hat man uns nicht gesagt, dass gewisse Anpassungen schon auf den 1.1.1993 in Kraft treten sollen. Haben Sie den Eindruck, dass jetzt der Druck auf den Boden noch nicht steigt, wie das letzte Woche bei der Vorstellung des 2. Eurolex-Pakets gesagt wurde? Ich nehme an, dass die Kantone noch nicht so weit sind, dass sie in ihrer Raumplanung schon Gegensteuer geben könnten. Und wie geben Sie das weiter an die Gemeinden, die ja für die Aenderung der Bauzonen zuständig sind? Haben Sie den Eindruck, dass die Gemeinden da flexibel sind, jetzt sehr rasch zu handeln und dieses wichtige Problem anzugehen? - Sie haben gesagt, dass das EWR-Abkommen nicht zu einer Schwächung des föderalistischen Gedankens führen dürfe. Das können Sie als frommen Wunsch deponieren; aber sehen Sie auch Möglichkeiten, dies zu realisieren?

Jenny: Zur Lex Friedrich: Die Kantone wussten früher als Sie, dass die Anpassungsfrist für Wohnzwecke nicht gilt. Was das auf die Bodenpreise für Auswirkungen haben wird, ist sehr schwierig abzuschätzen. Es könnte sein, dass in gewissen Gegenden die Nachfrage steigt; auf der anderen Seite haben wir in den kantonalen Gremien immer wieder gesagt, dass durch diese Bestimmung das Raumplanungs- und Raumordnungsrecht der Schweiz nicht aus den Angeln gehoben wird. Was natürlich nicht möglich sein wird, ist, dass man bei der Anmeldung eines Grundstückkaufs durch einen EWR-Bürger diesen Kauf stoppt und dieses Grundstück noch rasch der Bauzone entzieht. Deshalb ist Ihre Frage richtig: Reagieren unsere Gemeinden? Das ist eine Frage davon, ob sie schon bis jetzt reagiert haben und von den Möglichkeiten einer vernünftigen Raumordnung Gebrauch gemacht haben. Ich glaube nicht, dass es hier grosse Probleme geben wird.

Zum Gedanken des Föderalismus: Ich habe in der letzten Sitzung der Koordinationskommission etwas salopp gesagt, dass ich diesen Wunsch vor der Aussenpolitischen und vor der Staatspolitischen Kommission deponieren werde. Aber wenn sich dann die Kantone als Schlafwagengesellschaften herausstellen, nützen die schönsten Worte und die schönsten Uebergangsbestimmungen nichts. Es geht darum, dass die Kantone, die ja eine universale Zuständigkeit im Aufgreifen von Aufgaben haben, das nötige Geschick beweisen, um kantonsadäquat Aufgaben anzupacken - auf kulturellem Gebiet, auf sozialem Gebiet, im Bildungsbereich sind noch viele Möglichkeiten offen. Es kommt wirklich darauf an, dass erstens die Kantone ihre Autonomie

auch ausnützen und dass zweitens den Kantonen noch genügend Steuersubstrat übrig bleibt. Wir wollen nicht Verhältnisse bekommen wie in der République Française, wo in den einzelnen Regionen, Departemente und Gemeinden ein Ungleichgewicht besteht zwischen den finanziellen Kompetenzen und dem eigenen und dem übertragenen Wirkungskreis; mit anderen Worten: Wir wollen nicht, dass man eine Aufgabe, die man erfüllen soll, nicht finanzieren kann. - Hier könnten still und leise kantonale Kompetenzen entzogen werden, ohne dass man die Bundesverfassung ändert.

Frey Walter: Herr Jenny, Sie haben gesagt, dass es kantonale Gesetzesänderungen brauchen wird, um den EWR-Vertrag in der Schweiz zum Leben zu bringen. Was passiert nun, wenn in einem Kanton das Volk sich erfrechen würde, zu einer solchen notwendigen Gesetzesänderung nein zu sagen? Beahlt dann im Hinblick auf die zu erwartenden Retorsionsmassnahmen der Bund die Zeche, oder wie geht das vor sich?

Jenny: In meiner Staatsphilosophie hat sich das Volk noch nie "erfrecht", etwas abzulehnen, sondern hat es für richtig befunden. Wenn das Volk einmal ein solches Gesetz ablehnen sollte, wäre noch kein Unglück geschehen, insofern als wir auch noch Richterinnen und Richter haben. Wenn es zu einem Konflikt kommt, werden diese eine Lösung finden müssen. Das kann natürlich nicht auf die Länge andauern.

Ein Beispiel: Seit 1884 haben wir in der Bundesverfassung das Doppelbesteuerungsverbot. Jeder Versuch, ein eidgenössisches Doppelbesteuerungsgesetz zu schaffen, ist misslungen, und das Bundesgericht hat durch Richterrecht diese Lücke ergänzen müssen. - Ich würde aber den Weg über die Rechtspflege nicht als Wunschweg bezeichnen.

Ruf: Herr Jenny, wie sehen Sie die Problematik der Freizügigkeit in der beruflichen Vorsorge nach EWR-Normen?

Jenny: Es gibt das Problem, dass jemand, der von Frankreich, wo die Sécurité Sociale spielt, nach Basel kommt und sich in einer Pensionskasse einkaufen muss. Diese Problematik wird vom EWRV nicht beseitigt. Es heisst nicht, dass man die EWR-Angehörigen ohne Einkaufssumme aufnehmen müsse; es heisst nur, dass man von diesen nicht eine höhere Einkaufssumme verlangen kann als von den Schweizerinnen und Schweizern. - Die BVG-Problematik wird also durch den EWRV nicht gelöst.

Frau Nabholz: Herr Jenny, Sie haben zu Recht ausgeführt, dass die kantonalen Gerichte sofort EG-Recht anzuwenden haben, unabhängig davon, ob unsere Gesetze angepasst sind oder nicht. Warten eigentlich die Kantone auch zu mit der entsprechenden Ausbildung dieser rechtspflegenden Behörden, damit eine gewisse Rechtssicherheit für die Rechtssuchenden entsteht? - Ich habe in kontradiktorischen Veranstaltungen schon öfters das Argument gehört, dass mit dieser Freizügigkeit und der gegenseitigen Anerkennung der Diplome in unserem Bildungswesen eine Nivellierung eintreten würde. Teilen Sie diese Befürchtung?

Jenny: Sehr viele Kantone führen bereits jetzt Seminare durch.

Ich hatte die grosse Ehre, anfangs April vor 300 höheren Beamtinnen und Beamten - darunter selbstverständlich auch Gerichtspersonen - des Kantons Zürich an einem Seminar teilzunehmen. Der Kanton Thurgau wird anfangs Juli ein Seminar durchführen, der Kanton Baselland bereitet ein entsprechendes Seminar vor, und auch in der Suisse Romande sind intensive Vorbereitungen im Gange.- Was mich immer wieder erfreut hat, ist die Motivation der Leute, trotz Ungewissheit über den EWR-Entscheid doch für eine Annahme des EWR-Vertrages gerüstet zu sein. Es kommt natürlich auf jeden Kanton an, ob er die Initiative für Vorbereitungen ergreift oder nicht. Für die Aenderung des kantonalen Rechts sind in mehreren Kantonen Arbeitsgruppen geschaffen worden, in welchen die entsprechenden Amtsstellen vertreten waren.

Zur Nivellierung des Bildungswesens: Es ist natürlich eine ganz grosse Frage, ob wir einem Arzt, der bei uns sein Staatsexamen abgelegt hat, mehr Kredit einräumen oder einem, der dies in Padua gemacht hat. Ich glaube eigentlich nicht, dass hier eine allzu grosse Gefahr besteht. Aber was mich bekümmert - ich bin im Nebenamt Dozent an der juristischen Fakultät Basel -: Vor drei Jahren hatten wir in Basel eine Konferenz aller juristischen Fakultäten. Dort haben die Damen und Herren einander erklärt, dass ein Lizentiat der Universität X nicht dazu berechtigen könne, dass man an der Universität Y ein Dissertationsthema bekomme! Auch hier wurde mit der Nivellierung des Bildungswesens argumentiert. Ich glaube, dass wir hier alle noch viel zu lernen haben.

Exposé de M. Veyrassat : cf. annexe 2

M. Tschopp : Ce matin, M. Triponez, pour l'USAM, a essayé de nous convaincre que non seulement pour les arts et métiers, mais pour l'économie en général, les perspectives EEE+adhésion à la CE étaient globalement néfastes. Vous dites très clairement le contraire.

Ma question fait suite à votre insistance sur les coûts d'ajustement qui, dans la perspective EEE et adhésion ultérieure, permettront à court terme une meilleure évolution économique.

Vous avez dû envisager un scénario de catastrophe sans EEE ni adhésion. Quel avenir voyez-vous, en particulier pour les entreprises actives sur les marchés étrangers? Vont-elles quitter la Suisse en emmenant avec elles une certaine quantité de population résidente à haute valeur ajoutée, ou trouvera-t-on quelque autre solution?

M. Veyrassat : Je rappelle que l'EEE est une bonne affaire pour l'économie suisse. En d'autres termes, j'espère vivement que le scénario que vous venez d'évoquer ne se présentera pas. Pourquoi? D'abord, il y a le risque de discrimination : pour nombre d'industries suisses, le problème de la discrimination se poserait avec grande acuité, notamment pour l'industrie des machines et des appareils, qui rencontrerait des entraves techniques à l'exportation, ou pour le cloisonnement des marchés publics (Oeffentliches Beschaffungswesen), ou pour

l'industrie chimique (produits pharmaceutiques), ou pour l'industrie alimentaire (déjà entravée actuellement). Le problème de la discrimination s'aggraverait et celle-ci deviendrait plus tangible qu'elle ne l'est actuellement dans certaines branches.

Même remarque pour certaines activités du secteur tertiaire: M. J.-P. Chapuis pourra vous en parler cet après-midi. Pour les banques et les assurances, s'il n'y a pas d'EEE, il n'y aura pas de licence unique et ces branches de notre économie seraient alors discriminées sur le marché de la Communauté. Autre point important: nous ne pourrions pas profiter de la libre circulation des personnes. On peut aussi prévoir qu'il se produira davantage de transferts d'entreprises, le phénomène actuel n'ayant pas encore une telle gravité.

Si le peuple et les cantons refusent l'EEE, notre stratégie de substitution est simple: d'abord, nous plaiderons pour la voie bilatérale pendant un certain temps, - encore faut-il être deux. La CE sera-t-elle prête à conclure de tels accords avec la Suisse? J'en doute un peu. En outre, nous pousserons alors le programme interne de déréglementation et de libéralisation.

Frau Stamm: Herr Veyrassat, Sie haben gesagt, dass wir wegen des EWR nicht unsere handelspolitischen Beziehungen zu den Ländern ausserhalb dieses Raumes vergessen dürfen. Im Rahmen der EG wird das ja vorbei sein, weil ja die EG die Aussenhandelspolitik macht. Sie haben auch gesagt, dass diese etwas weniger liberal als unsere Aussenhandelspolitik ist. Ist das eigentlich ein grosser Nachteil für unsere Industrie? Nehmen Sie das einfach in Kauf für die Vorteile?

M. Veyrassat: J'ai voulu exprimer notre souhait que la Suisse reste, si elle devient membre un jour de la CE, l'avocat du libre-échange, et donc, qu'à l'intérieur de la CE, nous constituions des coalitions avec les autres libre-échangistes à l'intérieur de la CE, et il en existe: l'Allemagne, la Hollande, le Danemark, souvent la Grande-Bretagne. Donc, j'ai voulu demander que le jour où, par hypothèse, nous deviendrions membres de la CE, nous soyions de ceux qui se battent pour que l'Europe ne soit pas la forteresse que certains décrivent.

Frey Walter: Herr Veyrassat, betrachten Sie die Uebernahme der horizontalen Politiken im Sozialbereich als eine Stärkung oder eine Schwächung für die Wettbewerbskraft der schweizerischen Industrie?

M. Veyrassat: M. Kappeler pourra me corriger cet après-midi. J'ai dit que pour nous, dans la reprise de l'acquis communautaire, et dans le traité EEE en général, ce problème de la politique sociale est primordial. Pour nous c'est plus un souci qu'un atout, voire un désavantage. Nous pensons qu'il eût été préférable d'en rester au système décentralisé, c'est-à-dire d'appliquer dans ce domaine, comme on le fait aujourd'hui, la subsidiarité. Malheureusement, ce n'est pas cette voie que nous ouvre le Traité sur l'EEE.

Unterbruch der Sitzung von 13.30 bis 14.50 Uhr
Interruption de la séance de 13h30 à 14h50

Exposé von Herrn Kappeler:

Ich werde mich auf einige sozialpolitische und wirtschaftliche Fragen konzentrieren. Vorab aber ein kleines Muster, das mir heute morgen widerfahren ist, als ich dachte, es wäre doch sehr geschickt, die Studie über die Bevölkerungsentwicklung, die Herr Triponez erwähnt hat, hierher faxen zu lassen. Ich habe dem Statistischen Amt der Eidgenossenschaft telefoniert; aber es gelang mir trotz mehrerer Versuche nicht, mit der zuständigen Stelle in Kontakt zu treten. Dagegen war ich kürzlich in Luxemburg im Amt für amtliche Publikationen der EG, bin mit dem Lift in den 4. Stock des Gebäudes gefahren, habe dort die Gestelle selbst nach den gewünschten Dokumenten abgesehen und bin, ohne etwas zu bezahlen, wieder gegangen. Dies ein kleines Stimmungsbild, wie Bürokratie sich in der Schweiz und in der EG auswirken kann, wobei das sicher nur Einzelbeispiele sind.

Unsere europabefürwortende Haltung begründet sich einerseits aus den Überlegungen, dass wir in der Schweiz sehr viele Punkte der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Integration bereits vorweggenommen haben. Wir werden also nicht irgend einmal künftig die Souveränität verlieren, sondern wir haben sie in wichtigen Punkten bereits mit anderen Staaten geteilt. Das Freihandelsabkommen von 1972/73 stellt den freien Güterverkehr mit ganz Europa her, und niemand erwacht heutzutage eines morgens und bedauert, dass er keine Initiative mehr gegen Papiereinfuhren erlassen kann. Wir können auch Dienstleistungen austauschen, unsere Zinsen sind bereits fast auf europäisches Niveau angestiegen, die Firmen investieren gemäss ihrer - europäischen oder globalen - Standortsgographie, die Regionen Europas konkurrieren gegenüber den Firmen um die knappen Arbeitsplätze, und wir haben im eigenen Land bereits 2/3 Millionen Europabürger als Arbeitskräfte. Wir sind also bereits sehr stark integriert.

Ich möchte mich nun aber auf die Punkte konzentrieren, die aus der Perspektive der Arbeitnehmer sehr wichtig sind, nämlich die vier Freiheiten.

a) Die Freizügigkeit der Personen

Wir meinen ja immer, wir hätten bisher eine starre und sehr restriktive Fremdarbeiterpolitik betrieben, die es nun abzuschaffen gelte. Man darf immerhin anmerken, dass wir trotz dieser sogenannten starren Fremdarbeiterpolitik eine Million ausländischer Erwerbstätiger im Lande haben. Wir haben die im Verhältnis zu unserer eigenen Erwerbsbevölkerung grösste Einwanderung aller Industrieländer gekannt. Allerdings sind eben diese Einwanderer hauptsächlich als Saisoniers eingetreten und hatten sich fünf - jetzt vier - Jahre lang zu bewähren, wo sie die Stelle nicht wechseln durften, wo sie in dem Sinn auch erpressbar, verbilligt waren, und wo sie daher erst recht die Nachfrage weckten. Das hat zu den bekannten Strukturschwächen geführt. Gewisse Branchen haben sich auf diese billigen Arbeitskräfte verlassen und zu wenig rationalisiert.

Die europäische Freizügigkeit wird, wenn man unsere bisherige Politik so einschätzt, kaum eine verstärkte Einwanderung bringen. Die saisonalen Arbeitskräfte werden etwas teurer - es wird sie weiterhin geben, aber sie werden nicht mehr durch das Statut beschränkt sein. Sie werden jetzt wählerischer, werden aber kaum einen spürbaren Familiennachzug ausüben; einerseits sind die Hälfte der Saisoniers nicht verheiratet, andererseits würde ein Saisonarbeiter oder eine Saisonarbeiterin dadurch ihren Vorteil preisgeben, der gerade darin besteht, in einem Hochlohnland zu verdienen und die Familienlasten in einem Tiefpreisland zu haben. Die Saisonarbeitskraft tritt auch als letzte auf dem Wohnungsmarkt auf, hat somit die teuersten Wohnungen auszuwählen, und auch darum glauben wir nicht an eine massive Einwanderung. Das bezieht sich auch auf das Beispiel des Coiffeurs, das Herr Triponez angesprochen hat: Ein palermitanischer Coiffeur hier in Lyss muss auch die teuerste Wohnung nehmen, die eben noch frei ist, er muss sich die Räumlichkeiten zu den gleich teuren Bedingungen wie die Konkurrenten beschaffen, die gleich hohen Zinsen bezahlen, die gleichen Baubewilligungen, Betriebsbewilligungen usw. einholen. Wir glauben, dass diese materiellen Schranken sehr, sehr stark wirken.

In Grenzregionen dagegen könnten einige Probleme auftreten. Die Bedingungen für Grenzgänger sind heute durch die Kantone zu regeln, und sie unterstehen überdies der Verordnung im Ausländerrecht, welche zur Bewilligung von Grenzgängern vorsieht, dass der Arbeitgeber die minimalen Arbeitsbedingungen, die von den Kantonen zu definieren sind, einhalten muss. Wir schätzen, dass heute alle Saisoniers, alle Grenzgänger und sehr viele Jahresaufenthalter von dieser Mindestlohnregelung geschützt sind und dass ungefähr ein Achtel aller schweizerischen Arbeitsplätze unter einem Mindestlohnregime kantonaler Art steht. Das glaubt man zuerst gar nicht, aber es ist unsere Schätzung. Demgegenüber würde die Oeffnung der Grenzen für die europäische Freizügigkeit zu einer Streichung dieses Mindestlohnschutzes, der heute besteht, führen. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass im Obligationenrecht diese Mindestlohnkompetenz für die Kantone weitergeführt - nicht eingeführt - werden sollte. Natürlich erga omnes, damit sie nicht diskriminierend ist. Dies soll nur eine Kompetenz der Kantone sein, nach Absprache mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern Regelungen zu erlassen, wenn überhaupt. Die Arbeitgeber sind durchaus interessiert daran, denn kein Arbeitgeber hat ein Interesse, konkurrenziert zu werden durch einen anderen Arbeitgeber, der soziales Dumping mit rasch importierten Grenzgängerinnen und Grenzgängern macht. Schliesslich sind solche Mindestlohnregelungen nur branchenweise zu erlassen dort, wo wirklich Missstände bestehen. Wir glauben, dass durch eine solche Bestimmung im OR die allfällig drohenden Lohnunterbietungen in Grenzgebieten verhindert würden. Eine zweite Regelung, die wir befürworten würden, könnte darin bestehen, dass die Gesamtarbeitsverträge noch etwas erleichtert allgemeinverbindlich erklärt werden könnten. Die Bundesrepublik kennt eine leichtere Allgemeinverbindlichklärung als die Schweiz, und das ist sicher eine Erklärung dafür, dass die BRD als - zusammen mit Dänemark - reichstes Land der EG nach 34 Jahren ihr Lohnniveau recht gut schützen

konnte. Diese beiden Bestimmungen scheinen uns nötig- aber nicht mehr -, um Einbrüche im Lohnbereich zu verhindern.

Vielleicht auch ein Blick auf die Zustände ausserhalb der Schweiz, der zeigt, dass keine grossen Einwanderungsströme zu erwarten sind: Wenn Sie die Herkunftsländer, die für Migrationswellen überhaupt in Frage kommen, betrachten, stellen Sie fest, dass die südlichen Länder der EG heute sehr markante Wachstumsraten kennen, dass sie sinkende Arbeitslosenzahlen aufweisen - vor allem Portugal als ausserordentliches Beispiel, wo die Arbeitslosigkeit gegen 4 Prozent tendiert -; Sie machen die Beobachtung, dass Spanien heute ein Nettoeinwanderungsland ist, die Beobachtung, dass zurzeit mehr Italiener nach Italien zurückkehren als neu in die Schweiz kommen, und schliesslich die Beobachtung, dass die Fruchtbarkeitsraten in Spanien und in Italien deutlich unter jenen der Schweiz liegen. Das alles führt uns zum Schluss, dass wir gegenüber den 50er und 60er Jahren in einer völlig veränderten Situation sind. Wir haben in Südeuropa glänzende Wirtschaftsaussichten und kleine Bevölkerungszunahmen. Unter Franco und Salazar herrschten aussichtslose Wirtschaftsaussichten, und gleichzeitig waren die Familien noch sehr viel grösser. Hier hat sich andernorts - nicht bei uns - sehr viel verändert, und der eigentliche Druck zur Einwanderung kommt ja heute eher aus Jugoslawien, aus Osteuropa oder der Türkei, aus Ländern also, wo wir auch im EWR autonom bleiben und Migrationsströme bilateral regeln können. - Aus allen diesen Gründen halten wir einen Druck auf das Lohnniveau - abgesehen von den Grenzregionen - nicht für wahrscheinlich; wir glauben sogar, dass die Liberalisierung der Saisonarbeit zu höheren Lohnforderungen der betreffenden Einwanderer führen könnte, jedenfalls aber zu einer kleineren Nachfrage der Unternehmer nach solchen Arbeitskräften.

Schliesslich eine ökonomische Ueberlegung: Es zeigt sich, dass in der EG tatsächlich sehr unterschiedliche - nominale - Lohnniveaus bestehen: Man bezahlt in Deutschland gut und gerne das Doppelte wie in Schottland. Aber die Produktivität, also die Leistung pro Stunde, die man mit diesen Stundenlöhnen einkauft, ist genauso unterschiedlich, was dazu führt, dass die Lohnstückkosten wieder etwa gleich sind - man bezahlt also doppelt so viel in Deutschland für eine doppelt so hohe Stückproduktion pro Stunde. Die Lohnstückkosten sind ein gutes Mass für die Konkurrenzfähigkeit, und hier glaube ich, dass die Schweiz sich in guter Nachbarschaft zu Deutschland befindet, obwohl sie in der zitierten EG-Studie nicht angeführt ist. Dass wir annehmen dürfen, dass unsere Produktivität ähnlich liegt wie in Deutschland, beweisen wir ja dadurch, dass wir seit 19 Jahren trotz des freien Güterverkehrs konkurrenzfähig geblieben sind.

Die Arbeitslosigkeit wird sich entsprechend diesen Erwartungen auch nicht einfach wie ein Oelfleck auf Wasser bei uns ausbreiten. Es ist wiederum festzustellen, dass die einzelnen Länder innerhalb der EG ja ganz unterschiedliche Arbeitslosigkeitsraten aufweisen. Norddeutschland kennt Arbeitslosenraten weit über 10 Prozent, in Süddeutschland dagegen liegt die Rate bei 3 bis 4 Prozent, im Südtirol bei 2.4 Prozent und in Süditalien ebenfalls bei weit über 10 Prozent. Man sieht, dass

die Arbeitslosen der Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit nicht die Gebiete mit geringerer Arbeitslosigkeit überfallen. Es gibt auch hier markante Barrieren gegen eine unbeschränkte Mobilität - kulturelle, sprachliche, sozialversicherungsmässige. Zusammenfassend zeigt die bisherige Praxis der EG-Einzelländer wie auch der EG als Ganzes, dass weder die Löhne sich auf einem schalen Mittelmass treffen noch die Arbeitslosenraten sich auf einem Mittelpunkt angleichen. Offenbar bestimmen immer noch andere, wesentliche Wettbewerbsfaktoren über Vollbeschäftigung oder Arbeitslosigkeit, als da sind: Dynamik der Industrie und der Investitionen, Berufsbildung, Infrastrukturen, Verkehrsgunst, Regionalpolitik, verfügbares Land, industrielle Disziplin - wo wir auch gut, zu gut manchmal, abschneiden. Diese Ueberlegungen sollen Ihnen darlegen, warum wir relativ angstfrei in die EG und umso mehr in den EWR eintreten könnten. Wir glauben, dass man von den Beobachtungen in der EG ausgehen kann; denn so anders sind wir nicht, so vieles ändert sich auch nicht, und so unbeholfen sind unsere Industrie und unsere Behörden auch nicht, wie ein Angstszenario unterschieben würde.

b) Freier Güterverkehr

Wie gesagt, besteht seit 19 Jahren der volle, freie Güterverkehr mit der EG, und wir haben mit unseren Löhnen und unseren Produktivitäten diesen Wettbewerb ausgehalten und bestritten. Hinzu kommt jetzt noch das sog. Cassis-de-Dijon-Prinzip, wonach ein Produzent in einem EWR-Mitgliedsland nur die Normen seines Herkunftslandes zu erfüllen hat und trotzdem in alle anderen 18 Mitgliedstaaten exportieren darf - dort wo keine gemeinschaftlichen Regelungen bestehen. Damit können natürlich grössere Serien gemacht werden und nicht nur Serien für jedes einzelne Land.

Soweit durch die Freiheit des Güterverkehrs eine weitergehende internationale Arbeitsteilung eintritt, ist sie die Verlängerung des bisherigen Trends, des bisherigen Freihandels, und wenn die damit verbundenen negativen Umwelteffekte nicht gewünscht werden, vor allem, wenn die in dieser internationalen Arbeitsteilung erzeugten Produkte auf der Strasse ausgetauscht werden, dann sind eben die entsprechenden Belastungen des Güterverkehrs einzuführen, ist die Internalisierung der sozialen Kosten durchzusetzen, und hierzu scheint uns die europäische Ebene geeigneter als die nationale. Jedes einzelne Land Europas unterliegt genügend Opposition seiner Industrien, dass es gerade nicht vorangeht und diese Internalisierung mittels Schwerverkehrssteuern, CO₂-Steuern usw. nicht vornimmt. Eine koordinierte Einführung auf europäischer Ebene dagegen könnte die Konkurrenzangst wegnehmen. Dass hier bereits Bestrebungen mit einiger Aussicht auf Erfolg vorhanden sind, zeigen die Diskussionen der letzten Monate. Im Hinblick auf den Erdgipfel von Rio hat die EG ihre Bestrebungen intern etwas zurückgenommen und sie an das Einverständnis anderer grosser Handelsblöcke - Japan und USA - gekettet; das war sicher eine gute taktische Haltung; aber ich bin der Meinung, dass die EG das Problem in den nächsten Monaten wieder aufnehmen wird und auch so zu einer Korrektur der Transportströme gelangen wird.

Schliesslich der Negativaspekt: Wenn keine europäische Integration zustande käme, erwarten wir, dass Firmen, die -

nach ihren Begriffen - in Europa noch nicht optimal verankert sind, eine derart aussichtslose Situation zum Anlass nähmen, nicht mehr in der Schweiz zu investieren. Allein schon eine Verzögerung des Europabeitritts um zehn Jahre würde in einer halbwegs dynamischen Branche zwei bis drei Investitionszyklen umfassen. Es ist keinem Unternehmer zu verdenken, wenn er dann diese zwei oder drei Erneuerungsrounds nicht mehr in der Schweiz macht. Was die Industrie, vor allem diejenigen Unternehmen, die noch nicht europäische Stützpunkte haben, braucht, ist eine ganz klare Perspektive, die Perspektive, dass die Integration vor der Tür steht. Sonst befürchten wir Arbeitsplatzverluste.

c) Freier Dienstleistungsverkehr

Hier möchte ich mich nicht lange aufhalten. Sie haben es schon gehört: Es braucht noch gewisse Europäisierungen, die Lizenzen z. B. sollten für ganz Europa gelten. Es gehören auch die Aspekte der freien Berufe dazu, die freien Berufe, die heute in der Schweiz teilweise durch Standesordnungen und/oder öffentlich-rechtliche Regelungen geschützt sind. Hier wird eine gewisse Konkurrenzierung möglich sein. Ich sage *möglich*, denn ob sie benützt wird, ist wiederum von anderen Faktoren abhängig. Der Präsident der Deutschen Ärztegesellschaft hat an einer Tagung in der Schweiz vor einem Jahr zu bedenken gegeben, dass trotz grosser Ängste deutscher Ärzte, sich von den rund 20'000 arbeitslosen italienischen Ärzten überschwemmt zu sehen, eigentlich recht wenig passiert ist. Per saldo sind offenbar ungefähr 600 bis 900 ausländische Ärzte aus dem EG-Raum in die BRD zugezogen. Auch hier spielen die Niederlassung, die Raumbeschaffung, die Sprache, die kulturellen Schwierigkeiten eine enorme Rolle. - Auch hier wäre nicht zu erwarten, dass sich sehr vieles ändert; allenfalls da und dort eine etwas vorsichtigere Tarifierung, etwas vorsichtigere Margen könnten dem Konsumenten zugute kommen.

d) Freier Kapitalverkehr

Wir kennen diese Freiheit seit der Abschaffung der Negativzinsen in den 70er Jahren. Wir sind damit lange allein gewesen; jetzt aber haben die Finanzplätze der EG aufgeholt. Sie haben die Kapitalverkehrsfreiheit eingeführt und werden sie auf den 1.1.1993 vollends einrichten. Sie haben diese auch unterlegt mit einem relativ einheitlichen Wirtschaftsrecht. Das Aktienrecht ist vereinheitlicht worden, das Börsenrecht ist in Bearbeitung. Das führt dazu, dass zusammen mit dem europäischen Währungssystem, das eine relative Sicherheit gegen Schwankungen bietet, Anlagen im Ausland sehr vergleichbar mit den Bedingungen in der Schweiz geworden sind. Etwas überspitzt gesagt bietet eine Investition in eine spanische Aktie oder in eine spanische Staatsobligation heute die gleiche Transparenz, die gleiche Sicherheit und eine höhere Rentabilität als eine Investition in der Schweiz, und auch die Währungsschwankungen sind vernachlässigbar. Wer hätte das beim Tode Francos vor 17 Jahren gedacht?

Es hat sich also im Ausland ungeheuer viel verändert, und das erklärt, dass bei Vorwalten des freien Kapitalverkehrs auch unsererseits die Zinsen sich angleichen, dass wir gezwungen sind, das Kapitalmarktrecht, das Börsenrecht, das

Anlagefondsrecht usw. an jenes der EG anzugleichen - mit oder ohne Integration. Diese Erfahrung machen wir heute; wer behauptet, dass wir in der Kapitalmarktrechtspolitik unabhängig wären, weckt Illusionen oder schiebt uns auf den Weg eines sehr übelbeurteilten Monacos oder Liechtensteins. Wenn wir uns wirklich einen Finanzplatzvorteil zusätzlich ergattern wollten, müssten wir uns auf die untere Etage begeben, auf eine Etage, die in der EG nicht mehr zugelassen ist, und die von der EG - sollte sie tatsächlich zu einem wesentlichen Wettbewerbsvorteil der Schweiz führen - wirksam mit anderen Massnahmen sanktioniert werden könnte. Kurz, hier müssen wir klar sehen, dass wir ein Interesse an der Integration haben und dass die Alternative schon gar nicht mehr besteht.

Die Ausschreibung öffentlicher Bauten und Beschaffungen wird insofern nicht zu sozialen Spannungen führen, als der Bundesrat bereits entschlossen ist, die lokalen Arbeitsbedingungen bei Bauten vorzuschreiben, und das erwarten wir auch von den Kantonen. Damit werden ausländische Anbieter gezwungen, die doch wesentlichen Konkurrenzfaktoren der Löhne miteinzu-beziehen, und die Konkurrenz erstreckt sich dann wirklich nur noch auf das rein Unternehmerische, auf Effizienz, gute Organisation usw. Das ist willkommen. Es würde in der Schweiz gewisse Preisvergünstigungen für die öffentliche Hand erbringen, es würde andererseits aber auch der schweizerischen Industrie erlauben, auf den öffentlichen Märkten der anderen EWR-Staaten endlich einmal gleichberechtigt aufzutreten - wir müssen uns in dieser ganzen Debatte immer wieder auch daran erinnern, dass wir sehr viel zu gewinnen haben und dass wir gut sind. Das betrifft neben dem Bausektor auch die Unternehmungen welche die Telekommunikationsindustrie beliefern, Kabelindustrie, Schienenverkehr, Waggon- und Lokomotiven-industrie usw. Hier haben wir schlagkräftige Unternehmungen, die in einem EWR endlich einmal die Aufträge auch von der Schweiz aus ausführen dürften. Heute müssen sie meistens versprechen, dass sie diese durch Filialen, die in den entsprechenden Ländern gelegen sind, abwickeln, und damit ist der Arbeitsplatzgewinn in der Schweiz gleich null. Wir erwarten also auch hier einen Arbeitsplatzgewinn für den Offertsteller, der von der Schweiz aus die öffentlichen Märkte im EWR beliefern kann.

Die horizontalen Politiken, d.h. also die Angleichung vor allem im Wirtschafts-, im Sozial- und im Umweltsrecht erfüllen uns mit einer gewissen Zuversicht. Ich habe schon erwähnt, dass wir schon heute gezwungen sind, uns hier anzugleichen, weil die anderen effektiv eine effiziente und transparente Kapitalmarkt-organisation aufgebaut haben, die imitiert werden muss - bei Strafe des Untergangs. Ähnliches gilt im Kartellrecht: Die EG wendet heute schon ihr Kartellrecht extraterritorial an, d. h. wenn Wirkungen von Kartellen, die ausserhalb der EG geschlossen worden sind, im EG-Raum spürbar sind, scheut sich die EG schon seit Jahrzehnten nicht, diese Firmen mit hohen Bussen ins Visier zu nehmen. Die höchste je ausgefallte Busse der EG-Kartellbehörden wurde übrigens gegenüber einer Firma, die in der Schweiz ansässig ist, ausgefällt, nämlich gegen die Tetrapack.

Im Umweltrecht habe ich unsere begründete Hoffnung schon erläutert, dass die Chance, Durchbrüche zu erzielen, durch eine europaweite Übereinstimmung der Staaten grösser ist als durch einzelkämpferisches Vorgehen im einzelnen Industrieland, wo sich die visierten Interessen immer auf den Konkurrenznachteil berufen können.

In der Sozialpolitik sind wir der Meinung, dass sicher auch das gleiche Prinzip des dynamischen Konsenses spielen wird. Es ist durchaus denkbar, dass gewisse Staaten sich zu gewissen minimalen arbeitsrechtlichen sozialen Vorschriften durchringen können, wenn sie wissen, dass die anderen sich auch daran halten müssen. Das ist übrigens die Erklärung dafür, dass Deutschland unter einer bürgerlichen Regierung heute sozialpolitische Forderungen innerhalb der EG immer unterstützt, da Deutschland sie schon hat, und jetzt natürlich darauf aus ist, dass auch andere Länder sich daran halten müssen.

Nun glaube ich aber, dass wir Gewerkschaften, wie bisher, nicht verwöhnt werden. Erstens einmal sind die Paarregelungen - es sind nicht sehr viele, die bisher gemacht worden sind - ausserordentlich vorsichtig. Zweitens bestehen grosse Klüfte für künftige Regelungen, die ja in Maastricht sogar dazu geführt haben, dass England ausgeschert ist. Aber auch sonst sind die südlichen Staaten der EG sehr skeptisch gegenüber den Versuchen der reicheren und sozial weiter fortgeschrittenen nördlichen EG-Staaten, auch ihnen solche Auflagen zu machen. Es ist nicht zu erwarten, dass einschneidende, über dem Durchschnitt liegende, soziale oder arbeitsrechtliche Beschlüsse aus Brüssel kommen werden. Vor allem werden sie keine Lohnfestsetzungen und keine Arbeitszeitfestsetzungen bringen. Alles, was man bisher sieht - das ganze Programm der Sozialcharta in etwa 50 Richtlinien ist bereits in Umrissen vorgestellt worden - sind Höchstarbeitszeiten, die bei 48 Stunden liegen könnten. Es werden allenfalls auch Höchst-Schichtarbeitszeiten kommen, Höchst-Nachtarbeitszeiten, nicht aber Arbeitszeiten, die in bestehende Normalarbeitszeiten eingreifen.

Wir unterlassen es aus guten Gründen, unserer eigenen Mitgliedschaft gegenüber von der Sozialpolitik in Europa zu schwärmen. Wir können ihnen nichts versprechen, und wir sind auch überzeugt, dass das nie genügend sein wird, um die Befürchtungen andernorts - Lohndumping, Arbeitslosigkeit usw. - zu besänftigen. Wir haben gute Gründe, uns auf die anderen Argumente zu stützen und dort Klarheit zu schaffen. Es kann nicht behauptet werden, dass die schweizerischen Gewerkschaften einige innenpolitische Niederlagen nun in Brüssel nachzuholen versuchten; denn die Resultate sind einfach zu wenig klar und zu wenig umfassend.

Ein letzter Gedanke in diesem sozialpolitischen Gebiet: Letztenendes wird sich die Schweizer Industrie nie wieder auf den Pfad der Billigarbeitskräfte, des Sozial- oder Lohndumpings begeben dürfen. Das ist nicht die Variante, mit der wir den internationalen Wettbewerb gewinnen werden. Wir werden ihn gewinnen mit hoher Technologie, mit guter Ausbildung, mit sensationellen Infrastrukturen, und es wäre kurzsichtig und

unserer eigenen Industriegeschichte untreu zu meinen, man könnte mit Zurückhalten bei sozialen Verbesserungen allenfalls der Wettbewerbskraft noch etwas zufügen. Unsere Wettbewerbskraft beruht auf dem einmaligen Zusammenspiel von Arbeit und Kapital, auf dem Einvernehmen aller an der Wertschöpfung Beteiligten. Dieses Einvernehmen zu fördern ist ein Anliegen der Konkurrenzfähigkeit. Das bringt uns vorwärts. Auch die neuesten Entwicklungen in Japan unter dem Stichwort der Lean Production zeigen, dass genau dies der Konkurrenzvorteil Japans ist: das Einvernehmen aller in einem Betrieb zusammenarbeitenden Kräfte zugunsten reibungsloser Produktion, zugunsten einer Mobilisierung des Interesses am Betrieb, am Produkt und an der Innovation. Wenn Sie das erreichen, gewinnen Sie den internationalen Wettbewerb. Hierzu brauchen Sie ein gutes Sozialklima, soziale Sicherheit, kein Diktatorenklima im Betrieb - ich erinnere daran, dass die japanischen Betriebe in den Hauptindustrien - nicht in den Zulieferindustrien - sozusagen das lebenslange Arbeits- und Betriebszugehörigkeitsrecht kennen, also gerade nicht Zuckerbrot und Peitsche. - Besinnen wir uns auf die tatsächlichen und bei der 70-Jahr-Feier des Friedensabkommens auch beschworenen Vorteile des Industriestandortes Schweiz, nämlich an das Einvernehmen der an der Wertschöpfung beteiligten Gruppen!

Die Notwendigkeit eines EG-Beitritts im besonderen

Eine rein wirtschaftliche Integration kann mit dem EWR weitgehend erzielt werden. Einige Postulate wie z. B. die Lösung des passiven Veredelungsverkehrs im Textilsektor würden draussen bleiben; nun, das könnte gelöst werden. Aber wir glauben, dass der EWR mit der Würde und der Souveränität des Staates nicht vereinbar ist, weil er ja die doppelte Unterjochung bringt und weil wir in der EG nicht mitzureden hätten. Ich glaube daher, dass wir alles Interesse hätten, den zweiten Schritt ebenfalls zu machen. Die Stimmrechtsgewichtung im Ministerrat, die Einstimmigkeit bei wichtigen Fragen, das Subsidiaritätsprinzip sind Dinge, die unserem Föderalismusdenken entsprechen und wo wir ohne Angst mitmachen könnten. Die Angst, es gebe nur ein bestimmtes Volumen an öffentlicher Politik, entweder hier auf nationaler Ebene oder dann in Brüssel, muss der Einsicht weichen, dass das Zufügen einer europäischen Ebene eben ein *Mehr* an gesellschaftlicher Struktur bringt und nicht bloss eine Verschiebung; es ist nicht bloss ein Nullsummenspiel.

Auch die allgemeinen Zeitumstände raten zum EG-Beitritt; Sie haben gerade jetzt hören können, dass die EG offenbar bereit ist, die Efta-Staaten noch ohne institutionelle Änderungen aufzunehmen und dann allenfalls mit den neuen Mitgliedern ihre weitere Ausgestaltung vorzunehmen. Wir stehen also vor der - unwahrscheinlichen - Chance, in der Handhabung des künftigen EG-Föderalismus mitreden zu können, in der Ausgestaltung der Subsidiarität, der Sicherheitspolitik usw. Deshalb glauben wir, dass der EG-Beitritt ein Beitrag ist zur Modernisierung der Schweiz, zur Aufrechterhaltung unserer Standortvorteile im Grossen, auch wenn einige kleinere Strukturen geändert und angepasst werden müssen.

M. Eggly : Ce matin, M. Triponez a parlé du coût social pour

les petites et moyennes entreprises du fait que probablement, la Suisse devrait s'adapter à des conditions sociales extérieures. M. Veyrassat, en réponse à une question perfide de M. W. Frey, est allé aussi dans ce sens. Du point de vue du responsable syndical que vous êtes, qu'en est-il de cette discussion "entre bourgeois", mais au sein de laquelle vous pouvez jouer un rôle très important, de ce risque, pour des entreprises d'une part, de devoir avoir des coûts sociaux plus grands, et d'autre part, pour les travailleurs, de subir une concurrence de la part de travailleurs "à bon marché"? Comment voyez-vous cette discussion?

Kappeler: Zunächst antworten wir mit dem Selbstbewusstsein der Schweiz, dass wir bisher mit guten Löhnen - das geben wir gerne zu - die Konkurrenz ausgehalten haben, dass wir im Güterverkehr und in weiten Teilen des Dienstleistungsverkehrs bereits seit 19 Jahren mit Europa konkurriert haben, dass eben die Stärke der Schweiz auch im sozialen Konsens liegt; dann würde ich noch weiter gehen und sagen, dass die sozialen Kosten, die zusätzlich durch die EG zu erwarten sind, nach allem, was man sehen kann, nicht bedeutend sein werden. Nehmen Sie - wenn man dabei überhaupt von Kosten sprechen kann - die Mitbestimmung: Die Mitbestimmung soll nur für grosse Unternehmungen vorgeschrieben werden, wenn überhaupt; in der EG sind die Diskussionen darüber noch nicht abgeschlossen. Denken Sie an das Aktienrecht: Das Aktienrecht in der EG ist geteilt; für kleine Firmen ist es viel weniger anspruchsvoll als für grosse. Im Kartellrecht gibt es Gruppenfreistellungen für ganze Sektoren der kleingewerblichen Wirtschaft. Das heisst, gerade die EG macht das, was die Schweizer sehr oft nicht machen, nämlich eine Zweiteilung der Wirtschaftsgesetzgebung mit ihren sozialen Aspekten, um die kleinen Betriebe nicht allzu stark zu belasten. Die Sozialversicherungen werden weiterhin durch uns gestaltet werden, und was wir den Wanderarbeitern nach aussen mitzugeben haben, ist im wesentlichen eine Frage der grossen Kassen. Ich kann hier nicht sehen, was neben den erwähnten Aspekten an fühlbaren sozialen Kosten auf die Unternehmungen zukommen könnte.

Ich möchte noch in einer allgemeineren Sicht daran erinnern: Ein französischer Autor - ich weiss gerade nicht, wie er heisst - sprach vom "Rheinischen Modell" und stellte dies dem neoliberalen Modell der angelsächsischen Länder entgegen. Er sagt, das rheinische Modell der Sozialpartnerschaft sei typisch für Europa: man konzertiert sich, man bespricht sich, man gibt und man nimmt, man gesteht sich beidseitig ein Ueberlebensrecht zu, und aus diesem Grund sei eben Kontinentaleuropa schlagkräftiger und moderner als die heute etwas asthmatischen angelsächsischen Volkswirtschaften. "Le modèle rhénan" ist genau das, was ich in den ansatzweisen Bemühungen der EG zur Sozialpolitik erblicke.

Mühlemann: Es wird in der letzten Zeit oft die Behauptung verbreitet, wir würden durch einen EWR-Vertrag wirtschaftliche Nachteile einhandeln, wir würden dadurch ärmer. Kann man behaupten, dass man durch ein Nicht-Abschliessen des EWR-Vertrages noch ärmer werden? Wie antworten Sie auf dieses lapidare Argument?

Kappeler: Ich vermisse immer die Begründungen und Fakten hinter diesen Behauptungen, die sehr für eine Panikmache geeignet sind. Ich glaube, dass das Nicht-Mitmachen nicht alles ändert, sowie das Mitmachen auch nicht alles ändert. Ich bin ebenfalls der Meinung, dass der Freihandelsvertrag bestehen bleibt, wenn wir den EWRV ablehnen, glaube aber nicht, dass wir dann bilateral auf dem Präsentierteller vorgesetzt bekämen, was wir multilateral im EWR nicht erreicht haben.

Aber ich bin überzeugt, dass die Standortpolitik der Firmen dieses neue Datum ernst nehmen würde eines Landes, das im Herzen eines Kontinents liegt und nicht zum Kontinent gehören würde, und wo andere, z. T. unvorhersehbare Regelungen herrschen könnten. Ich darf daran erinnern, dass Ihr Gremium Verkaufsbeschränkungen für Immobilien eingeführt hat, dass der Bundesrat vor 1 1/2 Jahren aus heiterem Himmel erwog, Hypothekarzinsen der Banken nicht mehr voll entgelten zu lassen, sondern einen Teil des Zinsertrags obligatorischerweise aufs Kapital zu schlagen. Solche Massnahmen erschrecken internationale Investoren. Wenn die Schweiz isoliert bleibt, wird man auf politischer Ebene verstärkt auf diese Weise fortfahren, mit Ad-hoc-Regelungen, die ausserordentlich auf die sensible Beobachtung durch internationale Investoren wirken müssten. Man kann daher nicht einfach behaupten, wir hätten dann z. B. einen Zinsvorteil. Gerade angesichts der guten Kapitalmarktöfferten im EG-Raum würde sehr viel schweizerisches Sparkapital abfliessen, und wir vermöchten kein neues anzuziehen, es sei denn, wir würden uns auf die Stufe "Monaco" oder "Panama" begeben. Deshalb ist die These, dass wir die Angleichung an ein europäisches Zinsniveau vermeiden könnten - die ja im wesentlichen schon erfolgt ist - , schlicht und einfach falsch. Es kann auch mit Fug und Recht gefragt werden, ob denn Europa immer ein hohes Zinsniveau haben wird. Die Probleme der Bundesbank und der neuen Bundesländer werden ja irgend einmal auch gelöst oder wenigstens übersichtlicher sein, und es wird auch hier eine andere Situation eintreten.

Von den Investitionen her bin ich überzeugt, dass im Falle eines Nichtbeitritts die Industriellen, die in der Schweiz produzieren, verstärkt Standbeine im EG-Raum errichten werden. Wir haben heute durch Herrn Triponez die authentische Bestätigung bekommen, und Herr Blocher hat das auch schon in Interviews gesagt, dass dann eine Festungmentalität im sozialen und vertragspartnerschaftlichen Bereich auftreten wird, die da heisst: jetzt keine Experimente mehr, jetzt keine guten Löhne mehr, jetzt längere Arbeitszeiten, jetzt die Frauen länger arbeiten lassen usw. Es wird darum gehen, Signale zu setzen, die genau in die entgegengesetzte Richtung einer gut entlohnenden, Kaufkraft schaffenden, optimistischen, hochtechnologischen Wirtschaft gehen, die vielmehr Richtung "Hongkong" gehen, also in Richtung von arbeitsintensiven, schlecht entlohnenden Gesellschaften. Das ist nicht wohlstandstiftend, das vernichtet Wohlstand. Hier scheint es mir sehr klar, dass die Isolation nicht ein Mehr, sondern ein Weniger an wirtschaftlichem Wohlstand bringen würde.

Die bisherige Erfahrung der Schweiz ist eine historisch

geprägte Erfahrung der Nachkriegszeit, wo wir anfangs die besten waren, unversehrt waren, und wo die anderen nun ganz stark aufgeholt haben, indem sie genau das machten, was wir damals, 1945, als gutes Rezept schon hatten.

Bircher Silvio: Herr Kappeler, wie sehen Sie das Szenario für die Lohnentwicklung bei einem Nichtbeitritt? - Es hat mir jüngst ein Bauunternehmer gesagt, er offeriere heute schon im EG-Raum. Wir haben soeben gehört, mit der neuen Submissionsregelung werde dieser Anspruch in Zukunft für Schweizer Unternehmer noch viel stärker fundiert. Aber, hat mir der Unternehmer gesagt, man werde indirekt abgeblockt durch mangelhafte Formularunterbreitung. Er befürchte sehr, dass das auch mit dem gesetzlich garantierten Submissionsanspruch eine Schwierigkeit bleiben würde, dass aber umgekehrt die ausländischen Offertsteller in der Schweiz bei unserer korrekten Handhabung des Gesetzes zu ihrem Recht kämen.

Kappeler: Es wird ja von Gegnern des Beitritts immer gesagt, es würde erstens eine massive Einwanderung kommen und dann würden die Löhne fallen. Nun ist gerade die Nachkriegsgeschichte der Schweiz der Beweis für das Gegenteil: Wir hatten die grösste Einwanderung aller Industrieländer, und wir hatten am Schluss dieser Periode zusammen mit Deutschland die besten Löhne. - Ich glaube, dass abgesehen von Grenzgebieten die Löhne nicht einfach massiv gedrückt werden können von den Arbeitgebern, auch wenn sie das möchten. Einmal sind wir Gewerkschaften da, wir haben Gesamtarbeitsverträge und auch gesetzliche Regelungen. Zweitens spielen die materiellen Umstände der Migration eine wesentliche Rolle. Die Leute können auswählen, sie können sich für jede Stelle interessieren, sie müssen eine Wohnung haben, wenn sie ihre Familie nachziehen wollen - diese Leute können doch nicht für 2'200 Fr. im Monat arbeiten, wenn Schweizer mit 3'500 Fr. Mühe haben, hier zu leben. Aus diesem Grunde glaube ich einfach nicht, es gebe Heerscharen von Leuten, die massiv untertariflich hier in der Schweiz Arbeit annehmen würden, wenn sie nur dürften. Auch sehe ich nicht, woher diese Leute kommen sollten.

Im Submissionswesen habe ich keine grossen Erfahrungen. Ich glaube, solche offensichtliche Austricksereien müsste und könnte man gerichtlich bekämpfen.

Steffen: Was die Masseneinwanderungen betrifft, haben wir Ihre Meinung zur Kenntnis genommen, Herr Kappeler - Sie sind ein Prophet, der sehr intensiv verbreitet, dass hier keine Gefahr auf uns zukommt. Es ist gut, dass wir nicht mehr zu Zeiten des alten Testaments leben; denn damals wurden Propheten, wenn sich ihre Prophezeiungen nicht erfüllt hatten, gesteinigt.

Eine Ihrer Auesserungen hat mich sehr beeindruckt, nämlich die Erklärung, unsere Industrie hätte in den 60er, 70er Jahren sehr viele Fremdarbeiter in die Schweiz geholt, und das hätte zur Folge gehabt, dass zu wenig rationalisiert worden sei. Das gibt mir ein gutes Gefühl; denn ich habe mich seit den 60er Jahren dafür eingesetzt, dass die Fabriken zu den Menschen und nicht die Menschen zu den Fabriken kommen. Dannzumal war leider die Gewerkschaft sehr ruhig und hat sich nicht gegen diese

Entwicklung gewehrt. Massenproduktion in der Schweiz mit billigen Arbeitskräften, das war eine falsche Wirtschaftspolitik. Sie hat leider dazu geführt, dass die "Japanisierung" der schweizerischen Industrie erst mit Verzug stattfindet.

Frage: Zurzeit ist ein Schweizer Bewerber um eine Arbeitsstelle gegenüber einem ausländischen Konkurrenten noch privilegiert. Wird nun dieses Privileg per 1.1.93 ersatzlos aufgehoben?

Kappeler: Die Strategie, die Fabriken zu den Menschen zu bringen, dürfte im europäischen Zusammenhang optimal durchgeführt werden können, indem überall das gleiche Investitionsrecht gilt. Ein Investor, der z. B. in Spanien investiert, hat die Garantie, die Erträge des Kapitals und die Güter jederzeit über jede denkbare Grenze innerhalb der EG verschieben zu können.

Die Bevorzugung von Schweizern wird nach fünf Jahren vorbei sein. Soviel beträgt die Uebergangsfrist zum Abbau aller diskriminierenden Regelungen für Saisoniers. - Gegenüber Grenzgängern sollen nach zwei Jahren keine Beschränkungen mehr bestehen.

Steffen: Wir haben auch eine Menge von Ausländern, die jetzt schon hier sind. Sind ab 1.1.93 die Schweizer noch privilegiert gegenüber diesen schon anwesenden ausländischen Arbeitskräften?

Kappeler: Jeder Niedergelassene - und das ist die allergrösste Ausländergruppe in der Schweiz - hat die vollen Arbeitsmarktrechte. Auf dem Arbeitsmarkt unterscheidet er sich gegenüber einem Schweizer überhaupt nicht mehr. Soviel ich weiss, wird das bei den Jahresaufenthaltern auch so sein. Diese haben noch gewisse Bedingungen zu erfüllen bezüglich Familiennachzug, und sie müssen jedes Jahr um ihre Bewilligung nachsuchen; aber sie können sich für jede Stelle bewerben.

Frau Bär: Wegen des Gewitters bin ich nicht ganz sicher, ob ich Sie richtig verstanden habe, Herr Kappeler. Haben Sie wirklich gesagt: "Der EWR ist mit der Würde und der Souveränität eines Landes unvereinbar und bedeutet eine Unterjochung"?

Kappeler: Herr Mühlemann hat mich beschworen, nicht zu negativ zu wirken. Sonst pflege ich nämlich zu sagen: "Wir sind im EWR nicht ein zugewandter Ort, sondern eine gemeine Vogtei."

Frau Bär: Der Mieterverband hat gestern drei Gutachten veröffentlicht, die aufhorchen lassen. Teilen sie die Meinung dieser Gutachter, dass die Mietzinsen steigen werden und die Wohnungsknappheit sich noch weiter verstärken wird? - Sie haben gesagt, dass sie keine Angst haben, dass die Löhne sinken werden. Dann sind Sie wohl auch der Meinung, dass die Preise nicht sinken werden, im Gegensatz zu vielen Experten, die uns damit die Integration schmackhaft zu machen versuchen.

Kappeler: Ich habe die erwähnten Studien nicht gesehen. Die Zusammenfassung, die ich heute morgen in der NZZ gelesen habe, würde ich unterschreiben. Es hiess dort: "Die Entwicklung der

Wohnungsmieten ist ungefähr die gleiche mit oder ohne Integration." Und es hiess auch, dass sich die Zinsen so oder so dem EG-Durchschnitt annähern werden. Ferner stand, dass der EG-Beitritt durch Wachstumseffekte und Preiseffekte die Kaufkraft der Leute derart verbessern würde, dass sie am Schluss noch besser gestellt wären als heute. Das scheint mir eine sehr günstige Aussage.

Die ganze Wohnungsfrage scheint mir von den Mieterverbänden insofern unter einem ökonomisch etwas falschen Stern aufgebündelt zu werden, als ich der Meinung bin, dass die Wohnungsnachfrage nicht eine direkte Folge der demographischen Entwicklung und der Migration ist, sondern der Reallöhne. Wenn das Volumen der Reallöhne in der Schweiz steigt, dann steigt die Wohnungsnachfrage, weil die Wohnung einer der ersten Punkte des Wahlbedarfs ist. - Solange die Realeinkommen steigen, wird deshalb auch die Wohnungsnachfrage steigen.

Zu den Preisen: Hier sind Voraussagen etwas unsicher. Wir werden deutliche Preissenkungen haben beim EG-Beitritt, auch einige Preissenkungen beim EWR-Beitritt, nämlich dort, wo Kartelle wegfallen - das ist nämlich eine sehr wirksame Deregulierung. Hingegen werden wir beim EG-Beitritt die Mehrwertsteuer einführen mit 15 Prozent Normalsatz, und das wird auch wieder Preissteigerungen auslösen. Ich möchte hier - schon nur, um nicht gesteinigt zu werden - keine weitreichenden Prognosen machen.

Im Falle nachlassender Preise, die zu einer Inflationsberuhigung führen würden, würde das natürlich dazu führen, dass kein Teuerungsausgleich fällig wird. Dann könnten die Nominallöhne in der Schweiz über mehrere Jahre pausieren, ohne dass die Kaufkraft fällt, und dies würde unsere Konkurrenzfähigkeit im Verhältnis zum Ausland steigern.

Wyss: Sie haben klar gesagt, wie die Situation im Personenbereich aussehen wird, und Sie haben dann Ihren Wunschkatalog bekanntgegeben. Die heikle Frage ist nun, wie der Konflikt zu lösen ist zwischen dem, was Sie wollen, und dem Acquis communautaire, den wir bestimmen müssen.

Kappeler: Sie meinen, Bundesrat und Parlament haben sich auf das strikt durch den Acquis communautaire notwendige Anpassungswerk zu beschränken. Da würde ich einfach nochmals zu bedenken geben: Unsere Forderung bezüglich der Möglichkeit, in gewissen Branchen kantonale Mindestlöhne festzusetzen, betrifft den Ersatz einer Regelung, die heute etwa einen Achtel aller Arbeitsplätze in der Schweiz regelt.

Zweitens glauben wir, dass vielleicht im parlamentarischen Prozedere Wege gefunden werden können, die diesen formalen Widerspruch etwas lösen können. Vielleicht kann das durch eine verbindliche Zusage für ein gesetzgeberisches Werk für nachher in Aussicht gestellt werden - nicht so jedenfalls, wie es das BIGA in einer ersten Reaktion gemacht hat: Es hat gesagt, man könne dann vielleicht einige Untersuchungen machen und allenfalls nachher Massnahmen ergreifen. Das scheint mir zu wenig. - Die Gegner der Integration treten natürlich mit der

Lohnangst als Hauptargument auf. Insofern kämpfen wir mit unserem Anspruch nicht einfach für unsere Leute; wir kämpfen auch für Ihre Leute an den Urnen.

Frau Stamm Judith: Ich habe nicht ganz verstanden, warum sie die Festsetzung von Mindestlöhnen gesetzlich verankern und dies nicht weiterhin den Gewerkschaften überlassen wollen. Sie haben ja auch noch gesagt, man sollte die Möglichkeit, einen Gesamtarbeitsvertrag verbindlich zu erklären, erleichtern. Warum reicht Ihnen das nicht?

Kappeler. Sie haben recht: Ein gutes Instrument, das den Staat fast nicht braucht, ist die Allgemeinverbindlicherklärung der Gesamtarbeitsverträge. Aber das funktioniert nur dort, wo die Gewerkschaften und die Arbeitgeberorganisationen vorhanden sind. In Bereichen, wo es keine partnerschaftliche Struktur gibt - weite Teile des Detailhandels und des Reinigungsgewerbes z. B. - ist es nötig, dass man offiziellerseits einen gewissen Ersatz dafür schafft. Es sind zwei Instrumente für zwei verschiedene Situationen.

Frau Bäumlín: Ich habe kürzlich - ebenfalls von kompetenter Seite - gehört, dass keine Aussicht darauf bestehe, dass die CO₂-Steuer auf europäischer Ebene durchgesetzt werde. Ich möchte jetzt keine Diskussion darüber auslösen, sondern lediglich feststellen, dass das in diametralem Widerspruch steht zu dem, was Sie gesagt haben.

Präsident: Es wird wohl noch viele einander diametral gegenüberstehende Aussagen geben bis Ende Jahr - oder darüber hinaus.

Kappeler: Im Vorfeld des Erdgipfels von Rio hat die EG den taktischen Entscheid gefällt, die CO₂-Steuer nicht einzuführen, wenn die USA und Japan nicht mitmachen. Das ist jetzt so; aber, wie gesagt, ich bin überzeugt, dass dieses Thema wieder aufgegriffen wird. Wenn die CO₂-Steuer kommt, dann sicher in der EG als Ganzem, aber nicht isoliert in einem der einzelnen Länder.

Exposé von Frau Herzog-Zimmermann:

Ich bedanke mich für die Gelegenheit, über EWR- und EG-Beitritt aus der spezifischen Sicht des Umweltschutzes zu berichten. Es gibt noch keine offizielle Position der Organisationen, für die ich arbeite; das sind: der Schweizerische Bund für Naturschutz, der WWF Schweiz, die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz, der Verkehrsclub Schweiz, die Naturfreunde Schweiz und die Schweizerische Energiestiftung. Diese Verbände werden erst im Herbst dieses Jahres ihre Parolen fassen. Was ich heute sage, ist daher meine persönliche Beurteilung.

Eine Bemerkung zum Zeitfaktor: Der EWR-Vertrag steht uns erst seit kurzem zur Verfügung, auch die Eurolex-Pakete, und den Acquis communautaire haben wir noch gar nicht. Ich werde Ihnen daher kaum detaillierte Aussagen machen können. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, wie die Volksabstimmung am 6.

Dezember stattfinden kann, wenn man bedenkt, dass der ganze *Acquis communautaire* - 17 Ordner! - nachher geltendes Recht ist und angewendet werden muss. Die Parlamentarier und das Volk müssten eigentlich Kenntnis haben über den Inhalt dieses Rechtes. Die ganze Prüfung der Konsequenzen dieses Vertrages, die Information darüber und die Führung einer öffentlichen Debatte scheint mir in dieser kurzen Zeit schlicht nicht möglich zu sein.

Im Zusammenhang mit der Integrationsfrage beschäftigen uns zwei Ebenen: die Ebene der faktischen Auswirkungen der Politik der EG und die staatspolitische Ebene der Uebernahme des EG-Rechts.

Ich möchte nur kurz auf die *faktischen Einflüsse* eingehen. Im Zentrum der EG-Zielsetzung steht ja die Schaffung des Binnenmarktes, wo es nicht nur um den Abbau von Zöllen, sondern um die Rechtsvereinheitlichung geht. Es besteht ein Zielkonflikt zwischen dem Abbau von technischen Handelshemmnissen einerseits und strengen Umweltschutznormen andererseits. Dieser Zielkonflikt wurde bisher immer zugunsten der Vereinheitlichung gelöst. Das ganze Programm der EG zielt auf ein weiteres quantitatives Wirtschaftswachstum ab - und das ist ein grundlegender Zielkonflikt zum Schutz der Lebensgrundlagen. In der heutigen Zeit, wo die Grenzen der Belastbarkeit in vielen Bereichen bereits überschritten sind, ein weiteres Wachstum anzustreben, ist eine Wahnsinnszielsetzung. Ich empfehle Ihnen, das neue Buch von Denis Meadows "Die neuen Grenzen des Wachstums" zu studieren; er hat anhand eines Computermodells aufgezeigt, wie weit die Grenzen in den einzelnen Bereichen überschritten sind, und dass sehr, sehr rasch grundlegende Kurswechsel passieren müssten. Wenn man vor diesem Hintergrund sieht, wie die EG Programme von vorgestern jetzt mit beschleunigter Kraft noch fortsetzt, dann bereitet das die grössten Bedenken und Sorgen.

Die EG wurde auch von internen Stimmen gewarnt; sie hat ihrerseits eine Expertenkommission, die Task Force, eingesetzt. Diese Gruppe hat 1992 eine im Buchhandel erhältliche Studie herausgegeben: "The Environmental Dimension - the Environment and the Internal Market". Diese Studie geht davon aus, dass mit der Verbreitung von Waren aus Ländern mit den tiefsten Umweltschutznormen zu rechnen ist, und zwar bedingt durch das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung der Zulassungsbedingungen, eben das berühmte *Cassis-de-Dijon*-Prinzip. Das gilt für alle Bereiche, in denen das EG-Recht noch nicht vereinheitlicht ist. Die Task Force sagt voraus, dass ein *Oeko-Dumping* stattfinden wird, d. h. dort produziert werden wird, wo die wenigsten strengen Anforderungen bestehen.

Der vorauszusehende Konzentrationsprozess und das Ausnutzen von Standortvorteilen wird im weiteren ein enormes Anwachsen des Transportvolumens zur Folge haben. Die Güter müssen in ganz Europa verteilt werden, es werden z. T. auch für Zwischenfabrikationen die günstigsten Standorte gesucht. Die Task Force prognostiziert 30 - 50 Prozent Zunahme des grenzüberschreitenden Güterverkehrs auf der Strasse. Im Februar 1992 ist ein Bericht der EG-Kommission selber veröffentlicht worden: "Transport und Umwelt". Dort ist von 42 Prozent Zunahme des

Verkehrs auf der Strasse die Rede, von 33 Prozent auf der Schiene und von 74 Prozent Zunahme des Flugverkehrs! Eine Studie der Internationalen Transporteuren-Union rechnet sogar mit 150 Prozent Zunahme des Warenverkehrs auf der Strasse; diese kommt zum Schluss, dass es - aus preislichen Gründen - zu keiner nennenswerten Umlagerung von der Strasse auf die Schiene kommen wird. Diese Zahlen sind sehr unterschiedlich; aber die Kernaussage ist sicher, dass mit enormen Verkehrszunahmen zu rechnen ist. Das bedeutet weitere Zunahmen der Luftbelastungen, der Lärmbelastungen und vor allem auch weiterer Landverbrauch. Erst vor kurzem hat die EG-Kommission angekündigt, dass die EG plant, bis zum Jahre 2005 12'000 km neue Autobahnen zu bauen. - Man geht einfach darauf aus, die Kapazitäten für die Zunahme des Verkehrs zu schaffen, und die Frage, ob die Lebensgrundlagen für die Menschen in diesen Gebieten noch erhalten bleiben, ist zweitrangig.

Mit Bezug auf die faktischen Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Schweiz soll ja heute die Studie, die vom Buwal in Auftrag gegeben worden ist, veröffentlicht werden. Diese Studie ist in sehr kurzer Zeit und mit - im Vergleich zur Wirtschaftsstudie - relativ geringen Mitteln verfasst worden. Sie wurde bisher unter strengem Verschluss gehalten, und ich bin sehr gespannt auf ihren Inhalt.

Zum rechtlichen Bereich: Der EWR-Vertrag beinhaltet ja neben der Beteiligung am Binnenmarkt auch die Uebernahme von rund zwei Dritteln des EG-Rechtes - das sind etwa 20'000 Seiten Gesetzestext. Als supranationales Recht hat dieses Recht Vorrang vor dem nationalen Recht, und ich wage zu behaupten, dass wahrscheinlich niemand in der Schweiz den Ueberblick darüber hat, was in diesen Ordnern alles drin steht. Man muss deshalb versuchen, diese Rechtsordnung auf eine allgemeine Art zu charakterisieren. Ein wesentlicher Unterschied der EG-Rechtsordnung zu nationalen Rechtsordnungen besteht darin, dass diese nicht auf einer Verfassung beruht, in der eine Vielzahl gesellschaftlicher Zielsetzungen, die auf gleicher Stufe stehen, festgelegt sind. Die EG-Rechtsordnung basiert auf dem EWG-Vertrag, deren vorrangige Zielsetzung eben die Schaffung eines gemeinsamen Marktes und die grösstmögliche Realisierung der vier Freiheiten ist. Auf dieser Grundlage wurde in den letzten Jahren in immer mehr Lebensbereichen Recht gesetzt. Es gibt im EWG-Vertrag den Artikel 235, der quasi eine Generalklausel darstellt und dem EG-Ministerrat die Möglichkeit einräumt, durch einstimmigen Beschluss in immer mehr Lebensbereichen Recht zu setzen, wenn er es "für die Realisierung des Binnenmarktes für erforderlich erachtet". Mit Maastricht wurde diese Kompetenzregelung noch weiter gefasst: es heisst jetzt, dass der Ministerrat überall da, wo er es als "besser" erachtet, auf EG-Ebene Recht zu setzen, er dies tun darf. Unter eine solche Formel kann man praktisch alles subsumieren, und wer darüber entscheidet, sind die Minister im Ministerrat.

Diese Zielsetzung, die Realisierung des Binnenmarktes, schlägt sich nieder in den Richtlinien und Verordnungen. Als Beispiel habe ich vor mir eine Richtlinie über Qualitätsanforderung an Oberflächenwasser. Der Anlass zur Schaffung dieser Richtlinie

ist in der Präambel so umschrieben, dass Unterschiede in den Qualitätsanforderungen an Oberflächenwasser für die Trinkwassergewinnung in den verschiedenen Mitgliedstaaten zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen führen und somit unmittelbare Auswirkungen auf das Funktionieren des gemeinsamen Marktes haben können. - Es ist nun ein wesentlicher Unterschied, ob ein Gesetz geschaffen wird, um die Wettbewerbsbedingungen zu vereinheitlichen, oder ob dessen Ziel primär der Schutz des Wassers ist. Solche Formulierungen finden wir überall, obwohl mittlerweile auch die Zielsetzung Umweltschutz in den EWG-Vertrag hineingenommen wurde.

Vielleicht kann man hier auch die beiden Formen der Rechtsetzung in der EG erwähnen, nämlich die Verordnungen und die Richtlinien. Die Verordnungen sind direkt anwendbares Recht: schweizerisches Recht, dass diesen Verordnungen widerspricht, dürfte nicht mehr angewendet werden. Bei den Richtlinien wird unterschieden zwischen Richtlinien, die detailliert ausformuliert sind, und solchen, die nur die Zielsetzung enthalten. Ursprünglich enthielten ja die Richtlinien nur Zielsetzungen; weil aber die ganze Umsetzung in nationales Recht sehr schlecht funktioniert - namentlich auch im Umweltbereich - hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass Richtlinien, die genügend detailliert sind, ebenfalls direkt anwendbares Recht darstellen. Das muss man wissen, wenn man darüber spricht, ob auf nationaler Ebene dann noch Spielraum für nationale Gesetzgebung besteht.

Spezifisch auf den Umweltbereich bezogen macht uns die Uebernahme des EG-Rechts insofern Sorge, als wir festgestellt haben, dass die Umweltschutznormen in den meisten Bereichen - nicht in allen - in der EG weniger streng und weniger umfassend sind als in der schweizerischen Rechtsordnung. In der Zusammenarbeit mit Umweltverbänden in den anderen Efta-Ländern haben wir festgestellt, dass dies nicht nur mit Bezug auf die Schweiz so ist, sondern auch mit Bezug auf die andern Efta-Länder. Wenn jetzt das EG-Recht *tel quel* übernommen würde, hiesse das, dass unser Umweltschutzrecht durch weniger strenge Normen ersetzt würde. Das ist in Anbetracht z. B. der Zielsetzung, die Luftqualität auf ein Niveau herunterzubringen, das nicht mehr gesundheitsgefährdend ist, einfach nicht akzeptabel. - Wir haben deshalb im Verlaufe der Verhandlungen die Forderung aufgestellt, dass in den EWR-Vertrag eine Garantie aufgenommen werden muss, dass die geltenden, strengeren Umweltschutzbestimmungen in den Efta-Ländern gewährleistet sein müssen.

Eine zweite Forderung, die wir im Verlauf der Verhandlungen aufgestellt haben, betrifft die Rechtsentwicklung in der Zukunft. Wir haben festgestellt, dass gemäss EWG-Vertrag die Möglichkeiten für die einzelnen Mitgliedstaaten, einzelstaatlich Massnahmen zu ergreifen, stark eingeschränkt sind. Es wird auch da unterschieden zwischen den Bereichen, wo die EG noch keine Normen beschlossen hat, und dem Bereich, der bereits vereinheitlicht worden ist. Wenn die EG noch keine Massnahmen getroffen hat, gilt gemäss EWG-Vertrag grundsätzlich das Verbot, den Warenverkehr zu beschränken. Dieses Verbot ist auch in den EWR-Vertrag übernommen worden. Nur ausnahmsweise

darf der Warenverkehr beschränkt werden, z. B. aus Umweltschutzgründen. Das zeigt, dass die Priorität eben beim Warenverkehr ist und Schutzbestimmungen die Ausnahme bilden. Wenn nun die EG noch keine einheitliche Regelung getroffen hat und ein einzelnes Land Schutzmassnahmen treffen will, ist es an die Voraussetzungen gebunden, die diese Ausnahme gestatten: Es gilt das Verhältnismässigkeitsprinzip, die Massnahmen dürfen nicht diskriminierend sein gegenüber ausländischen Produkten und generell dürfen solche Massnahmen keine verschleierte Handelsbeschränkung darstellen. Wenn ein Land eine Massnahme trifft, kann ein anderer Mitgliedstaat oder die Kommission beim Europäischen Gerichtshof klagen und sich auf diese Voraussetzungen berufen. Die bisherige Rechtsprechung zeigt, dass der Europäische Gerichtshof die Tendenz hat, zugunsten der Vereinheitlichung des Wirtschaftsraumes zu entscheiden.

Dort, wo die EG bereits einheitliche Umweltschutzmassnahmen getroffen hat, muss man nach EG-Verständnis unterscheiden zwischen *warenbezogenen Umweltschutz* und *standortsbezogenen Umweltschutz*. Die beiden Bereiche werden unterschiedlich behandelt, weil der warenbezogene Umweltschutz sehr viel sensibler ist in diesem Binnenmarktkonzept, weil eben vor allem da die Kollision mit dem freien Handel stattfinden kann. Unter den Begriff "standortsbezogener Umweltschutz" fallen z. B. der Biotopschutz oder Bereiche des Gewässerschutzes, soweit der Handel nicht tangiert ist. Art. 130 Buchst. t EWG-Vertrag besagt, dass in den Bereichen, in denen der Handel nicht tangiert ist, die Mitgliedstaaten ihr Recht verschärfen dürfen, soweit es den Oberzielen des Vertrages nicht widerspricht.

Zum Bereich "warenbezogener Umweltschutz" gehören Produktstandards, z. B. Emissionsnormen für Motorfahrzeuge. In Art. 100 Buchst. a Absatz 4, der sehr unklar formuliert ist, weil er eine Kompromissformulierung ist, heisst es: Wenn die EG Recht vereinheitlicht, darf einzelstaatliches Recht angewendet werden, sofern das von der EG-Kommission genehmigt wird. Es ist bis heute nicht geklärt, was einzelstaatliches Recht bedeutet, ob darunter auch schärfere Normen zu verstehen sind - so wie es beim standortsbezogenen Umweltschutz ausdrücklich steht -, was "anwenden" bedeutet, ob das auch den Erlass von strengeren Normen in Zukunft umfasst oder nur die Anwendung bereits bestehender strengerer Normen; bisher hat sich noch kein Mitgliedstaat auf diese Bestimmung gestützt. Die Interpretation durch die Kommission geht dahin, dass diese Bestimmung nicht heisst, dass in Zukunft strengeres Recht über das EG-Niveau gesetzt werden kann.

Weil wir gesehen haben, dass der Handlungsspielraum im EWG-Vertrag sehr stark eingeschränkt ist, und weil mit dem Binnenmarkt schwerere Belastungen auf uns zukommen werden, so dass wir freie Hand haben müssten, Massnahmen aus der ganzen Palette zu realisieren, haben wir zuhanden der Verhandlungsdelegation die Forderung aufgestellt, dass im EWR-Vertrag eine Bestimmung aufgenommen werden müsste, die den einzelnen Ländern das Recht einräumt, im Umweltschutzbereich frei Massnahmen treffen zu können. Das hätte dem Schutz der Lebensgrundlagen eine gewisse Priorität eingeräumt gegenüber den vier Freiheiten.

Nun, die Verhandlungsergebnisse sind ernüchternd, soweit wir bisher den EWRV analysiert haben. Das geltende Recht ist nicht garantiert worden, mit Ausnahme einer abschliessenden Liste von gefährlichen Chemikalien, die durch eine sog. "unbefristete Uebergangsbestimmung" beibehalten werden kann; aber nach Ablauf von zwei Jahren soll wieder über eine Vereinheitlichung verhandelt werden. In ein paar wenigen anderen Bereichen wurden Uebergangsfristen von zwei Jahren ausgehandelt, wie z. B. für Abgasvorschriften für Motorwagen, für Lärmvorschriften für Motorräder und für gewisse Chemikalien. Für Motorwagen und Motorräder bedeutet dies, dass nach Ablauf von zwei Jahren Fahrzeuge, die den EG-Normen genügen, im Verkehr und zum Markt zugelassen werden müssen; im Inland dürfen die strengeren Normen noch beibehalten werden. Andere Uebergangsregelungen sind sehr, sehr unterschiedlich formuliert. Grundsätzlich ist aber nach zwei Jahren das EG-Recht massgebend.

In sehr vielen Bereichen bestehen gar keine Uebergangsregelungen, und hier bestehen grosse Unklarheiten über die konkreten Konsequenzen. Wir haben letzten Sommer dem Bundesrat einen Katalog von 100 Fragen eingereicht, auf die wir ganz konkrete Antworten erwarten, z. B. ob das PVC-Verbot eingehalten werden kann, wie es mit der Möglichkeit steht, Energieverbrauchsstandards einzuführen, wie das im "Energiesparprogramm 2000" vorgesehen ist usw. - Wie gesagt, warten wir jetzt auf den Acquis communautaire und versuchen selber auch, mindestens stichprobenweise die Details des geltenden mit jenen des zu übernehmenden Rechts und den Vorschlägen, die auf dem Tisch liegen, zu vergleichen.

In bezug auf die Frage, wie gross die Chancen sind, dass die EG sehr speditiv und griffig ihr Umweltschutzrecht verschärft, bin ich persönlich sehr pessimistisch, und zwar aufgrund der Entscheidungsstrukturen der EG selber: es ist sehr problematisch, dass in der EG nur gerade die Kommission selber ein Initiativrecht hat. Das Parlament hat kein Vorschlagsrecht für neue Regelungen und kein Entscheidungsrecht; es ist nur ein Anhörungsorgan - Maastricht hat daran nur wenig geändert. Beim Entscheidgremium - d.h. dem Ministerrat -, das auch über Umweltschutzmassnahmen entscheiden muss, hat die Revision von Maastricht eine Verbesserung gebracht insofern, als mehr Bereiche der qualifizierten Mehrheit unterstellt wurden, andererseits aber eine starke Erschwerung, indem gerade die Massnahmen, die im Zentrum der Diskussion stehen, neu ausdrücklich der Einstimmigkeitsregelung unterstellt worden sind, nämlich der ganze Bereich der Umweltabgaben, der raumplanerischen Massnahmen und der Massnahmen, die den Energiebereich tangieren. Einstimmigkeit bedeutet, dass der kleinste gemeinsame Nenner massgebend ist, und der genügt im Umweltbereich eben nicht.

Im EWR-Vertrag ist die Sache noch problematischer. Hier gibt es nicht einmal für die Regierungsebene ein Mitentscheidungsrecht, ein Initiativrecht sowieso nicht - also keine Möglichkeit, auf die Weiterentwicklung des EG-Rechts, das wir übernehmen, Einfluss zu nehmen, und es ist unabsehbar, wie lange dieser Zustand dauern wird. Wir haben die groteske Situation, dass wir

mit dem EWRV den einzelstaatlichen Handlungsspielraum beschränken und trotzdem auf der übernationalen Ebene keine Mitentscheidungsbefugnisse bekommen.

Die *Demokratiefrage* scheint mir einer der wesentlichsten Punkte bei dieser Beitrittsfrage. Ich betrachte die Einschränkung der Volksrechte als sehr gravierend. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, dass immer wieder Initiativen nötig waren, um die Umweltschutzpolitik voranzutreiben. Auch in Zukunft ist dieses Instrument äusserst wichtig. Die Initiative soll ja nicht abgeschafft werden, aber eben doch für immer weniger Bereiche benützlich sein: überall da, wo eine EG-Regelung besteht, können keine Vorschläge mehr gemacht werden, die dieser Regelung entgegenstehen. - Die Bedeutung dieser Impulsgebung aus der Bevölkerung für das Umweltschutzrecht zeigen gerade auch hängige Initiativen wie die Alpeninitiative, die Gentechnologieinitiative oder die Bauern- und Konsumenten-Initiative.

Das Vorhaben des Bundesrates, die ganze Eurolex-Vorlage dem Referendum zu entziehen, wirft einen Schatten auf die ganze Institution der Volksrechte. Eine erste Sichtung hat uns gezeigt, dass mit dieser Vorlage nicht nur das, was unbedingt nötig ist, geregelt wird. Wir haben z. B. den Bereich Gentechnologie angeschaut und gesehen, dass keine Notwendigkeit besteht, dieses Gebiet jetzt im EWR-Schnellverfahren zu regeln; wir betrachten es sogar als äusserst problematisch, eine Materie, die erstmals grundlegend geregelt wird, im Schnellzugsverfahren zu beraten.

Problematisch scheint uns auch die Kompetenzverschiebung zugunsten des Bundesrats; in gewissen Gebieten gibt es sehr rudimentäre Bestimmungen auf gesetzlicher Ebene, in denen die weitere Rechtsetzungsbefugnis an den Bundesrat delegiert wird. Es ist klar, dass dies dem Rechtsetzungsverfahren der EG entspricht; aber bei einem solchen Verfahren werden die Möglichkeiten, von der Volksebene her Einfluss zu nehmen, in immer mehr wichtigen Bereichen abgeschnitten.

Ueber das EG-Beitrittsgesuch gibt es in den Verbänden keine einhellige Meinung. Das Gesuch ist ja jetzt gestellt. Was wir kritisieren müssen, ist die ganze Verhandlungsanlage: Wir hatten bei den EWR-Verhandlungen keine Möglichkeit, wirklich mitzuwirken. Im Anschluss an die einzelnen Verhandlungsrunden wurden wir jeweils mündlich über die offenen Punkte orientiert, und das haben wir geschätzt; aber eine Mitwirkung war eben nicht möglich, vor allem auch, weil uns die Papiere, insbesondere der EWR-Vertragsentwurf, nicht ausgehändigt wurden. Wir müssen fordern, dass künftige Verhandlungen über einen EG-Beitritt sehr viel offener geführt würden, dass uns in einem öffentlichen Verfahren die Möglichkeit gegeben würde, Einfluss zu nehmen.

Als letztes möchte ich zur Diskussion stellen, dass der Bundesrat die Haltung der EG bezüglich der Auslegung des Sekundärrechtes ganz streng übernimmt. Dabei habe ich Bedenken, und ich habe auch in der Literatur die Bestätigung dafür gefunden, dass diese Art von Rechtsetzung auf EG-Ebene und dieser absolute Anspruch des Vorranges auch gegenüber

nationalem Verfassungsrecht eigentlich nicht haltbar ist. Die völkerrechtlichen Prinzipien basieren auf den Verhältnissen des 19. Jahrhunderts; es sind Streitbeilegungsprinzipien, und da ist es einsichtig, dass das Völkerrecht Vorrang haben muss vor dem nationalen Recht. Aber was jetzt als Völkerrecht präsentiert ist, ist in weiten Bereichen Sekundärrecht, ganz detaillierte Regelungen, und hier ist es nicht mehr einsichtig, dass das dem Verfassungsrecht, insbesondere den Grundrechten, vorgehen soll. Das müsste auch im Parlament diskutiert werden, und es müssten Zeichen gesetzt werden, dass nationales Verfassungsrecht, namentlich die Grundrechte und der Bereich Umweltschutz, Vorrang haben muss, und dass die Möglichkeit, selbstbestimmte Massnahmen zu treffen, in Zukunft gewahrt bleibt.

Unterbruch der Sitzung 16.35 - 16.55 Uhr

Frau Haller: Frau Herzog, der Tenor Ihrer Verbände ist eher negativ gegenüber den Integrationsbemühungen der Schweiz. Haben Sie evaluiert, wie ein Vergleich zwischen einem Beitritt und einem Nichtbeitritt ausfallen würde? Wie sieht eine Abwägung der verschiedenen Szenarien bezüglich Umweltschutzrecht aus? Ich möchte die Frage auch im Lichte dessen beantwortet haben, was der Ministerrat jetzt gerade beschlossen hat, dass also die institutionelle Erneuerung der EG erst dann vorgenommen wird, wenn die nächste Beitrittsrunde vorüber ist.

Frau Herzog-Zimmermann: Aus der Sicht der Umweltverbände sieht es so aus, dass ohne Beitritt zu EWR und EG, wie sie heute strukturiert sind, die bestehenden nationalen Instrumente weiterentwickelt werden könnten.

Die Einflussnahme auf die EG-Umweltschutzpolitik ist heute schon möglich, und das machen wir auch. Wir arbeiten mit den EG-Umweltschutzverbänden zusammen. Nur ist es so, dass sich in der EG die Einflussnahme auf Lobbyarbeit beschränkt, und da sind wir gegenüber Wirtschaftsverbänden - die ja in Brüssel sehr zahlreich als Lobbyisten präsent sind - auf verlorenem Posten. Es sind Tausende von Wirtschaftslobbyisten gegenüber 12 bis 20 Vertretern von Umweltschutzorganisationen, die in Brüssel versuchen, am Ball zu sein. Auch zeigt es sich, dass die Zusammenarbeit mit Verbänden aus den verschiedenen Ländern äusserst schwierig ist; sie haben ganz unterschiedliche Erfahrungshintergründe. Es ist auch unter den Umweltorganisationen schwierig, eine gemeinsame Stossrichtung und eine gemeinsame Arbeitsweise zu finden.

Bei einem Ja zu EWR und EG würden wir diese verbindlichen Instrumente auf der nationalen Ebene verlieren, mit denen wir die Umweltpolitik vorantreiben können; wir würden aber auf der EG-Ebene nichts dazugewinnen. Es gibt auf EG-Ebene keine Instrumente wie z. B. das Initiativrecht; es bleibt auf die Lobbyarbeit beschränkt. Insofern ist die Abwägung klar. Wie die Entwicklung in der EG weitergeht, darüber sind die Umweltorganisationen sehr, sehr ernüchtert. Es kommen interessante Papiere heraus, Analysen und Absichtserklärungen der EG; das ist alles sehr interessant, aber an konkreten Handlungen und an Instrumenten hat die EG praktisch nichts

vorzuweisen. Die CO2-Steuer z. B. ist vom Tisch.

Auf der übernationalen Ebene wird es sehr lange dauern, bis etwas geschieht; denn alle wollen aufeinander warten, und so wird niemand etwas machen. Deshalb finde ich, dass man am Ort, wo man ist, dafür sorgen soll, die Handlungsbefugnisse zu erhalten, und dass man lokal eingreifen muss. Ich sehe mehr Chancen im Bereich der Bürgerinnen- und Bürgernetzwerke, die im Entstehen sind, bei Leuten, die dort, wo sie sind, eingreifen und auch versuchen, mehr Einfluss zu bekommen auf die Politik. Es gibt ja auch Basisbewegungen für die Einführung der direkten Demokratie. Da wäre es nun ein falsches Signal, wenn wir in der Schweiz jetzt diese Instrumente abgeben würden. - In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass realisierte Massnahmen im Umweltbereich nicht nur im Lande selber einen positiven Effekt hatten, sondern dass sie auch als Argumente in anderen Ländern dienten.

Frau Haller: Meine Frage ist insofern nicht beantwortet worden, als sie die Zeit betraf, in der wir beigetreten wären, wo also unser Umweltminister oder unsere Umweltministerin Einsitz hätte im Ministerrat. Ist für dieses Szenario Ihre Einschätzung dieselbe?

Frau Herzog-Zimmermann: Ich frage aus der Sicht der Umweltverbände: Wie können wir Einfluss nehmen? Wenn die Schweiz in der EG wäre, würde sich die Einflussnahme tatsächlich auf die Einflussnahme eines Bundesrates beschränken. Und aufgrund der bisherigen Erfahrungen war es nicht so, dass in erster Linie der Bundesrat die Umweltschutzpolitik vorangetrieben hat. - Es wird sicher eine relativ gute umweltschützende Stimme sein, die aber nicht Massnahmen einbringen wird, die wir uns in der Verbandsbasis vorstellen.

M. Tschopp : Je suis frappé par une sorte de contradiction : d'un côté, vous regrettez amèrement que les instruments de notre démocratie directe, en particulier le droit d'initiative, deviennent caducs dans la perspective de l'adhésion, et d'un autre côté, vous cherchez des contacts pour remplacer cet instrument par d'autres moyens de pression, mais avant même de les avoir envisagés, vous les soldez par pertes et profits en disant que cela ne sert à rien. Il faut voir les choses en relation les unes avec les autres : nous parlons de l'EEE, qui est un marché de 380 millions de consommateurs, pollueurs et payeurs aussi. La Suisse offre un marché de quelque 7 millions, donc de 2% du marché européen. Notre participation à la pollution européenne est minime, le reste porte le gros de la responsabilité. Mais si vous regardez le poids que nous pouvons avoir au sein des instances de la Communauté, en substituant un moyen de pression - l'initiative populaire - à des pressions, peut-être dans l'absolu moins efficaces, mais qui rencontrent un certain écho, le bilan me paraît favorable. Dans le Conseil des ministres, le représentant suisse est d'un poids autrement supérieur - comme Mme Haller l'a dit - à ce dont nous disposons aujourd'hui, et que vous regretterez demain. On ne peut mettre une cloche à fromage sur la Suisse, car on ne saura pas comment l'alimenter en oxygène!

Frau Herzog-Zimmermann: Die Stimme der Schweiz im Ministerrat allein schafft es natürlich nicht. Die Erfahrungen aus den EWR-Verhandlungen haben gezeigt, dass es nicht einmal gelungen ist, dass die Efta-Länder ihr geltendes Umweltschutzrecht beibehalten konnten. Auch wenn man sich vorstellt, dass es Koalitionen gibt, die einen entsprechenden Druck verursachen könnten - das ist nicht gelungen z. B. mit Bezug auf die Schwerverkehrsabgabe, wo Deutschland einmal einen Vorstoss gemacht hat. Heute wird es als aussichtslos beurteilt, dass im EG-Ministerrat ein Konsens für eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe zustande kommt. Man kommt nur vorwärts, wenn man versucht, die Dinge einzelstaatlich voranzutreiben. Und die Zeit drängt! Wir dürfen jetzt nicht zurückbuchstabieren auf ein tieferes Niveau und die Instrumente, mit denen wir weiterarbeiten können, aus der Hand geben. - Es gibt aber auch innerhalb der Umweltschutzorganisationen Stimmen, die Ihre Auffassung, Herr Tschopp, teilen.

M. Eggly : Je partage l'avis de M. Tschopp. En outre, sans remettre un instant en question vos connaissances dans votre domaine, je suis étonné de votre pessimisme. Le rapport de l'OFEFP (BUWAL) remis ce jour (cf. annexe au PV particulier 1) énonce clairement que les trois scénarios (EEE, adhésion ou Alleingang) ne changent rien en matière d'environnement. Peut-être se posera-t-il uniquement un problème pour les eaux, encore qu'une exception soit envisageable, même en cas d'adhésion. J'ai vu ailleurs qu'en matière de pollution par les véhicules à moteur, si les directives de la CE étaient appliquées, à part le bruit pour les vélomoteurs, on parviendrait aux mêmes restrictions. En outre, vous avez entendu qu'à la conférence de Rio, le commissaire européen s'est insurgé contre les USA, jugés insuffisamment restrictifs. J'ai le sentiment, comme M. Tschopp, que la politique de l'environnement doit se mener à l'échelle européenne, et que c'est surtout un problème de volonté d'application dans les pays qui se pose. La volonté politique de certains gouvernements est présente, et s'il se pose un problème, c'est peut-être que les directives européennes ne sont pas appliquées dans tel ou tel pays. Il faudrait donc des relais nationaux qui obligent à appliquer ces directives. C'est peut-être bien la pression de la CE qui va faire que par exemple l'Italie sera moins polluante. Je suis étonné, compte tenu de votre charge de coordination pour l'Europe des organisations de protection de l'environnement, que vous voyiez un intérêt à ce que nous nous trouvions au-dehors.

Frau Herzog-Zimmermann: Mein Pessimismus kommt wahrscheinlich daher, dass ich sehr viele Kontakte habe zu Vertretern der Umweltorganisationen in den EG-Ländern und die Ernüchterung dieser Leute sehe. Darum möchte ich einfach alle Instrumente behalten, die wir jetzt noch haben. Jeder Beitrag, der irgendwo geleistet wird, ist ein Beitrag zur Reduktion der Umweltbelastung. Und wenn man weiter wartet, geschieht einfach nichts.

Der Vollzug ist in der Tat ein enormes Problem. Wir wissen, wie schwierig der Vollzug schon bei uns ist; je weiter weg aber Entscheidungen getroffen werden, desto schwieriger wird die

Durchsetzung dieser Entscheide. Die Erfahrungen in der EG zeigen, dass gerade die Umweltrichtlinien sehr schlecht umgesetzt werden - nicht nur in Italien.

Bircher Silvio: Ich stelle meine Frage in der Hoffnung, Frau Herzog noch ein bisschen umzustimmen. Der Widerspruch, der in Ihren Ausführungen liegt, geht meines Erachtens dahin, dass Sie die Umweltschutzpolitik der EG einerseits pessimistisch beurteilen, andererseits aber keine Hoffnung sehen, wenn wir als neuer Partner in diesem Gremium einen Sitz hätten. Wenn nun mehrere Efta-Länder, die Sie als umweltschutzfreundlicher eingestuft haben, im EG-Verbund wären, wären sie im Ministerrat und in der EG-Kommission ja überproportional vertreten. Weshalb sehen Sie auch mit einem solchen Szenario keine verbesserte Ausgangslage?

Frau Herzog-Zimmermann: Besser wäre sie wahrscheinlich schon, aber ich setze da keine allzu grossen Hoffnungen hinein, auch aufgrund des gegenwärtigen Funktionierens der EG. Es zeigt sich, dass sich da immer wieder andere Koalitionen ergeben, je nach Interessenlage, und dass es diesen Block, den man sich wünschen würde, einfach nicht gibt. Je nach den Industrien, die es gerade betrifft, sind die Länder einmal umweltfreundlicher und einmal weniger umweltfreundlich. - Die Schweiz hätte da kein grosses Gewicht; dagegen würde die Einflussnahme von der Bevölkerungsseite her wegfallen.

Columberg: Ich möchte nur den Wunsch anbringen, dass man gelegentlich dem Vertreter des Bundesrates die Möglichkeit gibt, dort, wo effektiv falsche Aussagen gemacht worden sind, diese richtigzustellen.

Präsident: Einverstanden. Die Stellungnahmen der Verwaltung werden morgen stattfinden. Heute finden nur die Anhörungen der Organisationen statt.

Exposé von Herrn Köstinger:

Auch wir danken Ihnen recht herzlich für die Einladung zu diesem Gedankenaustausch. Unsere Darstellung der Problematik umfasst nicht bloss die Position der Leitung des CNG, sondern auch jene der Verbände und eines Teils ihrer Mitglieder, d. h. der Basis. Die Haltung der Basis wurde bei uns in der Vergangenheit regelmässig bei den monatlichen Bundeskomiteesitzungen erfasst, in denen auch über den Stand der Dinge bei den EWR-Verhandlungen informiert wurde. Wir werden keinen Kongress hierzu veranstalten, aber im Herbst ist ein breiterer Einbezug der Basis vorgesehen.

Der CNG und seine Verbände stehen voll hinter dem EWR-Vertragswerk resp. hinter der ihm zugrunde liegenden Idee. In der Vergangenheit hat er dies zwar mit einer gewissen Zurückhaltung getan, weil er die Signale aus der Basis ernst zu nehmen versuchte, und diese Signale zeugten doch recht oft von Unsicherheit, Angst und Ablehnung. Die Signale hinter der Kulisse decken sich eben oft nicht mit den gefassten Resolutionen und Verlautbarungen. Abstimmungspolitisch betrachtet

wäre der EWR-Vertrag unseres Erachtens eine ausserordentliche Gelegenheit, konkrete Erfahrungen mit dem unbekanntem, oft verkannten Wesen EG zu sammeln, ein Exerzierfeld par excellence für eine allfällige spätere Vollintegration. Kein anderes Land, das der EG nach ihrer Gründung beigetreten ist, hatte diese Chance. Es gab für sie nur die Alternativen Beitritt oder Ablehnung. Die Schweiz - sie soll ja kein Sonderfall mehr sein, aber in vielen Dingen ist sie es nach wie vor - braucht unseres Erachtens diese Chance, weil das Volk die entscheidende Stimme hat und in der Regel nach dem Prinzip der kleinen, überschaubaren Schritte handelt. Mit den EWR-Erfahrungen und in besserer Kenntnis der Sachlage würden sich voraussichtlich die Chancen für einen späteren Vollbeitritt wesentlich erhöhen.

Zu den einzelnen Freizügigkeiten:

Der freie Warenverkehr

Wir betrachten die hindernisfreie Zirkulation von Gütern vor allem aus der Sicht des Konsumenten. Aus dieser Sicht ist die damit verbundene Mehrauswahl und Preisverbilligung von Waren sicher ein begrüssenswerter Fortschritt. Vorbehalte grundsätzlicher Natur ergeben sich aber aus der Tatsache, dass in einem freien Austauschsystem mit fast schrankenlosem Handlungsspielraum für Hersteller und Vertreiber von Gütern und fast absolutem Vorrang des Preiskampfes die Produktion und der Transport der Güter unweigerlich negative Auswirkungen auf die Umwelt zeitigt. Auch wenn noch so viele Massnahmen im Umweltschutzbereich getroffen werden, der Rohstoff- und Energieverbrauch und der Druck zu noch rationellerer Wirtschaftstätigkeit müssen zwangsläufig zunehmen, mit all den bekannten Folgen.

Weiter ist aus Konsumentensicht auch der Umstand bedauerlich, dass nicht auch die Landwirtschaft in den EWR-Vertrag aufgenommen wurde, denn die Lebensmittel bilden einen gewichtigen Bestandteil vor allem der privaten Haushalte; diese können im Rahmen des EWR nur für einige wenige Produkte von wahrscheinlichen Preissenkungen profitieren. Wir anerkennen aber die besondere Problematik im Agrarsektor und warten auf einen späteren EG-Beitritt und auf die vorgesehenen Verhandlungen zur schrittweisen Anpassung der Agrarwirtschaft.

Der freie Personenverkehr

Dieser Bereich ist im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung von zentralem Interesse. Die möglichst ungehinderte Zirkulation von Personen innerhalb des EW-Raumes stellt bekanntlich eine der bedeutendsten Errungenschaften der europäischen Integration dar. Sie ist Risiko und Chance zugleich, jedoch mehr Chance, wenn die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen (und vielleicht sogar politischen) Möglichkeiten des Austausches und der Integration von Menschen verschiedenster Herkunft, Sprache und Kultur und mit reichen beruflichen Erfahrungen optimal genutzt werden können.

Wenn das Stabilisierungsziel unserer Ausländerpolitik, d. h. ein optimaler Ausgleich zwischen schweizerischer und ausländischer Bevölkerung, aufrechterhalten werden soll, bedeutet die volle Freizügigkeit der EWR-Bürger indessen auch

eine Reduktion des Anteils der Nicht-EWR-Bürger. Negativ ausgedrückt kommt dies einer Diskriminierung der Menschen von ausserhalb des privilegierten EWR-Kreises gleich. Es entsteht hier eine neue Ungerechtigkeit, die wir anerkennen und für die wir Lösungen finden müssen. Das Problem der Blockbildung gegen den "Rest der Welt" ist nicht zu verkennen. Zwar ergeben sich auch hier wieder neue Chancen: ein starker EWR-Verbund könnte eine effizientere Hilfsquelle für die Länder in den bedrängten Regionen der Welt sein als einzelne, ihre Tätigkeiten oft nicht oder zu wenig koordinierende Staaten. Es wird aber sicher nicht genügen, die sog. Wirtschaftsflüchtlinge von ausserhalb des EW-Raumes konsequent von uns abzuhalten, sondern wir werden - in unserem eigenen Interesse - dafür sorgen müssen, den Migrationsdruck mit allen Mitteln zu mildern, nicht zuletzt mit einem gerechteren Welthandelssystem.

Arbeitsmarkt

Die Effekte auf dem Arbeitsmarkt, die durch den ungehinderten Zugang der EWR-Bürger ausgelöst werden dürften, sind recht schwierig ab- und einzuschätzen. Positiv ist sicher einmal die nun zwingend werdende Abschaffung des Saisonierstatuts für EWR-Bürger; dieses ist seit langer Zeit Objekt unserer Kritik, und zwar aus menschlichen und aus wirtschaftlichen Gründen. Die Abschaffung des Saisonierstatuts wird nun einen effizienteren Einsatz vor allem der qualifizierten Arbeitskräfte möglich machen. Für unsere einheimischen, qualifizierten Fachkräfte bedeutet dies jedoch auch ganz klar Konkurrenz und damit Druck auf die beruflichen Chancen sowie auf die Lohn- und anderen Arbeitsbedingungen. Das ist vielleicht für sie selber eine eher negative, für die Bezüger ihrer Dienste und Produkte aber eine willkommene Erscheinung - man denke etwa an die geschützten "Märkte" im Bereich des Notariatswesens, der Medizin, der Informatikspezialisten usw., deren Kartellisierung, z. T. sogar Kontingentierung sich lange genug kostspielig auswirkte.

Konkurrenzdruck wird jedoch auch die Arbeitnehmerschaft in diversen Grenzregionen und Branchen unserer Wirtschaft zu spüren bekommen. Wir verlangen von den zuständigen Behörden den Einbau der möglichen, d. h. insbesondere EWR-verträglichen Schutzmassnahmen in den einschlägigen Gesetzen, insbesondere die erleichterte Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen und die Verankerung des sog. "Vorortsprinzips" bei der Ausführung von Aufträgen durch ausländische Unternehmen. Gemäss diesem Prinzip kann von diesen verlangt werden, dass sie bei der Ausführung der Aufträge die Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen einhalten, die im Land des Auftraggebers gelten (EWR-Botschaft S. 375). Es sind dies staatliche Schutzmassnahmen relativ geringfügigen Grades, die leicht machbar und durchaus vereinbar mit den Bestimmungen des EWR-Vertrages sind.

Was die Mindestlöhne anbelangt, grenze ich mich von der Meinung von Herrn Kappeler etwas ab. Wir sind der Ansicht, dass der Staat die sozialpolitischen Rahmenbedingungen zu setzen hat. Was sich innerhalb dieser Rahmenbedingungen abspielt, sollte Sache der Sozialpartner bleiben. Auch das Argument, dass in gewissen, nicht abgedeckten Gegenden dieser Schutz dann dahinfällt, sticht meines Erachtens nicht; denn es hat

jedermann die Möglichkeit, die bestehenden Instrumente zu benützen. Wir denken, dass man das Glück nicht per Dekret verordnen kann, und wir erinnern unsere Arbeiterschaft daran, dass auch sie selbst eine Verantwortung auf dieser Ebene zu tragen hat. Ihr Schutz ist nicht bloss Sache des Staates; es steht ihr auch der Weg über vertragliche Lösungen zur Verfügung.

Die zu erwartende Wanderung der Arbeitskräfte

In bezug auf die zu erwartende Einwanderung von Arbeitskräften aus EWR-Ländern teilen wir die Ansicht des Bundesrates, wonach diese eher gering ausfallen dürfte. Trotzdem müssen die Erfahrungen innerhalb der EG nach dem Beitritt der neuen Mitgliedsländer für die Schweiz nicht zwingend Geltung haben. In Anbetracht der hohen und immer noch steigenden Arbeitslosenzahlen in einigen Nachbarländern und mit Blick auf weitere Faktoren kann nicht ganz ausgeschlossen werden, dass wieder mehr Menschen die neu geschaffenen Chancen nutzen werden als heute angenommen, sogar solche aus Ländern mit derzeit negativem Wanderungssaldo.

Nicht vergessen werden darf die Chance für unsere einheimischen, vor allem jungen Leute, denen sich im europäischen Raum enorme Ausbildungs- und Berufserfahrungsmöglichkeiten auftun. Fachleute betonen immer wieder den grossen Nutzen und die Notwendigkeit ausländischer Erfahrung. Ob die Möglichkeiten tatsächlich dann auch genutzt werden, bleibt offen, aber die administrativen Hürden wären mit dem EWRV ja nun weitgehend beseitigt.

Diplomanerkennung und Berufszulassung

Ein weiteres positives Element der EWR-Verträge ist ferner der von aussen kommende Druck auf unsere Behörden, die veraltete Diplomanerkennungs- und Berufszulassungspolitik endlich auch innerhalb unseres eigenen Landes zu revidieren. Die Anerkennung von Diplomen ausländischer Inhaber muss nicht, wie oft befürchtet, zu einer Nivellierung führen, sofern in der Schweiz die Voraussetzungen für eine moderne und hochstehende Aus- und Weiterbildung, von der Primarschule bis hin zum Quartärbereich, geschaffen werden. Es braucht hier Mut zur Umgestaltung der Systeme und mehr Innovationsgeist. Der CNG selbst wird im Herbst eine Initiative für die Verbesserung der Situation auf der Ebene der Weiterbildung lancieren.

Forschung und Entwicklung

Mit den EWR-Verhandlungen wurde erreicht, dass im Forschungsbereich die obligatorische und integrale Beteiligung der EFTA-Staaten am EG-Rahmenprogramm und an seinen spezifischen Einzelprogrammen (mit Ausnahme von zwei Euratom-Programmen) festgelegt wurde. Diese unter weitgehend gleichwertigen Bedingungen wie die EG-Staaten möglich werdende Beteiligung am Denkplatz Europa wertet der CNG als eine der wichtigsten Errungenschaften im Rahmen des ganzen EWR-Projektes. Es ist diese Trumpfkarte, die die Schweiz bei einem allfälligen Abseitsstehen mit Sicherheit verlieren würde - ein schwerwiegender Rückstand wäre die bittere Folge. Ausbildung, Forschung und hohe durchschnittliche Qualifikation stehen in einem engen Zusammenhang; diese Stärke bildet unseren

"Rohstoff"; sie hat der Schweiz den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand gebracht. Unsere Lehr- und Forschungsstätten dürfen sich keinesfalls von den europäischen abschotten. Die Oeffnung ist äusserst begrüssenswert.

Dienstleistungs- und Kapitalverkehr

Der Grundstücksverkehr

Der Bundesrat legt in seiner Botschaft zum EWRV dar, dass die allfällig zu erwartenden Folgen bzw. negativen Auswirkungen einer Marktöffnung im Grundstücksverkehr mit den vorhandenen Instrumenten, die den Kantonen und Gemeinden zur Verfügung stehen, wirksam bekämpft werden können. Er führt diese im Botschaftstext auf, bis hin zu EWR-kompatiblen fiskalischen Massnahmen. Da der Immobiliensektor wohnungsmarktpolitisch und umweltpolitisch - man denke an die Ueberbauungen in Touristenregionen - ein sehr sensibler Sektor ist, fordern wir mit Nachdruck, dass die verfügbaren gesetzlichen Instrumente auch konsequent angewendet werden. Zu befürchten sind in dieser Beziehung insbesondere Auswirkungen durch eine ungehemmte Ausnützung der Möglichkeiten bei Zweit- und Ferienwohnungen durch ausländische Promotoren - mit schweizerischer Unterstützung. Hier gilt es, die Entwicklung aufmerksam und kontinuierlich zu verfolgen und rechtzeitig wirksame Massnahmen im Raumplanungs- und Bodenrecht zu treffen.

Horizontale und flankierende Politiken

Sozialpolitische Verbesserungen

Die verschiedenen rechtlichen Besserstellungen in den Bereichen des Gesundheitsschutzes und der Arbeitssicherheit, der Geschlechtergleichstellung und des Arbeitsrechts sind aus unserer Sicht zwar nicht umwerfend; sie sind aber absolut begrüssenswert, ebenso wie einige weitere Fortschritte aus dem Kapitel der flankierenden Politiken wie z. B. die Bekämpfung der Armut und Arbeitslosigkeit, die Beschäftigung Behinderter usw.

Konsumentenschutz

Seitdem die Diskussion über den EWR im Gange ist, ist auch klar, dass der Schritt in den EWR für die Konsumenten - in einem gewissen Grad zumindest - positive Auswirkungen haben wird - die Gründe hierfür sind Ihnen bekannt. Wir stimmen aus dieser Optik heraus allen Massnahmen, die zum besseren Schutz der Konsumenten beitragen, zu.

Umweltschutz

Für diesen Bereich befürchten wir einiges: Die Konsumenten und wir alle sind eigentlich nicht gerne bereit, Massnahmen gutzuheissen, die dann auch greifen. Der verstorbene Bundesrat Ritschard hat einmal gesagt: "Mit Kamillentee kann man diese Bundesfinanzen nicht sanieren." Er wollte sagen: Mit Medikamenten, die nicht wehtun, kann man nichts bewirken. Ähnliches gilt auch für den Umweltschutz; aber es stellt sich natürlich die Frage, auf welche Weise die Schweiz mehr zur Problemlösung beitragen kann: durch aktives Engagement im Schosse der Partnerländer oder durch Abseitsstehen bzw. die Beschränkung auf die Möglichkeiten im eigenen Raum. Es gibt nun einmal Phänomene, die ablaufen - mit oder ohne uns -, und hier

ist natürlich eine Beteiligung ganz eindeutig besser als ein Abseitsstehen. Wir ziehen daher das Engagement im EWR-Rahmen vor und sind überzeugt, dass sich im Verbund mit anderen fortschrittlichen Staaten bedeutend mehr für die geschädigte Umwelt auf dem europäischen Subkontinent erreichen und durchsetzen lässt. Die Fortschritte auf diesem Gebiet passieren ja nicht nur per Dekret; sie sind auch durch Zusammenarbeit und durch Kommunikation förderbar.

Zum institutionellen Teil des EWRV

Der Mangel an Mitbestimmungsmöglichkeiten der Efta-Länder bei der Weiterentwicklung des EWR-Rechts ist bekannt. Aus diesem Grund ist der EWR für diverse Gruppierungen und Organisationen auch bloss eine Uebergangslösung, die so bald wie möglich zum Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften führen soll. Diese Uebergangsoption ist zum heutigen Zeitpunkt sicher die realistischste Option. Trotzdem sollten Alternativen nicht zum vorneherein ausgeschlossen werden. Die kürzlichen Abstimmungsergebnisse in Dänemark zeigen klar auf, dass die Stimmbürger in den Ländern mit direktem Demokratiesystem jederzeit in der Lage sind, den Politikern und Beamten einen Strich durch die wohlpräsenzierte Rechnung zu machen und sie zu zwingen, Richtung und Weg zu ändern, auch wenn dies noch so quer kommt. Dies gilt umso mehr für die Schweizer Bevölkerung, die sich bei politischen Entscheiden erfahrungsgemäss recht eigenwillig verhalten kann. Der sog. "Alleingang" kann als mögliche Option ohnehin nicht mehr in Frage kommen, da es ihn bekanntlich schon heute gar nicht mehr gibt. Hingegen sollten - mit Blick auf die kommenden Abstimmungen im Dezember 1992 über den EWRV und einer späteren über den EG-Beitritt - auch noch andere Modelle ausgedacht werden. Auch wenn der EG-Beitritt im heutigen Zeitpunkt die naheliegendste und wahrscheinlichste Lösung darstellt, darf eine Weiterentwicklung des EWR-Projektes im institutionellen Bereich, z. B. in Richtung Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der EWR-Partner, nicht völlig ausgeschlossen werden. Die Unterhändler haben anlässlich der Verhandlungen relativ wenig Zeit darauf verwendet, eine akzeptable Lösung im Hinblick auf eine Uebereinstimmung zwischen der Homogenität des EG-Rechts einerseits und der Mitbestimmung der Efta-Partner andererseits zu finden. Wir meinen, dass sich hier mehr herausholen liesse.

In dieses ganze Gedankenfeld müssten auch die osteuropäischen Staaten einbezogen werden; einigen von ihnen winkt zwar der EG-Beitritt als Preis für die wirtschaftliche und politische Perestroika, andere aber werden noch lange warten müssen.

Stellung des CNG zum EWR-Vertrag

Wie bereits eingehend erwähnt, stand der CNG seit jeher positiv zum EWR-Projekt, auch wenn ihm mehrere Mängel, in besonderer Weise im institutionellen Teil, anhaften. Nachdem sich eine Position am Ende der Evaluaiton aber klar auf eine Annahme oder eine Ablehnung reduziert, muss es dennoch gestattet sein, währen der Evaluationsphase Vorbehalte, Risiken und Befürchtungen auf der einen und Chancen und Vorteile auf der anderen Seite auszumachen und klarzulegen. Nach abwägender Einschätzung dieser Vorlage überwiegen für den CNG die Vorteile bei weitem. Wirtschaftliche, sozialpolitische und nicht zuletzt

auch umweltpolitische Aspekte, die für eine Gewerkschaft von entscheidender Relevanz sind, führen zum Schluss, dass diese Chance nicht verpasst werden darf. Ein Verzicht brächte die verschiedenen Nachteile und Mängel der Idee EWR, die wir der Kritik aussetzen, auch nicht ins Gleichgewicht. Im Gegenteil, die europäische Entwicklung nimmt so oder so ihren Lauf, wenn nötig auch ohne die Schweiz, dann aber nicht unbedingt in der von ihr gewünschten Richtung. Der CNG unterstützt den EWRV unmissverständlich und empfiehlt ihn seiner Mitgliedschaft eindeutig zur Annahme.

Zur Frage des EG-Beitritts

Es ist sicher unbestritten: der zweite entscheidende Integrationsschritt der Schweiz zur Gemeinschaft der westeuropäischen Staaten ist der EWR-Vertrag - den ersten Schritt hat die Schweiz mit ihren vor allem wirtschaftlichen Beziehungen zur EG und zur Efta schon lange getan. Der übernächste oder dritte Schritt ist der Beitritt zur EG. Die Frage im Zusammenhang mit den damit verbundenen Volksabstimmungen ist nun, wie klar der zweite und der dritte Schritt voneinander getrennt bzw. miteinander verknüpft werden sollen. Die Argumente für die Verknüpfung sind ebenso stichhaltig wie jene für die überschaubare Trennung der beiden Vorlagen EG und EWR. Der CNG ist der Ueberzeugung, eine klare Abgrenzung würde die Abstimmungschancen des EWR-Abkommens verbessern. Das europäische Stimmungsbarometer in vergleichbaren Ländern bezüglich Tempo und Integrationsniveau scheint uns nicht ganz unrecht zu geben. Es gibt ein emotionales Moment: Wir müssen respektieren, dass ein politisches Jahrhundertwerk im Ausmass der EG nicht bloss einen materiellen, substantiellen Wert hat, sondern in hohem Ausmass auch eine emotionelle und subjektive Angelegenheit ist. Dieser Tatsache wurde bisher sowohl in der EG selbst wie auch in der Schweiz eindeutig zu wenig Rechnung getragen.

Im Unterschied zum EWR enthält die EG-Vorlage sehr viel mehr emotional-subjektiv geprägten Zündstoff. Die angestrebte Vergemeinschaftung hochsensibler Bereiche auf den Ebenen der Wirtschafts- und Währungsunion und der politischen Union gibt den Beitrittsgegnern ein reiches Arsenal an emotionellen Waffen in die Hand - und die emotionellen Waffen sind immer stärker.

Für den CNG ist die Einstellung der Arbeitnehmerschaft von besonderem Interesse. Wir beobachten, dass auch ein Teil dieses Bevölkerungskreises sehr verunsichert ist; es vermischen sich berechnete und unberechnete Befürchtungen mit Vorurteilen und Kenntnislücken, was in Anbetracht des Projektumfanges nicht erstaunlich ist. Wir appellieren daher an die Behörden, bei der kommenden Kampagne den Schwerpunkt unmissverständlich auf den EWR zu legen und immer wieder klarzustellen, dass sich das Stimmvolk mit der Annahme des EWRV nichts vergibt. Sollten die Zweifel an der wirklichen Trennbarkeit beider Vorlagen anhalten, wäre eine Ablehnung der EWR-Vorlage u. E. recht wahrscheinlich und eine spätere Zustimmung zum EG-Beitritt erst recht erschwert.

Wir fordern, dass die Kampagne auch auf Mitbürger und Mitbürgerinnen ausgerichtet wird, die auf eine verständliche

Darstellung des Problems angewiesen sind. Auf die Abstimmung hin

- muss erstens eine überzeugende Informationsarbeit zugunsten des EWR-Abkommens geleistet werden,

- zweitens sollen die Beitrittsverhandlungen zu dem von der EG vorgegebenen Zeitpunkt aufgenommen und geführt werden - doch medienmässig haben sie bis nach der EWR-Abstimmung zurückzutreten - ,

- und drittens ist die Beurteilung des EG-Beitritts als solchem aufgrund der gemachten Erfahrungen mit dem EWR und aufgrund der Situation und der Perspektiven von - schätzungsweise - Mitte der neunziger Jahre neu anzustellen und intensiver aufzunehmen.

Die Schweiz hat in der Tat ein vitales Interesse daran, bei der Weiterentwicklung der EG mitzureden. Insofern ist der Zeitpunkt dieses Gesuches richtig gewählt. Es ist aber auch eine Tatsache, dass die Schweizer Stimmbürger und Stimmbürgerinnen vor dem Entscheid wissen wollen - und das ist jetzt das Paradoxe -, in welche Richtung sich diese EG entwickeln wird; erst dann, aufgrund der deutlichen Trendsignale, werden sie entscheiden, ob sie den Zug besteigen wollen oder nicht.

Frau Bäumlín: Wie wollen Sie über die EG ein gerechteres Welthandelssystem initiieren?

Köstinger: Mein Appell richtet sich nicht an die EG allein, sondern auch an die nordischen Staaten, die USA und die übrige Welt. Wir brauchen uns nicht darüber zu unterhalten, dass diesbezüglich Fortschritte zu machen wären - sonst werden wir es zu spüren bekommen.

Frau Bäumlín: Sie haben gesagt, dass wir uns mit dem Beitritt zum EWR nichts vergeben. Im Integrationsbericht des Bundesrates heisst es aber (S. 177), dass der Bundesrat aufgrund seiner Analyse feststellt, dass "die Auswirkungen eines EG-Beitritts auf unsere Rahmenbedingungen in den Bereichen der vier Freiheiten und der Begleitpolitiken kaum über jene des EWR-Abkommens hinausgehen." Da wird ein ganz enger Zusammenhang hergestellt, und da scheint sich ein gewisser Widerspruch zu ihrer Aussage zu ergeben.

Köstinger: Ich stelle einfach fest, dass sehr viele Menschen den Eindurck haben, dass mit einer Annahme des EWRV praktisch automatisch auch schon der EG-Beitritt beschlossen ist. Es scheint mir aber wichtig zu sein, dass man diese beiden Vorlagen auseinanderhält. Denken Sie z. B. an den Bauernverband: dem EWR kann dieser zustimmen, nicht aber der EG. Das gleiche gilt auch für andere Kreise. Wenn jetzt schon ein Junktum gemacht wird zwischen den beiden Vorlagen, ist die Gefahr einer Ablehnung des EWR viel grösser. Wir haben mit der Annahme des EWRV keine Verpflichtung, der EG beizutreten - oder wir können dies erst später tun. Zur Einführung der AHV z. B. mussten ja auch mehrere Hürden genommen werden. Ausserdem ist das Zurücktreten vom EWRV rechtlich jederzeit möglich.

Präsident: Wenn Verhandlungen zum EG-Beitritt geführt werden, wird offensichtlich nicht über einen Beitritt zur EG, wie sie heute besteht, verhandelt. Es muss beachtet werden, dass gravierende Unterschiede bestehen zwischen den heutigen und den zukünftigen Zielsetzungen der EG.

Mme **Aubry** : Avec la libre circulation des personnes, et compte tenu du niveau de vie plus élevé en Suisse, ne peut-on craindre qu'il se produira une invasion de travailleurs étrangers?

Köstinger: Wir teilen die Meinung des Bundesrates und der Spezialisten, dass keine grosse Einwanderung erfolgen wird. Mein Vorredner hat es erläutert: Bei uns sind die Lebensbedingungen so teuer, dass wahrscheinlich ein Deplacement mit der ganzen Familie von Palermo in die Schweiz sich gar nicht lohnt. - Aber es ist klar: Exakte Prognosen sind auch mit wissenschaftlichen Methoden nicht zu machen. Warum ein Mensch auswandert, hat viele Gründe, und da spielen sicher auch emotionale Momente mit. Sie wissen, dass Auswanderungen auch im vorigen Jahrhundert stattgefunden haben, und es ist interessant zu sehen, wie manchmal fast ganze Dörfer in die gleiche Region ausgewandert sind.

Sicher hat die Schweiz nach wie vor eine gewisse Anziehungskraft. Ich kann mir vorstellen, dass es einem Franzosen leichter fällt, in die Westschweiz auszuwandern als nach Baden-Württemberg, schon aus sprachlichen Gründen. - Solange wir eine recht hohe Arbeitslosigkeit haben, ist diese Zuwanderung nicht zu befürchten; es mag aber sein, dass sich die Frage neu stellt, wenn wir diese erst einmal überwunden haben. - Genaue Voraussagen sind aber in der Tat nicht möglich.

Frau **Haller:** Es gibt wahrscheinlich auch eine Gefahrengrenze im Betonen, dass ein Ja zum EWR und ein späterer EG-Beitritt gar nichts miteinander zu tun haben. Diese Schmerzgrenze ist dort, wo man mit einer zu intensiven Stellungnahme in dieser Richtung provoziert, dass Leute, die die volle Integration wünschen, sehr gut abwägen müssen, wo mit welchen Argumenten gefochten wird.

Köstinger: Ich habe Lust, Ihnen zu unterstellen, dass Sie wahrscheinlich mit besser informierten Leuten in Kontakt sind. Für jene ist die Sache schon klar. Aber bringen Sie das denjenigen bei, die sich für Politik sehr wenig interessieren - und dafür habe ich Verständnis. Es ist eine Frage der psychologischen Abwägung: Wir denken, dass mit der EG-Vorlage das Fuder überladen wird.

Frau **Bär:** Sie haben erwähnt, dass in Zukunft wahrscheinlich qualifiziertere ausländische Arbeitskräfte in die Schweiz kommen werden als heute. Glauben Sie, dass mit einer Annahme des EWRV die unqualifizierte Arbeit in der Schweiz abnehmen wird, oder haben Sie die Hoffnung - und das wäre schön -, dass in Zukunft wieder vermehrt Schweizerinnen und Schweizer die unqualifizierte Arbeit übernehmen werden?

Köstinger: Nein, aber bisher haben wir ein System, das wirklich

nicht befriedigt. Wir haben ja mit künstlichen Mechanismen dafür gesorgt, dass unqualifizierte Arbeitnehmer über die bekannten Kanäle einwandern, und haben praktisch mit diesem System den qualifizierten den Zutritt verwehrt. Die Oeffnung des Systems wird - vielleicht - einigen qualifizierten Fachkräften bei uns Konkurrenz bringen, was diesen sicher nicht sympathisch ist.

Das Ganze geht ins Ethische hinein: Wenn wir dafür sorgen, dass wir eine moderne Wirtschaft mit wertschöpfungsmässig interessanteren Tätigkeiten bekommen, verlagern wir ja die weniger qualifizierte Arbeit in andere Regionen. Wie gerecht dies ist, ist eine ethische Frage; aber wirtschaftlich gesehen ist es klar, dass ein Interessen an einer solchen Strategie besteht.

Exposé de M. Chapuis : cf. annexe 3

M. Tschopp : Vous dites ne pas vouloir rouvrir le débat sur les taux d'intérêts. Cela me paraît néanmoins fondamental, avec les sombres perspectives de hausse que l'on pronostique en relation avec notre appartenance à l'EEE. C'est pourquoi je me permets de vous poser la question : comment expliquez-vous que nous ayons été pris dans la mouvance vers la hausse, alors que nous étions en-dehors, et comment voyez-vous l'avenir avec l'entrée dans l'Espace économique européen?

M. Chapuis : Dans la hausse interviennent deux éléments fondamentaux :

- la politique, compréhensible pour les motifs que l'on connaît, de la Banque centrale, qui a dû faire monter les taux d'intérêts pour lutter contre l'inflation;
- le niveau des taux d'intérêts en Suisse dépend de l'épargne ainsi que de l'afflux des capitaux de l'étranger sur notre marché. Le maintien de notre force d'attraction contribuera à nous éviter de devoir augmenter les taux d'intérêts. Nous devons donc maintenir notre force d'attraction pour attirer les capitaux étrangers. Même dans le marché de l'EEE, il n'y aura pas de différence sur ce plan : je rappelle que la Suisse ne connaît pas de mesure qui empêche les mouvements de capitaux avec l'étranger. Nous vivons déjà maintenant la situation de demain avec l'EEE. Ce qui sera différent, c'est, pour les établissements financiers, les conditions dans lesquelles ils pourront offrir leurs services aux clients dans notre pays et dans l'EEE. Les raisons pour lesquelles les clients viendront ou non en Suisse seront indépendantes de cette situation. Nous aurons surtout une plus grande stabilité dans nos rapports avec les autres pays européens et si nous sommes compétitifs, je ne m'inquiète pas du niveau des taux d'intérêts, qui dépendent de phénomènes déjà présents aujourd'hui.

Oehler: Wohlwissend, dass EWR und EG nicht das gleiche sind, dass aber trotzdem aufgrund der Oeffnung einheitliche Regelungen geschaffen werden müssen vor allem auch auf dem Gebiete des Finanz-, insbesondere des Bankwesens, stelle ich

mir die Frage: Welche Bedeutung wird eigentlich die Nationalbank haben, die ja bisher eine eigenständige Politik betreiben konnte - natürlich immer in Abstimmung mit den Partnerbanken in Europa? - Die Bankenvielfalt in der Schweiz ist bekanntlich sehr gross, und einige Banken haben bereits Schwierigkeiten mit einem grösseren Markt. Im Rahmen des EWR werden die Konkurrenzbedingungen noch härter. Ist das ein Anzeichen, dass die Einheiten grösser werden, und dass es für die Kleineren weniger Platz hat? - Zur Deregulierung: Die ganze Dekartellisierung, die die Schweizer Banken durchgeführt haben, hat mit sich gebracht, dass die Leistungen für die Kunden teurer wurden und dass die Banken mehr Einnahmen hatten. Welche Auswirkungen wird das haben, wenn noch grössere Einheiten bestehen - ich sage das mit Blick auf grosse bis gigantische Banken in den USA oder in Japan? Wie wird deren Einfluss auf die europäische Wirtschaft sein? Wo sehen Sie da Möglichkeiten zur Kontrolle?

M. Chapuis : 1) *Banque nationale* : aussi longtemps que nous aurons une monnaie nationale, il faut avoir une banque centrale qui ait les moyens de mener une politique monétaire interne. Elle doit continuer à exister. Une entrée dans la monnaie unique n'implique pas forcément une politique économique commune en Europe : je suis convaincu qu'une monnaie commune sera un échec et elle n'intervient pas en même temps qu'une délégation de compétences à la Commission pour mener une politique économique européenne. Cette question se posera avec celle de l'adhésion, et ne se pose pas au niveau de l'EEE.

2) En matière de *concurrence*, les problèmes des établissements de petite taille, la déréglementation etc., sont des phénomènes qui ont surgi hors de l'EEE. Cela démontre que les motifs à de tels phénomènes ne sont pas à mettre en rapport avec l'EEE. Cette concurrence entre les établissements financiers devient plus dure, dans notre pays et à l'étranger. Nous aurons encore des concentrations de banques de petite taille pour assurer une meilleure assise dans le marché. L'Association suisse des banquiers s'est efforcée activement ces derniers mois de créer un secteur de banques régionales capables de maintenir sa part de marché. Cela appartient à la construction diversifiée de la Suisse.

La déréglementation s'est faite de façon trop brutale de la part de la Commission des cartels, et nous regrettons que cela ne se soit pas fait plus graduellement. Il n'empêche que nous devons nous adapter au système européen, et l'EEE nous amènera certainement des règles qui seront bienfaisantes. Après avoir fait l'expérience des rapports avec la Commission des cartels, j'ai fait l'expérience des contacts avec l'Europe, m'occupant d'un comité qui est actuellement en procès avec la Commission : je préfère le système européen au nôtre, parce que celui-ci permet un dialogue avec l'autorité, ce que notre système actuel ne permet pas. L'EEE apportera donc une amélioration sur ce point.

3) La situation des banques suisse n'est absolument pas comparable à celle des banques des USA ou du Japon. Les structures en sont très différentes.

M. Berger : Vous avez plaidé, à la fin de votre exposé, pour le maintien du secret bancaire, en faisant allusion au

renouvellement opéré par la Commission fédérale des banques de la Convention de diligence. Je n'ai pas compris le rapport entre la Convention de diligence et le secret bancaire.

M. Chapuis : Je voulais attirer l'attention sur le fait que si nous estimons que le secret bancaire continue d'être important pour notre clientèle, notamment étrangère, nous continuons à vouer la plus grande attention à éviter que des abus soient commis, d'où ce renouvellement de la Convention de diligence intervenu ce matin. Cette convention sera améliorée, notamment sur le plan juridique, et nous l'avons fait en coopération avec la Commission fédérale des banques, c'est-à-dire l'autorité de surveillance.

Oehler: Ich bin mir wohl bewusst, dass das amerikanische und das japanische Bankensystem ganz verschieden sind von unserem System. Aber meine Frage zielte auf die Kontrollmöglichkeit: Je grösser einzelne Unternehmungen vor allem in diesem sensiblen Bereich sind, desto wichtiger ist die Kontrolle, und zwar nicht die Kontrolle durch den Verwaltungsrat oder die Aktionäre. Man könnte sagen, dass die deutsche Bank, mit drei multipliziert, den Gang der Dinge in Europa bestimmt, und ich frage mich, wo Sie hier die Gefahren bzw. die Möglichkeiten der Kontrolle sehen.

M. Chapuis : La différence fondamentale entre les systèmes japonais, américain et le nôtre, et qui a provoqué des difficultés dans ces pays, c'est qu'ils ont le système de la séparation des affaires bancaires. Les banques n'ont le droit de gérer qu'une partie restreinte des affaires bancaires, ce qui provoque une concentration des risques dans ces établissements.

Les contrôles, nous l'avons constaté dans notre pays, ne fonctionnaient pas bien dans des établissements de taille modeste, où il était difficile d'organiser le contrôle interne de telle façon qu'il y ait toujours plusieurs personnes qui s'occupent des affaires, et qui puissent les contrôler. Je ne crois pas que la taille de l'établissement pose des problèmes insolubles sur le plan de la surveillance et du contrôle interne.

Unterbruch der Sitzung von 18.40 - 8.00 Uhr
Interruption de la séance de 18h40 à 8h00

ANNEXE 1

Exposé de M. Stampfli :

1. Propos liminaires

Dans le cadre de cette prise de position, du Secrétariat de l'USP, je tiens à préciser d'emblée, afin de lever tout risque d'équivoque, que nous dissociions clairement le volet "Accord sur l'EEE" du volet "Adhésion de la Suisse à la CE". En effet, nous nous opposons à toutes interprétations qui laisseraient à supposer qu'un OUI à l'EEE équivaut à donner un accord sous-jacent ou moral à la politique du Conseil fédéral définie sur la question de l'adhésion. A cet égard, nous regrettons l'amalgame qui est actuellement fait entre l'EEE et l'adhésion, notamment la remarque faite en page 56 du message, même si elle est nuancée, à savoir: "Car l'acceptation de l'EEE, soit une étape de notre politique d'intégration, n'emporte pas automatiquement l'acceptation de l'objectif qui est l'adhésion, bien qu'elle puisse conforter cet objectif". Par cette dernière remarque, "bien qu'elle puisse conforter cet objectif", comme eu égard à certaines déclarations du Conseil fédéral, le risque, qu'on le veuille ou non, qu'une partie des citoyens ne fassent pas la part des choses et mélangent finalement l'EEE avec l'adhésion est grand. Il ne facilitera pas la tâche en matière d'information qui précédera la votation.

2. EEE

Ceci étant, et après ces remarques de portée générale, j'en viens à notre appréciation de l'accord sur l'EEE, appréciation que j'aborderai tant sous l'angle politique que sous l'angle économique.

2.1 Appréciation politique

L'EEE étant une approche pragmatique, proche d'une appartenance pleine et entière à la CE du point de vue économique, cet instrument nous paraît sous cet angle comme approprié. Il doit nous permettre, sans perdre notre autonomie au plan politique, d'éviter le risque de connaître un certain isolement et, par là même, d'améliorer et d'assurer l'accès de notre pays au marché communautaire. Certes, les structures de décision qui veulent que seule la CE peut se prononcer si une proposition est agréée pour être négociée en vue de l'intégrer aux clauses de l'EEE, a pour conséquence que nous ne disposons, de ce fait, ni d'un droit de codécision, ni d'un droit d'initiative. Toutefois, eu égard

- au fait que le nombre de membres de l'AELE risque de diminuer passablement (demande d'adhésion de l'Autriche, de la Suède et de la Finlande, voir de la Norvège);
- au fait que le grand marché intérieur CE/AELE peut être réalisé;
- au fait que nous avons indirectement un droit d'initiative au sein de la commission d'experts et par le biais de la comitologie
- au fait que formellement l'importance du droit de codécision doit être nuancé car de toute évidence, face au poids de la CE, notre marge de manoeuvre ou notre autonomie sera toujours plus restreinte même dans le cas d'une marche en solitaire;
- ainsi qu'au fait qu'en tout temps le traité sur l'EEE peut être dénoncé par notre pays;

nous estimons que ces questions institutionnelles sont, certes pas parfaites, mais acceptables. Elles représentent une plate forme adéquate pour consolider ou développer une Europe décentralisée dont le but doit être une collaboration économique d'Etats souverains. En effet, elles permettent à la Suisse de conserver son autonomie dans des domaines importants, notamment en matière de politique agricole, tout en apportant une certaine flexibilité par le principe de la clause évolutive, et des avantages économiques sur les coûts de production, élément fondamental en regard avec la question du GATT. En effet, nous considérons que ce dernier aspect ne doit et ne peut être négligé, tout particulièrement pour l'agriculture, car celle-ci ne peut et ne pourra conserver sa place dans l'économie nationale si l'on exige de sa part qu'elle soit toujours plus soumise à l'influence des prix mondiaux et que parallèlement elle doit produire à des coûts suisses. Une telle équation serait tout simplement insoluble ou alors nécessiterait des moyens financiers des plus importants, à charge du budget fédéral, si l'on entend lui donner une solution au moyen des paiements directs conformément à l'article 31a en discussion au parlement. A cet égard, les avantages économiques que peut apporter l'EEE pour le secteur primaire ne peuvent être négligés comme nous le verrons ci-après.

2.2 Appréciation économique

Sur le plan économique, les aspects importants pour l'agriculture de l'EEE concernent les prescriptions sanitaires, les produits agricoles transformés (Schoggigesetz), l'accès au marché, la cohésion, le dossier de la pêche et la clause évolutive, même si cette dernière est en réalité principalement une affaire politique.

2.2.1 Les prescriptions sanitaires

L'important acquis communautaire qu'est appelé à reprendre l'EEE dans le domaine sanitaire touche les questions des épizooties, de la protection des animaux, de l'élevage, des denrées alimentaires et de la législation sur les denrées alimentaires pour les produits carnés. D'une manière générale, la reprise de l'acquis communautaire dans ces domaines ne nécessitera pas de modifications radicales et fondamentales de notre législation. Seul le droit communautaire plus strict en matière d'hygiène dans les abattoirs et entreprises de découpe aura pour conséquence que des 50 plus grands abattoirs, un tiers seulement satisfont aux exigences, un autre tiers pourrait être assaini en y investissant environ 50 mio de francs, et le tiers restant devrait être rebâti. Face à cette situation, un processus de concentration risque de s'engager et la situation en matière de concurrence s'en trouvera détériorée pour les producteurs s'ils ne réagissent pas en concentrant l'offre.

Quant à l'harmonisation du domaine phytosanitaire, il ne devrait pas élever des obstacles infranchissables pour l'agriculture. Certaines dispositions devraient même avoir des effets tout à fait positifs, par exemple les dispositions pour les produits sanitaires, l'extension de la liste des sortes, l'introduction d'un système de reconnaissance pour les semences de céréales et de plantes.

2.2.2 Harmonisation de la loi sur les produits agricoles transformés (Schoggigesetz)

L'harmonisation proprement dite des méthodes de calcul et du champ d'application de la "Schoggigesetz" présente dans une grande mesure des avantages pour les fabricants suisses de denrées alimentaires et naturellement aussi pour l'agriculture. La position des exportateurs dans la CE s'en trouvera assurée, les désavantages qui existent actuellement étant éliminés. Cependant, face à ces avantages, l'inclusion des spiritueux dans le champ d'application de l'accord sur l'EEE, entraînera l'obligation d'observer l'interdiction de toutes discriminations et aucune différence ne pourra être faite entre les produits indigènes et les produits étrangers du

même genre comme c'est le cas actuellement pour les taxes de monopole. Cette uniformisation de la taxe aura pour conséquence une régression de l'écoulement des spiritueux indigènes qui, aujourd'hui, bénéficient d'une taxe préférentielle. Il faut donc s'attendre à de graves conséquences pour l'arboriculture, notamment en ce qui concerne le maintien d'arbres hautes-tiges dont le rôle ne peut être négligé sur le plan de la protection de la nature. A cet égard, si cette disposition ne doit pas bloquer l'analyse sur l'EEE, en revanche il faut être conscient qu'elle nécessitera des contributions en faveur de ce type de culture si l'on n'entend pas la voir disparaître.

2.2.3 Accès aux marchés

Des améliorations réciproques des échanges agricoles actuels ont été négociées dans le cadre de l'EEE pour le secteur fromager ainsi que pour celui des plantes en pots et des fleurs coupées. La Suisse a pu améliorer son accès préférentiel au marché de la CE valable aujourd'hui déjà pour 84% des ses exportations de fromages. A cet égard ce point de l'EEE doit être apprécié positivement.

2.2.4 Cohésion

Les mesures de cohésion pour "arrimer" économiquement les pays, pour la plupart méridionaux, aux pays du Nord prévues dans l'accord visent à:

- améliorer l'accès de leurs produits aux marchés agricoles par la réduction des droits de douane
- créer un fonds de cohésion.

A cet égard, la Suisse devra renoncer au droit de douane ou le réduire pour 23 produits. Cette réduction, mis à part la diminution des rentrées financières pour la Confédération (environ 14 mio si l'on se base sur les volumes actuels), ne devraient pas avoir de conséquences significatives pour l'agriculture et est, à ce titre acceptable, les instruments de la politique du commerce extérieur, comme le système des trois phases par exemple, n'étant pas touchés.

2.2.5 Dossier de la pêche

L'accord sur l'EEE autorise la Suisse à maintenir son régime de prélèvements sur les produits de la pêche (farine et huile de poisson). Cet aspect de notre politique agricole est de la plus haute importance du fait qu'une libéralisation aurait rendu impossible le maintien du régime des denrées fourragères et des suppléments de prix sur les graisses et les huiles comestibles. En un tel cas, ce ne sont pas moins que le compte laitier et le secteur des huiles végétales (colza, soya) qui auraient été mis en péril.

2.2.6 Clause évolutive pour le secteur agricole

Le secteur agricole ne faisant pas partie de l'accord, une clause évolutive a été insérée afin de ne pas laisser ce secteur totalement de côté. Le but de cette clause est la poursuite des efforts pour parvenir à la libéralisation progressive des échanges agricoles et non le libre échange. Dans le fait, elle est comparable à l'état actuel, son but figurant déjà dans les accords de 1972. La différence principale consiste dans le cadre de l'EEE au fait que cette disposition prévoit, tous les deux ans, l'examen des conditions des échanges agricoles. De plus, ce qui est important à nos yeux, c'est que, d'une part, les négociations peuvent être bilatérales ou multilatérales, solution qui permet de tenir compte d'intérêts différents liés à divers facteurs

(climat, politique agricole, relations commerciales) et, d'autre part, fait à notre sens déterminant, les négociations doivent se réaliser sur une base réciproque et mutuellement avantageuse se limitant aux seuls échanges agricoles, ce qui permet d'éviter que des concessions soient faites "par la bande".

Pour l'agriculture cette clause paraît acceptable. Même si l'on ne peut apprécier à ce jour toute l'étendue de ses répercussions, nous pouvons néanmoins dire que sa formulation offre dans une certaine mesure l'assurance que les choses évolueront de façon ordonnée et appropriée, et que la CE ne pourra pas nous contraindre à faire des concessions unilatérales. De plus, le texte précisant que les nouvelles réductions des obstacles aux échanges doivent se faire "dans les limites de (leurs) politiques agricoles respectives et en tenant compte des résultats de l'Uruguay Round,..." on fixe ainsi clairement que l'on ne recherche pas une uniformisation des politiques agricoles.

2.3 Possibilités d'abaisser les coûts.

Après l'analyse de ces 6 volets de l'EEE touchant l'agriculture, un autre aspect important qui doit découler de l'EEE porte sur les possibilités d'abaisser nos coûts de production. En effet, pour l'agriculture suisse un des aspects fondamental pour l'avenir consiste à saisir toutes les possibilités qui permettent d'abaisser ses coûts de production pour améliorer sa compétitivité sur les marchés. A cet égard, la réduction des obstacles techniques aux échanges et la reprise des règles de la concurrence de la CE doivent permettre d'abaisser les coûts des agents de la production agricole. Certes, le droit actuel permet, aujourd'hui déjà, d'acheter des machines agricoles en Allemagne p. ex.. Mais, pour pouvoir être utilisées en Suisse, ces machines doivent être homologuées dans notre pays, obligation qui entraîne des surplus de coûts car elles doivent être adaptées aux normes helvétiques. Une telle adaptation n'est plus nécessaire sous l'empire de l'EEE qui ne permet plus d'isoler le marché suisse du marché de la communauté.

Sur cette importante question, notre secrétariat a procédé en 1989 1) à une étude comparative des coûts de production entre l'Allemagne et la Suisse pour des exploitations ayant une superficie de 31 ha et dont la production était analogue (11,6 ha respectivement 13,4 ha consacrés à la culture des champs). Cette étude a été réactualisée en 1992 2) (cf page 7) Elle permet de constater qu'environ 25% du surplus de coûts s'explique par des dépenses accrues pour les facteurs de la production (capital, travail et agents de production). Cette comparaison révèle en outre qu'environ 50% du surplus de coûts des exploitations suisses est dû aux prix et aux salaires relativement plus élevés. Il faut cependant souligner que le surplus de coûts dû au salaire paritaire et aux frais de la main-d'oeuvre extra-familiale sont pour 22% liés au haut niveau de vie de la Suisse, ce qui ne recèle aucun potentiel d'économie. Néanmoins, environ 28% de la différence dans les coûts de production s'expliquent par les prix relativement élevés des agents de la production, des machines et des bâtiments en Suisse. A titre d'exemple, je me référerai à l'émission de la TSR du 17 juin dernier où un agriculteur du Chablais relevait que le coût pour la construction d'un hangar par une entreprise française revenait à quelque 50% du coût d'une entreprise suisse! L'EEE représente à cet égard un potentiel réel d'économies non négligeable face au défi qui attend l'agriculture suisse et qui veut que cette dernière agisse de façon plus proche aux lois du marché.

2.4 Conclusion

Pour conclure sur la question de l'EEE, je relèverai que le Secrétariat de l'USP, à la lueur de l'analyse exposée, considère que l'EEE est une chance pour notre pays et son économie, donc pour notre agriculture, secteur qui fait, à part entière, partie de l'économie nationale. En effet,

l'intensification de la concurrence et l'accès à un marché de 380 mio de consommateurs sont, à notre sens, porteurs d'une croissance économique qu'une course en solitaire ne saurait apporter.

3. Adhésion de la Suisse à la CE

L'adhésion de la Suisse à la CE aurait pour conséquence que notre agriculture serait soumise à la PAC dont les trois principes fondamentaux sont: l'unicité du marché, la préférence communautaire et la solidarité financière. Sa marge de manoeuvre en cas d'adhésion ne porterait en réalité que sur les délais d'adaptation car, à notre connaissance, aucune règle d'exception ne peut être envisagée ou pourrait être négociée dans le cadre de la demande d'adhésion déposée par le Conseil fédéral. C'est donc bien à la lueur de la PAC qu'il nous appartient de nous prononcer sur la position de l'agriculture face à une adhésion à la CE. A cet égard, nous constatons que la PAC actuelle n'a pas permis d'assurer aux agriculteurs de la communauté une situation comparable de revenu avec les autres secteurs de l'économie, même si ce principe figure dans les 5 objectifs fondamentaux de l'article 39 du traité de Rome: "garantir un niveau de vie équitable aux agriculteurs". Axée prioritairement sur l'accroissement de la productivité, la PAC a en réalité mené la communauté dans une situation excédentaire permanente et catastrophique dans la plus part des secteurs (céréales, viande, vin notamment). Cette situation ressort très clairement des taux d'auto-provisionnement (cf. p.10) qui s'élèvent à 112% pour l'ensemble de la communauté. Quant à la réforme de la PAC, acceptée dernièrement par les 12 et qui provoque la colère des agriculteurs tout particulièrement en France, elle ne modifiera en rien cette situation. Elle est avant tout axée sur la compétitivité des produits à l'exportation, celle-ci devant se réaliser par un abaissement des prix et par une compensation du manque à gagner par des paiements directs. Cette façon de faire m'amène à dire que nous nous trouvons, en fait, face à une politique masquée de subventions à l'exportation, non conforme avec la philosophie des paiements directs dont le but devrait être de compenser un ou des handicaps économiques justifiés. Cette réforme est ainsi axée sur les prix du marché mondial, marché de bradage, et non sur les réalités économiques valables dans chaque pays.

Aussi, face à cet PAC, qui sous-estime les objectifs majeurs évoqués dans le 7^e rapport du Conseil fédéral sur l'agriculture et qui figurent également dans notre initiative, à savoir:

- l'exploitation et la sauvegarde des bases naturelles d'existence,
- la préservation et l'entretien des sites cultivés,
- la contribution à la vie économique et culturelle dans l'espace rural,

objectifs que nous regroupons, avec la fonction de la production de denrées alimentaires, sous la terminologie "multifonctionnalité", et par rapport à la structure de nos exploitations, l'adhésion de la Suisse à la CE aurait des conséquences brutales et catastrophiques sur le nombre d'exploitations qui pourraient subsister. A cet égard, de 1980 à 1990, le nombre des exploitations a reculé d'environ 12% chez nous alors que ce recul s'est élevé, de 1980 à 1987, à environ 16% en RFA et à environ 20% en France (des indications plus récentes ne sont pas disponibles). La diminution du nombre des personnes occupées dans l'agriculture a été également plus rapide dans la CE qu'en Suisse. Alors que chez nous la baisse annuelle s'élevait à environ 1,8% entre 1980 et 1990, elle était avec 3,1% (1980-1989) nettement plus élevée dans la Communauté (Remarque: Les données statistiques étant différentes, elles ne sont pas totalement comparables).

A cet aspect fondamental s'ajoute le fait que les prix payés pour les produits agricoles dans la Communauté correspondent entre 30 et 55% du niveau des prix suisses. L'application de ces derniers, de par le principe de l'unicité des marchés, auraient pour effet une perte de revenu pour l'agriculture suisse estimée entre 1,1 et 1,8 milliard de francs en valeur absolue, ou de 29 à 48%. Conséquence directe, le principe du salaire paritaire actuel se verrait relativisé, voire supprimé.

Par ailleurs, la reprise de la PAC par la Suisse en cas d'adhésion, de par le principe de la solidarité financière, porterait, selon le 7^e rapport sur l'agriculture, sur un accroissement des dépenses de la Confédération à charge de l'agriculture de 1,7 à 2 milliard de francs par rapport à la situation actuelle. A la lumière de ces chiffres, il n'est pas étonné de dire que le coût global de l'adhésion pour le seul secteur agricole varierait entre 2,8 et 3,8 milliard de francs. A cela viendrait inmanquablement se rajouter le coût social qui ne manquerait pas de découler de l'adaptation structurelle (chômage, réinsertion dans d'autres secteurs d'activité p.ex.)

Face à cette analyse vous comprendrez que l'agriculture ne peut, en l'état actuel, que dire NON à une adhésion de la Suisse à la CE.

4. Conclusion

Pour conclure, je réitérerai notre position favorable sur l'EEE qui nous paraît, dans les mouvances du contexte international, notamment au sein des négociations de l'Uruguay Round au GATT, même si ces dernières sont actuellement au point mort, un accord permettant de renforcer la compétitivité de l'agriculture de par les avantages économiques qui devraient en découler au plan des coûts de production. En effet, sur cette question, nous sommes conscients que l'agriculture doit tout mettre en oeuvre pour améliorer sa capacité concurrentielle sur les marchés. Concrètement cette nécessité implique la recherche et la mise en pratique de toutes les possibilités qui permettent de tendre à un abaissement des frais de production mais, parallèlement, également la recherche et la mise en pratique de toutes les mesures visant à lutter contre des coûts de transformation entre le producteur et le consommateur nettement supérieurs à ceux connus à l'étranger pour le même travail. Pour corroborer cette remarque, je relèverai que de 1976 à 1990, l'indice des prix payés à la production n'a cru que de 25% alors que, dans le même laps de temps, l'indice des prix payés par le consommateur a augmenté de 65% (cf. p. 11). De plus, sur 1 franc dépensé par le consommateur pour des biens alimentaires, 60 cts vont au secteur de la transformation et de la distribution, 20 cts pour les agents de production et seuls 20 cts reviennent en fait au producteur sous forme de revenu (cf. p. 12). Un autre exemple pour imaginer cette situation, le prix de la viande de porc payé par le consommateur suisse par rapport au consommateur allemand (cf. p. 13). Dans ce cas spécifique nous pouvons constater, au vu des frais élevés de transformation en Suisse, que si le producteur livre gratuitement ses porcs à l'abattoir, le consommateur helvétique paie toujours et encore plus cher sa viande que le consommateur allemand.

Ces constats démontrent en finalité que le prix payé à l'agriculteur pour ses produits joue de plus en plus un rôle marginal sur la formation du prix fini. A cet égard, l'EEE devrait également apporter, de par la reprise du droit de concurrence de la CE, une amélioration sur les coûts et marges commerciales qui se situent entre le producteur et le consommateur. Il permettra ainsi à l'agriculture de ne pas être la seule à "boire la tasse" mais à ce que l'ensemble de la filière agro-alimentaire participe à l'amélioration de la compétitivité des denrées alimentaires indigènes sur les marchés.

Tabelle 1:

Vergleich der Produktionskosten Schweiz-Deutschland 1990

Anteile der verschiedenen Kostenkategorien an den Gesamtkosten

(Gesamtkosten in der Schweiz: 10'445 Fr./ha in Deutschland: 5'297 Fr./ha)

	Schweiz	Deutschland
Direktkosten	18 %	16 %
Maschinen/Gebäude	18 %	18 %
andere Betriebskosten	11 %	18 %
Angestelltenkosten	10 %	2 %
Lohnanspruch	25 %	34 %
Kapitalkosten	17 %	13 %
Totale Kosten	100 %	100 %

Tabelle 2:

Ursache der Preisunterschiede Schweiz-Deutschland

	1990	preislich bedingte Unterschiede	intensitätsbedingte Unterschiede
Dünger, Saatgut, Pestizide und Futtermittel	20.5 %	19.1 %	1.4 %
Maschinen und Gebäude	18.5 %	8.5 %	10.0 %
Lohnanspruch und Angestelltenkosten	35.7 %	21.8 %	13.9 %
Pacht	4.3 %	3.2 %	1.1 %
diverse Kosten	21.0 %		

Kostenunterschiede in Fr. pro ha

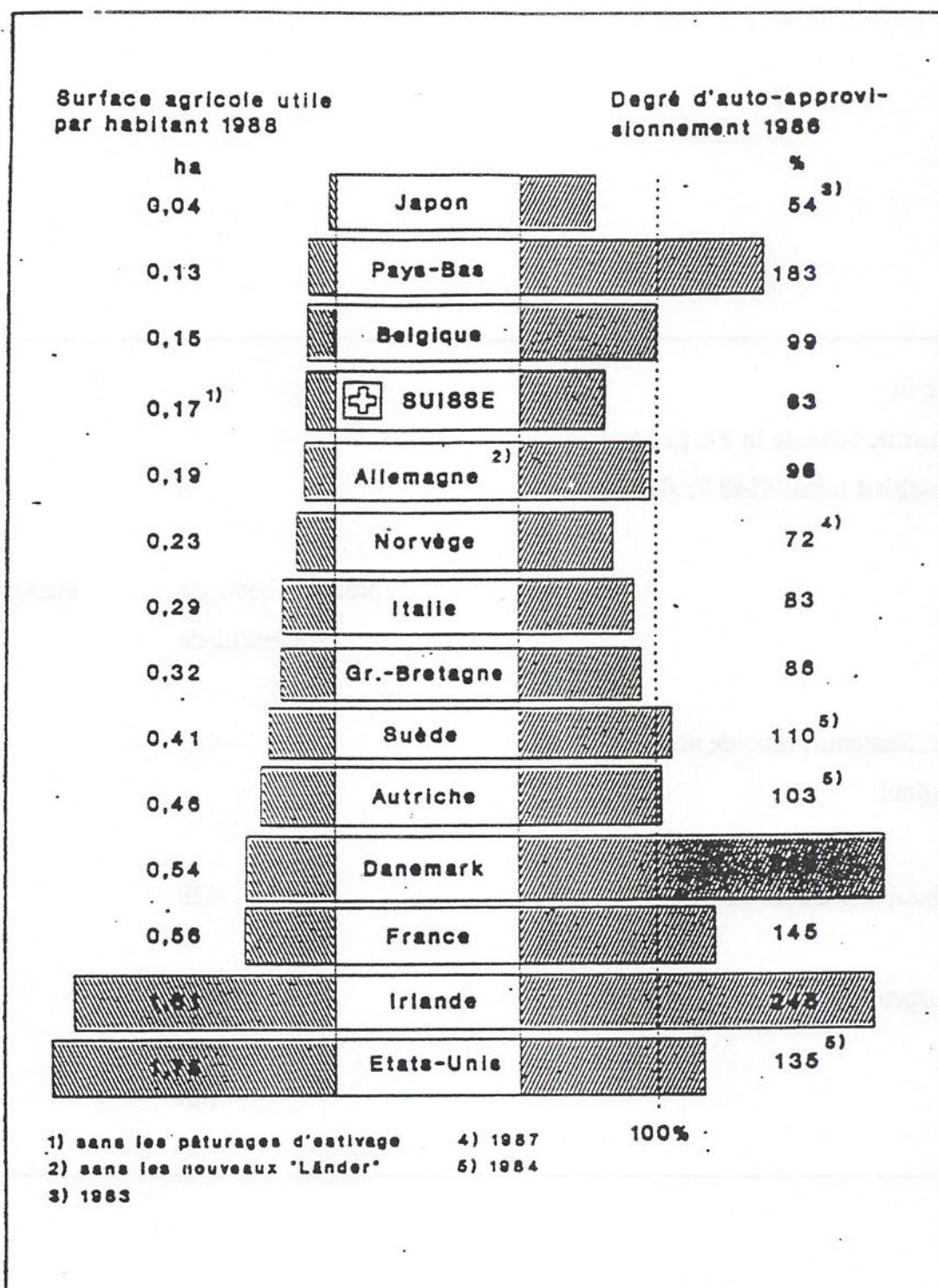
Tabelle 3:

Kostenunterschiede in Fr. pro ha

(Unterschied total: 5148 Fr./ha)

	preislich bedingte Unterschiede	intensitäts bedingte Unterschiede
Dünger, Saatgut, Pestizide und Futtermittel	983	72
Maschinen und Gebäude	438	515
Lohnanspruch und Angestelltenkosten	1122	716
Pacht	165	57

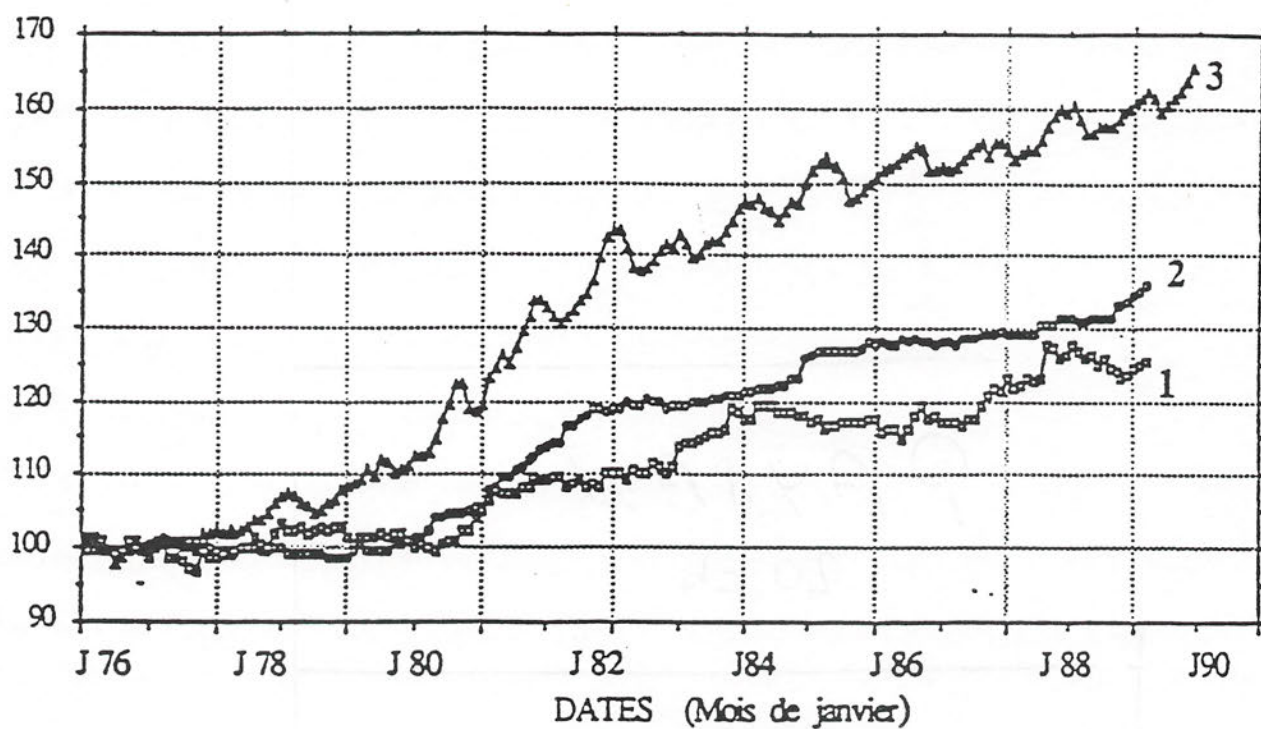
Surface agricole par habitant et degré d'auto-provisionnement dans divers pays



Données: OCDE, Statistiques sur les pays-membres
 Suisse, Office fédéral de l'agriculture

Indices des prix agricoles de l'amont et de l'aval.

INDICE DES PRIX
EN % DE 1976.



1. Indice des prix des produits
2. Indice des prix des agents de production
3. Indice des prix à la consommation de l'aval.

Prix DA au consommateur

PAYANT
60 cts

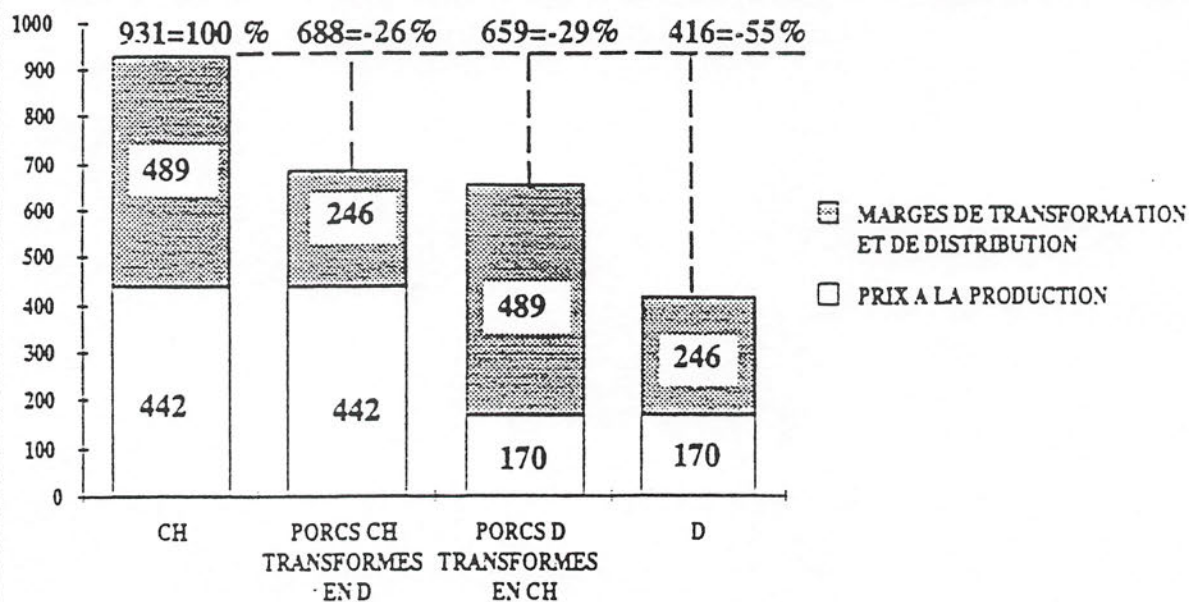
PAYANT
20 cts

PAYANT
20 cts

COMPARAISONS DES PRIX DES VIANDES PORCINES ET BOVINES AVEC L'ALLEMAGNE

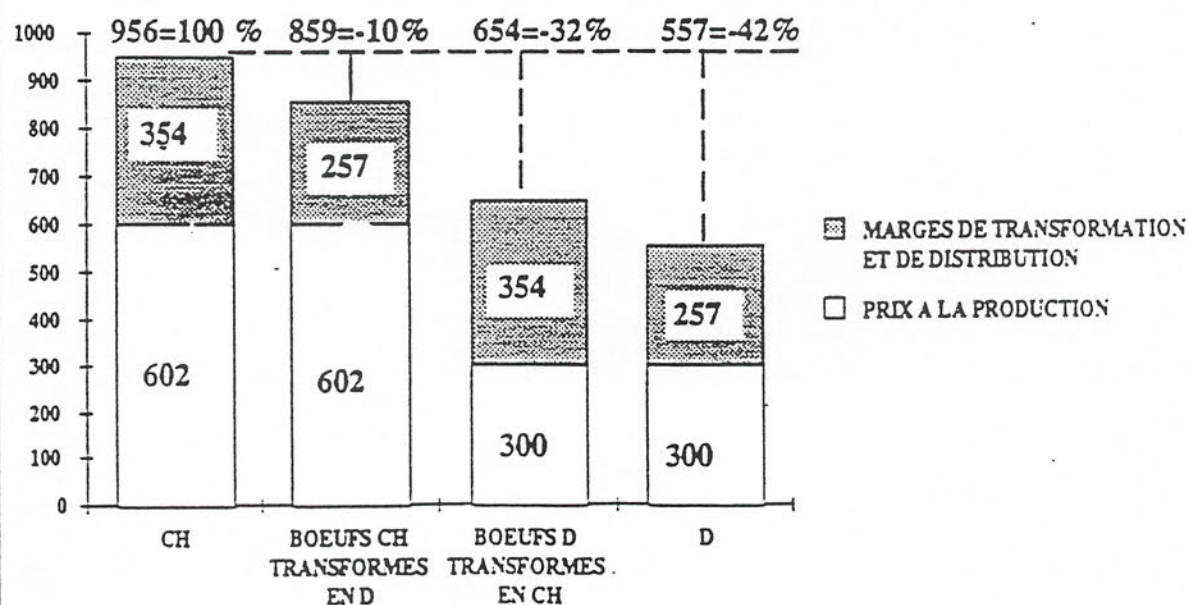
PORCS

FRANCS PROCURES PAR 100 KILOS DE POIDS VIF (= 45 KILOS DE VIANDES)



BOEUFS

FRANCS PROCURES PAR 100 KILOS DE POIDS VIF (= 35 KILOS DE VIANDES)



Sources : Statistiques de la CBV, du SPS, de l'OFS, et de la Statistisches Jahrbuch über Ernährung Landwirtschaft und Forsten 1989 (USP, Division de l'économie agricole, Gir, Rou le 11.12.90)

Audition du 24 juin 1992

Monsieur Paul Veyrassat :

Je tiens tout d'abord à saluer l'organisation de cette audition, que justifient l'importance et la portée du sujet. J'apprécie vivement cette occasion de vous exposer le point de vue de l'Union suisse du commerce et de l'industrie (Vorort).

En cinq points, je résumerai, pour commencer, la position du Vorort :

1° Le Vorort approuve la participation suisse au processus d'intégration en Europe et il recommande au Parlement l'approbation du traité instituant l'Espace économique européen (EEE). Celui-ci ouvre à notre économie les portes du marché intérieur et, malgré certaines insuffisances, représente une étape utile sur la voie d'une participation pleine et entière à la CE. Il nous permettra de nous préparer à une adhésion ultérieure, à laquelle le Vorort est favorable et au sujet de laquelle le peuple suisse pourra s'exprimer plus tard.

2° Quel que soit l'objectif final assigné à notre politique européenne - l'adhésion - on doit veiller à ce qu'il ne nous distraie pas, ces prochains mois, du but immédiat qui est la ratification du traité sur l'EEE par notre pays. Le combat à livrer exige la fixation de priorités. Dans le proche avenir, c'est sur l'EEE (et sur la NEAT) que nous devons concentrer nos forces.

- 2 -

3° Il appartient maintenant au Parlement d'examiner le traité sur l'EEE et d'entreprendre les adaptations nécessaires de la législation fédérale. Il est primordial que les révisions se limitent strictement aux adaptations que le droit communautaire rend indispensables. Les amendements qui déborderaient ce cadre produiraient un dangereux cumul de voix négatives lors de la votation populaire.

4° Quelle que soit l'importance de la question européenne pour la Suisse, elle ne doit pas nous faire perdre de vue les relations économiques avec les pays situés hors de notre continent. Dans l'EEE, puis un jour peut-être comme membre de la CE, nous devons continuer à oeuvrer en faveur d'un système commercial international à la fois libéral et multilatéral. En d'autres termes, les efforts du GATT devront continuer à recevoir notre plein appui.

5° Ouverture vis-à-vis de l'extérieur, réformes à l'intérieur - le Conseil fédéral a fort bien fait de placer la nouvelle législature dans cette double perspective. Si la Suisse désire soutenir le rythme des transformations économiques en Europe et dans le monde, elle doit à la fois se renouveler en réalisant un vaste programme de libéralisation interne et s'ouvrir à l'Europe. Notre pays ne sera pas fort du simple fait qu'il prend part au processus d'intégration. Notre participation à celui-ci doit s'accompagner d'un effort de libéralisation et de déréglementation internes. Nous saluons par conséquent le programme de revitalisation que le Conseil fédéral a chargé un groupe de travail de préparer jusqu'à l'automne et les motions que, le 9 juin, quatre partis ont déposées de concert devant le Parlement.

* * *

J'en viens à présent au traité de l'EEE, puis à la question de l'adhésion.

D'emblée, le Vorort a soutenu le concept d'Espace économique européen. Aujourd'hui, même si le résultat des négociations ne correspond pas pleinement à notre attente, nous plaidons en faveur de la ratification du traité signé le 2 mai à Porto. L'EEE va permettre de développer les relations économiques déjà étroites entre la Suisse et la Communauté; il va nous fournir l'occasion de nous préparer à une adhésion ultérieure à la CE. Plus concrètement, il nous permet d'accéder, sans retard et dans des conditions proches de celles d'un Etat membre de la CE, au grand marché de 1993. C'est même le seul instrument qui nous le permette dans le proche avenir; à court et moyen terme, il ne s'offre pas à nous de solution de rechange permettant de resserrer pareillement les liens contractuels avec la CE.

En éliminant les obstacles aux échanges entre les dix-neuf pays signataires, le traité va stimuler dans l'EEE la division internationale du travail et la croissance. La participation au grand marché unifié va permettre aux entreprises de réaliser des "économies d'échelle" et elle les incitera à investir ainsi qu'à innover. Elle intensifiera la concurrence et imposera dans certains cas des adaptations structurelles, mais du même coup elle fortifiera aussi notre économie. Cette pression concurrentielle accrue, nous la voyons approcher avec confiance : l'économie suisse, qui est performante, pourra tirer parti d'un espace économique considérablement agrandi puisque son nouveau marché "intérieur" comptera 380 millions de consommateurs et qu'il sera possible de produire en Suisse sans avoir à craindre d'être exclu de ce grand marché ou d'y être discriminé. L'EEE garantit le libre accès au

marché et la non-discrimination. La Suisse en tant que place économique en sera revalorisée.

Et je ne mentionne qu'au passage les bénéfices qui peuvent être attendus de la libre circulation des personnes - mobilité des travailleurs, des chercheurs, des étudiants. C'est même l'intérêt principal de l'EEE pour certaines branches.

En même temps et malgré cette évaluation positive, on ne peut passer sous silence que certains aspects du traité sur l'EEE ne satisfont guère l'attente de l'économie :

Dans le domaine matériel, il est entre autres regrettable qu'il n'ait pas été possible de libéraliser plus substantiellement les règles d'origine, ni de résoudre la question du trafic de perfectionnement passif, un problème majeur pour notre industrie textile, et qui s'aggrave. De même, la politique sociale de la CE, où les réglementations centralistes et donc dépourvues de flexibilité occupent une place croissante, appelle de sérieuses réserves.

S'agissant de la méthode d'intégration, nous aurions souhaité qu'à côté de l'harmonisation totale des règles sur la base du droit communautaire, une place plus importante fût accordée dans l'EEE à la reconnaissance mutuelle des législations nationales, en d'autres termes : à la concurrence des systèmes entre eux. Nous n'étions pas de l'avis qu'un alignement systématique sur le droit communautaire fût indispensable pour créer l'EEE. Mais je dois aussi reconnaître que la CE a indiqué très tôt qu'elle n'était pas disposée à recourir à cette méthode, sinon comme technique d'appoint.

Le règlement des questions institutionnelles suscite lui aussi des réserves de notre part. Les mécanismes décisionnels du traité souffrent d'un déséquilibre en ce qui concerne le droit futur de l'EEE. Comme on sait, le droit de l'EEE sera une copie du droit de la Communauté. Or, sur l'élaboration du nouveau droit communautaire, les pays de l'AELE ne pourront exercer qu'une influence réduite et s'ils se refusent à l'intégrer dans leur législation, la CE pourra brandir la menace de mesures de rééquilibrage, notamment la suspension provisoire de parties du traité (article 102 paragraphe 5). Comme le président de la Confédération le déclarait sans détours il y a quelques semaines : " Les règles (...), tant actuelles que futures, de l'Espace économique européen sont et seront celles de la Communauté elle-même, et notre qualité d'associé ne nous permettra pas de faire valoir nos intérêts et nos ambitions de la même manière que ses Etats membres".

Cependant, les pays de l'AELE ne seront pas complètement désarmés. Le traité établit en effet une procédure d'information et de consultation et il renferme aussi des clauses de sauvegarde. Ce dispositif permet d'espérer que des problèmes sérieux d'adaptation dans des domaines sensibles seront épargnés aux pays de l'AELE. Mais seule - bien sûr - la pratique nous dira si ces "soupapes de sûreté" remplissent véritablement leur fonction.

Un autre problème institutionnel que je ne fais que mentionner a trait à la participation des pays de l'AELE aux comités de gestion communautaires, une question dont la solution ne donne qu'en partie satisfaction.

Cela dit, il faut veiller à ce que les arbres ne nous cachent pas la forêt. C'est une vue globale qu'il importe de prendre du résultat des négociations. Le Vorort juge que les avantages de l'EEE compensent, et au-delà, ses imperfections; il le juge comme un pas dans la bonne direction - la direction d'une Europe qui s'intègre et dont nous ne pouvons nous tenir à l'écart. Mon organisation recommande donc la participation à l'EEE.

* * *

Quelques commentaires, à présent, sur le rapport relatif à l'adhésion :

Tout d'abord, je répète que le Vorort souscrit au but fixé en octobre dernier par le Conseil fédéral, à savoir l'adhésion de notre pays à la Communauté européenne. La majorité de nos membres appuie cet objectif. Mais je souhaite le redire aussi : il faut distinguer les enjeux et, dans le proche avenir, investir notre énergie avant tout dans le succès de l'EEE, dans l'approbation du traité de Porto par la Suisse. Le combat à livrer réclame la fixation de priorités, en tout cas sur le plan intérieur.

Le rapport du Conseil fédéral sur la question d'une adhésion offre une bonne analyse générale, à laquelle je me rallie pour l'essentiel. De façon convaincante, le Conseil fédéral expose en particulier les raisons qui plaident à son avis en faveur d'une adhésion. Les quelques commentaires critiques que j'ai à formuler ne doivent rien enlever à l'intérêt du document.

Une première observation concerne la CE qui nous est présentée dans le rapport, l'image qui en est projetée. On n'échappe pas ici et là à l'impression

que l'image fournie est celle de la CE qu'on souhaite - une CE se développant conformément à nos conceptions. Or la Communauté est en devenir et son devenir comporte nécessairement des inconnues, si bien qu'on ne peut pas exclure l'hypothèse d'une évolution ne correspondant qu'en partie à notre attente (par exemple centralisation/décentralisation). Un tableau plus différencié eût été désirable et utile.

Un chapitre du rapport a particulièrement retenu notre attention, celui sur les conséquences matérielles. Dans certains domaines, il nous a paru assez descriptif et nous aurions souhaité une évaluation qualitative plus poussée. Cette remarque vaut, entre autres, pour le sujet de la politique commerciale. Comme membre de la Communauté, la Suisse aurait à adopter la politique commerciale communautaire et ses divers instruments (et nous participerions, bien sûr, à la définition de cette politique). Mais il ne faut pas se dissimuler que, dans certains secteurs, la politique commerciale de la CE est nettement plus défensive et restrictive que la nôtre. S'il est vrai que la CE mise comme la Suisse sur l'ouverture des marchés et n'est pas la "forteresse" dépeinte par certains, elle doit aussi compter à l'intérieur avec les inclinations souvent protectionnistes de quelques-uns parmi ses Etats membres.

Le paragraphe sur l'union économique et monétaire aussi m'a un peu laissé sur ma faim. Dans l'approfondissement de l'intégration, l'union économique et monétaire est l'une des pièces essentielles. On eût désiré plus de développements et notamment un examen des questions qui se posent ici. Par exemple: que faut-il penser des critères à l'aide desquels la convergence des performances sera jugée? Ou bien: peut-on unifier la

politique monétaire tout en laissant la politique budgétaire aux pays membres? Ou encore: si discipline et stabilité s'imposent dans l'union monétaire, qu'advient-il, dans les économies moins solides de la CE, de la compétitivité et de l'emploi?

Finalement, dans le chapitre consacré aux conséquences économiques, on passe un peu vite sur les adaptations structurelles qu'imposerait l'adhésion à la Communauté. Il faut s'attendre qu'à court terme, les coûts économiques de l'adhésion l'emportent sur ses gains. De même, on peut s'attendre à ce que la discussion politique soit davantage occupée par ces coûts à court terme que par les bénéfices que notre pays tirerait à long terme de son adhésion - puisque aussi bien notre attention est généralement mobilisée plus par les problèmes immédiats que par les espoirs d'un avenir plus éloigné.

Tels sont quelques-uns de mes regrets à propos d'un rapport par ailleurs bien fait. La Suisse a déposé à Bruxelles une demande d'ouverture de négociations sur l'adhésion. Dans notre pays, il va falloir à présent - je cite un article de M. Eggly - "expliquer sans relâche les tenants et les aboutissants" du choix décidé. Je crois que le rapport du Conseil fédéral va y contribuer. Le Vorort entend prendre sa part de cette tâche explicative.

POSITION DE L'ASSOCIATION SUISSE DES BANQUIERS A L'EGARD DE L'ACCORD EEE ET DE LA DEMANDE SUISSE DE NEGOCIATIONS D'ADHESION A LA CE

Exposé de M. Jean-Paul Chapuis, Délégué du Conseil d'administration, lors de l'audition d'experts par les Commissions de politique extérieure du Conseil national et du Conseil des Etats, le 24 juin 1992, à Lyss

I. Généralités

Permettez-moi tout d'abord de vous remercier d'avoir pris l'initiative de cette audition des partenaires sociaux et des milieux économiques et d'avoir invité notre Association à y participer. Au moment où le Parlement s'apprête à entrer en matière sur la ratification de l'un des traités les plus ambitieux que la Suisse ait jamais signés, puis à procéder aux multiples adaptations qui en découlent sur le plan de la législation fédérale, il est capital pour la réussite de l'Accord d'assurer une concertation étroite entre le Parlement et l'ensemble des secteurs de l'économie.

Les banques suisses, par l'intermédiaire de notre Association, ont participé activement, dès la déclaration de Luxembourg en avril 1984 et plus directement encore lors des négociations proprement dites, à l'élaboration de l'Accord instituant l'Espace économique européen (EEE). Elles soutiennent la politique d'intégration européenne menée par les Autorités fédérales, convaincues de la nécessité, pour l'économie suisse dans son ensemble, d'accéder au grand marché européen le plus rapidement possible, dans des conditions de concurrence identiques à celles dont bénéficient les entreprises établies dans la Communauté. Une politique d'isolement ne pourrait qu'aggraver la sclérose de certaines structures institutionnelles et économiques de notre pays et entraîner un déclin progressif de branches importantes de l'économie suisse, notamment celles axées sur l'exportation de marchandises et de produits manufacturés ou dépendantes de la main-d'oeuvre étrangère.

On a beaucoup insisté sur le caractère transitoire de l'EEE, en particulier depuis le dépôt par la Suisse d'une demande de négociations d'adhésion. D'aucuns soulignent cet aspect dans le dessein de minimiser les imperfections de l'Accord et de faciliter son acceptation par le peuple.

Cette tactique nous paraît risquée et pourrait bien produire des effets contraires à ceux recherchés.

Pour notre part, nous avons examiné l'Accord EEE tel qu'il est, sans supputer sa durée de vie, ni chercher à prédire son évolution. Notre appréciation est positive. Il ne faudrait pas oublier, à force de considérer l'Accord comme une simple étape vers l'adhésion et de critiquer ses aspects institutionnels, son principal mérite : nous permettre d'avoir accès au Marché unique dès sa création, sans prendre les engagements politiques qu'impliquerait une procédure d'adhésion. Il y a une différence fondamentale de nature entre l'EEE et l'adhésion à la CE. L'amalgame fait par certains entre les deux démarches n'est pas conforme à la réalité des faits.

Rappelons les cinq points principaux exclus de l'EEE: l'union politique, l'union monétaire, la politique de sécurité, la politique agricole, la politique fiscale.

III Soutien à l'EEE

Pour les banques et la place financière suisses, la participation à l'EEE, avec les améliorations des conditions d'exercice de nos activités qu'elle suppose, représente un avantage indiscutable. L'étude réalisée en 1991 par le Professeur Hauser de St-Gall et son équipe à l'intention du Conseil fédéral l'a clairement montré.

Si l'enjeu est important, il convient de ne pas le surestimer pour notre branche. Les banques suisses à vocation internationale sont déjà présentes dans la Communauté. Leurs filiales ont le statut d'entreprises communautaires et continueront à en bénéficier en 1993 dans tous les cas de figure. D'autre part, quelque 250 banques et sociétés financières à capitaux étrangers, dont les plus importants établissements de la Communauté, sont déjà actives en Suisse. Même si l'EEE assure la reconnaissance mutuelle et automatique des autorisations, nous ne nous attendons donc pas à un afflux massif de nouvelles banques européennes en Suisse. Nous ne redoutons pas non plus une délocalisation des capitaux et des émissions, sous réserve que des mesures préventives appropriées soient prises en matière de règles de syndication et de droits de timbre; j'y reviendrai tout à l'heure. En outre, la libre circulation des biens et des services, le modèle de la banque universelle et l'ouverture des marchés "erga omnes" qui sous-tendent l'acquis communautaire inspirent depuis toujours la législation bancaire suisse.

En matière de services bancaires, la transposition de l'acquis pertinent suppose certes de nombreuses adaptations techniques [en particulier de la Loi fédérale sur les banques et les caisses d'épargne, du 18.11.1934 (R.S. 952.0), de l'Ordonnance sur les banques et les caisses d'épargne, du 27.5.1972 (R.S. 952.02), et de l'Ordonnance concernant les banques étrangères en Suisse, du 22.3.1984 (R.S. 952.111)], mais non la remise en cause de principes fondamentaux. Quant à la transposition de principes nouveaux comme la licence bancaire unique et la surveillance par l'autorité d'origine, qui sont l'essence même du grand Marché, ils ne requièrent pas d'efforts d'adaptation plus importants de notre part que des Etats membres de la CE eux-mêmes.

Une restriction importante doit être faite à ce constat d'euro-compatibilité. Une adaptation de nos conditions-cadres dans deux directions est indispensable :

- la réforme de notre fiscalité indirecte (taxe occulte, droits de timbre, etc.). Je sais que je parle à des convaincus puisque la réforme des droits de timbre est l'oeuvre du Parlement.
- Eviter soigneusement le perfectionnisme législatif. Exemple : les mesures efficaces contre le blanchiment de fonds sont positives. Nous les soutenons et elles nous aident à tenir notre maison en ordre. Mais elles ne doivent pas être utilisées pour chasser le maximum de clientèle étrangère. Et ce danger n'existe pas seulement dans l'imagination de quelques banquiers.

III. Eurolex

Notre Association attache donc une grande importance aux modalités de transposition de l'Acquis communautaire en droit suisse. L'exercice Eurolex représente une véritable gageure pour le Parlement. L'Administration fédérale est également soumise à la pression du temps dans la préparation des messages relatifs aux révisions législatives nécessaires, et la subira encore lors de l'élaboration de nombreuses ordonnances d'exécution. Nous comprenons parfaitement qu'il n'ait pas été possible, dans ces circonstances, de respecter les règles ordinaires de la procédure écrite de consultation des milieux intéressés. Nous avons adressé de notre propre initiative une contribution aux services concernés, au début de cette année, consacrée à la révision des lois qui régissent nos activités.

Je me plais à relever que nous avons trouvé auprès de la Commission fédérale des banques, du Département fédéral des finances et de l'Office fédéral de la justice, en particulier, des interlocuteurs ouverts et attentifs à nos préoccupations.

Sur quelques points importants cependant, le principe essentiel selon lequel le droit fédéral ne doit être modifié que si et dans la mesure où la reprise de l'Acquis communautaire et notre position concurrentielle l'exigent ne nous paraît pas respecté par les propositions dont nous avons connaissance. Je songe, pour ne prendre qu'un exemple, au projet d'arrêté fédéral sur le crédit à la consommation. Or, une vigilance particulière du Parlement s'impose à l'égard de ce principe, qui permet seul de justifier que les lois fédérales couvertes par Eurolex soient soustraites au référendum facultatif. C'est ce que prévoit l'art. 20 (nouveau) des dispositions transitoires de la Constitution fédérale proposé par l'arrêté fédéral sur l'EEE. Dans les domaines qui nous concernent, nous nous réservons d'intervenir au besoin auprès des Commissions parlementaires compétentes pour demander le strict respect de ce principe fondamental.

D'autre part, nous avons constaté une lacune grave dans les "paquets" Eurolex : l'absence de règles concernant l'abolition du droit de timbre de négociation sur les émissions d'emprunts en francs suisses d'émetteurs étrangers, au cas où les règles de syndication de la Banque nationale seraient abrogées pour se conformer au principe de libre circulation des capitaux. Les règles de la Banque nationale suisse en matière de syndicats d'émission d'emprunts en francs suisses prévoient en effet actuellement que les membres de tels syndicats doivent être établis en Suisse (chif. 3.1 de la note de la BNS relative aux dispositions appliquées aux exportations de capitaux, du 1.3.1990). Si la BNS décide d'abroger ces règles au 1er janvier 1993, il sera impératif d'exonérer immédiatement du droit de timbre de négociation l'émission d'emprunts étrangers en francs suisses. L'art. 13, al. 2, lit. b de la Loi fédérale sur les droits de timbre tel que révisé par les Chambres fédérales le 4 octobre 1991 oblige le Conseil fédéral à exonérer du droit de timbre l'émission de titres étrangers "si la situation monétaire ou le marché des capitaux l'exigent".

Or, la votation sur le référendum contestant la révision des droits de timbre a été fixée au 26 et 27 septembre prochains, en même temps qu'une autre votation importante pour l'avenir européen de la Suisse (celle sur la NLFA). La votation sur l'EEE devrait intervenir quant à elle le 6 décembre. Il est indispensable que les autorités fédérales annoncent sans ambiguïté leur intention, en cas d'abrogation des règles de syndication de la Banque nationale, de supprimer sans délai le droit de timbre de négociation sur les émissions d'obligations en francs suisses d'émetteurs étrangers, **indépendamment de l'issue du référendum en votation populaire**. Un projet d'arrêté fédéral prévoyant la révision partielle de la loi sur les droits de timbre en ce sens, et la coordination de l'entrée en vigueur de la loi révisée avec l'abrogation des règles de syndication, d'entente avec la BNS, devrait être inclus dans Eurolex. Nous l'avons déjà demandé en janvier de cette année. Je souligne l'importance de cette revendication pour notre secteur économique : les émissions étrangères en francs suisses représentent chaque année plusieurs dizaines de milliards de francs, soit plusieurs centaines de millions en termes d'impôts directs et indirects versés aux cantons et à la Confédération. A défaut de règles appropriées, d'un jour à l'autre, une part prépondérante des emprunts obligataires en francs suisses d'émetteurs étrangers sera émise dans d'autres pays, au grand préjudice de la place financière et des caisses fédérales et cantonales.

Je me permets d'attirer votre attention sur un autre problème législatif. Les deux paquets Eurolex concernent l'acquis pertinent identifié au 1er août 1991. Les directives communautaires adoptées depuis le 1er août 1991 et jusqu'à une date qui n'a pas encore été fixée fera partie de l'acquis à appliquer sans délai. L'idée de certains membres de l'Administration fédérale est de faire attribuer une compétence législative au Conseil fédéral pour introduire dans le droit fédéral cet acquis, sans paquet Eurolex III. Notre Association, pour ce qui est du secteur financier est fermement opposée à l'abandon par le Parlement de ses compétences législatives en cette matière.

IV. Demande suisse de négociations d'adhésion

En ce qui concerne la perspective d'une éventuelle adhésion de la Suisse à la Communauté européenne, notre Association a pris acte du dépôt par le Conseil fédéral d'une demande de négociations en ce sens. Elle souhaite réserver sa position à ce stade.

La décision du Conseil fédéral a le grand mérite de lever toute ambiguïté sur sa politique. Nous le constatons tous les jours dans nos contacts avec la clientèle, notamment étrangère : rien n'est plus mauvais que l'incertitude. Nous avons une réputation de solidité, et nous sommes en train de la perdre à cause de l'incertitude qui règne actuellement.

Voilà qui rassurera peut-être tous ceux qui s'inquiètent d'une possible satellisation des pays de l'AELE dans la gestion de l'Accord EEE et le développement ultérieur de l'Acquis qu'ils seront appelés à intégrer dans leur législation nationale. Force est de reconnaître qu'en matière institutionnelle, les buts fixés initialement par la Suisse n'ont pas été atteints, qu'il s'agisse de la codécision ou du droit d'"opting out" individuel. Il n'a pas été possible non plus d'obtenir une participation directe, même sans droit de vote, aux nombreux comités institués par les directives, qui jouent un rôle déterminant dans l'application et le développement de celles-ci.

Les banques regrettent tout particulièrement que la Suisse ne soit pas représentée au sein du Comité consultatif bancaire. Celui-ci se compose de représentants au plus haut niveau du Ministère des finances, de l'autorité de surveillance et de la Banque centrale de chaque Etat membre, et exerce de ce fait une influence prépondérante sur tout ce qui touche aux normes relatives au secteur bancaire et financier. L'absence de notre pays au sein de cette instance apparaît comme une anomalie. Un échange de lettres joint à l'Accord EEE prévoit l'échange d'informations et des consultations mutuelles entre le Président du Comité consultatif bancaire et les autorités compétentes des Etats de l'AELE, dont les experts seront par ailleurs associés à la préparation des projets soumis ultérieurement au Comité. Ces modalités de collaboration ne diffèrent pas en elles-mêmes des règles "comitologiques" restrictives et insuffisantes de l'Accord EEE. Les termes de l'échange de lettres semblent toutefois témoigner d'une volonté d'ouverture encourageante de la part de la Communauté. Il sera indispensable que les autorités fédérales luttent sans trêve pour élargir autant que possible cette ouverture. Nous y serons attentifs.

En tout état de cause, la Suisse ne pourra pas accepter indéfiniment, dans les domaines couverts par l'Accord, la reprise de règles communautaires nouvelles à l'élaboration desquelles elle n'aura pas été pleinement associée. La participation des experts de l'AELE au stade préparatoire, l'échange continu d'informations et le droit d'évocation au sein du Comité mixte de l'EEE ne constituent que des palliatifs à une participation de plein droit, dont nous savons qu'elle ne peut être obtenue que par l'adhésion.

Sur le plan des règles matérielles en revanche, l'Acquis communautaire relatif à la libre circulation des capitaux et aux services financiers est déjà couvert par l'Accord EEE, comme le relève justement le rapport du Conseil fédéral sur l'adhésion. En matière de lois sur les banques, sur les fonds de placement et sur les bourses, l'adaptation au droit communautaire devra être effectuée dans le cadre d'Eurolex, en application de l'Accord EEE. L'adhésion de la Suisse à la Communauté n'aurait guère pour autre conséquence, dans notre domaine, que l'obligation de négocier, à l'avenir, conjointement avec les autres Etats membres l'établissement de banques de pays tiers. En la matière, les critères de la deuxième directive de coordination bancaire sont au demeurant très proches de la politique de réciprocité pratiquée actuellement par la

Suisse, dont nous souhaitons vivement le maintien. A mes yeux, notre place financière n'est pas faite de banques suisses, elle est faite de banques étrangères en Suisse : on ne peut être une place financière internationale si on ne compte que des établissements nationaux. Un des points que réalise l'EEE est qu'un établissement d'un pays tiers qui obtient une licence en Suisse peut travailler dans l'ensemble de l'Espace économique européen. C'est très important pour permettre à la Suisse de conserver des établissements étrangers qui fournissent des places de travail sur son territoire, ce que l'Alleingang ne permettrait pas, contrairement à ce qu'on croit parfois.

En réalité, le droit bancaire et financier suisse est déjà euro-compatible dans une large mesure. L'Acquis communautaire couvert par l'Accord EEE se fonde sur des principes qui inspirent depuis toujours le droit suisse, tels que la libre circulation des capitaux "erga omnes", le modèle de la banque universelle (par opposition à la segmentation des activités bancaires telle qu'elle existe, par exemple, dans la législation américaine) ainsi qu'une attitude libérale à l'égard de l'implantation de banques étrangères, sous condition de réciprocité.

L'adhésion à la Communauté amènerait des modifications profondes de notre système fiscal, y compris des améliorations sensibles par l'abolition progressive des impôts indirects frappant les transactions boursières, sous l'impulsion d'une proposition de directive de 1987, par l'introduction de la TVA, et par un meilleur statut fiscal des sociétés holding. La Communauté ne s'est pas encore prononcée sur l'introduction d'un impôt à la source harmonisé sur les revenus de capitaux ni sur les méthodes d'entraide administrative en matière fiscale. Vu l'existence de l'impôt anticipé en Suisse, nous plaiderions en faveur d'un impôt à la source harmonisé.

En dernière analyse, la décision d'adhérer à la CE relève davantage d'une volonté politique que de considérations économiques, du moins pour un Etat déjà partie à l'EEE.

V. Conclusions

Pour conclure, un mot sur le secret bancaire. Il demeure pour notre place financière un atout majeur, en particulier aux yeux de la clientèle privée étrangère. Il contribue, eu égard à l'importance des fonds étrangers gérés par les banques en Suisse, à leur forte capacité de placement d'emprunts, capacité dont bénéficie l'ensemble de l'économie nationale. L'afflux de fonds étrangers en Suisse concourt également au maintien de taux d'intérêt comparativement bas. Les retombées fiscales des activités de gestion de fortune et d'émission ne sont pas à négliger non plus. A l'heure où les pouvoirs publics devront faire face à des besoins financiers considérables, ils ont un intérêt direct à éviter toute mesure de nature à dissuader la clientèle étrangère d'investir en Suisse.

Le secret bancaire n'est pas absolu et ne saurait être utilisé abusivement pour couvrir des activités criminelles. Il peut et doit être levé pour les besoins d'une enquête pénale, y compris pour donner suite à une demande d'entraide judiciaire internationale. La Commission fédérale a pris, avec l'appui de la profession, des dispositions pour que le secteur bancaire participe à la lutte contre le blanchiment de fonds. Notre Conseil d'administration a décidé ce matin de renouveler et d'améliorer la Convention de diligence.

La Suisse n'a, dans ce domaine, pas de leçon à recevoir, ni de faute à se faire pardonner. Ni la participation à l'EEE, ni une éventuelle adhésion ultérieure de notre pays à la Communauté ne nécessitent une modification quelconque des dispositions relatives au secret bancaire, qui n'est pas régi en tant que tel par le droit communautaire. Les Etats membres de la CE ont conservé dans ce domaine des réglementations très différentes, respectueuses de leur culture bancaire propre et de la conception des relations banque-client qui prévaut dans chacun d'eux. Le Luxembourg, membre de la Communauté depuis l'origine, connaît un secret bancaire strict semblable à celui du droit suisse. Son exemple doit être médité. De ce point de vue également, les banques suisses sont donc sereines. Nous sommes persuadés que le Parlement fédéral saura prévenir toute intervention inopportune ou excessive, s'en garder lui-même, et concilier la politique suisse d'intégration européenne avec les intérêts bien compris de la place financière.

Le but des banques suisses est d'avoir accès au marché unique dès son ouverture, le 1er janvier 1993, aux mêmes conditions que les banques ayant leur siège dans la Communauté. Nos objectifs sont pragmatiques : obtenir l'accès au marché européen des services bancaires et financiers par la licence unique, y exercer nos activités sur la base d'un régime non discriminatoire en fait et en droit, et en offrir l'accès aux établissements de pays tiers désireux de s'implanter en Suisse. L'Accord sur l'EEE est la seule voie qui nous permette d'y parvenir rapidement, en même temps que nos concurrents de la Communauté. Le déséquilibre qui affecte les rapports institutionnels entre les parties à l'Accord doit être mis en équation avec les réels avantages matériels qu'il offre à notre économie; la préparation optimale que constitue la reprise de l'Acquis avant une adhésion à part entière n'est pas à dédaigner non plus. La participation de la Suisse à l'Espace économique européen constitue dès lors pour nous une priorité; c'est pourquoi notre Association soutient la ratification de l'Accord EEE.

SM/CK/ID 3746

22.6.1992

Annexe 4

CONSEIL NATIONAL
Commission de politique extérieure

Communiqué de presse
Worben bei Lyss, le 25 juin 1992, 18.00 heures

La Commission de politique extérieure du Conseil national a siégé le 25 juin à Worben bei Lyss / Berne sous la présidence du Conseiller national Albrecht Rychen (UDC/BE) et en présence du Conseiller fédéral Monsieur Delamuraz, les Secrétaires d'Etat MM. Blankart et Kellenberger ainsi que des représentants de l'administration.

La délibération a porté sur l'entrée en matière sur l'Accord sur l'Espace économique européen. La commission a accepté l'entrée en matière par

22 voix
contre 4 voix
et une abstention.

La Commission de politique extérieure commencera la discussion de détail le 26 juin.

Services du Parlement
Service de commission II

(Une conférence de presse a été tenue le 26 juin 1992)

Anhang 4

NATIONALRAT
Aussenpolitische Kommission

Pressemitteilung
Worben bei Lyss, den 25. Juni 1992, 18.00 Uhr

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates tagte am 25. Juni in Worben/BE unter dem Vorsitz von NR Albrecht Rychen (SVP/BE) und im Beisein von BR Delamuraz, der Staatssekretäre Blankart und Kellenberger sowie weiterer Vertreter der Verwaltung.

Beraten wurde der Eintretensbeschluss zum EWR-Abkommen.
Die Kommission beschloss Eintreten mit folgendem Stimmenverhältnis:

Für Eintreten:	22
Dagegen:	4
(1 Enthaltung)	

Die Aussenpolitische Kommission wird am 26. Juni mit der Detailberatung beginnen.

Parlamentsdienste
Fachdienst II

(Am 26. Juni 1992 fand eine Pressekonferenz statt)

Confidentiel/vertraulich
Bern, den 13. Juli 1992

NATIONALRAT
Aussenpolitische Kommission

TEILPROTOKOLL 1 der Sitzung vom 24./25./26. Juni 1992,
9.00-18.40 / 8.00-18.10 / 8.00-15.45 Uhr
in Worben bei Lyss, Hotel Worbenbad

TAGESORDNUNG Siehe Seite 1bis
ORDRE DU JOUR Cf. page 1bis

TEILNEHMER

Präsidium : Rychen
Anwesende Mitglieder : Aubry, Bär, Bäumlin,
Berger, Bircher Silvio, Caccia (ersetzt am
25.6. Nachmittag durch Bircher Peter),
Columberg, Eggly, Fischer-Häggingen, Frey
Claude (ersetzt am 24.6 durch Tschopp), Frey
Walter, Grendelmeier (ersetzt am 24.6. durch
Wiederkehr), Haller, Maitre (ersetzt durch
Stamm Judith), Moser, Mühlemann, Nabholz,
Oehler, Rebeaud (ersetzt am 24.6 durch
Gardiol), Ruffy, Scheidegger, Segmüller
(ersetzt am 24.6 durch Ruckstuhl), Steffen,
Vollmer, Wyss Paul (ersetzt am 26.6 Vormittag
durch Loeb François), Ziegler Jean

Entschuldigt : Maitre
24.6. Vormittag : Aubry, Bircher Silvio, Oehler
24.6. : Fischer-Häggingen, Frey Claude,
Grendelmeier, Rebeaud, Segmüller, Vollmer,
Ziegler Jean
25.6. Nachmittag : Caccia
26.6. Vormittag : Wyss Paul

Andere Teilnehmer :
H.H Bundesrat Delamuraz, Vorsteher EVD
(25./26.6.)
Staatssekretär Blankart, Direktor BAWI, EVD
(25./26.6.)
Staatssekretär Kellenberger, EDA (25./26.6.)
Schaller, GS EDA (26.6.)
Botschafter Krafft, EDA (25./26.6.)
Botschafter Spinner, Integrationsbüro, EDA/EVD
(24./25./26.6.)
Bärfuss, Integrationsbüro EDA/EVD (25./26.6.)
Colombo, Integrationsbüro EDA/EVD (26.6.)
Egger, BAWI, EVD (26.6.)
Grossen, BIGA, EVD (25.6.)
Jossi, EFV, EFD (26.6.)
Stücheli, EDA (24./25./26.6.)
Rossier, Integrationsbüro (25.6.)

1bis

Entschuldigt : H. Bundespräsident Felber,
Vorsteher EDA

Experte (25.6.)

H. Hanser, Firma Brugger, Hanser und Partner

Sekretariat : HH. Aebi, Bitterli, Frau Hutter,
H. Weber

Protokoll :

25./26.6. H. Lombard (d), Frau Quebatte (f)

TAGESORDNUNG

25./26.6. :

2. EWR-Abkommen und Bericht zur Frage eines Beitritts der Schweiz zur EG: gemeinsame Eintretensdebatte
3. Kapitelweise Beratung der EWR-Botschaft
4. Vorbereitung der Sitzungen vom 13. und 17.8.92
5. Verschiedenes
(Traktandum 1 siehe Hauptprotokoll)

ORDRE DU JOUR

2. Accord sur l'EEE et Rapport sur la question d'une adhésion de la Suisse à la CE: débat d'entrée en matière
3. Examen chapitre par chapitre du message relatif à l'EEE
4. Préparation des séances des 13 et 17 août 1992
5. Divers
(pour le point 1, cf. procès-verbal principal)

25.6.1992, 08.00 Uhr, Fortsetzung der Sitzung

Antrag SP-Kommissionsmitglieder: Der Integrationsbericht und die EWR-Botschaft sind getrennt zu beraten, und zwar in dieser Reihenfolge, d. h. gleich wie die Beratung im Rat. (S. Anhang 2)

Proposition des membres de la Commission du groupe socialiste: Les délibérations sur le rapport sur la question d'une adhésion de la Suisse à la CE et sur l'accord EEE doivent être séparées et les objets doivent être traités dans cet ordre comme lors des délibérations au plénum du Conseil national. (cf. annexe 2)

Vollmer: Begründung des Antrages: Wir sind der Meinung, dass es sich um zwei verschiedene Dinge handelt, die nicht vermischt werden sollten. Die Frage des EG-Beitrittsgesuches sollte von der EWR-Diskussion abgekoppelt werden. Der Integrationsbericht sollte zuerst diskutiert werden, weil er den allgemeinen und grundsätzlichen Aspekt betrifft, während es bei der EWR-Botschaft um konkrete Beschlüsse geht.

Präsident: Für die Behandlung im Rat schlagen wir eine getrennte Beratung von Integrationsbericht und EWR vor. Die Kommission wird über einen entsprechenden Antrag ans Büro abstimmen.

Mühlemann: Der EWR-Vertrag muss und wird im Mittelpunkt stehen. Wir haben über Eintreten/nicht Eintreten zu befinden, während der Integrationsbericht ein Rahmenbericht ist, der uns nur zur Kenntnisnahme vorliegt. Es ist richtig, die beiden Vorlagen zu trennen und in der vorgeschlagenen Reihenfolge zu behandeln.
Antrag: Heute mit dem EWR-Vertrag beginnen, damit mindestens über Eintreten Beschluss gefasst werden kann.

Frey Walter: Inhaltlich lassen sich Integrationsbericht und Botschaft zum EWR-Vertrag nicht mehr trennen. Die Willensäußerung des Bundesrates, dass der EWR eine Etappe auf dem Weg zum EG-Beitritt der Schweiz sei, war eindeutig. Es wäre unredlich, die Beratung der beiden Berichte aufzuteilen. Bei allen anstehenden schwierigen Entscheiden wird man sich an der Zielsetzung orientieren müssen, und diese ist der Beitritt zur EG. Auch die Tatsache, dass der EWR aufgrund seines unbefriedigenden institutionellen Teils für Druckversuche für neue Rechtsübernahmen von der EG her offen ist, muss zu diesem Schluss führen. Falls aber die Beratung der beiden Vorlagen nur aus Effizienzgründen aufgeteilt werden soll, werde ich dagegen keinen Einspruch erheben. Dann muss aber in erster Priorität die Zielsetzung, d. h. der Integrationsbericht behandelt werden.

Grendelmeier: Es ist sehr gefährlich, die beiden Berichte gemeinsam zu behandeln, vor allem im Hinblick auf die Information der Bevölkerung. Es darf nicht alles in einen Topf geworfen werden. Der erste Schritt ist der EWR-Vertrag. Es fragt sich, ob die EG-Diskussion vom Programm der Sondersession abgesetzt werden sollte. Sonst ist den Leuten nicht einmal mehr klar, worüber am 6. Dezember abgestimmt wird. Es besteht keine Notwendigkeit, jetzt schon über den EG-Beitritt zu sprechen, d. h. die beiden Berichte gemeinsam zu behandeln.

Columberg: Beim Integrationsbericht geht es lediglich um eine Kenntnisnahme, nicht um einen Beschluss. Wir sind mit der getrennten Behandlung beider Berichte einverstanden und dass der EWR-Bericht heute zuerst an die Reihe kommt. Der Integrationsbericht ist im Rat in Kategorie 3, der EWR-Bericht in Kategorie 2 einzustufen.

Präsident: Bereits diese Verfahrenfragen sind politische Fragen.

Abstimmung - Vote

Zuerst den Antrag an das Büro bezüglich des Verfahrens im Rat festgelegt : Mehrheit
Zuerst das Vorgehen der Kommission bestimmen : Minderheit

Abstimmung - Vote

Antrag an das Büro des Nationalrates:
Getrennte Debatte, zuerst EG-Integrationsbericht: Mehrheit

Präsident: Bezüglich der Frage der Behandlungskategorie der beiden Berichte ist festzustellen, dass der EWR-Bericht höher als der Integrationsbericht eingestuft werden sollte, weil er zu einer konkreten Entscheidung führt.

M. Ruffy: Ces documents n'ont pas une importance différente. Le rapport sur l'intégration, qui est fondamental, devrait être traité en catégorie II.

Frey Walter: Die beiden Berichte sollten in der gleichen Kategorie behandelt werden, weil die Diskussion der Zielsetzung gleich wichtig ist wie die Diskussion der Etappe EWR.

Abstimmung - Vote

EWR-Bericht Kategorie 1 Mehrheit

Abstimmung - Vote

Integrationsbericht: Kategorie 3
Kategorie 2 Mehrheit

Abstimmung - Vote

Integrationsbericht: Kategorie 2 10 Stimmen
Kategorie 1 12 Stimmen

Sprecher/Sprecherin:

Integrationsbericht: Haller, Caccia
EWR-Vorlage : Präsident, Vizepräsident

Wyss: Das nun beschlossene Vorgehen im Rat mit zwei Eintretensdebatten wird sehr zeitaufwendig sein.

Präsident: Das Abstimmungsdatum vom 6. Dezember ist aus meiner Sicht nicht realisierbar. Die Kommission hat aber entschieden, dass sie sich dazu nicht äussern will.

Abstimmung - Vote

Antrag Mühlemann (EWR-Bericht zuerst behandeln): Mehrheit

Präsident: (auf eine Frage von Frau Haller) Die Meinungen über Eintreten/nicht Eintreten sind gemacht. Der Entscheid dürfte heute noch fallen. Der Integrationsbericht kann morgen in Angriff genommen werden.

Wyss: Antrag: Jetzt, d. h. ohne Eintretensdebatte über Eintreten abstimmen.
Die Argumente können auch während der kapitelweisen Beratung dargelegt werden.

Haller: Dies ist gefährlich, weil EWR-Gegner dann sagen können - wenn Informationen über ein solches Vorgehen nach aussen dringen, womit zu rechnen ist -, die Kommission habe über das Eintreten nicht einmal diskutiert.

Vollmer: Wir dürfen nicht einfach eine Bekenntnisabstimmung durchführen, wir haben eine Botschaft zu beraten. Es ist unseriös, keine Eintretensdebatte zu führen, auch wenn das Resultat vielleicht jetzt schon feststeht.

Mühlemann: Es ist wichtig, dass wir einen Eindruck seriöser Arbeit vermitteln. Zudem sind die grundsätzlichen Argumente vielleicht wichtiger als die Detailberatung.

Stamm: Ich habe ein solches abgekürztes Verfahren bereits einmal in einer kantonalen Kommission erlebt. Es besteht dann immer der Mangel, dass nicht erklärt werden kann, wie das Abstimmungsergebnis zustande kam.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag Wyss	7 Stimmen
Dagegen	10 Stimmen

Eintretensdebatte zur EWR-Vorlage

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Le débat d'entrée en matière mérite d'être placé sous un éclairage général.

1. **Ratification du traité.** Le traité relatif à l'EEE doit être ratifié dans la forme où il a été signé le 2 mai 1992 à Porto par 19 parlements nationaux et le Parlement européen. Ce que je sais des procédures parlementaires nationales dans les pays de l'AELE et de la Communauté les situe dans un calendrier assez semblable au calendrier suisse; il fait état de décisions de principe et de détail qui devraient tomber peu avant l'été pour certains parlements et être complétées à l'automne, et à l'automne pour la majorité des parlements. Le Parlement européen en traitera en octobre. L'impression selon les rapports de nos diplomates dans les autres capitales et suite à la rencontre que nous avons eue directement avec le président du Parlement européen en visite officielle à Berne, fait état de questions possibles dans les parlements, mais probablement d'une acceptation, plus ou moins enthousiaste, par tous les parlements nationaux. Les craintes que nous avons encore au printemps dernier et qui concernaient essentiellement les parlements des pays méditerranéens - nous avons eu beaucoup de difficultés à traiter du fait des oppositions grecques, des questions pointues des espagnoles et des portugais notamment

dans le domaine de la pêche - semblent s'être apaisées. Les réactions très négatives qu'avait eues le Parlement européen et qui l'avaient conduit à demander depuis octobre 1991 successivement deux avis à la Cour de Justice de Luxembourg semblent s'être rassérénées et ne plus poser trop de problèmes pour réunir la majorité qualifiée de Parlement européen, c'est-à-dire 260 députés. Voilà l'appréciation de la situation. En Suisse la procédure se poursuit par le référendum obligatoire requérant la double majorité du peuple et des cantons.

2. **EUROLEX.** Dans tous les pays de l'AELE un paquet EUROLEX est présenté au Parlement en même temps que la ratification, ou avec quelques semaines de décalage. Le Conseil fédéral a hésité quant à la solution. Devait-il ou non munir la procédure de ratification parlementaire d'une transformation du droit intérieur simultanément? Il a opté pour cette solution parce qu'il était indispensable de dire au Parlement et au peuple suisse la traduction concrète que comporte la ratification de l'EEE, dans l'immédiat, à valoir dès la date d'entrée en vigueur du traité. A défaut, il y a gros à parier que le Parlement aurait renvoyé le dossier au Conseil fédéral en lui demandant de dire ce que comportait réellement comme transformation du droit intérieur l'acceptation de l'EEE. Nous aurions dû différer la discussion ce qui aurait entraîné un retard dans la procédure de ratification. Une raison de clarté nous a poussés à présenter ce paquet EUROLEX en même temps que la ratification.

Deux remarques s'imposent à propos du paquet EUROLEX.

Premièrement, le Conseil fédéral dans la définition du contenu EUROLEX s'est tenu à la règle suivante: on ne met dans ce paquet, en n'inscrivant que 60 textes à transformer, que ce qui est réellement indispensable à la ratification et à l'acceptation substantielle de l'EEE. On ne met ni ce qu'il serait opportun de faire en même temps, ni les désirs de tel ou tel office de perfectionner la marchandise. C'est une très grande différence par rapport à pratiquement tous les parlements des pays de l'AELE. En Autriche, c'est plus de 200 textes du droit autrichien qui seront modifiés, en Suède on profite de toiletter environ 250 lois parce que l'on veut saisir l'occasion de cette procédure. Nous pensons qu'il eut été déloyal de profiter en quelque sorte du moment pour soumettre des lois superflues ou perfectionnistes lors de cette procédure. Nous sommes claires sur les principes et s'il y a tout de même 3 textes dans le deuxième paquet EUROLEX qui ne sont pas de stricte nécessité mais d'opportunité, nous les avons munis de la clause référendaire normale pour bien montrer qu'ils n'appartenaient pas à la cuvée EUROLEX.

Ma deuxième remarque est le constat de l'émotion soulevée par le fait que le paquet EUROLEX n'est pas muni de la clause référendaire facultative qui traditionnellement accompagne les lois et les arrêtés fédéraux votés par le Parlement. Il ne s'agit pas d'un entourloupette à la démocratie ou d'un court-circuitage mettant en péril les droits du peuple. Il s'agit d'une cohérence. Nous devons donner à ce traité une substance, qui se traduit en droit intérieur par ce train de modifications d'une soixantaine de textes, certaines plus importantes que d'autres purement formelles. Il ne peut y avoir de traité loyalement respecté et défendu par le gouvernement suisse au

nom du pays que si cet acquis minimum entre dans les textes de l'EUROLEX et est appliqué dès l'entrée en vigueur du traité. Comme le peuple se prononce obligatoirement sur ce traité, ce n'est pas l'amuser que d'imaginer que son oui ou son non concerne et la ratification et la substance afférente au traité dans son étape de base. Il n'y a pas trahison des droits démocratiques, il y a cohérence dans la démarche.

Le traité n'est pas un traité immobile, il est appelé à se développer. Au fur et à mesure de ses développements, si des transformations du droit intérieur sont nécessaires, elles suivront la procédure normale consistant à soumettre des textes là où il le faut au Parlement, textes qui seront passibles du référendum facultatif. Ce que nous pouvons aujourd'hui cerner d'une manière définitive comme étant la part de l'acquis communautaire, qui entre dans le traité comme dans le bouquet de la mariée, sera soumis à la procédure démocratique pleine et entière.

Ce point est essentiel pour un pays de démocratie directe. Il ne se pose pas à tous nos voisins de l'AELE, Liechtenstein mis à part, et c'est la raison pour laquelle à Vienne, à Stockholm, on peut se permettre de faire bon poids et d'ajouter une kyrielle de dispositions de droit intérieur à celles rigoureusement nécessaires à l'acceptation du premier paquet comprenant la base du traité sur l'EEE.

3. **NLFA.** Hier le Conseil fédéral a fixé la liste définitive des objets qui seront soumis à la votation populaire du 27 septembre prochain, parmi ces objets: la NLFA. Il est indispensable que votre commission et l'ensemble du Parlement sache exactement ce que cela signifie pour l'EEE. Cette votation signifie la possibilité, ou non, de conclure définitivement ensuite un Accord de transit bilatéral entre la Suisse et la Communauté allant en parallèle avec l'Accord de transit bilatéral de l'Autriche avec la Communauté. Sans NLFA, sans percée ferroviaire à travers les Alpes pour permettre le trafic combiné, la pièce maîtresse de l'Accord sur le transit disparaîtrait et par conséquent, n'étant plus à même d'assurer l'exécution concrète et matérielle de cet accord, la Suisse ne pourrait pas obtenir sa ratification du côté communautaire. Sans Accord de transit du côté communautaire, sans élément relatif notamment aux transports aériens, il n'est pas possible d'inscrire un chapitre transports dans l'EEE. L'EEE qui formellement et juridiquement ne serait peut-être pas touché par une votation négative sur la NLFA, pourrait substantiellement être remis en cause du côté communautaire. C'est la raison pour laquelle il y a un enchaînement logique. La Chancellerie fédérale et l'Office statistique de la Confédération ayant enfin pu se mettre d'accord pour savoir comment compter jusqu'à 50'000 et ayant enfin trouvé qu'avec la même arithmétique ils comptaient la même chose, cette votation pourra intervenir le 27 septembre. Je regrette personnellement qu'elle ne soit pas intervenue déjà au mois de mai. Il peut y avoir une NLFA sans Accord de transit, il ne peut pas y avoir d'Accord de transit sans NLFA. Il peut y avoir un Accord de transit sans EEE, il ne peut pas y avoir d'EEE sans Accord de transit. Cette question n'est pas collatérale ou secondaire, elle est traitée par une autre commission que la vôtre, mais il y a une corrélation de fait, de matière, de substance entre les deux.

4. **Rapport d'intégration.** Appréciation de la démarche, annoncée par le Conseil fédéral il y a déjà deux ans, de présenter aux Chambres pour information, en même temps que le message sur l'EEE, un 3me rapport d'intégration.

Ce rapport a été présenté le même jour que le message sur la ratification. Je n'entre pas en matière quant à la substance, mais je dirai qu'il a été déposé en fonction de ce que nous pouvons éprouver face aux changements considérables de l'environnement politique et économique qui se sont produits entre 1988, date du premier rapport, et le mois de mai 1992. En tenant compte de cette évolution, le Conseil fédéral propose comme politique au plus long terme l'adhésion de la Suisse à la Communauté, si et pour autant que les négociations qui seraient engagées à ce propos aboutissaient favorablement.

Ainsi le Conseil fédéral répond à une question qui a été constamment posée au Parlement pendant toute la durée de la négociation EEE: "Quel sera l'engagement de la Suisse dans un futur européen transformé si l'EEE était accepté?" Le Conseil fédéral n'aurait pas jugé convenable de gouverner au court terme et c'est après avoir consciencieusement mesuré les changements profonds intervenus dans notre continent et dans l'équilibre mondial qu'il a changé substantiellement les conclusions qu'il tirait en 1988. Faire le procès au Conseil fédéral, comme d'aucun le font aujourd'hui, de vouloir par ce rapport mélanger les gens et créer la confusion, c'est véritablement ne pas être de bonne foi. En jouant cartes sur table, en disant que l'EEE est notre préoccupation de cette année, que c'est notre volonté politique de l'obtenir, en lui donnant sa place dans un futur qui reste encore à construire ensemble, mais dont on doit tracer les grandes perspectives, le Conseil fédéral joue une politique de plus long terme et de plus grande transparence dans l'information. C'est cet élément que le Conseil fédéral avec l'acquiescement du Parlement a présenté l'an dernier déjà à vos commissions lorsqu'il a pris l'engagement de sortir simultanément un rapport d'intégration et le projet de ratification de l'EEE.

Sur la question de savoir, et elle relève du Conseil fédéral, si à ce rapport d'intégration qui trace des perspectives, il fallait assortir une information internationale officielle, un signal qui soit concrétisé par la demande d'ouverture de négociation à la Communauté, le Conseil fédéral a tranché le 18 mai. Du moment que les perspectives du plus long terme, du point de vue du Conseil fédéral, étaient tracées dans le rapport d'intégration et que les vues étaient assez claires à ce sujet, l'idée d'avoir à retarder le processus de discussion internationale pour des motifs purement intérieurs n'était pas tenable. On aurait embarrassé le Conseil fédéral tout au long des mois de discussions intérieures, on lui aurait demandé ses raisons de ne pas avoir joint la réalité aux intentions et d'avoir voulu attendre avec la demande d'ouverture de négociations internationales. La réponse n'aurait pas été aisée. En voulant mettre toutes les chances de notre côté, en ne prenant pas un retard qui pourrait un jour nous peser, en gardant absolument intacts nos choix souverains le moment venu, le Conseil fédéral a joué clair et net. Que l'on ne vienne pas lui faire le reproche d'avoir semé la confusion dans un débat déjà compliqué. Non, le Conseil fédéral a annoncé la couleur. Les procédures sur cette éventuelle négociation ultérieure

n'ont pas commencé et elles n'aboutiront pas avant que la procédure EEE ne soit totalement achevée à l'intérieur du pays. C'est la raison pour laquelle, tactiquement, nous parlons de l'EEE, la décision populaire qui devra être prise sera un oui ou un non à l'EEE, et non un oui ou un non à l'EEE-plus. Le plus sera négocié âprement et devra, le cas échéant aboutir à une seconde votation, séparée de la première par des mois, voire des années.

J'ajoute que le oui à l'EEE ne contient rien d'autre qu'un oui à l'EEE, il est possible de vivre seulement avec l'EEE ou sans l'EEE, ou seulement avec l'EEE pour quelques années. La Suisse peut vivre après un oui à l'EEE le temps qu'elle choisira de vivre avec cet EEE seulement. C'est elle qui détermine ses intérêts, où sont les éléments favorables à son futur et la Suisse, avec un préavis d'une année, peut toujours résilier l'accord EEE. Cet accord est révocable et toutes les possibilités sont offertes à ce pays quant à la suite des opérations.

5. Date de la procédure intérieure. Je l'ai toujours dit et le Conseil fédéral l'a répété avant-hier au Chancelier Vranitzky, nous remettons en main du Parlement le destin de l'EEE. Le Parlement choisira la procédure pour la ratification de ce traité qui doit ensuite être soumis au peuple. Le Conseil fédéral ne va pas imposer une date de ratification, il la choisira après avoir mesuré les tenants et aboutissants. En tous les cas s'il avait articulé la date du 6 décembre, c'était dans une perspective d'un calendrier plus long, d'un Parlement qui se serait saisi du dossier plus tôt dans l'année, mais si des raisons intérieures ne permettent pas de tenir ce calendrier, la Suisse souverainement prendra le rythme qui semble convenir à sa démocratie directe. Personnellement, je souhaiterais vivement que l'on puisse tenir la date du 6 décembre 1992 qui nous permettrait de monter dans le train en même temps que tous les autres et d'éviter une période de flou. Si nous avons dit notre volonté politique d'y arriver, nous n'avons jamais pris quelque engagement que ce soit au plan international, ni à l'égard de la Communauté ni à l'égard de nos partenaires de l'AELE. Ils savaient très clairement quelles seraient les exigences de notre démocratie directe. Ce sont les retards de la Communauté qui n'ont pas permis de tenir le calendrier.

Sachez-vous libres dans votre appréciation, mais tout ce que vous pouvez faire pour tenir ce rythme et essayer de parvenir à la décision est finalement favorable à nos intérêts et à notre volonté de jouer le marché économique.

6. Démarche d'isolement. Tant pour l'EEE que pour une éventuelle adhésion, le Conseil fédéral veut éviter à ce pays une démarche d'isolement qui serait à la longue contraire à nos intérêts. Cette démarche d'isolement serait inéluctablement la nôtre si nous refusions le TEEE. Nous serions alors absolument seuls de notre espèce en Europe occidentale et cela - je le dis en réponse à ceux qui, aujourd'hui déjà, font campagne contre l'EEE - ne nous placerait pas dans une situation analogue à celle d'aujourd'hui. La situation d'aujourd'hui s'arrête le 31 décembre prochain. Dès l'année prochaine existe un marché unique pour la Communauté et un Espace économique européen pour au moins 17 Etats de l'Europe occidentale. Les nostalgiques à la Otto Fischer qui disent qu'on a parfaitement réussi jusqu'à

maintenant avec une politique bilatérale - et Dieu sait si je respecte cette admirable politique des Schaffner et des Furgler- doivent comprendre que ces temps sont définitivement derrière. Imaginer l'avenir de la Suisse comme le font ces nostalgiques du passé, c'est se tromper lourdement sur les conditions européennes de demain. De ces accords bilatéraux nous n'en passerons plus avec personne, pour se marier il faut être deux, pour passer un traité il faut être au minimum deux et nous serions tout seul. Il faut bien prendre en compte ce changement fondamental. Pour le plus long terme il faut prendre en compte qu'il y aura également une désagrégation de l'AELE en tant que telle puisque certains rejoindront la Communauté, que l'Espace économique à son tour se fondera dans un espace communautaire plus large et que là encore la perspective d'un "Alleingang" 2^{me} étape se posera. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral a fait le saut, mais c'est une seconde histoire et nous devons maintenant concentrer notre force sur l'EEE. L'EEE est une donnée sans laquelle nous nous isolerions inéluctablement, ce qui est contraire à nos intérêts.

Columberg: Wir sind für Eintreten auf die EWR-Vorlage und für eine zügige, aber seriöse Behandlung dieses wichtigen Abkommens. Es geht für unser Land um einen grundsätzlichen Entscheid. Aus unserer Sicht hat der EWR Priorität. Bezüglich Eurolex gehen wir davon aus, dass darin nur das absolut Notwendige enthalten sein darf.

Unter Würdigung aller Tatsachen, insbesondere der völlig veränderten Situation in Europa, und aus Verantwortung gegenüber unserem Staat und der Wirtschaft sind wir der Ansicht, dass wir gar keine andere Wahl haben, als dem Abkommen zuzustimmen. Ich stelle mit Freude fest, dass bedeutende Exponenten dieses Landes sowie Wirtschaftsgruppen und Gewerkschaften diese Auffassung teilen. Unsere Wirtschaft ist sehr stark mit Europa verflochten. Es geht eigentlich nur noch darum, das, was bereits besteht, zu legalisieren.

Der Beitritt eröffnet neue Chancen, die wir unbedingt nutzen sollten. Es ist unwidersprochen, dass unser Land grosse Reformen durchführen muss.

Selbstverständlich bedeutet ein solcher Schritt auch Gefahren. Wir müssen versuchen, sie zu minimalisieren. Das Parlament muss unter einem gesamtschweizerischen, staatspolitischen Blickwinkel handeln. Ich selber könnte zahlreiche Vorbehalte aus der Sicht der Berg- und Randgebiete anbringen. Ich erwarte, dass der Bundesrat ein neues, den neuen Herausforderungen entsprechendes regionalpolitisches Konzept entwirft.

Eine grosse Gefahr stellt die Illusion der Möglichkeit einer Isolation der Schweiz dar. Mit einem Alleingang bleiben wir von den Problemen nicht verschont.

Mühlemann: Ich halte den EWR-Vertrag für eine glückliche Lösung im Sinne einer Erweiterung der Freihandelszone. Der Vorstoss von Herrn Delors vom 16. Januar 1989, für Norwegen gedacht, war sinnvoll für die Schweiz. Die zwei Ziele, die der Bundesrat für den EWR-Vertrag angibt, sind überzeugend:

- Die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft zu stärken und den Wohlstand des Bürgers zu mehren. Wobei relativierend zu bemerken ist, dass es genügen würde, den Wohlstand zu erhalten.

- Einen Beitrag zur Festigung harmonischer Beziehungen und des Gleichgewichtes innerhalb Europas zu leisten. Ein Beitritt zur EG wird nicht *expressis verbis* formuliert. Es kann Mitarbeit im Europarat, in der KSZE oder indirekt im EWR-Raum bedeuten.

Wir übernehmen nicht den gesamten EG-Rechtsbestand. Unsere Unterhändler, die unsere Anerkennung verdienen, haben viele wichtige Ausnahmen zu unseren Gunsten ausgehandelt. So müssen wir keiner Zollunion und keiner Währungsunion beitreten und keine gemeinsame Agrarpolitik der EG mittragen. Es wird uns auch keine Steuerharmonisierung vorgeschrieben. Die Grenzkontrollen werden nicht vollständig abgeschafft, so dass eine Barriere gegen internationalen Terrorismus und Drogenhandel bestehen bleibt. Wir sind bei keiner politischen Union dabei und müssen keinen Verzicht auf Neutralität, direkte Demokratie und Föderalismus leisten.

Es gibt Übergangslösungen für den Arbeitsmarkt, für den Erwerb von Grundstücken durch Ausländer und für den Umweltschutz. Es darf nicht vergessen werden, dass der Bundesrat über Schutzklauseln als erste Notbremse verfügt.

Es wird von niemandem bestritten, dass dieser Vertrag die materiellen Erwartungen erfüllt. Es erstaunt mich sehr zu hören, wir würden durch den EWR-Vertrag ärmer.

Schwieriger ist die Frage der institutionellen Defizite. Aber auch hier wurden das Recht auf Information und Mitsprache, ein individuelles Vorschlagsrecht und ein individuelles Vetorecht bei Weiterentwicklung des Vertrages ausgehandelt. Es heisst, dieses könne zur provisorischen Aufhebung für alle Efta-Länder werden. Weiter haben wir das Recht auf Beizug von Experten aus den Efta-Ländern und das Recht, bei der Verabschiedung neuer EWR-Regeln unsere eigenen Gesetzesverfahren anzuwenden, was sehr entscheidend ist. Das Referendum ist also in der Frage der Weiterentwicklung des EG-Rechtes nicht gestorben.

Zusammengenommen überwiegen die Vorteile die Nachteile bei weiten. Ich bezweifle, ob die Mitbestimmung besser wäre. Ein kleiner Staat hat im Ministerrat wenig zu sagen. Das Vetorecht kann für uns besser sein. In diesem Sinne ist die institutionelle Seite nicht so negativ, wie sie immer dargestellt wird. Die Alternative Alleingang würde uns in eine traurige Zukunft führen, und der Vollbeitritt ist bei der jetzigen politischen Situation Europas nicht ohne Fragen. Es fehlt mir an Demokratie, Liberalismus und Föderalismus. Der Integrationsbericht ist für mich schwieriger. Der EWR-Vertrag ist das leichteste, stimmen Sie ihm zu.

Frey Walter: Ich habe den Nichteintretensantrag (s. Anhang 3) gestellt, obwohl ich selber in der SVP-Kommission mitgearbeitet habe, die vor zwei Jahre noch zu einem Ja-aber gekommen ist. Damals sagte Staatssekretär Blankart noch, die Schweiz müsse beitriffähig werden, um nicht beitreten zu müssen. Wenn wir sehen, mit welchen Zielsetzungen unsere Verhandlungsdelegation in die EWR-Verhandlungen geschickt wurde, so müssen wir heute feststellen, dass diese nicht erreicht wurden. Aus dem angestrebten und auch von mir begrüßten Liberalisierungsvertrag ist ein schlechter Integrationsvertrag geworden. Permanente Ausnahmen, wie sie im Pflichtenheft der Verhandlungsdelegation aufgeführt waren, hat es nicht gegeben. Ob wir uns mit einem Vetorecht aus der Affäre stehlen können,

sei dahingestellt. Der Bundesrat sagt, ein solcher Vertrag könne nur eine Etappe auf dem Weg zu völligen Integration in die europäische Gemeinschaft sein. Der Vertrag kann also nicht dauerhaft sein. Er ist im Grunde genommen einer unabhängigen und souveränen Schweiz nicht würdig. Es ist eine Frage für die Staatsrechtler, ob er überhaupt noch verfassungsmässig sei. Es fragt sich, ob es notwendig sei, diese Etappe überhaupt zurückzulegen. Ich habe es tief empfunden, dass dem Bundesrat nicht spätestens nach Maastricht die Augen aufgegangen sind und er die Übung nicht abgebrochen hat. Maastricht bedeutet den Abschied von einem "Europe des patries". Der riesige multikulturelle Raum soll in Zukunft "harmonisiert" regiert werden. Die Zentralgewalt wird in den Vordergrund gestellt. Dass sich Dänemark abgemeldet hat, wird als Betriebsunfall betrachtet. Wenn die Schweiz dem Kurs des Bundesrates folgt, handelt sie sich massive Souveränitätsverluste ein. Aussen-, Wirtschafts-, Währungs-, Steuer- und Sicherheitspolitik würden in Brüssel entschieden werden. Es widerspricht meinem Selbstwertgefühl, zu diesem Ziel nun eine Etappe zu machen. Als Wirtschaftender stelle ich fest, dass in der Übergangsphase die Rechtssicherheit nicht mehr gewährleistet sein wird. Als Staatsbürger glaube ich, dass ein multikulturelles, grossräumiges Gebilde nur mit Demokratie und Föderalismus an der Basis überhaupt langfristig existieren kann. Das hat uns die Geschichte gelehrt.

Es befremdet mich zutiefst, dass uns in dieser Kommission vom Bundesrat keine Alternativen vorgedacht werden. Es ist eine Haltung des "C'est à prendre ou à laisser". Der von uns verlangte Bericht über das Szenario einer Ablehnung des EWR ist bis heute nicht erschienen. Von den Befürwortern geht eine Panikmache bezüglich des Alleinganges aus. Bis jetzt ist mir im Ausland noch kein Produzent begegnet, der in Zukunft seine Produkte in der Schweiz nicht mehr zu verkaufen wünscht. Die Schweiz ist heute schon nach den USA der beste Länderkunde der EG. Wir haben mit der EG ein Handelsbilanzdefizit von 20 Milliarden Franken.

Warum sollte es auf der politischen Seite Druckversuche geben, wenn sich die EG einmal zu einem demokratischeren, föderalistischeren Gebilde ändern sollte? Die Schweiz gilt in der EG als Beispiel, wie man die Ziele Wohlstand und Friede in einer multikulturellen Gesellschaft erreichen kann. Die Drohung, dass keine bilateralen Verträge mehr zustande kämen, ist eine Idee der Diplomaten. Eine Mannschaft, die solches predigt, muss bei einem negativen Volksentscheid zum EWR ausgetauscht werden. Die EG wird überall dort, wo sie daran interessiert ist, zu solchen Abkommen Hand bieten.

Die Etappe EWR ist für die Schweiz nicht sinnvoll. Wir müssen die Problematik der notwendigen Integration der Schweiz in Europa in Ruhe angehen. Der Kurs muss lauten: Fortführung der heutigen Aussenpolitik, Revitalisierung der Innenpolitik, um den Wettbewerbsstandort Schweiz zu stärken, Ausbau der europäischen und internationalen Solidarität. Es gibt kein Land, das einen grösseren Solidaritätsbeitrag an Europa leistet, und zwar in Form von Arbeitsplätzen.

M. Eggly: Lors de son congrès en février 1991, le Parti libéral suisse avait clairement dit d'une part que le moment était venu de nous lier dans une négociation multilatérale à la Communauté

européenne dans l'EEE et que d'autre part, les temps étaient venus de dire que cela devait être mis dans la perspective d'une intégration européenne de la Suisse et qu'on ne pouvait plus imaginer la poursuite d'accords bilatéraux.

Personnellement je suis entièrement d'accord avec la démarche du Conseil fédéral en ce qui concerne l'annonce du but de l'adhésion et le dépôt de la demande de négociation en vue de l'adhésion. Si on a la volonté et l'honnêteté de lui expliquer les choses, le peuple suisse peut parfaitement comprendre que le but et la ligne générale sont tracés par le Conseil fédéral. Il peut donc à la fois avoir l'impression d'être gouverné par des autorités et avoir la conscience que c'est lui et lui seul qui aura le dernier mot. Mettre le TEEE dans la perspective de l'adhésion en précisant qu'on ne votera maintenant que sur l'EEE, c'est la seule manière honnête et efficace de présenter les choses. Avec l'EEE nous devons constater que sur le plan économique, au niveau de la collaboration dans tous les domaines, la Communauté est le pôle, le catalyseur. Il n'y a pas de possibilité d'envisager un "Alleingang" pour un pays développé comme le nôtre.

(à M. Frey Walter) Les financiers et les économistes japonais ou américains, quand ils songent à des investissements, à des innovations, à leurs perspectives personnelles à long terme, raisonnent en terme de masse critique. Ils se demandent si la Suisse sera ou non englobée dans l'EEE. Si la Suisse est considérée comme un pays un peu capricieux qui peut à tout moment faire bande à part, elle ne présentera plus les mêmes chances d'investir et nous risquons de nous marginaliser. L'EEE est déjà une constatation que nous faisons partie d'un ensemble européen.

L'interprétation que l'on donne du vote danois à propos du Traité de Maastricht me paraît fausse. Tout se passe à l'intérieur et autour de la CE en Europe occidentale, mais nous ne nous trouvons pas devant un bloc monolithique avec une centralisation à Bruxelles. On ne sait pas exactement comment cela va évoluer, la Suisse peut y avoir toute son influence, les Anglais, les Français, les Allemands ne sont pas du même avis. Il y aura encore beaucoup de soubresauts et de surprises mais tout se passera dans le cadre d'une concertation européenne autour de la Communauté. Il y a un avantage immense pour la Suisse d'être dès l'année prochaine dans le mouvement de ce grand marché. Même ceux qui ont des réticences à l'égard de l'adhésion et ne partagent pas l'avis du Conseil fédéral, doivent se dire que cette étape de l'EEE est indispensable le plus rapidement possible.

Je suis persuadé que les possibilités d'accords bilatéraux sont devenues, sinon nulles, pour le moins très faibles. Si nous n'entrons pas dans l'EEE nous le paierons fort cher. Pour ce qui est des adaptations intérieures, la Suisse a besoin d'un coup de fouet, d'une pression extérieure. L'évolution nécessaire pour être plus concurrentiels, avoir moins de cartels, être plus libéraux, se fera bien seulement si nous sommes dans l'EEE.

(à M. Frey Walter) Quand vous dites qu'il faut refuser l'EEE parce que c'est un traité indigne, une étape vers une intégration dont nous ne voulons pas, quand vous parlez de souveraineté, d'identité suisse, j'aimerais dire qu'en tant que Genevois, je suis ressortissant d'un canton qui depuis les

années 1500 n'a pas cessé de penser que son avenir et son identité passaient par une fusion avec la Suisse. Il a fallu les cataclysmes européens pour qu'en 1815 les Genevois soient enfin acceptés par l'ensemble des Confédérés, à l'exception des Schwytzois. Pour Genève, comme pour l'ensemble des Romands, l'avenir était la Confédération. Aussi profondément attaché que je sois à la Suisse, si j'avais l'impression qu'une majorité, notamment alémanique - c'est là que risquent de se trouver les grands bataillons contre l'EEE - au nom d'une espèce d'idée de Suisse folklorique, nous empêchait d'être dans le mouvement européen, si au fond j'avais l'impression que nous ne pouvons pas accorder toute notre tradition, notre culture politique, notre culture helvétique dans un projet européen, je me poserais des questions sur l'avenir de notre Confédération. Plus crûment, M. Walter Frey, j'ai envie de continuer d'être avec vous à condition que nous soyons ensemble en Europe. Si vous m'empêchez d'être en Europe, je me demande si mon avenir est de rester éternellement avec vous. Il y a des gens qui pensent à leur avenir, et pour qui l'EEE n'est véritablement qu'une étape. Si le traité sur l'EEE est refusé je commencerais à avoir des doutes sur la cohésion et sur l'avenir de ce pays. Malgré les faiblesses institutionnelles du traité, cette étape avec ce qu'elle implique pour l'immédiat, en avantages concrets, en participation au mouvement européen, est indispensable et si ce pays devait dire non je considérerais cela comme extrêmement grave et inquiétant.

Vollmer: Das EWR-Abkommen stellt ein unerwartet gutes Ergebnis dar. Die schweizerischen Interessen sind bestmöglich berücksichtigt. Es bestehen aber auch Schwächen, vor allem im institutionellen Bereich, die wahrscheinlich in der grundsätzlichen Konzeption eines solchen Abkommens angelegt sind. Gerade deshalb kann es auch nur Übergangscharakter haben. Die Schwächen des EWR-Vertrages müssen im Rahmen der integrationspolitischen Absichtserklärung des Bundesrates gesehen werden, der nun mit gutem Recht den nächsten Schritt vorschlägt. Von der Haltung des Bundesrates bin ich enttäuscht. Bundesrat Delamuraz hat uns erläutert, dass es bei Eurolex lediglich um eine Adoption dieses Rechts gehe. Bei der Folgeabschätzung darf sich der Bundesrat nicht auf die Frage der rechtlich notwendigen Anpassungen beschränken, sondern er sollte politische Vorgaben machen und politischen Willen zeigen, wie er den Auswirkungen, die sich aus dem EWR-Abkommen ergeben, mit entsprechendem binnenstaatlichen Handeln begegnen will. Der Bundesrat ist zudem nicht sehr konsequent. Im zweiten Eurolex-Paket gibt es verschiedene Beispiele von Gesetzesanpassungen, die nicht nur eine notwendige rechtliche Anpassung an den Acquis communautaire darstellen, sondern eine Art Auffangposition sind, um Wirkungen, die sich aus der Anpassung ergeben, aufzufangen. Der Bundesrat hätte in allen Bereichen entsprechende Vorgaben machen müssen, z. B. bei den sozialen Grundrechten. Er hat in seiner Botschaft darauf hingewiesen, dass die Charta der sozialen Grundrechte nicht Bestand des EWR-Abkommens sein muss. Es wäre dem Bundesrat gut angestanden, sein Bekenntnis zu dieser Charta, das er im Rahmen der Efta-Mitglieder abgegeben hat, auch hier wieder vorzulegen. Auch abstimmungspolitisch wäre es wichtig, aufzeigen zu können, welche Vorkehrungen der Bundesrat

getroffen hat, um allfällige negative Folgen auffangen zu können.

Ich war heute erstaunt zu hören, dass der Bundesrat eine zwingende Verknüpfung zwischen EWR-Abkommen und Neat-Vorlage macht. Ich halte dies für bedenklich. Zweifellos sind Transitabkommen und EWR-Abkommen miteinander verbunden. Die Neat-Vorlage, die den Stimmenden unterbreitet wird, ist aber nicht allein zwingende Folge des Transitabkommens.

Zur Frage der Demokratie und des Referendums werde ich mich erst äussern, wenn der Bericht der Staatspolitischen Kommission vorliegt. Vom Bundesrat möchte ich aber Überlegungen zu den Folgen eines Scheiterns des EWR-Abkommens näher ausgeführt haben. Der Bundesrat bezieht sich in seinem Bericht fast ausschliesslich auf ökonomische Folgen. Er zitiert ständig den Bericht Hauser, unterlässt es aber, andere integrationspolitische Folgen, z. B. im Bildungsbereich aufzuzeigen.

Der uns heute vorgelegte Acquis beruht auf dem Stand des letzten Herbstes. Die EG-Rechtsentwicklung ist aber nicht stehenbleiben. Die Vorlagen, die bis zum Inkrafttreten des EWR-Vertrages in der Pipeline sind, werden mitübernommen werden müssen, ohne dass die institutionellen Mitwirkungsmöglichkeiten bereits bestehen. Was ist hier zu erwarten?

M. Frey Claude: Après l'intervention de M. Eggly, je rappellerai que l'objet dont nous parlons marque une volonté d'ouverture. J'aimerais qu'ici et au plénum on ne soit pas fermé et intransigeant aux idées des autres.

(à M. Eggly) On peut être d'accord ou pas, mais il y a les arguments. Je n'ai pas supporté votre façon de parler de folklore et je n'admets pas vos remarques terriblement séparatistes. Il ne faut pas que le Parlement se divise en deux sur ce point.

Tout en n'étant absolument pas d'accord avec M. Eggly, je voterai comme lui.

Au moment d'approuver ce traité important pour notre pays, il y a lieu de se poser deux questions essentielles. La Suisse aurait-elle les moyens d'un développement et d'une politique la plus autonome possible, sans parler d'"Alleingang"? La Suisse en a-t-elle l'ambition, en a-t-elle la volonté?

A la première question, la réponse est oui. Le rapport Hauser le démontre à l'évidence, à condition que nous prenions à l'intérieur de notre propre volonté, les conditions-cadres et les moyens de cette autonomie, c'est-à-dire plus de liberté dans quantité de domaines. On aurait pu imaginer un autre modèle, de manière à éviter la tentation de lier l'EEE et l'adhésion. Des précautions oratoires ont été prises, mais il y a un lien dès le moment où la demande a été déposée. A la page 56, je vous invite à faire une analyse de texte au 3me paragraphe: il y a là toute l'ambiguïté et on voit bien où la question est liée. Ceux qui sont tentés de dire non à l'EEE auront l'occasion de dire non à l'adhésion ultérieurement.

A la deuxième question, je réponds non. Nous sommes dans une basse époque, il en va des pays comme des individus, on peut avoir des passages à vide, des périodes de dépression, mon pays est en dépression. Nous n'avons plus la volonté d'arriver à l'excellence, nous avons des autorités exécutives et législatives fédérales qui sont faibles. Je pense aussi qu'il faudrait un coup de fouet extérieur parce que nous n'aurons pas

la capacité de pratiquer la politique que nous avons pratiquée jusqu'à présent et qui nous assurait une plus large autonomie. Je peux approuver ce coup de fouet, il s'agit d'une zone de libre échange donc la continuité de notre politique d'ouverture au marché. Je le regrette mais tous les débats au Parlement démontrent qu'il n'y a pas de volonté majoritaire de prendre et d'assumer notre responsabilité pour viser à l'excellence. Je dirai oui à l'EEE avec le sentiment d'avoir passé à côté de quelque chose. Je crois que nous le faisons faute de mieux, mais nous avons la politique de notre époque, c'est-à-dire d'une basse époque.

Je tiens à féliciter tous ceux qui ont négocié dans le cadre de l'EEE, j'ai la conviction que le maximum a été fait, que l'EEE n'aurait pas pu ressortir dans un meilleur état.

Depuis le premier août 1991, un certain nombre de directives et de réglementations sont en cours, et il serait important que les membres de la commission aient la liste de cet acquis pipeline avec un bref commentaire afin de situer si ce sont des détails d'exécution ou des points politiquement importants.

Je reviens de la séance du Comité parlementaire de l'AELE. Que pense le Conseil fédéral du rôle future de l'AELE? L'EEE est une chance mais aussi un risque pour l'AELE, qui sera d'une part appelée à jouer un rôle important dans le cadre du Comité mixte et avec la CE et d'autre part dont les membres devront avoir des positions communes au risque de s'affaiblir.

N'est-ce pas le dernier moment d'essayer de donner un nouveau souffle à l'AELE non pas en lui donnant un rôle de supranationalité, mais en lui donnant une plus large mission en coordination dans les politiques avec les pays de l'Est? L'AELE ne serait-elle pas un moyen de jeter des ponts entre ces deux Europe? Quelles mesures le Conseil fédéral entend-il prendre pour donner un nouveau souffle à cette association?

Bircher Silvio: Wir führen die Diskussion hier und in der nächsten Zeit unter dem innenpolitischen Aspekt. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass es sich beim EWR um ein Abkommen handelt, an dem ganz Westeuropa beteiligt ist. Die Schweiz darf sich nicht als einziges Land davon distanzieren. Dies muss vermehrt ins Bewusstsein der Bevölkerung gebracht werden. Ich habe bisher die Transparenz in den von Herrn Frey so gelobten bilateralen Verträgen vermisst. Kaum ein Parlamentarier, und schon gar nicht die Bevölkerung, hat den Überblick über alle Verflechtungen der Schweiz mit diesen Gemeinschaften. Die über hundert Verträge seit Bestehens des Freihandelsabkommens sind nicht von uns beraten worden und waren auch keiner Volksabstimmung unterworfen. Mit dem EWR-Vertrag wird die notwendige Transparenz geschaffen. Selbstverständlich gibt es auch Risiken und Schwachstellen. Aspekte, die schon bisher wirkten, aber absichtlich oder unabsichtlich nicht benannt wurden, werden nun plötzlich sichtbar. Es ist ein Akt der Ehrlichkeit, dass wir nun ein solches Vertragswerk unterbreitet erhalten. Es entspricht unseren Institutionen und unserem demokratischen Entscheidungsablauf, dass wir darüber beraten. Es ist nicht fair, dem Bundesrat vorzuhalten, er sei damit vom bisherigen erfolgreichen Kurs abgewichen. Es ist auch festzuhalten, dass uns dieser Weg weitgehend aufgezwungen wurde, indem die EG nicht mehr à la carte verhandeln wollte. Mit einem Kurs gemäss Herrn Frey hätten wir uns so oder so aus der Efta abmelden müssen.

Ich war ursprünglich nicht der Meinung, dass es zwei Schritte braucht, um zur EG zu kommen. Im Laufe der Diskussionen mit den Leuten und mit politischen Instanzen bin ich zur Überzeugung gelangt, dass ein direkter EG-Beitritt zu viel gewesen wäre und ganz sicher zu einem ablehnenden Volksentscheid geführt hätte. Wir sind, im Unterschied zu anderen Ländern des EWR-Raumes, wirtschaftlich mit diesem verzahnt und integriert. Es ist auch als Absicherung und Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit zu verstehen, wenn wir jetzt diesen Markt mit dem Vertrag mitvollziehen. Es trifft zu, dass wir uns damit auch Nachteile einhandeln. Gerechterweise ist zu sagen, dass es nicht nur institutionelle Schwächen gibt, sondern dass wir umgekehrt auch nicht alle Pflichten einer EG-Vollmitgliedschaft übernehmen müssen. Wir müssen vorsichtig sein, um die Zahl der Gegner nicht zu stark ansteigen zu lassen. Dort, wo sich Nachteile noch abfedern lassen, z. B. bei den Unsicherheiten bezüglich der Löhne, muss dies unbedingt getan werden. Es muss vermieden werden, dass sich neben den grundsätzlichen Gegnern noch Gegnerschaften von Leuten bilden, die partikuläre wirtschaftliche Nachteile erwarten. Die Fragen von Mindestlohnvorschriften und der erleichterten Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen ist sehr ernst zu nehmen. Wichtig ist auch die Frage der Volksrechte, in der der Bundesrat einen etwas harten Kurs fährt.

Es wäre verfehlt, sich heute zu der Frage des Abstimmungstermins vom 6. Dezember festzulegen. Der Termin hängt vom Tempo der Ratsverhandlungen ab, und auch die Ereignisse in den anderen 17 Staaten könnten einen gewissen Einfluss auf die Volksmeinung in der Schweiz haben.

Präsident: Die Staatspolitischen Kommission hat mir mitgeteilt, dass sie in der Frage des Termins dem Bundesrat einen Brief geschrieben hat, in dem sie diesen bittet, die Gründe für den 6. Dezember resp. für einen späteren Abstimmungstermin und die sich daraus ergebenden Folgen darzulegen. Für die Organisationen, die den Abstimmungskampf führen, ist es zudem wichtig zu wissen, wann der Bundesrat den Termin festlegen wird. Er sollte dies spätestens im August tun. Der 17. Dezember wäre als Abstimmungstermin sehr unglücklich.

M. Rebeaud: Je n'ai pas de conviction et j'attends la fin de la discussion de détail pour prendre position. J'entrerais en matière. La position du groupe écologique n'est pas encore arrêtée.

A propos de la proposition de M. Frey Walter, on parle beaucoup, ce qui me paraît dangereux, de l'autonomie et de la souveraineté parfaite de la Suisse. La création de relations commerciales à l'échelle mondiale justifie et nécessite la création d'un contrepoids sous forme d'un pouvoir politique capable de contrôler et de régler ce pouvoir économique. Or dans ce domaine essentiel la souveraineté de la Suisse et son autonomie est une large fiction. En quoi la Suisse serait-elle autonome pour fabriquer des automobiles? Elle n'a ni les matières premières, ni le carburant, ni la masse critique du marché; elle est entièrement dépendante de l'étranger. Il est malhonnête de faire croire aux gens qu'on peut rester autonome et souverain alors que cette autonomie et cette souveraineté ont presque totalement disparu.

Je viens de recevoir le rapport sur les conséquences écologiques de l'intégration européenne. L'"Alleingang", l'EEE ou l'adhésion à la CE donne à peu près la même chose. Il n'y a pas de critères sur lesquels fonder des certitudes et des convictions.

(à M. Eggly) Il faut rester prudent dans l'emploi du vocabulaire. Quand j'entends dire que ceux qui sont contre l'adhésion à la CE sont de mauvais Suisses, quand vous laissez entendre qu'il pourrait y avoir du séparatisme genevois à l'égard de la Suisse allemande si un vote nous empêchait d'adhérer à la CE, cela me fait peur. Je vous appelle à rester prudent dans l'emploi des termes dans le débat public et même dans le débat entre nous. Il est dangereux de laisser entendre que le choix sur l'intégration est un choix existentiel pour l'union du pays. Les vrais Suisses doivent éviter de faire de la question européenne un thème d'identification pour les Suisses parce que cela finira mal de part et d'autre de la barrière de röstli.

J'aimerais une appréciation plus précise des relations entre le vote sur la NLFA et les votes ultérieurs. Vous avez dit M. Delamuraz: "Sans NLFA, sous une forme ou une autre, il n'y a pas d'accord de transit..." Que signifie sous une forme ou sur une autre? Nous avons deux votations séparées, l'une sur les transversales ferroviaires, l'autre sur l'EEE. Si le Conseil fédéral lie dans son discours politique de manière intime et indissoluble le destin de l'EEE à celui des NLFA, il prend un risque énorme parce qu'il laisse entendre qu'après le vote du 27 septembre prochain tout aura été dit. Je demande au Conseil fédéral de laisser ouverte la possibilité d'accepter l'EEE, quitte à ce qu'une partie de l'Accord de transit doive rester de côté. Dans le message public que le Conseil fédéral donnera avant la votation sur les NLFA, il est juste de montrer les difficultés en rapport avec l'Accord de transit, mais je vous supplie de ne pas en faire une question de destin de l'ensemble du programme d'intégration européenne. Si tel était le cas, pourquoi dès lors faire une votation séparée et montrer le côté rigide de la portée matérielle des traités internationaux que nous signons avec la Communauté? Certains accords peuvent et doivent être renégociés sur des questions de détail, on parle même de l'éventualité de renégocier le Traité de Maastricht si un autre pays que le Danemark refusait sa ratification. Si le peuple refusait le projet actuel des NLFA, il devrait être tout à fait possible de reprendre ce point de manière à satisfaire la Communauté sous une autre forme que le projet soumis à la critique du comité référendaire.

Moser: Es trifft nicht zu, dass die Schweiz, wenn sie dem EWR nicht beiträgt, den Weg in die Isolation geht. Sie geht den Weg einer Assoziation. Es ist zu bedauern, dass im EWR-Bericht keine Alternative dieser Richtung aufgezeigt wird. Wir hätten zur Rechtsentwicklung oder zu allgemeinen Vertragserweiterungen de facto nichts oder nur sehr wenig zu sagen. Sind Erweiterungen des EWR-Vertrages in Richtung Währungsunion oder gar politischer Union absolut auszuschliessen?

Bär: Ich möchte versuchen zu beschreiben, wie ich mich durch die Hunderte von Seiten durchgebissen habe.

Ich fragte mich: gibt dieser Vertrag eine Antwort auf die brennenden Fragen unserer Zeit? Trägt er etwas zu deren Lösung bei, oder verstärkt er im Gegenteil negative Tendenzen, z. B. das Nord-Süd-Gefälle, Migrationsbewegungen oder ökologische Bedrohungen? Äussert er sich zur Frage der Neuen Armut? Ist die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums als Ziel eine adäquate Antwort? Oder ist die rein wirtschaftliche Integration vielleicht gerade die schlechteste Form von Integration? Mit welchen Auswirkungen werden Grenzen abgebaut? Wo werden sie abgebaut? Werden sie dafür an einem anderen Ort, weiter aussen, wieder aufgebaut? Es stellt sich auch die Frage, ob das "Europa der Tüchtigen", der erwerbstätigen Bevölkerung, zusammengeschweisst werde. Frauen kommen in dem ganzen Bericht nicht vor, der in der männlichen Sprache gehalten ist. Der EWR ist ein männliches Projekt zugunsten der werktätigen Männer, die sehr mobil in Europa herumreisen können, nicht der Frauen mit Kindern. Es fragt sich auch, wie viel Normierung und Zentralismus nötig sind, um den Wohlstand eines halben Kontinentes zu sichern. Es besteht die Gefahr, dass ein Europa der Regierungen und der Wirtschaftsführer aufgebaut wird, nicht ein Europa der Bevölkerung. Es fragt sich auch, ob die institutionellen Mängel so vernachlässigbar sind, wie dies Herr Mühlemann sagt. Der Bundesrat ist dazu deutlicher, wenn er auf Seite 9 des Integrationsberichtes schreibt: "(...) die Gewissheit, dass Beitrittsverhandlungen stattfinden werden, würde die Akzeptanz der institutionellen Mängel eines als Übergangsphase verstandenen EWR erhöhen." Damit ist die Aussage von Bundesrat Delamuraz relativiert, der uns vorhin gesagt hat, der EWR habe sehr wenig mit dem EG-Beitritt zu tun. Ich glaube, dass der EWR ein ökonomisch strukturiertes Wartezimmer zur EG ist.

Es ist mir gestern aufgefallen, dass die Experten aufgrund einer gewissen Frustration über unsere Institutionen zu einem Ja zum EWR-Vertrag gekommen sind. Brauchen wir Europa, um unsere eigenen Probleme zu lösen, fehlt uns selber die Kraft zu Reformen? Werden die sozialen Massnahmen, die zur Abfederung des Vertrages notwendig sind, auch wirklich durchgeführt?

Die Aussage von Bundesrat Delamuraz, es gebe keine Alternative zum EWR-Vertrag, hat für mich etwas Totalitäres. Wenn es wirklich so wäre, müsste auch nicht mehr abgestimmt werden.

Ich glaube nicht, dass es wahr sein kann, dass sich die Schweiz mit einem Nein am 6. Dezember völlig "aus dem Binnenmarkt abmelden" würde.

M. Berger: Je tiens à remercier le Conseil fédéral et la diplomatie suisse pour les efforts considérables qu'elle a entrepris pour assurer notre rapprochement avec l'Europe. Tout ce processus de rapprochement vise aussi à maintenir un équilibre de paix dans ce continent.

Plusieurs termes reviennent dans ce dialogue: indépendance, liberté, souveraineté. Dans mon village, tous se réclament de liberté, certains pour s'isoler, d'autres pour partager leurs intérêts particuliers et le plus grand nombre pour qui liberté et indépendance signifient dialoguer et construire ensemble. Pour nos communautés locales la Suisse est aussi un membre de la famille européenne et le mouvement qui est engagé va dans le sens de partager avec les autres pour mieux conserver notre indépendance.

Gouverner c'est prévoir. Puisque nous sommes en campagne, je dirai que le paysan qui a semé ce blé sait déjà ce qu'il va remettre sur ce champ dans dix ans, certes pas avec précision mais il a une détermination et il choisira en fonction des événements. Nous aurions été très déçus si le Conseil fédéral ne s'était pas exprimé sur sa politique à long terme. Face à l'opinion publique, que certains déstabilisent avec un peu trop de facilité, il faut porter avec simplicité les objectifs à court et à long terme et mais aussi concentrer notre effort sur l'EEE et la votation du 6 décembre.

Un effort énorme est à faire pour que chacun saisisse la portée de ce traité et il est souhaitable que nous ne perdions pas de temps à nous consulter comme si nous étions le nombril du monde. Il faut aller de l'avant et ne pas s'éterniser sur toutes les questions de détail sans quoi on prend le risque de ne plus rien réaliser du tout. Les grandes actions de l'histoire se sont plus souvent réalisées avec la foi en un objectif qu'avec la régulation de toutes les questions qui restaient pendantes.

Grendelmeier: Unsere Partei ist für die Integration, aber sie steht mit wenig Enthusiasmus hinter dem EWR-Vertrag, den sie als Umweg empfindet. Er ist aber offenbar, vor allem aus psychologischen und innenpolitischen Gründen, nicht zu vermeiden. Wir glauben, dass sich in einem Land, in dem sich seit 1945 nichts mehr bewegt hat, alles andere einen zu grossen Schock auslösen würde. In den EG-Ländern ist festzustellen, dass niemand versteht, worum es beim EWR überhaupt geht. Es braucht den EWR als ersten Schritt, damit wir uns vorbereiten können. Es schien uns in dieser hektischen Zeit wichtig, dass der Bundesrat, um Zeit zu gewinnen, so schnell wie möglich ein EG-Beitrittsgesuch stellte. Mit dem EWR kommen wir nun in eine Hetze, die die Leute überfordern könnte. Auch wir als Milizparlament sind mit den acht bis neun Kilogramm Papier, die uns zugestellt wurden, überfordert.

Mir fehlen beim EWR-Bericht die politische Dimension und Aussagen darüber, was bei einem Nein des Volkes geschehen würde. Der Hinweis auf die Neat ist eher eine Drohung als eine Argumentationshilfe.

Die Drohung von Herrn Eggly, dass Genf bei einem Nein allenfalls die Schweiz verlassen würde, ist nicht der angemessene Ton. Es sollte umgekehrt gesagt werden, dass eine Integration in Europa die Schweiz stärken und nicht schwächen würde, weil dann keine überschüssigen Energien mehr vorhanden wären, die in Röstigrabenkriege investiert werden könnten. Die Schweiz ist mit ihrer historischen Erfahrung des Aufbaus der Strukturen von unten nach oben bestvorbereitet auf das Abenteuer eines Staatenverbundes in Europa. Die Schweiz wird ein starker Staat mit einer starken Identität werden, wenn sie sich dieser Herausforderung stellt.

Präsident: Es geht nicht an, über die Menge der Akten zu klagen, vor allem nicht gegen aussen. Ausserordentliche Situationen, wie dies eine ist, erfordern ausserordentliche Anstrengungen unsererseits.

Steffen: Ich habe mir nach Durchsicht unserer Unterlagen zum EWR-Vertrag die Frage gestellt, ob die Schweizerische Eidgenos-

senschaft auf die Dauer als souveräner Staat überleben wird. Die Schweiz ist ein einmaliges Modell der direkten Demokratie, das weltweit Beachtung findet. Bürgerinnen und Bürger haben auf allen Ebenen etwas zu sagen.

Der EWR-Vertrag wird früher oder später zu einem EG-Beitritt führen, der irreversibel sein wird. Damit ist das demokratische Modell Schweiz bedroht. Es wird zu einem Souveränitätsabbau und zu einer Begrenzung des Neutralitätsbegriffes kommen.

Es ist falsch, jetzt noch am Röstigraben zu schaufeln und von Separatismus und Sezession im Falle einer Ablehnung des EWR-Vertrages zu sprechen. Ich beurteile die Gefahr eines Auseinanderbrechens der Eidgenossenschaft gerade gegenteilig: Wenn wir den Integrationsprozess gemäss den Intentionen des Bundesrates und der Verwaltung weiterführen, ist es durchaus möglich, dass die Schweiz wegen des verstärkten Föderalismus in Europa, wegen des "Europa der Regionen" auseinanderfällt. Die deutsche Schweiz würde sich mit dem alemannischen Raum zusammenschliessen, die welsche Schweiz mit Savoyen und Burgund, das Tessin mit Norditalien.

Ich fühle mich von den neun Kilogramm Akten in dieser kurzen Zeit überfordert. Dies ist mit ein Grund, dass ich dem EWR-Vertrag sehr kritisch gegenüberstehe.

Oehler: "Die Zustimmung zum Vertrag wird die Schweiz in die Armut führen, sie wird unserer Industrie Schaden zufügen und sie wird es uns verunmöglichen, im Ausland Geschäfte zu tätigen." - So wurde 1972 bei der Volksabstimmung zum EG-Efta-Freihandelsabkommen argumentiert. Die Gegnerschaft formierte sich damals ungefähr gleich wie heute. Der Schweiz ging es in der Folge wirtschaftlich besser.

(Zu Frau Grendelmeier) Es ist verantwortungslos, öffentlich zu argumentieren, der EWR sei möglicherweise notwendig, weil man sowieso etwas anderes wolle.

Herr Kappeler hat gestern die missliche Lage unserer Wirtschaft und der Arbeitskräfte dargelegt und gesagt, man müsse beitreten, um die Probleme zu lösen. Die Arbeitskosten liegen aber in Deutschland vier Prozent höher als bei uns, in Portugal fünfmal tiefer. Die Probleme werden sich eher verschärfen.

(Zu Herrn Eggly) Ihre politische Drohung oder Nötigung ist nicht nur schlechter Stil, sondern zwingt uns auch nachzudenken, was mit dem Land Schweiz in dem grossen Europa geschehen wird, wenn wir uns nicht den Brüsseler Entscheiden unterziehen. Anfang Woche hat Herr Strahm die Mieter aufgehetzt. Herr Blocher tut Ähnliches auf seiner Seite. Wieder andere reden, als ob es nicht um eine europäische Wirtschaftsorganisation, sondern um eine Umweltorganisation ginge. Ein Jahr EG kostet übrigens gleichviel wie der FA-18. Die Probleme müssen pragmatisch geregelt werden. Wir von den Grenzregionen betrachten die Fragen ganz anders als die übrige Schweiz. Die Fleischpreisdifferenz von 100 Prozent ist für uns ein Thema.

Aus den Erfahrungen der Vergangenheit ziehe ich den Schluss, dass die Zustimmung zum EWR-Vertrag nicht einfach ein weiterer Schritt, sondern der Vollzug von all dem ist, was wir in den vergangenen zwanzig Jahren miteinander und mit dem Ausland erarbeitet haben.

Mich wundert, wie der Bericht Hauser nachgerade zur politischen Bibel hochstilisiert und von niemandem, auch von der Wissenschaft nicht, hinterfragt wird. Es handelt sich lediglich um

ein Kapitel in unserem umfangreichen Material, nicht um die einzige Wahrheit.

Haller: Es wurde nun herausgearbeitet, dass bei der Beurteilung des EWR die Perspektive EG eine Rolle spielt, dass aber klargestellt werden muss, dass zuerst lediglich über den EWR-Vertrag abgestimmt wird. Angesichts der internationalen Entwicklung war der Bundesrat gezwungen, sowohl den EWR-Vertrag in diesem Tempo vorzulegen, als auch jetzt schon das Gesuch um EG-Beitrittsverhandlungen zu stellen. Es ist ihm dafür zu danken.

Ich bin für die Integration.

Bis jetzt wurden in der Kommission die Positionen "EWR und EG ja", "EWR und EG nein" sowie "EWR ja, EG nein" vertreten. Nicht vertreten ist aber eine ebenfalls mögliche vierte Position "EWR nein, EG ja", d. h. wirtschaftliche Integration nur gemeinsam mit der politischen Mitsprache. Diese Position müssen wir auch berücksichtigen.

Die EWR-Diskussion wurde bisher zu 95 Prozent mit innenpolitischen Argumenten geführt. Wir als Aussenpolitische Kommission sollten mindestens beim Integrationsbericht die aussenpolitischen Argumente stärker betonen. Es wäre für die anderen Staaten Europas, mit denen die Schweiz zusammenarbeiten will, völlig unverständlich, wenn die Schweiz den EWR ablehnen würde. Deshalb muss dem EWR in jedem Fall zugestimmt werden, auch wenn eigentlich eine direkte Integration befürwortet wird.

Innerhalb der EG geht der politische Wille offenbar in der Richtung, den Ausbau der demokratischen Institutionen erst nach der nächsten Beitrittsrunde in Angriff zu nehmen, also mit uns. Falls dies zutrifft, ist die Kritik an mangelnder Demokratie und mangelndem Föderalismus der EG kein Grund, nicht mitmachen zu wollen. Man hat offenbar begriffen, dass wir zu diesen Fragen etwas beizutragen haben.

Die Aussagen von Herrn Eggly waren vielleicht etwas zu scharf formuliert, aber es ist gut, dass er diesen Standpunkt klargestellt hat. Für mich als Deutschschweizerin stellt sich in einem gewissen Sinn die gleiche Frage, wie ich nach einem Nein weiterhin in dieser Schweiz leben könnte.

Wenn es in meinem Vokabular das Wort "Patriotismus" gäbe, dann würde ich unter echtem Patriotismus verstehen, dass man einen Sinn für interkulturellen Austausch hat. Wer in sich die Fähigkeit nicht hat, mit Menschen anderer Staaten einen Austausch zu pflegen, hat diese Fähigkeit auch nicht, wenn es darum geht, innerhalb der Schweiz multikulturellen Austausch zu üben.

Leute, die heute die europäische Integration ablehnen, können, provokativ gesagt, keine schweizerischen Patrioten mehr sein. Bezüglich des Referendums besteht im Konzept des Bundesrates ein grosser Denkfehler. Mit dem EWR kommt auf uns zu, dass die Rechtsetzung nicht mehr autoritativ von einem einzigen Gremium geschieht, sondern dass sie zu einem Prozessmechanismus im Austausch mit internationalen Organisationen wird. Künftige Gesetze werden dem Referendum unterstellt sein, und dies wird bedeuten, dass es unter Umständen ein mehrfaches Hin-und-Her geben wird. Dieser Lernprozess sollte bei der Initialzündung des EWR-Vertrages nicht ausgeschlossen werden. Es wäre erlaubt, alle diese Gesetze dem Referendum zu unterstellen.

Spinner: (Auf eine Frage von Herrn Frey Walter) Die Bundeskanzlei hat uns eine definitive Fassung der Botschaft bis Ende Monat versprochen.

Unterbruch der Sitzung von 12.10 bis 14.00 Uhr
La séance est interrompue de 12 h 10 à 14 h 00

Diskussion der Äusserungen von Bundesrat Ogi am österreichischen Fernsehen

Nabholz: Ordnungsantrag: Als ich heute morgen zu dieser Sitzung kam, konnte ich feststellen, dass bei Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen einige Konsternation über ein Interview herrschte, das Bundesrat Ogi am österreichischen Fernsehen gab und wo er sich zu den Flüchtlingsströmen aus Bosnien äusserte. Bei unserer Diskussion über allgemeine Europafragen sollten wir nicht vergessen, dass es in diesem Europa Gebiete gibt, wo man um ganz andere, existentielle Fragen kämpft. Ich habe deshalb den Präsidenten gebeten, Bundesrat Delamuraz Gelegenheit zu geben, zu der Haltung von Bundesrat Ogi aus der Sicht des Bundesrates Stellung zu nehmen.

Frey Walter: Gegenantrag: Bundesrat Delamuraz hatte wohl keine Gelegenheit, mit seinen Kollegen zu konferieren und kann nur persönlich Stellung nehmen.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag Nabholz	13 Stimmen
Dagegen	5 Stimmen

M. Delamuraz, conseiller fédéral: M. Ogi, dans une interview qui a eu lieu à midi, a précisé certaines choses, a regretté ce qu'il avait dit en ce qui concerne la co-responsabilité des populations et a rectifié l'intervention qu'il avait faite. Le Conseil fédéral a tenu à préciser par un communiqué qui sortira cet après-midi les points suivants:

L'interview accordé par M. Ogi a duré une quinzaine de minutes, la télévision autrichienne en a donné un court extrait et par conséquent la vue complète ne pouvait apparaître clairement. Le Conseil fédéral n'a pas à se porter en juge, M. Ogi ayant de lui-même voulu corriger deux expressions qui avait été retenues. Nous voulons simplement rappeler que le Conseil fédéral n'a jamais suivi une politique du "Das Bot ist voll". Nous avons déjà hébergé un grand nombre de Yougoslaves, beaucoup plus que l'Autriche ne le fait, et nous examinons actuellement, dans le sens d'un geste humanitaire, la possibilité de faciliter l'entrée en Suisse de certaines catégories de personnes, par exemple les orphelins. La Suisse participe activement aux conférences multilatérales qui ont pour but d'aider les réfugiés yougoslaves.

Le Conseil fédéral estime que l'effort principal doit porter sur l'aide sur place, il a approuvé il y a quelques jours un crédit supplémentaire de 10 millions de francs. Actuellement deux Suisses se trouvent à Zagreb pour examiner les aspects logistiques de l'aide aux réfugiés sur place.

Voilà qui situe l'environnement général que le gouvernement porte à cette question sur laquelle M. Ogi n'a apporté que quelques flashes dans le temps qui lui était imparti. Nous

considérons que ces précisions répondront aux questions qui ont été posées.

M. Ruffy: La Suisse accueille-t-elle véritablement plus de réfugiés yougoslaves que l'Autriche à la suite du conflit actuelle?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Non je ne peux pas vous l'affirmer, c'est plutôt le contraire. En revanche il y a une très forte présence yougoslave en Suisse et elle est numériquement plus importante qu'en Autriche.

Fortsetzung der Beratung

M. Ziegler Jean: Le parti socialiste est assez divisé. Les préoccupations de Mme Bär et de M. Rebeaud sont celles de beaucoup de députés de gauche qui veulent une Europe digne de son identité, une Europe de la culture, des régions, des peuples et qui s'inscrirait dans la tradition de Denis de Rougemont. Nous ne l'aurons pas. Le grand capital financier a décidé à un moment de son histoire qu'il avait besoin d'un grand espace, des quatre libertés et la rationalité marchande l'a imposé. Les mouvements sociaux, les partis politiques et les Etats nationaux n'ont strictement rien à dire dans cette opération d'intégration et d'unification. Nous ne faisons que formaliser ce qu'un autre acteur nous impose: la rationalité marchande, la logique inhérente au capital devenu monopolistique et multinational. Nous sommes là pour mettre en forme ce que d'autres ont décidé.

Pourquoi suis-je pour l'EEE et l'étape suivante? J'espère que les cartels et la monopolisation bancaire seront brisés chez nous et que la démocratie en profitera.

Tout le monde tombe sur la bureaucratie de Bruxelles. Il faut se rappeler que dans l'histoire des institutions en Europe, la naissance de la bureaucratie au Haut Moyen Âge et des premiers fonctionnaires, qui n'étaient pas liés par un lien féodal mais qui agissaient en fonction du pouvoir constitué, a été un progrès. Je pense que les 17 commissaires et tout l'appareil bureaucratique de Bruxelles sont un progrès pour le bien publique face aux forces sauvages du capitalisme financier, industriel, commercial tel qu'il se développe en Europe. Il faut être pour la bureaucratie, contre l'événementialité libre de ce capitalisme. S'il y a une chance de réforme, c'est dans la dialectique avec la bureaucratie supranationale que nous gagnerons un petit peu de liberté.

Je me rallie à la question de Mme Haller. Tant de directives ne sont pas exécutées dans la CE, ne sont pas appliquées; il y a un flou extraordinaire. Pourquoi dès lors exclure le référendum dans l'EUROLEX? Pourquoi ne pas profiter de ce flou? Cet aspect du référendum va vous coûter la votation du 6.12.1992.

La Suisse a des négociateurs remarquables. Il y a quelques temps, M. Blankart nous a dit triomphalement que nous avions obtenu ce fameux accord EEE et qu'il n'était, en quelque sorte, qu'un accord douanier. Il en était très fier à juste titre. Le Conseil fédéral reste dans la stratégie des étapes, EEE puis adhésion à la Communauté. Il est en contradiction flagrante avec lui-même si le 6 décembre il dit au peuple qu'il ne risque rien, qu'il ne s'agit que d'un accord douanier de

libéralisation, et qu'un peu plus tard il lui demande de renoncer à la souveraineté, etc. Allez-vous maintenir cette interprétation de l'EEE? Allez-vous l'interpréter différemment? et si oui de quelle façon?

Après le non danois, les Douze n'ont pas pris une position claire, notamment ils n'ont pas dit si ce non signifie à terme l'exclusion des Danois de la Communauté ou s'il est concevable qu'un pays ne franchisse pas l'étape de Maastricht avec le principe de subsidiarité, la monnaie unique, etc. Serait-il possible que la Suisse entre dans la Communauté et ne fasse que quelques pas avec elle, en excluant Maastricht?

Fischer: Ich werde gegen das EWR-Abkommen stimmen. Ich glaube, dass wir weder bei einem Ja noch bei einem Nein in eine Staatskrise geraten werden. Das Volk wird, wie bisher, das richtige Gespür haben.

Ich beurteile den EWR-Vertrag vor allem aufgrund meiner skeptischen Haltung gegenüber den Entwicklungen in Europa negativ. Alles ist im Fluss. Wir wissen nicht, wie Europa in vier Jahren aussehen wird. Das Modell von Maastricht wird in Westeuropa neue Probleme schaffen, die erst in einigen Jahren sichtbar werden. Es fragt sich, ob wir als Kleinstaat mit unserer Neutralität und unserer Stellung in der Welt dabei mitmachen sollen. Die Politiker und Diplomaten Europas sind von diesen neuen Entwicklungen zu stark beeindruckt und wollen die neuen Ziele zu schnell ansteuern. Dies wird in eine Sackgasse führen. Am Ende werden die paar grossen Länder die Machtkonstellation beherrschen.

Bei den Argumenten, die für den EWR sprechen, wird von sehr vielen Annahmen und Mutmassungen ausgegangen, die eintreffen können oder auch nicht. Zu kurz kommt das Aufzeigen eines "dritten Weges" ausserhalb der Modelle EWR und EG. Dies wäre nicht einfach ein Alleingang, sondern es wären gewisse Stärken vorhanden, wenn pragmatisch und mit bilateralen Abkommen vorgegangen würde. Dies scheint aber in der Bundesverwaltung gegenwärtig nicht zur Diskussion zu stehen, weil die vorgefasste Meinung besteht, dass nur die Integration den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes bringen kann.

In letzter Zeit wurden wir mit verschiedenen Untersuchungen konfrontiert, die zeigen, dass gewisse Fragen im Vorfeld des EWR-Vertrages zu wenig seriös aufgearbeitet und abgeklärt wurden. Generell kommt der "dritte Weg" überall zu kurz.

Der institutionelle Teil des EWR-Vertrages ist schwach. Dabei geht es mir weniger um den Teil, der durch den Vertrag abgedeckt wird, sondern um die Tatsache, dass in dem neugeschaffenen grossen Wirtschaftsraum ein grosser Harmonisierungsdruck bestehen wird. Wir haben kein echtes Mitspracherecht, sondern lediglich ein Anhörungsrecht und ein Vetorecht, dessen Ausgestaltung problematisch ist. Wenn wir den EWR-Vertrag als mehr als nur ein Übergangswerk für die nächsten dreivier Jahre betrachten, dann kommt dessen ganze Schwäche zum Ausdruck.

Ich messe dem Eurolex bei der öffentlichen Diskussion grössere Bedeutung zu als dem Vertrag, da einige ganz wesentliche politische Änderungen vorgenommen werden sollen. Zum Teil sollen Dinge, die in der Vergangenheit von Volk und Parlament abgelehnt wurden, nun auf diesem Weg schweizerisches Recht werden. Ich hoffe, dass dem bei den Beratungen genügend Beachtung ge-

schenkt wird, denn dies ist es, was das Volk konkret betrifft und interessiert.

Mme **Aubry**: Je ne serai pas aussi pessimiste que M. Fischer-H. La perfection n'existe pas dans un contrat de mariage, chacun doit prendre certains égards pour l'autre et y mettre beaucoup de bonne volonté. Cet accord est bon grâce au niveau élevé de nos négociateurs et je les remercie. J'ai été hésitante face à l'EEE, ils ont réussi à me convaincre.

Ce qui me tient à coeur, et qui peut-être m'a décidé à entrer en matière, c'est la situation économique actuelle avec le taux de chômage. Les gens regardent de plus en plus vers l'Europe, où le taux de chômage est certes plus élevé, mais il y a une lueur d'espoir puisqu'un grand marché ouvre de nouvelles possibilités.

Au niveau de la formation, les échanges qui ont déjà eu lieu grâce aux négociations, et qui vont s'intensifier sont nécessaires pour la main d'oeuvre qualifiée. Nous en avons besoin pour le développement futur de notre Suisse vieillissante. Nous devons vendre ce message d'espoir au peuple le 6 décembre et peut-être déjà au Parlement. Il nous apportera également l'obligation de nous adapter au transit et aux transports internationaux ce qui est une ouverture.

Une majorité commence à se détacher dans la population, on se dit EEE oui mais peut-être pas plus loin.

(à M. Eggly) Si quelqu'un peut être choqué du mot séparatisme, c'est moi, car je sais ce qu'il a coûté au canton de Berne, à ma région et à la Suisse. Vous êtes allé un peu loin, mais les irréductibles qui parlent contre l'Europe, qui sont aussi un bloc économique de Zurich, n'ont pas toujours eu les égards voulus pour d'autres régions de Suisse déjà très ouvertes à l'Europe. Un refus à l'EEE ne serait pas une séparation mais certainement un malaise énorme, un fossé qui se creuserait et une blessure peut-être inguérissable.

M. Delamuraz a été rassurant en disant que nous devons garder intacte notre choix souverain. En lisant le message du Conseil fédéral, M. Frey Claude a décelé un problème, j'y ai lu quelque chose de rassurant. Le 2me paragraphe de la page 53

(l'appartenance à l'EEE n'implique aucune adhésion des pays de l'AELE à la finalité politique de la CE, ...etc) doit être utilisé et répété dans toutes les informations. Il est capital car on mélange un peu Maastricht et l'EEE. En dissociant les deux dossiers vous n'aurez pas contre vous ceux qui sont contre l'adhésion à la Communauté, parce que les craintes de la population viennent davantage de la CE que de l'EEE. Je me battraï pour l'EEE et j'accepte l'entrée en matière.

Bäumlin: Die Integration ist ein überwältigender Vorgang, der mich persönlich zeitweilig richtig lähmt. Ich stelle fest, dass es den Leuten an der Basis ganz ähnlich ergeht. Das Volk hat Angst. Die Volksabstimmung wird sehr wichtig sein. Wir müssen sagen können, was bezüglich der Abstimmung das Beste ist. Die Leute wissen nicht, wem sie glauben sollen, wenn Bekenntnisse abgelegt werden, oder wem sie sich unterziehen müssen, wenn gedroht wird.

Die Schweiz ist, gemessen an den grossen Wirtschaftsräumen, ein kleines Biotop. Wir wissen, was geschieht, wenn sich die Frösche über die grosse Strasse von einem Biotop ins andere be-

geben wollen. Der Integrationsprozess stellt einen Modernisierungsschub dar, wie es wohl noch nie einen in dieser Masse gegeben hat. Modernisierungsschübe sind schwer zu verkraften und tun weh.

Wir müssen bei der Behandlung der Botschaft zum EWR möglichst konkret werden. Beim Eurolexprozess macht mir die grosse Regelungsdichte Angst. So wird zum Beispiel immer wieder gesagt, die Agrarpolitik werde vom EWR nicht oder nur ganz wenig berührt. Über den Saatguthandel und andere Bereiche wird die Landwirtschaft aber sehr direkt betroffen. Es scheint, dass sogar die Interessenvertreter sich dessen wenig bewusst sind. Gerade dieser Teil der Botschaft ist übrigens in französischer Sprache abgefasst. Die Volksabstimmung kann nicht gewonnen werden, wenn nicht absolute Transparenz herrscht.

Ich bin für Eintreten auf die EWR-Vorlage, weiss aber noch nicht, was ich letztlich stimmen werde. Den EG-Beitritt finde ich eher besser als den EWR.

Scheidegger: Ich gehöre zu den Bannerträgern der Euroinitiative, die vorzeitig landete. Ich bin zu einem überzeugten Anhänger des EWR geworden, weil mehr einfach nicht machbar ist. Bundesrat und Verwaltung waren kreativ. Wege wurden vorgezeichnet. Es ist nun an uns, weitere Zeichen zu setzen. In der Bevölkerung ist viel Angst vorhanden. Folgendes Zitat von Herrn Roquet finde ich zutreffend: "Gewiss ist es dafür, wie die Schweiz in zehn, zwanzig oder fünfzig Jahren aussehen wird, alles andere als gleichgültig, ob sie Mitglied oder Aussenseiter der Europäischen Gemeinschaft ist. Doch dass sie in der einen wie in der anderen Rolle integral gefährdet wäre, das ist doch höchst unwahrscheinlich. Auch als Aussenseiter könnte es ihr in einem vereinten Europa gut gehen, vorausgesetzt, sie würde in Spezialität, Qualität und Produktivität ihrer Wirtschaft einen europäischen Spitzenrang behalten. Auch als Insider könnte sie ihren speziellen Status, ihre Eigenart und ihren Rang behalten, vorausgesetzt, sie würde europäischen Durchschnitt nicht als ausreichend für sich akzeptieren. Denn besser, und damit anders sein als andere, gestatte auch das vereinte Europa. Schlussfolgerung: die Propheten des Unheils irren sich alle, wenn wir es wollen - wollen wir es?"

Für mich ist die EG - und der EWR als Trittbrett dazu - eine Antwort auf weltweite makroökonomische Herausforderungen. Nur wenn wir diese bestehen, können wir auch die Anliegen von Frau Bär und Frau Bäumlín, die in Richtung Natur und Humanismus gehen, auch erfüllen. Die EG ist ein Gegenpol zu den USA und zum asiatischen Becken. Für mich kommt der Alleingang nicht in Frage. In unserem Kanton sind wir von Desinvestition betroffen. Die Industrie geht in den EG-Raum, weil sie auf diesen grossen Markt angewiesen ist. Bei uns steigt die Arbeitslosigkeit stetig an.

Die Zinsinsel Schweiz ist ohnehin längst keine Realität mehr. Mit den Argumenten des Wohnungsmarktes zu spielen, wie dies gestern hier gemacht wurde, finde ich sehr gefährlich.

Ich stehe hinter dem Konzept des Bundesrates zum EWR. Ich betrachte ihn aber weder als Fitnesslager noch als Verlobung, sondern als Stufe, die auch für sich alleine stehen kann. Ich bedaure es, wenn zwischen EWR und EG ein zu enger Link gemacht wird.

Zum Bericht "Europäische Integration und ökologische Folgen für die Schweiz"

Präsident: Dieser Bericht, der im Auftrag des Buwal erarbeitet wurde, wurde vom Bundesrat gestern zur Kenntnis genommen. Wer geben den Autoren Gelegenheit, ihn hier zu präsentieren.

Chr. Hanser, Firma Brugger, Hanser und Partner: (Folien zum Referat siehe Anhang 1) Ich freue mich, Ihnen das Werk vorstellen zu dürfen, das die Büros Ecosens AG (Brüttisellen), BHP (Zürich) und IPSO (Zürich) in den letzten vier Monaten erarbeiteten. Wir erhielten Ende Dezember 1991 den Auftrag für eine Studie zum Thema "Ökologische Folgen der europäischen Integration auf die Schweiz". Es handelt sich um die schwierigste Fragestellung, die unser Büro je bearbeitete. Ich kann Ihnen deshalb nicht einfach eine "Wahrheit" präsentieren. Wir haben einen Anfang gemacht und konnten einiges systematisch ordnen, aber wir glauben, dass das Thema in verschiedenen Bereichen noch wesentlich vertieft werden sollte. Wir stehen am Beginn eines Prozesses.

Es war eine Vorgabe, die drei Szenarien Alleingang/EWR-Vertrag/EG-Mitgliedschaft auseinanderzuhalten. Die Szenarien EWR resp. EG sind einigermaßen fassbar. Weit schwieriger ist der Fall des Alleinganges. Es gibt die Extreme Borner (absolute Isolation) resp. Hauser (punktuelle autonomer Nachvollzug). Wir hatten die Vorgabe, uns an Hauser zu orientieren. Dies bedeutet für das Ergebnis, dass der Vergleich der drei Varianten kleine Unterschiede ergibt. Bei einer anderen Definition des Alleinganges wären die Resultate deutlicher ausgefallen.

Methodik (Folie 3): Unsere Szenarien beginnen auf der Ebene Europa mit dem Binnemarktprogramm, das eine Herausforderung darstellt, auf die die Schweiz reagieren muss. Auf einer zweiten Ebene folgt deshalb die Integrationspolitik Schweiz und als Teil davon die Umweltpolitik. Bei den Effekten der Integrationspolitik bezüglich der Anpassung der Umweltpolitik sind zwei Typen von Wirkungen auseinanderzuhalten: rechtliche Anpassungsprozesse resp. wirtschaftliche Effekte (im homogenen Markt können Unternehmen ihre komparativen Vorteile besser nutzen; es wird mehr Verkehr geben u. a. m.). Aus diesen Wirkungszusammenhängen können dann in einem zweiten Schritt die Effekte auf die Umwelt abgeleitet werden.

Die Untersuchung hat nicht zum Ziel, z. B. die Frage des NOx-Ausstosses in verschiedenen Varianten zu beantworten. Interessanter als die absoluten Werte sind die Unterschiede zwischen den verschiedenen Varianten.

Szenarien machen im Unterschied zu Prognosen keine quantitativen Aussagen mit Eintretenswahrscheinlichkeiten. Die Stärken von Szenarien liegen darin, dass verschiedene Dimensionen einbezogen werden können und dass das Gewicht auf Wirkungszusammenhänge gelegt werden kann. Ihre Schwäche ist, dass die Gewichtung unterschiedlicher Wirkungszusammenhänge oft sehr schwierig ist, weil die Quantifizierung fehlt.

Die untersuchten Themenfelder sind in Folie 5 dargestellt. Es gibt Wirkungsbereiche Landwirtschaft, Arbeitsmarkt, Industrie- und Dienstleistungsstandort. Sie stehen in einem Zusammenhang mit der Einkommenserzielung in der Schweiz. Aus sinkenden Preisen und steigenden Einkommen ergeben sich Effekte auf das Konsumverhalten. Miteinbezogen wurden auch die Themenfelder Ener-

gie, Verkehr, Freizeit/Tourismus. Im folgenden geht es um die Synthese, d. h. um die Umlegung der wesentlichen Effekte auf die wesentlichen ökologischen Dimensionen (Raum, Boden, Wasser, Luft, Biosphäre).

Die Zeit von vier Monaten für die Erarbeitung der Ergebnisse war sehr kurz. Auch bei mehr Zeit wäre aber das Problem bestehen geblieben, dass die Zukunft nicht voraussehbar ist. Die Studie versteht sich als eine erste Auslegeordnung. Sie zeigt denkbare Entwicklungen auf und versucht, diese plausibel zu begründen. Sie will eine Denkhilfe sein. Eine Stärke ist, dass die Probleme interdisziplinär angegangen werden. Die Studie ist kein Plädoyer pro oder kontra Integration. Sie enthält für beide politischen Lager gewisse Argumente. Sie ist auch kein Öko-Eurolex-Programm. Es wird auf Handlungsbedarf und Handlungsspielräume hingewiesen.

Auswirkungen auf die Landwirtschaft als Beispiel für die Ergebnisse: Aus dem EWR-Vertrag ist die Landwirtschaft ausgeklammert. Alleingang und EWR-Vertrag können deshalb weitgehend gleichgesetzt werden. Das heisst aber nicht, dass nichts geschieht. Die Landwirtschaft hat durch den 7. Landwirtschaftsbericht ein kleines Liberalisierungsprogramm verordnet bekommen. Auch das Gatt wird Folgen haben. Im Falle eines EG-Beitrittes würden sich die Anpassungen stark beschleunigen. Es käme zu Einkommenseinbussen in der Landwirtschaft, die voraussichtlich nur zum Teil durch Direktzahlungen ausgeglichen würden. Es werden sich regional deutlich unterschiedliche Effekte ergeben. In allen Zonen (Tal- /Hügel- /Berggebiet) ist mit Preiseinbussen zu rechnen. Die Direktzahlungen werden nur im Berggebiet annähernd ausreichend sein. Es wird zu zunehmender Betriebsgrösse/-abnehmenden Betriebszahlen und zu einer Konzentration auf die besten Produktionsflächen kommen. Es müssen grössere zusammenhängende Flächen bewirtschaftet werden, was zu einer Aufhebung kleinerer Parzellierungen führt, was ökologisch nicht wünschenswert ist. Die wesentlichen Effekte sind im Hügelgebiet absehbar. Es wird notwendig sein, eine neue Vision zu entwickeln.

Als Beispiel für die synthetische Betrachtungsweise möchte ich die Auswirkungen auf die umweltrelevante Dimension Luft aufzeigen. Aufgrund der revidierten Luftreinhalteverordnung wird die Luftqualität insgesamt wohl eher besser. Die zu erwartenden szenariospezifischen Unterschiede sind vergleichsweise klein. Eine bemerkenswerte Ausnahme ergibt sich bei der NOx-Belastung, die unter anderem vom Ausstoss des Verkehrs abhängt. Hier sind die szenariospezifischen Unterschiede deshalb gross. Beim Binnenverkehr ist für EWR- und EG-Szenario mit einer verstärkten Agglomerationenbildung und damit mit mehr Pendelverkehr zu rechnen. Für den Ziel- und Quellenverkehr lassen sich keine szenariospezifischen Unterschiede feststellen. Im Transitverkehr ist mit einer stark ansteigenden Belastung zu rechnen. Diese hängt weniger von den Szenarien als vielmehr vom Zustandekommen der Neat und der künftigen EG-Verkehrspolitik ab. Für Freizeit/Tourismus ist mit mehr Konsum und damit mit mehr Verkehr zu rechnen.

Die Untersuchung zeigt als wohl wichtigstes Ergebnis, dass die ökologisch relevanten Entwicklungstrends in allen drei Szenarien ähnlich verlaufen. Es sind keine markanten Trendbrüche festzustellen. Die Umweltbelastung wird in jedem Fall weiter zunehmen. Wenn wir davon ausgehen, dass es Belastungsgrenzen

gibt, dann ist anzunehmen, dass diese früher oder später in jedem Fall erreicht werden, wenn keine politischen Interventionen erfolgen. Sustainable Development ist in keiner Variante in Sicht.

Die Umweltsituation in der Schweiz ist nicht primär eine Folge des Alleinganges, des EWR-Vertrages oder des EG-Beitrittes. Es besteht in jedem Fall ein grosser ökologischer Handlungsbedarf.

Frey Walter: Im Jahr 2000 wird der Verkehr bei NOx nicht mehr der Hauptverursacher sein.

Diese Studie, die im Auftrag des Buwal erstellt wurde, wurde sehr rasch publiziert und wird einer offiziellen Stellungnahme zu der angesprochenen Problematik gleichgestellt. Wie bewertet der Bundesrat die Studie und den Umgang damit? Warum hat das Buwal diese Arbeit nicht selbst durchgeführt? Gibt es alternative Studien? Wie viel kostete die Studie den Bund?

Vollmer: Es ist erstaunlich, dass sich zwischen den verschiedenen Szenarien nicht grössere Unterschiede feststellen lassen. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, dass die Studie Hauser als Basis diente. War diese Vorgabe zwingend und sinnvoll?

Moser: Letzlich wird die Studie doch nur dazu benützt, zu behaupten, die Schweiz könne sich einen ökologischen Alleingang nicht leisten, wie dies der Buwal-Direktor bereits gesagt hat. Dies entspricht nicht dem Auftrag.

M. Rebeaud: Je n'ai pas encore lu tout le rapport, mais c'est vrai que c'est déconcertant. On se demande ce qui se passerait si par exemple il y avait une augmentation du prix du pétrole, ou s'il y avait un problème dans une centrale nucléaire. Ce qu'on attendait de ce rapport était pure illusion. Finalement l'évolution de l'économie, les rapports de production et l'augmentation des transports sont des facteurs qui sont vus comme normaux. On tient peu compte de la menace institutionnelle en Suisse et dans la Communauté, surtout si le trafic au lieu de passer à travers la Suisse peut passer à côté.

Avez-vous examiné si une participation de la Suisse à la Communauté aurait des effets sur l'environnement dans les pays voisins ou dans l'espace autour de la Suisse? L'Europe, du point de vue écologique, a-t-elle intérêt à une non-participation de la Suisse ou au contraire à sa participation à la CE?

Bircher Silvio: Wurden die Umweltschutzbestimmungen des EWR einbezogen?

M. Berger: L'économie agricole, liée à la question de l'environnement, ne sera pas entièrement intégrée. Avec l'ouverture de nos frontières je ne vois pas comment les gens qui exploitent pourront rester indéfiniment dans une situation marginale. Quelle assurance peut-on avoir du Conseil fédéral qu'une intégration au même titre que les autres branches de l'économie puisse être garantie?

Hanser: Die Studie Hauser wurde uns als Grundlage vorgegeben. Hauser hatte diese Studie nicht alleine gemacht, es arbeiteten rund 20 Ökonomen mit. Die Elite der schweizerischen Ökonomen war daran beteiligt. Natürlich gibt es auch Gegenstimmen. Es bestanden keine operablen Alternativen zu Hauser, und es war nicht möglich, noch einmal bei Null anzufangen. Es gibt aber natürlich andere ökonomischen Denkschulen. Die einen sagen, durch Integration werde wesentlich mehr Wachstum erzeugt. Es besteht auch ein Schwarzbuch eines bekannten Ökonomen, der die These vertritt, dass alles Wachstum durch neu entstehende soziale Kosten aufgefressen werde. Grenzüberschreitende Umwelteffekte haben wir nicht miteinbezogen. Es ist festzuhalten, dass Transitverkehr durch die Schweiz für Europa ökologisch interessant ist, da Umwegfahrten durch andere Länder vermieden werden. Solche Fragen waren nicht Bestandteil unseres Auftrages. Wir haben die relevanten Umweltbestimmungen des EWR miteinbezogen, auch wenn unser Schwergewicht bei den wirtschaftlichen Effekten lag. (Auf eine Frage des Präsidenten) Für das Szenario Alleingang wurde vorausgesetzt, dass in der Schweiz intern wesentliche Änderungen der Wirtschaftsordnung vorgenommen würden.

Herr Hanser wird verabschiedet.

Frey Walter: Es ist politisch sehr bedenklich, wenn die Regierung Expertenberichte veröffentlicht, ohne klar zu machen, wie sie zu den Resultaten steht. Dies führt zu einer Expertokratie.

Vollmer: Wurde der Auftrag zu dieser Studie wirklich erst vor sechs Monaten erteilt?

Bär: Das Postulat, das eine solche Studie verlangte, und zwar gleich seriös wie die Hauser-Studie, wurde vor zwei Jahren vom Parlament überwiesen. Ich bin befremdet darüber, wie dieses wichtige Problem angegangen wird.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Un postulat, accepté au Conseil national, demandait qu'une étude soit établie en fonction de l'évolution institutionnelle possible de l'Europe. (à M. Rebeaud) Les conséquences peuvent être totalement différentes en choisissant tel ou tel domaine. Par exemple pour le commerce extérieur, la libre circulation des marchandises ou des services, qu'il y ait un EEE ou pas, cela change tout. En revanche dans des domaines comme ceux-là l'aspect institutionnel est proportionnellement beaucoup moins déterminant.

(à Mme Bär) Cette étude ne pouvait être commandée qu'au moment où l'on savait ce que serait l'EEE et à la rigueur de la sécurité, on aurait dû attendre le 2 mai de cette année, la signature de l'accord, avant de commander une étude sur les effets possibles de ce traité. C'eut été pousser le pointillisme trop loin, c'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral n'a pas attendu cette dernière extrémité, mais il ne pouvait pas engager cette étude plus tôt dans la mesure où l'allure générale de l'EEE était encore dans le flou. Le Conseil fédéral a chargé le DFI de commander cette étude. Elle doit constituer un élément d'appréciation parmi d'autres qui

viennent compléter la documentation sur laquelle vous avez à vous prononcer; il en allait de même de l'étude Hauser pour les aspects plus particulièrement économiques et qui, elle, avait une signification plus grande à cause du genre et de la nature de cette étude. Il n'était pas nécessaire que le Conseil fédéral reprenne à son compte une telle contribution, qu'il en fasse un rapport du Conseil fédéral muni du label. C'est un rapport qui porte la responsabilité des mandataires qui l'ont accompli et qui ne porte pas la marque estampillée du Conseil fédéral.

(à M. Frey Walter) On n'aurait pas compris que cet examen qui apporte un certain éclairage au problème reste entre nantis et qu'il ne soit pas publié. Le Conseil fédéral a pris connaissance de ce rapport, il ne l'a pas formellement approuvé.

Herr Frey Walter zeigt sich von der Beantwortung seiner Fragen unbefriedigt.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: (à M. Frey Walter) Il n'est pas interdit au directeur de la Division principale Protection des eaux et du sol (BUWAL) de considérer ce rapport, de son point de vue, comme convenable dans sa démarche et dans ses conclusions. Le Conseil fédéral n'a pas poussé des hauts cris quand il a pris connaissance de ce rapport et il ne s'en est pas distancé, mais il n'en a pas fait un rapport du Conseil fédéral. Il y a des hiérarchies à établir. Le Conseil fédéral a écrit un message de plusieurs centaines de pages et un rapport d'intégration, c'est son oeuvre et il n'y a pas une virgule qui ne porte pas l'aval du Conseil fédéral dans ce domaine. Il y a toute une série d'études circonvoisines que le Conseil fédéral ne désavoue certes pas, mais qui ne portent pas sa marque, et qui sont néanmoins dignes d'intérêt, de publication et de prise en compte pour une appréciation plus large.

M. Kellenberger me dit que cette étude aurait coûté 300'000 francs, je confirmerai ce chiffre par écrit.

Fortsetzung der Eintretensdebatte

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Je tenterai de me limiter au débat d'entrée en matière sur l'EEE, je ne pourrai pas éviter ici ou là quelques incursions plus générales dans le domaine de notre politique européenne même si nous aurons l'occasion de réapprofondir le sujet lors du débat sur le 3me rapport d'intégration.

Date de la votation populaire. La date actuellement fixée au calendrier de nos activités est le 6 décembre 1992. Que cette date puisse être tenue ou non, seule l'évolution du débat parlementaire permettra de le dire. Le Conseil fédéral répondra à la lettre de la Commission institutionnelle mercredi prochain. Cette réponse sera connue de tous les membres de votre commission. Le Conseil fédéral ne pourra déterminer si la date du 6 décembre sera maintenue qu'au moins après la session extraordinaire d'août. L'allure générale et le tempo des affaires pourront se préciser et nous serons à même d'y voir plus clair. Il n'y aura pas de mauvaise surprise au dernier moment qui mettrait dans l'embarras les secrétariats des partis et les différents comités. La plus grande surprise serait que

la date du 6 décembre ne soit pas tenue et qu'on doive pour des raisons d'accomplissement du débat démocratique choisir une date ultérieure. Elle ne se situerait alors pas dans le sens d'un raccourcissement des délais, mais dans le sens d'une prolongation. Je souhaite que nous puissions en rester à cette date. Si la procédure réclame davantage de temps à cause de l'évolution du débat public et parlementaire, le Conseil fédéral saura en tirer les justes conclusions. Le Conseil fédéral jugera souverainement, il n'est pas sous pression des gouvernements étrangers.

Procédure intérieure. Lorsque l'idée a été lancée de systématiser les relations des pays de l'AELE avec la Communauté, sans parler alors d'adhésion, le Conseil fédéral a saisi cette idée. Il s'est exprimé à ce sujet à la session de mars 1989 pour dire qu'il entendait saisir cette proposition d'ouvrir des discussions qui déboucheraient peut-être sur des négociations. Je n'ai à l'époque mesuré aucun avis au Parlement qui interdise au Conseil fédéral de choisir cette voie. On a entendu des appréciations sur ce que pourrait ou ce que devrait être le résultat de négociation future quant au contenu, à l'équilibre, à la partie institutionnelle et substantielle du traité, mais nous étions bien au clair sur le principe d'ouverture d'une négociation. Le résultat est maintenant connu, le Conseil fédéral a jugé pouvoir parapher et signer ce traité. Selon les procédures démocratiques de notre pays, il doit maintenant le soumettre à votre ratification et à la confirmation populaire ultérieure.

Contrairement à certains pays où il suffit que le gouvernement dépose un rapport d'une douzaine de pages au Parlement pour le saisir de la ratification, les procédures intérieures suisses exigent que le Conseil fédéral place en vos mains l'ensemble de l'instrument. Ne nous faites pas le reproche que ce message est trop volumineux, c'est dans les règles que nous jouons pleinement et clairement et que nous ne laissons rien dans l'ombre. On a ajouté au poids du fardeau en voulant par surcroît de clarté un rapport d'intégration pour donner une vue perspective plus large et plus lointaine de toute la démarche, et les deux paquets EUROLEX, pour les raisons que j'ai expliquées ce matin. Nous sommes du point de vue de la procédure et de la démarche interne exactement dans ce que commandait le jeu des institutions parlementaire, gouvernementale et populaire. Je suis navré de vous avoir ainsi chargé les bras, je regrette de surcroît que le volume de cette matière vous oblige à travailler sur une matière panachée et non pas sur les traductions. M. Spinner vous a dit que les éditions parfaites seront en vos mains à la fin du mois, j'ai pu vérifier moi-même que la Chancellerie fédérale travaillait littéralement jour et nuit à la mise au point des traductions. Elles ont leur importance dans notre pays et vous n'aurez pas à prendre vos décisions finales sur la base de textes panachés mais bien de textes parfaits comme l'exige la loi.

Si à la lecture des documents dans chacune des langues officielles, il devait apparaître pour l'un ou l'autre d'entre vous qu'une matière n'a pas été couverte par l'édition panachée et que l'édition nouvelle le conduit à de nouvelles questions, le Conseil fédéral sera prêt, à tout moment de la procédure, de rouvrir les débats pour répondre aux questions complémentaires

qui pourraient surgir de la lecture des textes définitifs jusqu'à la veille de l'ouverture des débats au plénum.

Substance. Un traité international, multilatéral, de l'ambition de celui-ci, n'a pas la prétention de porter en lui-même tout le bonheur futur du peuple suisse. Le Conseil fédéral considère que ce traité est bon, qu'il présente des responsabilités, des charges pour nous, mais qu'au total le cadre qu'il permet de fixer comporte une somme d'avantages plus considérable que la somme des inconvénients et des charges. Il ne s'agit que d'un règlement de droit international, d'un cadre juridique international. Ce que les Suisses mettront dedans, ce que les 18 autres partenaires de l'EEE y mettront, n'est plus le rayon ni du Conseil fédéral ni du Parlement, c'est le rayon des Suisses, des responsables de nos activités économiques, scientifiques et culturelles. Ce traité, qui fixe selon le Conseil fédéral de meilleures conditions pour l'avenir du pays, sera bon et très bon si les Suisses travaillent pour en remplir le cadre, il sera lettre morte et même mauvais si les Suisses sont anémiés, si leur économie, les responsables de toutes leurs activités ne lui donnent pas un contenu et une substance. Le traité en lui-même n'est ni un miracle, ni une calamité, il sera une aubaine positive si nous savons le remplir, il sera inopérant voire négatif si on a perdu dans ce pays tout courage de faire mieux, de s'engager, de s'ouvrir pour élargir la concurrence et la compétition. Si on pense que le bonheur passe par un repli sur soi-même, par la mise sous cloche à fromage de tout le territoire de la Confédération et de toutes ses activités, alors ce n'est pas ce traité qui aidera. La chance doit être saisie de vouloir une Suisse ouverte dans des temps où précisément l'ouverture est le sort de tous les peuples de la terre et singulièrement des peuples et des pays industrialisés de l'Europe et de l'Europe occidentale plus particulièrement.

Le Parlement, s'il ratifie ce traité, permet à la Suisse de demain de s'exprimer d'une manière plus ouverte et plus coopérante qu'avec les institutions d'aujourd'hui.

(à M. Frey Walter) Ce traité a abouti, le mandat de négociation a été atteint. Obtenir une participation la plus complète possible au marché intérieur, tel était le mandat que nous annonçons au Parlement en 1989. Ce but a été atteint 5 sur 5, sur la base de la réciprocité. Il y avait dans la construction et dans les spécificités de la Suisse, au début de la négociation, des particularités dont il fallait pouvoir tenir compte. On n'a pas pu tenir compte de tout, mais très largement dans les domaines sensibles où nous avons préservé des délais de transition, nous avons atteint ce que nous devons atteindre dans la forme de périodes transitoires homologuées assez longues puisqu'on parle parfois de cinq ans. Nous avons dit qu'il y avait certaines perspectives qui ne pouvaient pas s'ouvrir tout de suite dans le cadre de l'EEE; nous disions qu'il n'était pas possible, alors que nous discutons au GATT, d'imaginer que l'agriculture suisse participe pleinement à la politique agricole commune. Nous faisons exception de ce domaine et cela a été absolument sauvegardé.

(à Mme Bäumlín) L'agriculture suisse est exclue de l'EEE, il y a une clause évolutive qui en matière agricole ne pourra être utilisée que d'entente commune des deux parties. Les concessions agricoles bilatérales qui ont été faites en matière

de fromages, de fleurs coupées, et de plantes en pot, touchent aux droits de douane et à l'augmentation des contingents sans que cela ne représente une substantielle transformation ou atteinte à notre politique agricole. Dans le domaine agricole, nous avons procédé à l'élimination des barrières techniques aux échanges des denrées alimentaires, à l'élimination de la fiscalité discriminatoire pour les spiritueux, nous avons harmonisé des règles vétérinaires et phytosanitaires cependant que nous procédions à des réductions tarifaires unilatérales sur 23 produits de cohésion, tel que les légumes, les noix, et certaines spécialités dont nous ne sommes pas producteurs, ce qui représentera une perte de recettes pour les douanes de 13 millions de francs par année. Ce sont là les points où les petits domaines sont touchés par l'EEE, mais pour l'essentiel l'agriculture ne l'est pas. En revanche, ce qui ne peut avoir que des effets positifs pour notre agriculture, ce sont les effets de l'EEE sur la réduction probable des coûts de production car l'ouverture à l'EEE doit signifier une diminution des prix des produits antiparasitaires, des engrais, des biens d'investissement qui actuellement frappent douloureusement notre agriculture et contribuent au renchérissement des prix agricoles suisses. L'ouverture à l'EEE devrait signifier indirectement pour l'agriculture une contribution à l'abaissement de ses prix.

Nous avons évité l'union douanière. Vous vous rappelez que je vous avais annoncé que nous étions en péril car nos partenaires de l'AELE voulaient l'union douanière dans l'EEE. Que l'on parle de l'union douanière plus tard dans le cadre de la Communauté c'est une autre histoire, nous l'avons totalement évitée dans l'EEE. C'est un résultat positif.

La politique commerciale a également été évincée du contenu possible de cet Espace économique européen et si nous n'avons pas obtenu le plein que nous souhaitions dans les questions institutionnelles, je serais de mauvaise foi de vous dire que nous avons réussi sur toute la ligne. Une négociation implique des concessions de toutes les parts, nous en avons fait dans le domaine institutionnel, mais elles n'existent pas de manière blessante pour notre équilibre intérieur. La négociation a abouti pour l'essentiel et très largement.

Nous partions, me dira-t-on, d'une situation très positive et faire des concessions dans la négociation c'est conduire le pays à une situation économique moins positive. Hélas la situation incertaine dans laquelle nous étions face à notre avenir européen a poussé un certain nombre d'entreprises à transférer à l'étranger, dans la Communauté 99 fois sur 100, les activités économiques qu'elles avaient en Suisse. Pour une entreprise, garder son siège social en Suisse est une bonne chose. Garder des activités, c'est-à-dire des emplois, en Suisse, c'est au Ministre de l'économie et pour tous ceux qui sont responsables de l'économie nationale autrement plus important et nécessaire. La politique d'investissement traditionnelle de la Suisse à l'étranger est une bonne chose pour notre rayonnement international, mais l'année passée pour la première fois la part des investissements suisses dans la Communauté a pris une part déterminante au détriment des investissements en Suisse. On n'avait plus confiance quant au cadre institutionnel que la Suisse pouvait encore offrir dans la démarche européenne. Cet élément est incontestable.

Solutions intermédiaires. (à M. Frey Claude) Théoriquement il serait possible par le biais intérieur de parvenir à ces transformations de nous-mêmes. A cette réponse théorique, je suis obligé d'apporter un tempérament pratique et concret. Je doute que nous soyons à même de réaliser dans les délais tout ce que nous aurions à réaliser de manière autonome. J'en doute parce que la volonté me paraît faire défaut. Si je n'ai jamais apprécié que la Suisse se comporte en donneur de leçon à l'égard de l'étranger, j'apprécie encore moins l'autoculpabilisation et l'autodénigrement. Il serait problématique d'arriver à nos fins de transformation avec nos seuls moyens. Même si miraculeusement on y arrivait dans les délais et complètement, ce qui manquera toujours c'est la réciprocité que les autres nous offrent. Il n'y a pas de réciprocité sans traité. Actuellement elle existe parce que nous sommes régis par ces 130 accords qui se sont construits à partir du merveilleux accord de 1972, admis par les 3/4 du peuple suisse à l'époque. Actuellement il y a en général réciprocité mais dès le premier janvier 1993, il n'y aura plus réciprocité. Dans un nombre croissant de domaines l'EEE aura décollé par rapport à la situation institutionnelle que nous avons faite et qui est valable jusqu'au 31.12.1992. Si elle reste même valable au-delà en ce qui nous concerne, la part et l'envol qu'auront pris nos partenaires fera que nous aurons totalement décollé à notre détriment. C'est ce qu'il faut prendre en compte. L'Europe communautaire, l'Europe de l'AELE devient différente, de plus en plus différente, totalement différente de l'Europe dans laquelle nous avons vécu pendant 20 ans. Et c'est pour que la Suisse ne soit pas lâchée et qu'elle ne tombe pas dans ce qui serait un "Alleingang" petit à petit que le Conseil fédéral vous propose de ratifier ce traité qui permet à la Suisse d'être dans le peloton pour les bons risques comme pour les mauvais et d'obtenir de ses partenaires des règles de réciprocité pour sa participation à un grand marché libre.

Le choix de solutions intermédiaires entre l'EEE et le statu quo, c'est-à-dire l'ensemble des règles que nous avons construites et des traités que nous avons conclus jusqu'à aujourd'hui, la recherche de solutions intermédiaires, la prolongation par exemple du principe de Luxembourg 1984 ont été très longuement examinés par le Conseil fédéral et les négociateurs. Toute disposition du prendre ou du laisser devait être préalablement examinée pour savoir si des variantes intermédiaires étaient possibles. Pourquoi pas continuer ce follow up du Luxembourg qui nous avait si bien réussi. La réponse est simple, pour se marier il faut être deux, il faut être également deux pour négocier et la Communauté n'a laissé place à aucun doute. Ceci est capital: la Communauté a dit qu'elle souhaitait que nous venions dans l'EEE, qu'elle y trouverait intérêt elle-même, mais la décision devait être prise à Berne; en cas de refus elle nous a avisés qu'elle ne serait plus prête à vouloir négocier sur d'autres bases et sur d'autres discussions. Nous avions naturellement posé la question. Vous n'auriez pas apprécié que nous vous disions: c'est à prendre ou à laisser, c'est l'EEE ou rien, sans que nous ayons étudié à fond la question de solutions intermédiaires. La réponse est très claire, dans le développement immédiat et plus lointain de la CE il n'y a pas

place pour des solutions telles que celles qui sont en place. Je ne dirai pas que tout ce que nous avons réalisé de 1972 à aujourd'hui sera dénoncé par la Communauté, c'est théoriquement possible, mais je ne pense pas que la Communauté y aurait intérêt. Je ne pense pas non plus qu'elle décide de démobiliser ce qui a été mis sous toit parce que la Suisse ne veut pas de l'EEE. Nous nous aliéons une partie essentielle du développement futur en disant non à l'EEE, nous nous mettons à l'abris de certains risques mais nous nous mettons surtout à l'abris de beaucoup d'espoirs qui seraient classés. Nous n'avons pas le droit de conclure cela ni pour nous-mêmes, ni pour ceux qui viennent après nous. Nous avons des atouts à jouer, mais hélas de moins en moins on a vraiment besoin de nous proportionnellement à ce que nous représentons. La situation tout à fait privilégiée qui était la nôtre par notre propre force, est de moins en moins exceptionnelle, nous devons continuer de nous renforcer. Le moment est arrivé que nous n'aurions jamais imaginé il y a dix ans encore, où l'Europe communautaire peut se dire qu'elle peut faire sans la Suisse. Cela nous oblige à faire un calcul tout à fait réaliste des chances et des risques. Dans cette perspective nouvelle, ce calcul a été fait.

Contenu. On me dit que le contenu politique de cet EEE est mince, j'en conviens, c'est essentiellement un traité qui porte sur la substance économique. L'AELE qui était une association à base strictement économique a réussi à faire d'autres choses, mais celles-ci restaient assez exceptionnelles et marginales. Le TEEE a une pondération et une charge économique importante par définition. Il n'est pas vrai de dire qu'il n'est qu'économique. Pour la première fois dans notre collaboration avec la Communauté d'une manière multilatérale, nous avons un contenu extra-économique très important. La libre circulation des personnes représente quelque chose d'entièrement neuf avec tout ce que cela apporte aux équivalences de diplômes pour la non-discrimination des jeunes Suisses dans le choix de la patrie européenne où ils souhaitent s'exprimer. Cela a une signification importante qui va bien au-delà de la seule signification économique. Il en va de même des domaines de la recherche, du développement.

Vous me direz que nous sommes déjà arrivés à une coopération européenne dans le domaine extra-économique, par exemple ERASMUS. Vous avez parfaitement raison et nous devons nous réjouir d'avoir su monter dans ces trains, mais cela n'est pas promu pour l'éternité et hors du cadre de l'EEE, le développement de ces politiques-là et de nos participations à ces politiques ne pourra pas se concevoir. La géométrie et la construction de l'Europe communautaire passe par cet EEE. N'en tirez pas la conclusion que le Conseil fédéral considère l'adhésion à l'EEE comme une sorte de fatalité obligatoire et qu'il vous dise qu'à défaut de mieux il faut adhérer à cet EEE! Mais c'est une chance avec laquelle, si nous savons tirer parti du terrain plus large qui s'ouvre à nous, nous pourrions éviter les discriminations dont nous serions les victimes à l'intérieur de l'Europe occidentale de demain. Je vous donne un exemple, que j'emprunte exprès à l'extérieur de l'Europe occidentale: la Communauté a réussi ses traités de libre échange avec la Pologne, avec la République Tchèque et Slovaque, avec la Hongrie. Les pays de l'AELE n'ont pas encore

réussi avec la Pologne et la Hongrie. Cela représente pour ASCOM l'impossibilité de gagner le marché hongrois parce qu'entre temps les produits communautaires, grâce à l'accord de libre échange, sont 15 % meilleur marché que les produits suisses et parce que la discrimination joue en notre défaveur. C'est exactement le même cas de figure que nous aurions à partir de l'EEE non pas en Hongrie ou en Pologne, mais à l'intérieur de ce grand espace dans tous les domaines qui actuellement ne sont pas touchés par les accords avec la Communauté. Pensez aux services: nous serions totalement discriminés dans des proportions au moins égales à ce 15 %, et ceci à Paris, à Londres ou en Allemagne. Nous ne voulions pas faire courir ce risque à notre pays et pour l'éviter il faut que nous puissions nous adapter aux institutions nouvelles.

NLFA. Le lien entre les traversées alpines et l'EEE. La construction des traversées alpines est une condition à la réalisation de l'Accord de transit. Si c'est un non le 27 septembre nous aurions l'obligation de trouver une autre traversée alpine, éventualité que nous pourrions théoriquement envisager. Nous n'aurions alors dans l'immédiat pas d'Accord de transit, puisqu'il serait remis en cause du fait de son chapitre transports. Même si nous pouvions espérer passer entre les gouttes, nos partenaires ne nous laisseraient pas le faire. Sans chapitre transports, vous voyez ce que devient l'EEE. La relation que nous avons dans ce domaine est véritablement fondamentale, elle n'est pas inéluctable et absolue mais elle existe.

En cas de non à l'EEE, il est exclu que nous ayons aujourd'hui des recettes si oui égal, si non égal.

En cas de non, il faudrait réexaminer l'ensemble de la question européenne. Cet examen ne sera pas commencé, ou à peine élaboré, avant les votations de décembre.

Le futur droit social. Les Etats de l'EEE appuient les principes de la Charte des droits fondamentaux des travailleurs. De nouvelles règles obligatoires dans ce domaine ne pourront être ajoutées qu'avec l'accord de tous, y compris de la Grande Bretagne. La Suisse n'a pas à craindre de comparaisons sur le plan social. La meilleure garantie pour un niveau social et un niveau de salaire qu'apportent les traités internationaux, c'est la santé économique des pays intéressés et l'EEE y contribue très clairement.

(à M. Vollmer) Si ces garanties vous paraissent insuffisantes et que vous vouliez asseoir dans notre droit d'autres règles, notamment quant au niveau des salaires minima, la procédure parlementaire vous est ouverte comme elle vous est ouverte dans le cadre de la discussion et de la négociation de l'EEE sous la forme de motions ou d'amendements. Alors nous considérerions qu'il s'agit de quelque chose qui n'est pas rigoureusement indispensable à l'accomplissement de l'EEE et au nom du principe que nous avons défini, il s'agirait de dispositions passibles du droit de référendum facultatif.

(à M. Moser) Je réponds énergiquement non à votre question de savoir si l'EEE en tant que tel pourra évoluer vers une union économique monétaire ou une union politique. Nous ne sommes pas en présence d'une organisation supra-nationale.

Les femmes et les enfants. Nous constatons que l'égalité entre hommes et femmes constitue un volet essentiel dans l'EEE. C'est même un article du traité. Il y a dans l'EEE tout un chapitre

consacré à la liberté de circulation et d'établissement pour les personnes qui n'exercent pas une activité économique. Les enfants sont concernés par le droit d'établissement, travailleurs et leurs familles, et par d'autres dispositions comme par exemple le contrôle des jouets dangereux. Cette qualité n'a pas été oubliée dans le traité.

Je répondrai à M. Ziegler lors du débat sur l'adhésion, en pleine conscience de l'humilité de ma condition, celle d'un pantin animé par les fils du capitalisme monopolistique et je mesure ainsi toute la relativité de mon propos et de mon autonomie de décision.

Unterbruch der Sitzung von 16.30 bis 17.00 Uhr

La séance est interrompue de 16 h 30 à 17 h 00

Kellenberger: (à M. Frey Claude) Concernant l'avenir de l'AELE, il y a d'une part un renforcement dans le GATT, d'autre part les pays de l'AELE sont en train d'élargir leurs relations avec d'autres pays européens. Vous connaissez les trois accords de libre échange que nous négocions avec la Hongrie, la Pologne et la Tchécoslovaquie. En même temps plusieurs déclarations de coopération ont été conclues avec d'autres pays d'Europe centrale et d'Europe de l'Est. L'AELE joue ainsi un rôle dans la coopération européenne. Les quatre pays de l'AELE qui ont la plus forte population ont introduit une demande pour commencer des négociations d'adhésion à la CE.

(Zu Herrn Steffen) Der EWR ist ein grosser Schritt der Annäherung an die EG. Er ist aber nicht irreversibel, da der Vertrag auf zwölf Monaten kündbar ist. Die EG-Grundverträge enthalten keine Kündigungsklausel, aber das heisst nicht a priori, dass nicht über den Austritt eines Mitgliedstaates verhandelt werden könnte.

Wir können heute noch nicht wissen, wie sich das "Europa der Regionen" in der Gemeinschaft selber auswirken wird. Unabhängig von der europäischen Integration sind aber schweizerische Grenzregionen heute schon stark an einer regionalen Mikrointegration beteiligt. Ich teile die Bedenken nicht, dass die Schweiz entlang der Sprachgrenzen auseinanderbrechen könnte. Die Regionenbildung geht gar nicht unbedingt den Sprachgrenzen entlang, denkt man nur schon an die Regio Basiliensis. Die gemeinsamen Bande der Willensnation Schweiz werden durch die Bildung von grenzüberschreitenden Regionen nicht aufgehoben. Die Fragen zu Maastricht möchte ich im Rahmen der Behandlung des 3. Integrationsberichtes beantworten.

Spinner: In den EWR-Vertrag wurden alle bis Ende Juli 1991 im Amtsblatt der EG publizierten und für den EWR relevanten Erlasse aufgenommen. Bis zum Inkrafttreten des Vertrages läuft viel Neues auf, vor allem Materie aus dem (schweizerischen) Verordnungsbereich, zum Teil auch auf Gesetzesstufe. Wir versuchten, so viel davon wie möglich, sofern es unumstritten war, so schnell wie möglich jetzt noch in den Vertrag hineinzunehmen. Diese Übung musste abgebrochen werden, weil die EG-Staaten nicht bereit waren, ihre internen Genehmigungsverfahren mit diesen zusätzlichen Rechtsakten zu belasten. Was jetzt neu hinzukommt, wird gemäss den dafür vorgesehenen Verfahren in den Vertrag aufgenommen, sobald dieser in Kraft tritt. Dies bedeu-

tet, dass bei uns allfällige Referendumsmöglichkeiten funktionieren werden.

M. Krafft: Certains d'entre vous ont abordé les lacunes et les faiblesses du traité sur le plan institutionnel. Dans le message, le Conseil fédéral explique dans le détail le déroulement des négociations et son appréciation sur le résultat de la négociation. Je suis frappé de voir que ce que l'on a obtenu est meilleur que ce que l'on aurait pu espérer. Lorsqu'on veut porter un jugement sur le volet institutionnel, il faut savoir de quoi il s'agit. C'est un accord d'association basé sur la reprise de l'acquis communautaire et la Communauté n'était pas disposée à nous accorder la possibilité d'intervenir directement dans le processus décisionnel, le fameux problème de la co-décision. Du moment où les pays membres de l'AELE ont accepté de prendre comme base de négociation l'acquis communautaire, de le reprendre et de l'intégrer dans un traité, il ont obtenu le maximum c'est-à-dire la possibilité d'exercer une influence dans le cadre du processus décisionnel par des procédures d'information, de consultation qui sont actuellement codifiées dans le traité. Après deux ans de négociations, je constate que le résultat est positif. Il faut partir de l'idée qu'actuellement nous n'avons rien, aucune possibilité d'influencer le processus législatif communautaire, mais que nous devons néanmoins adapter notre législation, tenir compte des développements européens, et que nous aurons sur la base du traité, la possibilité d'exercer une influence, soit au niveau des experts, soit au niveau des représentants gouvernementaux par un processus continu de consultation et d'information basé sur le principe de la bonne foi. Il ne faut pas oublier que les textes sont quelque chose mais que la pratique est différente. Si nous lui faisons confiance et pensons que la Commission est prête à jouer le rôle, nous avons obtenu avec les pays de l'AELE le maximum. Sur le plan juridictionnel, les deux avis de la Cour de Justice ont amené certains changements, mais le résultat peut être qualifié de satisfaisant, dans la mesure où nous n'avons pas obtenu tout ce que nous voulions sur le plan de l'arbitrage. Les procédures de négociation, de consultation permanente et de conciliation par le biais du Comité mixte sont adaptées à la nature de ce traité et au fait que nous sommes dans un accord d'association avec toutes les limites que cela implique pour participer au processus juridictionnel. Nous avons beaucoup insisté pour ne pas devoir accepter un juge étranger et nous avons obtenu satisfaction. Sur la base des textes, il s'agira de voir comment les dispositions fonctionneront en pratique, et si elles seront appliquées de bonne foi. Les contacts que nous avons eus avec la Commission ont montré qu'elle était prête à jouer ce rôle et à donner aux membres de l'AELE des possibilités raisonnables associées au processus de la convention de la future législation communautaire et ensuite la transposition des ces normes sur le plan de l'EEE.

M. Frey Claude: Je remercie M. Spinner concernant l'acquis pipeline et je souhaiterais, pour une question d'information, recevoir la liste de ce qui est dans le pipeline, de ce qui est en cours. J'ai entendu parler de plus de 200 dispositions,

règlements, propositions etc. Il y a certainement beaucoup de petites choses et quelques-unes plus importantes. Je reviens du Comité parlementaire de l'AELE. En tant que suppléant, j'ai eu un oeil neuf et inexpérimenté mais je suis revenu avec une impression de sous-utilisation de quelque chose qui existe et à quoi il serait temps de donner plus de souffle politique. Le Secrétaire général a dit lors de l'Assemblée qu'il était prêt à faire davantage. La Suisse doit pour manifester sa volonté d'ouverture utiliser au maximum ce qui existe (AELE, Conseil de l'Europe). Cela pourrait être utile comme charnière entre les deux Europe. Je crains que dans le cadre de l'AELE et de la CE, il y ait des frictions dues aux intérêts divergents. Il faudrait un nouveau projet pour donner plus de dynamisme à l'AELE et éviter qu'à terme cet association n'éclate.

M. Kellenberger: Je ne pense pas que l'AELE soit ou ait été sous-utilisée ces derniers temps. En regardant les deux domaines d'activités principaux, on constate que les forces des pays de l'AELE étaient largement absorbées par les négociations de l'EEE. Le menu des pays de l'AELE en ce qui concerne les relations avec d'autres pays est très riche. Il y a des accords de libre échange, des déclarations de coopération qui ne sont qu'une base à partir de laquelle on ira plus loin. La Suisse a également l'intention d'entrer en négociation pour des accords de libre échange avec les pays Baltes, elle en a conclu un avec la Turquie, elle négocie avec Israël. En ce qui concerne l'éclatement, il faut voir que le but essentiel des pays de l'AELE est la réalisation de l'accord EEE, ce qui est une base commune très solide à laquelle s'ajoute le fait que quatre pays de l'AELE ont introduit une demande d'ouverture de négociations en vue d'une adhésion à la CE, ce qui leur appartient.

Grendelmeier: Gibt es im Falle eines Ja am 6. Dezember die Efta dann noch?

M. Spinner: (à M. Frey Claude) Nous pouvons vous donner cette liste pour information, mais j'attire votre attention sur le fait qu'elle n'a pas été approuvée.

Bircher Silvio: Besteht eine formelle Abhängigkeit, dass im Falle eines Nein zur Neat der EWR-Vetrag ganz oder teilweise neu ausgehandelt werden müsste?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: (à M. Bircher Silvio) Formellement il n'y a pas de lien, il n'y a pas dans un traité de référence à l'autre. Fondamentalement par contre, dans la substance, il en existe un et lorsque nous discutons avec nos partenaires de la Communauté, soit dans le cadre de l'Accord de transit, soit dans le cadre des discussions pour l'EEE, la relation est bel et bien établie. Du côté communautaire, on estimerait qu'on n'est pas à même d'appliquer le traité sur le transit sans la NLFA qui est la pièce techniquement maîtresse de tout ce traité. On nous l'a fait sentir, on nous l'a communiqué, on nous l'a répété. Un non aux NLFA provoquera une difficulté d'établir et de confirmer l'Accord de transit et il sera difficile d'imaginer

un chapitre transports dans l'EEE. La Communauté estimera, vu les concessions très importantes qu'elle a faites, que la Suisse n'est plus à même d'accomplir à terme cette vocation de transit et elle remettra en cause la bonne foi de la négociation et le contenu du TEEE. Cela n'est formellement écrit dans aucun texte, mais dans la substance et dans la réalité cela a bel et bien été établi et compris des deux Parties.

Haller: Ist irgendwo die Rede davon, dass die Efta als konzentrischer Ring um die EG Vorhof und Eintrittsmöglichkeit für mittel- und osteuropäische Staaten werden könnte?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Cette conception n'a jamais été sérieusement envisagée. Nous étions les premiers à vouloir faire jouer ce rôle à l'AELE, nous pensions qu'il y avait là une chambre d'approche qui pouvait jouer un rôle utile. Deux faits ne nous confirment pas dans cette direction: premièrement les événements vont plus vite que ce qui est planifié et deuxièmement, du côté de l'Europe centrale et de l'Europe de l'Est, l'AELE n'exerce pas de fascination. La Communauté est presque le paradis, l'AELE est certainement un instrument sympathique avec lequel on aimerait bien travailler, mais qui n'est pas considéré comme le terrain d'approche le plus favorable.

Bär: Es sollte eine Liste der schweizerischen Verordnungen, die geändert werden müssen, veröffentlicht werden. Was geschieht mit dem bilateralen, zwölfjährigen Transitabkommen, wenn die Schweiz vor dessen Ablauf der EG beitrifft? Kommen dann die 40-Tonnen-Lastwagen trotz halb fertiggebauter Neat?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: A votre deuxième question, formellement rien n'est prévu quant à la caducité d'un traité bilatéral avec la Communauté s'agissant du transit. Nous en parlions avec le Chancelier Vranitzky et nous n'arrivions pas ipso facto à la conclusion qu'une négociation réussie d'entrée de la Suisse à la Communauté signifierait nécessairement l'interruption de la validité du traité. Ce traité en revanche devra faire l'objet de la négociation. Si nous devons imaginer que peu à peu notre entrée à la CE signifiait une acceptation de certaines règles communautaires, au minimum il y aurait une période de transition, un grand délai à observer parce que les affaires ne se modifient pas d'un jour à l'autre. Quand nous voyons le résultat de cette négociation, très favorable à nos intérêts, nous avons de bonnes raisons de croire qu'au minimum des périodes de transition de plusieurs années pourraient être obtenues. Rien n'est a priori décidé quant à la caducité du traité EEE.

Spinner: (Zu Frau Bär) Die Ämter sind daran abzuklären, welche Verordnungen geändert werden müssen. Bisher konzentrierten sie sich auf Eurolex.

Moser: Welchen Stellenwert haben die Erklärungen zur Neat?

M. Krafft: Ces déclarations font partie intégrante de l'acte final. Il y a des déclarations communes et des déclarations unilatérales. Vous avez cité la déclaration de la CE, il y a une réponse du gouvernement Suisse. Ce sont des déclarations d'intention où les parties contractantes ont la possibilité de donner leur interprétation des dispositions de l'accord et de la procédure. Plusieurs textes du traité sont accompagnés de déclarations où une partie contractante a estimé nécessaire de donner son interprétation d'une disposition quitte à ce qu'une autre partie contractante donne aussi sa vue sur la procédure à suivre. Ces déclarations devront être prises en considération le cas échéant, s'il y a un différend ou une divergence de vue.

Vollmer: Es ist unbestritten, dass ein Zusammenhang zwischen EWR- und Transitabkommen besteht. Die politische Frage ist der Zusammenhang zwischen Neat und Transitabkommen, denn die Neat wird nicht vor Ablauf des Transitabkommens gebaut sein. Der Bundesrat sollte sich mit der Behauptung zurückhalten, die Neat-Abstimmung könnte das Transitabkommen hinfällig machen.

Kellenberger: Der Bau der Neat ist eine der Hauptleistungen, die die Schweiz für den Transitvertrag erbringt. Wir bekommen dafür Gegenleistungen. Wenn wir die Neat nicht in den Transitvertrag einbringen können, dann muss er zumindest neu ausgehandelt werden. Wenn wir nicht in der Lage sind, eine glaubwürdige, langfristige Perspektive zur Übernahme der Verantwortung als Transitland im Sinne einer Verlagerung des Verkehrs von der Strasse auf die Bahn zu eröffnen, dann werden wir kein Transitabkommen wie das jetzige bekommen, in dem die Förderung der Bahn und des kombinierten Verkehrs im Zentrum stehen. Wir diskutieren hier die Neat im Zusammenhang mit den europapolitischen Optionen EWR-Vertrag und EG-Beitritt. Aber auch unabhängig davon ist die Neat unerlässlich, wenn wir die Transitverantwortung wirklich wahrnehmen und eine dauerhafte Verlagerung des Verkehrs von der Strasse auf die Bahn wollen.

Vollmer: Die Frage ist, ob es nur die jetzt vorgesehene Neat sein darf, oder ob es allenfalls auch eine andere sein könnte.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: (à M. Vollmer) La description très précise des solutions NLFA, telles qu'elles sont sorties des délibérations des Chambres fédérales, sont incluses dans les parties intégrantes du traité. Si cette NLFA n'est pas réalisée, il s'agirait de renégocier l'ensemble du traité de transit. Cette renégociation n'est pas impossible, mais elle exigerait un recommencement quasi à zéro, donc beaucoup de temps. Il faudrait avoir une autre NLFA, réétudier les projets techniques, chercher des solutions et sur cette base il faudrait renégocier l'Accord de transit. Tant et aussi longtemps que M. Ogi avec la complicité de M. Kellenberger n'avait que des promesses à offrir à la Communauté dans la discussion sur le transit, des projets et des avant-projets, on a discuté du côté de la Communauté mais on n'a pas conclu. Dans ce traité tout le monde fait des concessions et nous empêchons ainsi toute discrimination contre nos propres transporteurs en Europe. Sans projet la négociation était interrompue ce qui montre bien la relation très profonde dans

les textes et dans la substance entre l'existence de la NLFA décidée et l'Accord de transit. Dans la nuit du 21 au 22 octobre 1991 à Luxembourg, pour les 19 pays la négociation a été interrompue pendant des heures, tant et aussi longtemps que l'Autriche et la Suisse n'étaient pas l'une et l'autre parvenues à deux accords sur le transit avec la CE. Les Autrichiens ont in extremis dû faire une concession de 150'000 camions, la Suisse n'a rien fait du tout en comparaison, et comme on voulait du côté communautaire lier ces deux traités on a attendu que la Grèce finisse par accepter grâce à la concession autrichienne. Cette histoire montre qu'il y a bien subordination et corrélation logique entre l'aboutissement de l'Accord sur le transit et l'acceptation de l'EEE. Si la donnée NLFA n'est pas confirmée nous ne pouvons pas imaginer l'entrée en vigueur de l'EEE sous cette forme, des négociations ultérieures seront nécessaires. Les composantes écologiques, parfaitement justifiées, que la Suisse a posées pour la limitation de son trafic et sa non adhésion aux règles communautaires générales ont été sauvegardées par ce traité de transit. L'espoir qu'une négociation sur la base d'une nouvelle NLFA puisse aboutir à de meilleures conditions que celles obtenues n'existe pas. Nous pourrions faire au moins aussi bien que l'Accord de transit actuel mais des années se seront écoulées pendant lesquelles la discrimination frappant notre propre économie sera un phénomène douloureux à supporter.

Frey Walter: Ist es denkbar, dass die EG das Transitabkommen kündigt, wenn die Neat halbwegs fertig ist, und von uns wieder einen 40-Tonnen-Korridor verlangt?

Kellenberger: Der Transitvertrag hat eine Laufzeit von zwölf Jahren und könnte wahrscheinlich verlängert werden, auch wenn dies im Vertrag nicht vorgesehen ist. Wir können davon ausgehen, dass bis zum Jahr 2004 die Bahninfrastrukturen und die Infrastrukturen für den kombinierten Verkehr sehr viel stärker ausgebaut sein werden als heute. Wettbewerbsverzerrungen, die heute zugunsten der Strasse bestehen, werden wahrscheinlich weg sein. Die Bahn wird sich also in einer sehr viel günstigeren wettbewerbsspolitischen Position befinden. Wenn wir mit der Gemeinschaft in dieser Transitfrage Beitrittsverhandlungen führen, dann wird nicht nur bis zum Ablauf des Abkommens verhandelt, sondern in einer längerfristigen Perspektive.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: (à M. Frey Walter) Au pire des cas, il faudrait obtenir des délais transitoires. La cause du transport intégré est en train de faire de l'avance dans toute l'Europe. Si je me rappelle le ton arrogant de certains représentants des pays de la CE à mes débuts au Conseil fédéral à cause de la vignette, de la taxe poids lourds, de nos règles limitatives de circulation et que je mesure le ton actuel, que je considère cet Accord de transit, je vois la formidable évolution qui a eu lieu en peu d'années. Cette évolution va continuer dans les esprits et les méthodes. Au-delà de toute la discussion juridique de ces traités, il y a toute la maturité des esprits.

- 44 -

Abstimmung - Vote

Für Eintreten auf die Botschaft zum EWR-Vertrag	22 Stimmen
Dagegen	4 Stimmen
	(1 Enthaltung)

Nach kurzer Diskussion beschliesst die Kommission, dass gleichentags ein Pressecommuniqué mit dem Abstimmungsergebnis veröffentlicht werden soll.

Unterbruch der Sitzung um 18.10 Uhr
La séance est interrompue à 18 h 10

Fortsetzung 26. Juni, 08.00 Uhr

Die Kommission beschliesst, den Integrationsbericht am Morgen zu behandeln, da Bundesrat Delamuraz am Nachmittag nicht mehr anwesend sein kann.

Mit 11 gegen 3 Stimmen wird beschlossen, am Mittag eine Pressekonferenz durchzuführen.

Bericht über einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft (Integrationsbericht)

M. Eggly: Il semble que mon intervention d'hier ait été mal comprise, certains y ont vu de l'agressivité et une sorte de chantage à un séparatisme genevois. Or je suis très attaché à ce pays et par conséquent à la cause européenne. Si je vous ai choqués, je m'en excuse, mais je voulais provoquer les réactions et montrer le problème de l'identité et de la cohésion suisse sous un autre angle.

La Suisse a toujours pu tirer une certaine vertu de sa pratique d'une démocratie directe. L'ancien conseiller fédéral M. Chevallaz disait que la Suisse avait dû se faire à contre-courant parce qu'elle était menacée par ses voisins. Les choses changent. Par exemple en Yougoslavie, tous les ingrédients qui ont donné lieu à la première guerre mondiale sont présents. Les jeunes se rendent compte que le facteur d'évolution et de sécurité, qui peut juguler les risques d'éclatement de l'Europe, est un mouvement d'intégration européenne qui devra ensuite s'étendre vers le centre et l'Est de l'Europe et que l'intégration de la Suisse peut être menacée par l'impérialisme allemand. Ils se rendent compte que le TEEE va dans le sens d'une intégration à un marché économique. Même si les négociations dureraient un certain temps et que nous ne pouvions envisager l'adhésion de la Suisse qu'au début du siècle prochain, la direction paraît évidente à un grand nombre de Suisses et de Suissesses, notamment aux jeunes générations. Il y a en Suisse des facteurs d'incompréhension, peut-être de division. Il n'est pas évident que les Romands et les Alémaniques se comprennent toujours automatiquement. Il faut un nouveau projet commun.

Le Conseil fédéral voit juste historiquement, mais aussi psychologiquement. La Suisse veut-elle ou non entrer dans le mouvement? On pourra discuter des modalités, mais en inscrivant le TEEE dans la perspective de l'adhésion, le Conseil fédéral saura le poids des cantons qui décideront de l'adhésion le jour venu.

Nous devons prendre acte de ce rapport dans un sens positif. Cela ne signifie pas que nous approuvions aujourd'hui l'adhésion de la Suisse à la CE, mais que nous pensons que le Conseil fédéral a bien fait de demander l'ouverture de négociations en vue de l'adhésion. Nous aurons à nous prononcer sur les résultats des négociations.

Le Conseil fédéral a eu raison de déposer maintenant la demande d'ouverture de négociations. C'est sous sa responsabilité, cela n'est pas vraiment notre problème. Le nôtre est de savoir si nous acceptons le contenu d'un rapport sur l'intégration. En représentant le groupe libéral et le parti libéral je propose de prendre acte du rapport dans un sens d'approbation.

Vollmer: Der Bundesrat sollte uns eine Einschätzung der Maastrichter-Verträge geben. Welche integrationspolitischen Folgerungen zieht er aus dem Nein der Dänen? Was hält der Bundesrat vom Projekt der Sozialunion? Welche Verhandlungspositionen will er definieren? Wie sollen Parlament und APK bei den Beitrittsverhandlungen einbezogen werden?

Haller: Ich beurteile den Integrationsbericht positiv. Der Bericht lässt Fragen offen, aber er zeigt klar eine Richtung auf. Der Bundesrat begründet, warum er seine integrationspolitische Haltung geändert hat. Ich bin überzeugt, dass er aufgrund des Wandels in Europa keine andere Wahl hatte. Die Integrationsfrage hat einen innenpolitischen und einen aussenpolitischen Aspekt. Es ist klar, dass Bundesrat und Parlament sich intensiv mit dem innenpolitischen Aspekt und mit der Kosten-Nutzen-Frage auseinandersetzen müssen. Aber die aussenpolitischen Überlegungen sind bisher zu kurz gekommen.

Zu wenig diskutiert wird der friedenspolitische Aspekt der Integration. Es könnte sein, dass die Effekte der Friedenssicherung innerhalb Westeuropas, gegenüber Osteuropas und auch weltweit so wichtig sind, dass sie für die Schweiz entscheiden werden. Ich sah die EG bisher immer nur unter dem wirtschaftlichen Aspekt. Mir war nie bewusst, dass die wirtschaftliche Integration nach dem Zweiten Weltkrieg auch das Ziel der Friedenssicherung hatte, dass dies in der Präambel zum EG-Vertrag sogar ausdrücklich erwähnt ist.

Die Spannungsintensität des Kalten Krieges ist heute abgelöst worden durch eine fast gleich grosse Intensität der Spannungen zwischen Minderheiten und Nationalstaaten in Mittel- und Osteuropa. Bevölkerungsgruppen kultureller, ethnischer oder religiöser Identität glauben dort, ihre Probleme nur dadurch lösen zu können, dass die nationalstaatlichen Grenzen mit ihren Verbreitungsgebieten zur Deckung gebracht werden. Dies widerspricht den Erfahrungen, die die Schweiz gemacht hat, und den westeuropäischen Integrationsbemühungen. Wer dazu beiträgt, die Integration nicht gelingen zu lassen, stellt sich in einem gewissen Sinne auch den Friedensbemühungen Mittel- und Osteuropas entgegen. Provokativ gefragt: Kann die Schweiz die politische Verantwortung tragen, durch eine Nichtbeteiligung am westeuropäischen Integrationsprozess Völkern in Osteuropa vorzumachen, dass es nicht nötig ist, an einem solchen Prozess teilzunehmen? Die Frage ist, ob eine wirtschaftliche Integration ohne politische Integration ein Ziel sein kann. Ich bin überzeugt, dass die engere politische Zusammenarbeit in Westeuropa kommen wird und kommen muss. Die Schweiz kann lediglich wählen, ob sie

daran mitgestalten oder ob sie es einfach auf sich zukommen lassen will. Ich glaube, dass unsere Land mit seinen direktdemokratischen Institutionen und seiner föderalistischen Erfahrung ein wertvolles Know-how einzubringen hätte. Es stellt für uns in diesem Sinne eine Chance dar, dass die EG ihren strukturellen Wandel erst nach der nächsten Beitrittsrunde vornehmen will.

Die Schweiz bleibt die Schweiz, auch wenn sie sich an diesem Prozess beteiligt. Sie bleibt es sogar eher, als wenn sie sich nicht beteiligt. Zum Vergleich: hat die Integration der Kantone in die Schweiz im letzten Jahrhundert deren Identität in irgend einer Weise in Frage gestellt?

Es geht heute nicht darum, einen Zustand zu fixieren, sondern um die Frage, ob wir uns an einem Prozess beteiligen wollen und in welchem Masse wir diesen mitgestalten wollen.

M. Frey Claude: Nous avons reçu ce rapport, nous devons donc en prendre acte. Pour tous ceux qui sont favorables à une adhésion à la Communauté dans les meilleurs délais, entre 1994 et 1996, c'est un excellent rapport. Pour les autres, il convient d'en prendre acte en le désapprouvant.

C'est réglementairement possible, il y a des précédents, notamment avec le rapport sur la politique de sécurité.

Pourquoi le désapprouver? Certaines nuits restent historiques, c'est le cas de la nuit du 21 au 22 octobre 1991. Le 21 octobre au dernier journal du soir le porte-parole du Conseil fédéral déclarait que les négociations sur l'EEE étaient en cours, mais que rien n'était signé. Le lendemain à 6 heures du matin le porte-parole déclarait: "Au moment où nous enregistrons il est 3 heures du matin, nous avons signé. Un nouveau jour se lève sur l'Europe, nous marchons vers l'adhésion". La suite de la politique du Conseil fédéral fut compromise: il y avait là un amalgame entre deux choses de nature totalement différente, d'une part la zone de libre échange EEE, d'autre part l'union politique c'est-à-dire l'adhésion. Dès cet instant on pouvait craindre le pire, il s'agit maintenant si possible d'éviter le pire.

Ce rapport est tout empreint de l'esprit de la nuit du 21 au 22 octobre. Il se résume en quelques mots: l'histoire s'accélère, le processus d'intégration s'accélère, nous devons changer notre politique. Je ne ferai pas le petit jeu facile qui consisterait à reprendre des déclarations totalement contradictoires du Conseil fédéral ces dernières années. Le Conseil fédéral estime qu'il y a un fait nouveau:

l'accélération de l'histoire. Quand le rapport a été écrit, le vote danois n'avait pas encore eu lieu. Or ce vote montre qu'il faut relativiser les choses. C'est aujourd'hui que la Communauté se réunit à Lisbonne pour discuter des conditions d'adhésion. Le Conseil fédéral dit qu'il ne faut pas rater le convoi. Il y a dans ce rapport beaucoup de comparaisons ferroviaires. Nous n'avons plus la force d'être une locomotive, dépêchons-nous d'être un wagon en même temps que l'Autriche, la Finlande et la Suède. Hors de l'alignement rapide et complet: point de salut!

Il y a des dérapages dans le rapport et j'aimerais connaître le rédacteur qui, à propos des effets sur la Suisse, commet une faute professionnelle quand il dit: "...la dignité politique de notre Etat dans une Europe qui ne cesse de se regrouper..." La

dignité politique de notre Etat serait remise en cause si nous n'adhérions pas? Plus loin: "La Suisse doit-elle persister dans un isolement splendide?" Je croyais que notre politique étrangère était toute marquée de l'universalité de nos relations, de solidarité et d'ouverture. La politique d'adhésion se heurte, et le Conseil fédéral le sent bien, à des obstacles parfois incontournables. On tombe alors dans l'illusion, on spéculé sur l'opinion de certains membres de la Communauté. Je me limiterai à quelques exemples. Après le vote danois, il est intéressant de lire certaines appréciations: "Ce respect des particularités et des autonomies se retrouve dans la Communauté, bien que sous des formes différentes et bien qu'il ne fasse pas (encore) partie de la culture politique de la CE" ou bien "Il est dans l'intérêt bien compris de tous les Etats membres de ne pas ignorer purement et simplement la position et les intérêts de l'Etat ou des Etats qui défendent une position minoritaire". Au lendemain du vote danois, M. Kohl, M. Mitterrand affirmaient qu'ils allaient continuer. Lors de la visite d'une délégation du Parlement européen en Suisse, une députée parlementaire du Danemark, m'a stupéfié par son état d'esprit: elle n'a pas arrêté d'excuser son pays comme si elle en avait honte.

En ce qui concerne l'agriculture, croire comme le fait le Conseil fédéral que la PAC et les paiements directs permettront d'assurer "le mandat constitutionnel du maintien d'une paysannerie saine, d'une agriculture performante et d'une propriété foncière paysanne dans le cadre d'une nouvelle Europe", c'est un peu simple, un peu court. Les paysans français qui manifestent ces jours ne pourront certainement pas souscrire. Le problème est plus complexe que ce raccourci. On laisse entendre qu'il pourra y avoir des modifications sociologiques du fait de la politique agricole commune. C'est vrai que les villages, puisqu'on ne remplacera pas les paysans qui partent à la retraite, vont se modifier sociologiquement, il y aura moins de paysans, moins d'habitants. On dit que le Marché commun a prévu des programmes d'occupation et de remplacement.

Dernier exemple: la neutralité. On dépasse là le cadre du rapport. A la page 122, on constate qu'aux yeux de la Commission et des Etats membres de la Communauté le statut de neutralité ne constitue pas un obstacle essentiel à l'adhésion. C'est vrai à condition d'y renoncer. M. Delors répète sans cesse que les pays désirant adhérer doivent prendre tout l'acquis, que la Communauté c'est Maastricht, c'est l'union politique, l'union européenne qui se poursuivra dans une politique de défense aussi. C'est vrai qu'il s'agit du plus long terme et qu'on pourra encore tenir avec une fiction de neutralité. Si on croit à l'Europe on doit croire à sa politique de défense commune et il y a incompatibilité de fait avec la neutralité. Le Ministre délégué aux Affaires étrangères en France, nous demandait si nous avions réalisé qu'il s'agissait à terme de la politique de sécurité et que nous ne pourrions pas imaginer de réserves sur notre neutralité. Selon ce rapport le temps presse, mais on néglige la différence de nature entre l'EEE et l'union européenne qui elle est politique. J'ai une seule certitude, l'Europe de demain n'est pas celle qu'on imagine aujourd'hui. Or tout ce rapport est fait en fonction d'une Europe qu'on imagine aujourd'hui. J'ai

la conviction que l'Europe se fera selon des modalités qu'on ne peut pas maintenant imaginer. Je prends le pari que la monnaie unique, pour laquelle le dernier délai est le premier janvier 1999 - par une erreur que j'espère involontaire on parle dans le rapport de monnaie commune - ne se réalisera pas à cette date. Cela suppose une politique économique unique. Je prends également le pari que la Suisse ne sera pas membre de la Communauté en 1994 ou 1995, ou ce siècle, parce que la prise de position de la nuit du 21 au 22 octobre, qui est l'expression d'une politique réfléchie mais mal orientée, provoquera des rejets et des crispations. Tous les pays qui nous entourent se sont créés autour d'un monarque, autour d'une province dominante, autour d'une dynastie. La Suisse s'est créée sur la base d'un pouvoir central qui était un acte de résistance, mis en place pour protéger des minorités. Vous avez heurté de front des mentalités et vous oubliez que la Suisse pratique le pas du montagnard, un pas plus lent, plus sûr et qui va plus loin et plus haut.

Je vous demande de prendre acte de ce rapport en le désapprouvant (cf. annexe 4). Nous aurons ainsi clarifié la situation pour ces prochaines années.

Mühlemann: Der Bericht ist interessant und anregend und enthält viel Brisantes. Wichtig ist aber vor allem, was der Bundesrat damit tut. Wird es ihm gelingen, die bilateralen Gespräche mit Europa in einem neutralen Gesprächsklima stattfinden zu lassen? Ich bin mir nicht sicher, ob es richtig ist, als Endziel der Verhandlungen den EG-Beitritt zu setzen. Die Devise des Bundesrates muss sein: "Verhandeln heisst noch nicht beitreten". Mir scheint, dass dies zumindest bei der Verwaltung grosser Disziplin bedarf.

Ich bin über die völlig unnötige Studie des Buwal, die uns gestern vorgestellt wurde, verstimmt. Das Buwal hat andere Aufgaben, so ist z. B. schon längst ein ökologischer Strategiebericht nötig. Ich bin auch erstaunt, dass das Buwal im Eurolex ein neues Umweltschutzgesetz von dreissig Seiten Umfang bringt. Das Ziel der Verhandlungsstrategie muss sein, dass wir möglichst viel von dem einbringen können, was unsere Stärken sind. Wir haben im Bereiche der Friedenssicherung und der Gleichgewichtspolitik aufgrund unserer bisherigen eigenständigen Neutralitätspolitik etwas zu bieten. Wir müssen sehr vorsichtig sein mit dem Aufgeben unserer Neutralität. Wie gedenkt der Bundesrat die eigenständige neutralitätspolitische Haltung der Schweiz während der Verhandlungen beizubehalten?

Es besteht kein Zweifel, dass die EG mit ihrem Demokratiedefizit nicht weiterleben kann. Was kann die Schweiz hier einbringen?

Seit 1986 wird die Europapolitik in Paris und Bonn vorprogrammiert. Wie kann die Schweiz, zusammen mit den anderen Kleinen, dagegen ein Gegengewicht bilden?

Was geschieht bei der Ablehnung des EWR-Vertrages? Für die Schweiz bliebe nur noch ein minimales Programm: KSZE, Europarat.

Ein vom Bund völlig vernachlässigtes Gebiet ist der kleine Grenzverkehr. In 15 Grenzkantonen entstehen grenzüberschreitende Institutionen.

M. Caccia: Le moment de déposer la demande d'ouverture de négociation était bon. En général, mon évaluation du rapport est positive. Le Conseil fédéral donne les motivations de son choix et elles sont claires et convaincantes. Le rapport ne résout pas tous les problèmes auxquels il faudra s'attaquer. Les changements intervenus, dans la CE, dans l'AELE ou plus généralement en Europe, méritent une certaine attention. Les Suisses ont trop souvent sous-estimé ce qui s'était passé depuis le Traité de Rome. On a toujours regardé ce que l'Europe faisait et pronostiqué les faillites de ses démarches. Il est temps de réaliser que nous ne sommes pas les seuls à savoir construire sur le plan économique mais aussi sur le plan politique. On peut dire, en voulant être Suisse jusqu'au fond, qu'ils ont appris cela de nous, mais ils le font très bien. Les changements sont devenus encore plus évidents depuis la fin 1989. Le scénario européen a changé et d'autres pays de l'AELE en ont tiré des conséquences. Il serait regrettable de ne pas prendre acte et de ne pas tirer les conséquences de ces changements fondamentaux dans l'évaluation politique européenne d'aujourd'hui. Les décisions de l'Autriche, de la Finlande et de la Suède nous poussent à évaluer l'opportunité de négociations communes avec ces pays qui ont des caractéristiques proches des nôtres du point de vue de la neutralité.

On sous-estime l'évolution non seulement possible et souhaitable, mais l'évolution réelle de l'esprit des parlementaires et des gouvernements de la CE. A propos de l'évolution institutionnelle, comment réaliser une entité supranationale en voulant maintenir toutes les compétences au niveau national? On en arrive à une Diète, comme à la Suisse d'avant 1848. Il y a une contradiction qui me dérange. En suivant ce qui est débattu au sein du Parlement européen, mais aussi ce qui change dans les parlements nationaux, en prenant quelques remarques faites lors de la visite de la délégation du Parlement européen en Suisse, on voit clairement qu'un certain type de centralisme bruxellois, une certaine volonté de réglementation de Bruxelles n'est plus acceptée de la part de beaucoup de parlementaires. Avec ou sans Danemark, on marche vers une Europe fédéraliste où le principe de subsidiarité est en train de faire bonne route et il faut éventuellement s'engager dans cette direction.

Cette évolution institutionnelle se fera-t-elle avant ou après l'entrée des quelques pays qui sont prêts à négocier avec la Communauté? Je souhaiterais que la Suisse puisse participer à cette évolution institutionnelle.

Permettez-moi quelques réflexions qui dépassent le cadre économique. Un mouvement est en train de se réaliser, certainement celui dont parlait Churchill à Zurich en 1946, qui dépasse la dimension économique pour aller dans une dimension politique et culturelle. On reprend conscience qu'il y a une toute une culture qu'il faut mettre à contribution et promouvoir dans les domaines du développement, des droits de l'homme et de la démocratie, des valeurs qui ne sont pas acquises une fois pour toute. Dans cette Europe, les manifestations des nationalismes sont troublantes. Si on calculait les dégâts que l'on fait chaque jour dans les pays d'Europe où l'on se bat, on verrait qu'on est en train d'égaliser l'aide à la reconstruction des systèmes économiques

de l'Europe elle-même. Cette construction de sécurité, de paix, de bien-être, de solidarité est une dimension essentielle pour l'avenir et elle mériterait d'être davantage développée.

(à M. Eggly) Trop souvent on parle d'une Suisse qui a fait une expérience historique, que je considère comme exceptionnelle, mais elle existe dans nos lois, dans le coeur et la mémoire d'une certaine élite politique de notre pays. Je doute que cette conscience de notre histoire existe aujourd'hui dans le peuple. Malheureusement, l'effort de 150 années de construction d'un Etat fédéral - dans lequel on a dépassé les tensions et les conflits ville-campagne, les conflits entre les religions, entre les langues - qui a amené au succès politique, économique et culturel de la Suisse a rendu les gens tellement satisfaits qu'ils perdent de vue ce qu'il a coûté comme efforts. Le bien-être amène souvent à abandonner la réflexion. Notre rôle, tant dans la conservation de la Confédération que dans l'Europe, peut être encore important à condition de réussir à faire récupérer au peuple suisse la connaissance et la conscience des efforts qui ont été nécessaires pour bâtir ce pays. Sans cela on risque avec ou sans EEE, avec ou sans adhésion à la CE, des difficultés toujours plus grandes entre les différentes parties de la Suisse. Le 700me de la Confédération n'a pas permis d'accomplir cet effort et il y a beaucoup de travail à réaliser dans cette direction.

Bär: Was hat den Bundesrat bewogen, das Gesuch um Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu plötzlich einzureichen? Weshalb ist das Gesuch so knapp abgefasst?

Zur Frage Neutralität der Schweiz und EG gibt es verschiedene Papiere und Arbeitsgruppen. Wo sind die wesentlichen Aussagen dazu zu finden?

Nach dem Nein Dänemarks zu Maastricht wird die EG nun von neuen Mitgliedern noch entschiedener ein klares Bekenntnis verlangen, dass sie den weiteren Integrationsweg zur politischen Union mitmachen. In der Schweiz werden die Maastrichter Verträge aber noch ziemlich beliebig nach den jeweiligen Interessen interpretiert. Ein klares Wort des Bundesrates dazu und eine Aufdatierung des Berichtes wären angebracht.

Auf Seite 12 schreibt der Bundesrat, er schliesse alle Optionen aus, welche die Schweiz willentlich in die Isolation führten. Er müsste aber auch diese Aufgabe machen, da das Volk die Freiheit hat, Nein zu stimmen.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und Sicherheit der EG hat im März 1992 in einer etwas unklaren Formulierung dargelegt, dass für eine Vollmitgliedschaft in der EG unter anderem die Uno-Mitgliedschaft Bedingung sei. Was denkt der Bundesrat darüber?

Bäumlin: Ich habe gestern die Aussage gewagt, dass ich den Integrationsprozess positiver einschätze als den EWR-Vertrag. Im Integrationsbericht wird Friedenspolitik nur unter sicherheitspolitischen Aspekten gesehen. Friede heisst nicht nur sich wehren können. Es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit. Dazu wird im Bericht nichts gesagt. Die Entschuldungsfrage müsste konsequent angegangen werden. Die Schweiz müsste sich für einen gerechteren Handel einsetzen. Wenn ich mich für Menschenrechtspolitik stark machte, stand dem immer die Wirtschaftspolitik entgegen.

Was kann die Schweiz zu einem Frieden in Gerechtigkeit beitragen? Welches ist unsere Mitwirkung als Parlamentarier und Parlamentarierinnen im Integrationsprozess in diesem Sinn? Europa schottet sich gegen die Menschen, die aus der Dritten Welt flüchten, ab. Der Bundesrat steift die Frage der "Festung Europa" im Bericht nur.

Frey Walter: Ich bin dem Bundesrat für den Integrationsbericht dankbar. Er nennt seine Zielsetzung ehrlich und legt seine Karten offen auf den Tisch. Ich bin aber mit Herrn Frey Claude einig, dass diese Karten nicht gut sind. Die Zielsetzung bedeutet für die Schweiz Unheil. Die EG nach Maastricht bedeutet gemeinsame Währungs-, Aussen- und Sicherheitspolitik. Alles andere sind Spekulationen und Wunschvorstellungen. Unser EWR-Verhandlungsteam hat seine Erfahrungen bezüglich der Verhandlungsbereitschaft der EG gemacht. Die Harmonisierung des Rechts im Riesenreich lässt keine Ausnahmen zu. Es ist eine romantische Vorstellung, dass sich EWR und EG heute noch trennen liessen. Der Bundesrat äussert sich dazu deutlich genug. Aus der Zielsetzung des Bundesrates und der heutigen Realität der EG folgt unausweichlich die Aufgabe der Souveränität der Schweiz. Will der Bundesrat den Integrationsbericht trotz der heutigen Realität vollumfänglich aufrechterhalten? Ist er sich bewusst, welche Bedeutung der Bericht in der EWR-Frage sowohl bei einer Ablehnung wie bei einer Annahme des EWR-Vertrages hat? Wie steht es um die Rechtssicherheit unserer Beziehungen mit der EG? Ist sich der Bundesrat bewusst, dass der Bericht aufgrund der Maastricht-Realität bei der Bevölkerung eine grosse Unsicherheit hervorruft, weil er indirekt Kernfragen unserer Identität in Frage stellt, und dass dadurch die heutige Rezession künstlich verlängert wird?

Fischer: Ich nehme die gleiche Lagebeurteilung wie Herr Frey Claude vor. Ich bin über das Tempo der Annäherung an die EG des Bundesrates überrascht, da zur Zeit sehr vieles im Fluss ist. Es war eine aussenpolitische Maxime unseres Landes, sich in Zeiten des Umbruchs zurückzuhalten und zuerst die notwendigen Schlüsse zu ziehen. Der Bericht ist schönfärberisch und stellt nur die positive Seite der Integration dar. Die Gründe, die gegen einen Beitritt sprechen, fehlen. Es ist nicht klar, ob der EG-Beitritt ein mittel- oder ein kurzfristiges Ziel sei. Bei den Kapiteln über die Wirtschaft macht man sich sehr grosse Hoffnungen über den grossen Markt, der sich in Europa entwickelt, und setzt sich zuwenig mit den heutigen Standortvorteilen der Schweiz auseinander, die in der EG wohl dahinfallen würden. Auch bei den institutionellen Fragen ist der Bericht von einem Wunschdenken geprägt, obwohl in der EG selber sowohl eine Bewegung zu mehr Demokratie als auch eine zentralistisch orientierte vorhanden sind. Die Stellung der Schweiz in der Welt im Falle des EG-Beitritts kommt zu wenig zum Ausdruck. Es scheint mir klar zu sein, dass in der EG nach Maastricht von der Neutralität Abschied genommen werden müsste, und dies scheint mir sehr fragwürdig zu sein. Ich glaube nicht, dass die schweizerische Landwirtschaft des geforderte Tempo der Strukturveränderung verkraften könnte.

Weshalb sollen wir uns einer Agrarpolitik anschliessen, die gescheitert ist und in eine Sackgasse geführt hat?

Ich glaube, dass, anders als es gesagt wird, die Auswirkungen auf den schweizerischen Föderalismus gross sind. Allein die Einführung eines Mehrwertsteuersystems hätte einen grossen Einfluss, da die Steuer- und Finanzhoheit von Kantonen und Gemeinden betroffen wären.

Das Kapitel Währungsunion wird auch eher oberflächlich behandelt. Es ist nicht klar, welche Auswirkungen es auf den Bankplatz Schweiz und die weltweit tätige Wirtschaft hätte, wenn unsere Landeswährung aufgegeben würde.

Der Bundesrat hat in den letzten Monaten falsche Signale gesetzt; es wird nicht möglich sein, bis 1996/97 in der EG zu sein.

Der Vergleich mit 1848 ist falsch, da die Kantone und Städte der Schweiz sich in einem fünfhundertjährigen Prozess nähergekommen sind, während es sich in Europa um Nationalstaaten mit völlig unterschiedlichen Systemen handelt. Der Nationalismus ist immer noch sehr stark und könnte auch in Westeuropa wieder aufbrechen.

M. Rebeaud: Certains aimeraient encore avoir des certitudes et des assurances sur le développement de la Communauté. L'avenir étant complètement incertain, nous en sommes tous réduits à faire des paris sur l'avenir et à estimer les développements possibles. Les exercices de futurologie se trompent forcément et placent les gens qui s'y réfèrent en position de faiblesse parce qu'ils oublient que l'essentiel de notre capacité de faire évoluer les choses et les institutions dans le sens où nous le désirons dépend de notre volonté, notamment politique. Je suis d'accord avec M. Frey Claude quand il dit que l'Europe de demain ne sera pas celle d'aujourd'hui. J'en tire néanmoins la conclusion inverse. Du moment que nous savons que l'avenir de l'Europe n'est pas prédéterminée, que nous avons une conscience culturelle, historique, politique, économique de notre appartenance à l'Europe nous devons nous mettre en position d'exercer le mieux possible l'influence que nous voulons exercer sur l'avenir de cette Europe et elle se prédétermine aujourd'hui essentiellement au niveau de la Communauté européenne.

J'ai mis de longs mois pour arriver à la même conclusion que le Conseil fédéral. Pour que la Suisse survive en tant que peuple et culture politique et qu'elle rayonne vers l'extérieur, elle doit dans les meilleures conditions possibles, le plus rapidement possible, pouvoir participer à droits égaux à la construction de l'Europe de demain.

Au sujet de l'identité, nous devons nous donner la peine d'analyser ce qui se passe dans le peuple, dans les débats publiques et dans cette commission. Je sens deux définitions différentes de l'identité suisse, l'une traditionnelle selon laquelle la Suisse ayant toujours été à contre-courant de ce qui se faisait en Europe, son identité ne peut être sauvée qu'en continuant de cette manière; l'autre consiste à dire que du moment que la fracture des blocs hostiles ne passe plus à travers la Suisse, il faut complètement changer de perspective et faire profiter l'Europe de notre expérience historique. Je pense que c'est ce choix que nous devrions faire. Il faut éviter d'avoir des gens qui considèrent qu'être Suisse c'est

être contre l'Europe et que ceux qui sont pour l'intégration sont de mauvais Suisses, et réciproquement. Ce n'est pas en méprisant les réactionnaires que l'on obtiendra quelque chose parce que le peuple est plutôt sur la ligne du duo-Frey que sur la nôtre. Il a été habitué à avoir des assurances sur l'avenir, on lui a fait croire qu'on pouvait avoir des certitudes sur l'avenir et maintenant il faut admettre que c'était faux. On est en droit de demander un effort supplémentaire du Conseil fédéral dans ce domaine.

Si on veut faire sentir à la majorité de la Suisse profonde, qui n'existe pas seulement en Suisse allemande, que la Suisse restera elle-même en entrant dans le processus d'intégration, il faudrait quelques images de la capacité de ce pays et de son gouvernement d'être à la hauteur de la situation, d'être une Suisse forte et confiante en elle-même. Pour cela il faudrait que nos diplomates quand ils se baladent en Europe ne parlent pas de la démocratie directe comme un frein et un handicap, comme d'une chose dont il faut s'excuser, ce qui est contre-productif du point de vue intérieur, et criminel du point de vue extérieur parce que c'est la meilleure chose que la Suisse puisse amener en Europe. Il faut que la Suisse entre dans l'Europe en étant fière d'elle-même et en ayant une idée ou une image de l'Europe conforme à ses propres valeurs. Les Français le font bien, on reproche à Jacques Delors son jacobinisme; or il fait ce que je demande et tous les peuples européens doivent le faire de manière à ce que la pluralité donne naissance à une Europe riche. Il faut éviter cette pénible impression qu'on a honte d'être soi-même. Dans le même ordre d'idée, et cela s'adresse directement au Conseil fédéral, il faut réformer le gouvernement en évitant que les conseillers fédéraux soient en panne de communication entre eux, constamment surchargés. Je ne voudrais pas rappeler l'histoire de M. Ogi en Autriche, mais cela nous coûte du crédit. La manière dont a été annoncé au peuple le fait que le Conseil fédéral voulait demander l'ouverture de négociations en vue d'une adhésion était une image de faiblesse, de cahin-caha, d'improvisation, quatre contre trois, cela manquait d'allure. Si on veut réussir l'exercice, il faut que le Conseil fédéral en premier donne une image de solidité, de cohérence et de confiance en lui-même. Je ne demande pas de réponses précises maintenant mais j'aimerais que le représentant du Conseil fédéral nous dise quelles dispositions il envisage prendre pour que la manière dont ce message sera distribué soit améliorée. L'intégration européenne ne doit pas donner l'impression d'une fatalité, elle doit être l'expression d'une volonté autonome et constructive de la Suisse.

Comment le Conseil fédéral se représente-t-il l'éventualité de négociations en vue d'une adhésion au cas où le peuple et les cantons refuseraient l'EEE? Subsisterait-il une chance de négocier une adhésion dans des conditions convenables en cas de refus de l'EEE?

Bircher Silvio: Ich begrüße es, dass sich der Bundesrat neben dem EWR-Prozedere auch an einer grössere europapolitische Zielsetzung herangewagt hat. Ich begrüße auch die Schlussfolgerungen, die gezogen werden. Die Ziele der EG sind nicht nur wirtschaftlicher Art, sondern liegen in einem ganzheitlichen gesellschaftspolitischen Rahmen. Gewichtige Nachteile beim EWR-

Vertrag sind, dass wir die Stimme nur mit der Efta gemeinsam zum Ausdruck bringen können, und die Dominanz des EG-Rechtes über das ausgehandelte EWR-Recht. Die Zielsetzung, dass Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialprobleme gesamteuropäisch gelöst werden müssen, ist anzuerkennen. Wir schreiten in Richtung eines Gesamteuropa unter Einbezug der osteuropäischen Länder. Wir dürfen uns nicht nur unter einer innenpolitischen Nabelschau-perspektive an die Frage eines EG-Beitrittsgesuches heranmachen, wenn der Druck sämtlicher anderer Länder in Europa Richtung EG derart stark geworden ist.

Es hat mich erstaunt, dass das Gesuch um Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nur aus einem Satz bestanden hat. Ich hätte erwartet, dass drei oder vier zentrale Bereiche der schweizerischen Politik, die wir gegenüber Europa einbringen müssen, erwähnt würden. Weshalb wurde dies nicht getan?

Es wird als Vorteil empfunden, dass die Schweiz, anders als beim EWR-Vertrag, wo die Efta mit einer Stimme sprechen musste, gegenüber der EG bilaterale Verhandlungen führen kann. Nun scheint es aber, dass wir wieder gemeinsam mit Schweden, Finnland und Österreich in ein gemeinsames Prozedere hineinrutschen. Unser Ziel ist aber nicht ein Konsens mit diesen Ländern, sondern eine Mehrheit in unserer Bevölkerung.

Je forciert wir in die Beitrittsverhandlungen gehen, um so mehr müssen wir wohl den *Acquis tel quel* übernehmen, ohne die uns wichtig scheinenden Punkte in die Verhandlungen einbringen zu können. Welche Standpunkte möchte der Bundesrat einbringen, z. B. bezüglich der Volksrechte? Wie steht es bei der Transitfrage, wo die 28-Tonnen-Limite wohl nicht aufrechterhalten werden könnte?

Die Maastrichter Verträge zielen im falschen Moment in Richtung einer stärkeren Betonung einer gemeinsamen Sicherheits- und Aussenpolitik der EG. Welches ist die Stellung der Schweiz und der anderen Neutralen dazu?

Alles deutet darauf hin, dass bei einem EG-Beitritt die Preise sinken werden. Eine Mehrwertsteuer, mit der der Satz etwas angehoben werden kann, scheint unumgänglich. Dies ist auch für die Konsumenten zu verkräften.

Bei der Landwirtschaft darf die Frage der Umstrukturierung nicht dem EG-Beitritt allein angelastet werden, da die Gatt-Verhandlungen die entscheidenden Vorgaben machen.

Unterbruch der Sitzung von 10.00 bis 10.20 Uhr
La séance est interrompue de 10 h 00 à 10 h 20

Nabholz: Ich möchte mich bei Bundesrat und Verwaltung für diesen Bericht herzlich bedanken. Angesichts gewisser Voten, die ich gehört habe, frage ich mich, was von einem solchen Bericht überhaupt erwartet werden konnte. Ich habe eine offen, nüchterne und realistische Darstellung erwartet, wie sie jetzt auf dem Tisch liegt. Sie gibt Rechenschaft über den Entscheid, den der Bundesrat gefällt hat. Der Bericht wie auch der Entscheid sind eingebettet in eine Gesamtpolitik. Wir sind aufgefordert, das von allen Seiten beschworene vernetzt Denken zu praktizieren und diesen Bericht mit anderen Berichten und Äusserungen in Beziehung zu setzen und nicht vermeintliche Lücken zu bemängeln. Ich bin etwas betrübt, dass mit helvetischem Krämergeist an die Lektüre herangegangen wird und nur geschaut wird, ob das

jeweilige Lieblingsgebiet gemäss den eigenen Wünschen formuliert ist.

Europa, das sich in grossen Teilen in der EG zusammengefunden hat, ist für mich - wie auch für den Bundesrat - nicht ein Machtgefüge, dem man a priori feindlich gegenüberstehen muss. Die EG ist ein äusserst erfolgreiches Kooperationsmodell. Sie vermochte eine Friedensordnung herzustellen, die ohne sie wahrscheinlich nicht bestehen würde.

Für mich ist Maastricht ein wesentlicher Garant gegen neue Nationalismen. Und es ist sehr positiv, wenn es gelingt, damit die neue Grossmacht Deutschland in Europa einzubinden.

Der Bericht zeigt mir, dass Europa ein Zusammenleben von Staaten ist, die mit ähnlichen und zum Teil gleichen Problemen wie die Schweiz konfrontiert sind, und dass wir nicht mehr glauben können, die grossräumigen Probleme alleine und punktuell lösen zu können.

Der Begriff "Demokratiedefizit" ist zum Schlagwort geworden. An ihm wird die gesamte Kritik an der bundesrätlichen Europapolitik aufgezaunt. Wer dieses Wort im Munde führt, sollte bedenken, dass diese EG zunehmend zu einem Gebilde der Demokratien geworden ist. In der EG haben sich nicht undemokratische Staaten zusammengefunden, sondern Staaten, die sich zu den selben Grundwerten Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und freier Markt bekennen wie wir. Dies ist schon heute die Realität. Europa ist mehr denn je eine Schicksalsgemeinschaft. Der Zusammenschluss der Zwölf hat gezeigt, dass sich mitnichten eine Nivellierung und eine Vermischung der kulturellen Werte zwischen diesen Staaten eingestellt hat. Genau so wenig, wie dies in der Schweiz nach der Gründung des Bundesstaates zwischen unseren verschiedenen kulturellen Regionen der Fall war.

Die Aufrechterhaltung der Souveränität unseres Staates wurde beschworen. Es ist eine wichtige Frage. Kann dies am besten innerhalb oder ausserhalb der Realität EG geschehen? Ich befürworte die Richtung, die der Bundesrat eingeschlagen hat. Er sagt klar, dass die Landesinteressen - die weit mehr sind als rein wirtschaftliche Interessen - innerhalb der EG besser verfolgt werden können. Ich staune über die Widersprüchlichkeit der Gegner der Integration, die sagen, wir seien ein selbstbewusstes, selbständiges Land, und annehmen, diese Selbständigkeit ausserhalb der EG wahren zu können, dies uns aber innerhalb der EG trotz aller Mitentscheidungsrechte nicht zutrauen.

Grendelmeier: Dieser Bericht ist kein Kochbuch und auch kein Strategiepapier. Es handelt sich um eine Momentaufnahme aus heutiger Sicht. Es scheint den Schweizern Mühe zu bereiten zu verstehen, dass sie nicht in einer Puppenstube leben, in der die Zeit still steht. Die EG ist weder eine Puppenstube, die nach Belieben eingerichtet werden kann, noch ein Schicksalsschlag. Sie ist eine Schicksalsgemeinschaft und ein Prozess, an dem wir aktiv teilhaben können oder auch nicht.

Das Wiederaufkeimen der Nationalismen im Osten und allenfalls auch im Westen stellt eine sehr grosse Gefahr dar. Aber welches Gremium könnte die bessere Garantie dagegen sein als die Schicksalsgemeinschaft EG, die es nicht mehr zulässt, dass ein einzelner Staat ausbricht? Gäbe es die EG nicht, müsste man sie als Mittel gegen den Nationalismus erfinden. In der ehemaligen Sowjetunion ist zu beobachten, wie Länder, die aus einem über-

nationalen Verband ausscheren, zu übersteigertem Nationalismus neigen. Auch die Schweiz ist nationalistisch, wenn sie draussen bleiben will.

Gibt es bereits Vorstellungen über eine mögliche Aussengrenze der EG und ein wie auch immer geartetes Verteidigungssystem? Gibt es interne Verteidigungsvorstellungen im Verbund eines neuen Europa?

M. Berger: Selon M. Frey Claude tout va trop vite alors que dans une démocratie il s'agit de prendre le temps de réfléchir. Parfois dans l'histoire, il a fallu prendre les événements tels qu'ils se présentaient. Nous sommes dans une situation de ce genre et je ne vois pas comment nous pourrions après la négociation sur l'EEE rompre brutalement nos relations avec l'Europe dans tous les domaines. La Suisse a été motivée au cours de son histoire par la sauvegarde de la démocratie, de l'indépendance régionale, des minorités. Notre pays a su s'adapter en fonction de cet objectif. Nous avons toutes les raisons de pouvoir maintenir cette motivation intérieure par un partage avec l'Europe toute entière. Notre demande d'adhésion sera une motivation supplémentaire à renforcer le pays. Je soutiens le rapport du Conseil fédéral ainsi que la poursuite des négociations pour une Europe élargie et consolidée. Si nous la voulons plus démocratique, plus respectueuse de toutes les minorités, notre mission est d'y être.

La politique agricole est intéressante à plus d'un titre. Nombreux aujourd'hui sont les agriculteurs qui ne peuvent plus envisager une politique agricole équilibrée; c'est un leurre de croire qu'on pourra l'équilibrer à l'intérieur du pays si on veut respecter les règles élémentaires des marchés. Il est impensable d'imaginer une politique agricole restructurée sans que cela ne se passe au niveau européen, voire mondial. Le rapport est clair, il dit qu'il n'est ni un message d'adhésion ni un plan d'action ni une étude approfondie du droit communautaire, il dit simplement dans les grandes lignes ce que signifierait une adhésion pour notre pays.

Oehler: Der Bundesrat schreibt im Bericht auf Seite 163, die wichtigsten Einflüsse würden im Falle eines Beitrittes von der Übernahme der Wettbewerbspolitik, von der Einführung einer Mehrwertsteuer, von der Übernahme der Agrarpolitik der EG und vom Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion ausgehen. Mit anderen Worten erwartet der Bundesrat, dass wir all das übernehmen, was heute Gegenstand einer harten Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem EWR ist. Dort sind also für jene, die gegen einen EWR-Vertrag sind, die Argumente zu finden. Wir müssen eine Art politisches Risk management vornehmen. Der Bundesrat setzt alles auf eine Karte. Aber die Bauern werden beim EWR nicht mittun, und wegen dem freien Personenverkehr auch ein guter Teil der Arbeitnehmer nicht. Ich teile die Meinung von Herrn Caccia, dass das Volk reaktionär sei. Aber wir müssen mit ihm auskommen und können es - zum Glück - nicht ändern. Das Vorgehen, wie es der Bundesrat sieht, strapaziert den Bürger. Es besteht die Gefahr, dass wir Ende des Jahres vor einem Scherbenhaufen stehen. Es wird behauptet, die Preise würden im Falle eines Beitrittes sinken, die Löhne aber steigen. In der Wirtschaft ist aber sicher nicht genügend Spielraum vorhanden, der dies erlauben

würde. Andererseits wird auch die Drohung einer allgemeinen Verarmung an die Wand gemalt.

Die südlichen Staaten der EG stellen vermehrt Forderungen an die EG. Wenn sie nicht zusätzliche Mittel bekommen, werden sie nicht einverstanden sein, dass die EG erweitert wird. Deutschland wird immer stärker. Es bezahlt aber einen guten Teil des EG-Budgets. Ich ziehe den Schluss, dass der Bürger aus lauter Angst das kleinere Übel wählen wird, also nicht mitmachen wird. Wenn wir dem Bericht zustimmen, dann übernehmen wir die Begründung des Bundesrates. Als Befürworter des EWR-Vertrages kann ich dies nicht tun. Ich unterstütze deshalb den Antrag von Herrn Frey Claude.

Antrag: Die Abstimmung über diesen Bericht bis nach der Volksabstimmung über den EWR-Vertrag vertagen, um schrittweise vorgehen zu können und die EWR-Abstimmung zu entlasten (s. Anhang 5).

Steffen: Der vorliegende Bericht des Bundesrates zur Frage eines Beitrittes der Schweiz zur EG ist mehr eine Absichtserklärung, geboren aus einem Drang hin zu Europa, als eine sachliche Analyse aller Für und Wider.

Der Bundesrat begründet seine aussenpolitische Führungsrolle unter Anrufung von Artikel 102 Absatz 8. Er hat den Umweg über den EWR-Vertrag gewählt, strebt aber die Vollmitgliedschaft in der EG an und hat das Gesuch um Aufnahme von Beitrittsverhandlungen deponiert. Meine Partei lehnt das Verfahren insbesondere wegen mangelnder Verfassungsmässigkeit ab und interpretiert die Aufnahme von Verhandlungen sogar als Verletzung des Strafrechtes. Das Resultat der Verhandlungen wird sein, dass die Schweiz den gesamten *Acquis communautaire* mit allen Rechten und Pflichten übernehmen werden muss. Es gibt für die Schweiz keine Sonderlösungen. Auch die Neutralität wird begraben werden müssen. Ich bedaure sehr, dass der Bundesrat nicht rechtzeitig eine Verfassungsänderung vorgeschlagen hat, die den Staatszweck um den Aspekt des Willens zur Integration in Europa ergänzt hätte. Damit hätte sich das Volk zum Grundsatz der künftigen Politik äussern können, und nach der allfälligen Annahme eines solchen neuen Staatszweckes hätten es Bundesrat und Parlament viel einfacher gehabt, den Integrationsprozess durchzuziehen. Stattdessen muss man jetzt dem Volk vorgaukeln, mit dem EWR würde sich nur wenig ändern und bei den Beitrittsverhandlungen mit der EG könnten noch besondere Lösungen für die Schweiz erreicht werden. Es ist aber eindeutig, dass das EG-Recht vor nationalem Recht Vorrang hätte und dass weder der Verfassungsvergeber (das Volk) noch der nationale Gesetzgeber (Parlament) künftig dem EG-Recht widersprechende Gesetzesvorlagen verabschieden dürften.

Warum hat der Bundesrat nicht den ehrlichen Weg über eine Verfassungsänderung gewählt?

Wie sieht der Bundesrat nach einem Beitritt der Schweiz zur EG das Funktionieren unserer Bundesorgane? Besteht nicht die Gefahr, dass Bundesrat und Parlament nur noch Umsetzungsbehörden für beschlossenes EG-Recht sein würden?

Welche wesentlichen Sonderzügelein gedenkt der Bundesrat für die Schweiz in den Verhandlungen durchzubringen? Welche Chancen bestehen dafür?

Ich unterstütze den Antrag von Herrn Frey Claude.

Segmüller: Für den Bericht ist zu danken. Er zeigt eine klare Linie auf. Es ist folgerichtig und ein Gebot der Redlichkeit, dass der Bundesrat sein Gesuch um Aufnahme von Beitrittsverhandlungen eingereicht hat. Es ist wichtig zu sehen, dass der Ursprung der EG im Wunsch der Vermeidung von Krieg liegt. Dieses Ziel darf bei der EG- und EWR-Diskussion nie vergessen werden. Die europäische Integration ist ein Mittel zur Friedenssicherung. Die Entwicklung der EG war wohl immer durch ein Stop-and-go gekennzeichnet, aber nie durch einen Rückschritt. Zur Zeit ist eine Phase des Go. Wir kommen nicht umhin, dazu Stellung zu beziehen. Die Schweiz darf nicht im Stadium des "zugewandten Ortes" stehen bleiben. Maastricht war ein wichtiger Schritt. Bevor über das Nein Dänemarks geurteilt wird, muss abgewartet werden, was alle anderen der zwölf EG-Mitglieder dazu sagen.

Es ist richtig, dass des Gesuch um Aufnahme von Beitrittsverhandlungen knapp gefasst ist. Alles andere ist Gegenstand von Beitrittsverhandlungen.

Oehler: Es wäre sehr schlecht, wenn das Parlament mit einer grossen Minderheit vom Integrationsbericht ablehnend Kenntnis nehmen würde. Ich kann heute aus Verantwortung für die Wirtschaft und den EWR-Vertrag nicht zustimmend vom Integrationsbericht Kenntnis nehmen, weil dieser einen Klumpfuss für die EWR-Abstimmung bildet.

Haller: Herr Oehler hätte seine Idee anbringen sollen, als wir darüber sprachen, wie und in welcher Reihenfolge die Behandlung im Plenum erfolgen sollte. Ich bitte die Befürworter des EWR, den Antrag Oehler abzulehnen, der die Volkszustimmung zum EWR gefährden würde. Das Lager "EWR nein, Integration ja" darf nicht zu sehr verärgert werden. Wenn die beiden Vorlagen auseinandergebrochen werden, handelt man sich damit viele EWR-nein-Stimmen von Leuten ein, die für die direkte Integration sind.

M. Berger: L'intérêt du rapport du Conseil fédéral sur l'intégration est de donner toute la clarté voulue sur la politique du Conseil fédéral en matière d'intégration européenne. Nous tromperions l'électeur si nous présentions l'EEE sans le placer dans son contexte global.

M. Eggly: On peut être pour ou contre l'EEE. Avec le rapport, on ne triche pas devant le peuple, le débat est lancé, le Conseil fédéral a déposé sa demande de négociations. Aussi bien sur la scène nationale qu'internationale, la démarche est franche. Le peuple en a assez des politiciens qui ne disent pas ce qu'ils pensent. Le peuple a envie de clarté. On n'évitera pas le débat, mais on communique le sentiment qu'on cache quelque chose. Ce n'est plus l'heure de la tactique dans les couloirs du Parlement, il faut que nous prenions position sur ce rapport qui est la toile de fond de notre politique européenne.

Vollmer: Als der Bundesrat das Gesuch um Aufnahme von EG-Beitrittsverhandlungen einreichte, betonten wir lauthals, das Parlament müsse in dieser Frage konsultiert werden. Der Antrag Oehler verunmöglicht es dem Parlament aber gerade, über den In-

tegrationsbericht und das Beitrittsgesuch zu diskutieren. Er ist deshalb abzulehnen.

Ich unterstützte das Vorgehen des Bundesrates bei der Einrichtung des Beitrittsgesuches. Dadurch werden EWR- und EG-Beitrittsdiskussion entkoppelt.

M. Rebeaud: Dans cette situation, toute démarche tactique convient à une partie de la population et a des effets inverses sur une autre partie.

Je préférerais pouvoir voter pour une adhésion à la Communauté sans passer par l'EEE. L'EEE a de tels défauts qu'on doit espérer qu'il s'agisse d'une solution provisoire. Je n'accepterai l'EEE, et j'attends une réponse à ce sujet, que dans la mesure où c'est la meilleure manière de parvenir à l'intégration complète avec équilibre politique.

En acceptant cette proposition, les gens comme moi en viendraient peut-être à refuser l'EEE parce qu'ils auraient l'impression que ce Espace est conçu comme une position à long terme pour la Confédération.

La tactique étant à double tranchant, je préfère m'en tenir aux propos de M. Eggly. Je préfère des risques clairement pris à des risques tordus.

Präsident: Verfahrensmässig stellt sich die Frage, ob Kenntnisnahme des Berichtes bedeutet, dass damit dem Vorgehen, wie es vom Bundesrat beschrieben wird, zugestimmt wird.

Scheidegger: Bei Kenntnisnahme vergibt man sich inhaltlich nichts. Es bedeutet nicht Zustimmung zu einem EG-Beitritt.

Der **Präsident** und Frau **Nabholz** teilen diese Meinung.

M. Rebeaud: Cette procédure n'est pas nouvelle. On a déjà eu des débats où les gens qui étaient fondamentalement mécontents de la direction donnée par un message du Conseil fédéral en prenaient connaissance en refusant son contenu.

Ceux qui prennent connaissance du rapport sans commentaire peuvent être d'accord avec la direction ou avoir des doutes ou encore l'accepter comme document de travail en se réservant les décisions. L'objet du rapport n'est pas un oui ou un non à l'adhésion.

Vollmer: Da ein Antrag auf Kenntnisnahme in ablehnendem Sinn vorliegt, bekommt eine an sich neutrale Kenntnisnahme automatisch einen positiven Sinn.

M. Frey Claude: Je prévoyais une objection et j'ai pris mes renseignements. Il n'est pas possible de ne pas prendre acte. Vous avez lu ce rapport, vous ne pouvez pas faire marche arrière. Il faut en prendre acte. Or on ne prend pas acte en restant neutre et sans accepter la direction ou la stratégie. Si vous êtes contre l'adhésion vous ne pouvez pas prendre acte d'une manière aussi rapide. Seul celui qui accepte la démarche du Conseil fédéral peut prendre acte sans réserve.

Bäumlin: Kenntnisnahme von Berichten wird vom Bundesrat gelegentlich als Zustimmung zu inhaltlichen Fragen interpretiert.

Dies war z. B. bei der Gesamtverteidigung und beim Drei-Kreise-Modell der Fall.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: (à M. Steffen) Il faut se rappeler les dispositions de la Constitution et les responsabilités respectives du Parlement et du gouvernement. Le Conseil fédéral a constitutionnellement la conduite de la politique étrangère. Cet objet est un objet de politique étrangère. Le Conseil fédéral a le droit d'ouvrir des négociations, de participer à des discussions internationales, multilatérales ou bilatérales. Il n'a pas le droit de conclure seul quant aux résultats de ces négociations. Le constitutionnaliste suisse a été très clair: lorsque le Conseil fédéral a terminé ses négociations, qu'il juge qu'elles ont été positives et qu'il a signé un traité, il le soumet à la ratification du Parlement. Certains objets sont de surcroît passibles de référendum obligatoire ou facultatif. C'est à la fin du processus, lorsque les derniers détails ont été établis que la caution du Parlement est accordée ou refusée, avec l'appel à la caution du peuple dans les cas importants. Nous sommes à la fin de cette procédure pour l'EEE, tandis qu'avec l'idée d'ouvrir des négociations, qui ne sont pas encore ouvertes, avec la Communauté, nous sommes tout au début du processus, dans la phase que le Conseil fédéral conduit et dont il a la responsabilité exclusive. Le Conseil fédéral se rend bien compte que la démocratie appelle au minimum de l'information. Il s'était engagé à informer le Parlement aussi dans ce domaine. C'est la raison pour laquelle il a tenu ses engagements en sortant simultanément avec le message EEE un 3me rapport d'intégration dont il ne vous ne demande pas de prendre acte, mais de prendre connaissance. Il y a plus qu'une nuance sémantique entre prendre acte et prendre connaissance. Le Conseil fédéral a accompli sa tâche d'information. Il demande au Parlement de prendre connaissance et nullement un engagement dans son éventuel vote futur sur l'adhésion de la Suisse à la Communauté. Je n'aurais osé demander au Parlement de se prononcer quant au fond et à la substance d'une manière définitive sur un tel rapport. Celui-ci se fonde sur une information trop préalable, trop lacunaire, la discussion puis la négociation permettront de répondre aux nombreuses questions que vous avez posées. Sans savoir qu'il y aurait ce débat de forme, je voulais de toute façon vous dire dans mon exposé que nous ne participons pas à la discussion d'un message à adopter ou à refuser, mais à la discussion d'un rapport qui ouvre plus de questions qu'il n'en résout, qui a pour but de permettre l'expression démocratique de certaines connaissances sans que cela ne constitue un paquet qui implique des obligations ou des prescriptions qui restreindraient l'activité du gouvernement. Le Conseil fédéral va plus loin en disant à la Communauté qu'il souhaitait l'ouverture de négociations. Dans l'état actuel des choses le gouvernement ne peut pas être plus clair sur son information. Nous devons dès lors continuer sous notre responsabilité gouvernementale exclusive le travail commencé. Vous aviez pris acte des deux premiers rapports sur l'intégration sans que cela ne constitue une quelconque direction à suivre pour le Conseil fédéral. Le Conseil fédéral assume dans la phase actuelle la responsabilité de la conduite

et ne vous demande rien d'autre que de prendre connaissance de ce rapport.

Matérielle Stellungnahme des Bundesrates

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Avant la maladie du président de la Confédération, la trilatérale des Ministres de l'économie Allemand, Autrichien et Suisse avait été fixée à hier et aujourd'hui en Suisse. J'ai réussi à retarder cette réunion mais elle commencera cet après-midi à Ouchy. Je devrai donc vous quitter.

Je me suis abstenu d'intervenir dans un premier exposé. Je pensais que le rapport du Conseil fédéral pouvait suffire. En ce qui concerne l'EEE, il a paru indispensable au Conseil fédéral d'éclairer d'une manière plus globale la procédure particulière importante qui est en train de se dérouler. Dans ce rapport le Conseil fédéral fixe, de son point de vue, que les réalisations européennes de la Suisse au plus long terme sont l'inscription à part entière dans la Communauté. Il dit aussi que les procédures qui permettront d'atteindre ce but sont à la fois distinctes et successives. La procédure qui est engagée dans les mois qui viennent n'est qu'une procédure EEE. Qui dit oui ou non à l'EEE, dit seulement oui ou non à l'EEE. La décision formelle concernant l'appartenance à la Communauté, devra être prise en d'autres temps. Par conséquent le contrôle souverain et démocratique reste total lors du deuxième vote. On ne pourra jamais dire que le premier oui contenait potentiellement un deuxième oui obligatoire. Le Conseil fédéral souhaite aller dans cette direction et il fera tout dans ce sens, mais le Parlement et le peuple seront les juges souverains et définitifs.

Que l'on ne nous fasse pas de procès d'intention sur des intentions cachées, elles ne sont justement pas cachées. La raison pour laquelle nous avons sorti ce rapport, qui selon certains d'entre vous engendre la confusion, était précisément d'annoncer les cartes, de dire que nous engageons la demande d'ouverture de négociations et que nous n'en restions pas à un rapport neutre.

Actuellement il s'agit de la décision sur l'EEE. Si cette décision est négative, cela entraînera des conséquences matérielles immédiates. Nous ne pourrions pas participer à l'EEE, nous devrions rejurer avec la Communauté du maintien des 130 accords actuels, fondés sur l'accord de 1972, qui nous unissent à elle en matière de libre échange, de normes etc., et nous poser la question de savoir comment nous allons orienter la politique dont nous avons la responsabilité à l'égard de la Communauté. Il sera à ce moment là assez tôt pour poser la question en fonction de la situation d'un non à l'EEE actuellement non réalisée. Cette question ne se posera pas seulement au Conseil fédéral, mais aussi à la Communauté qui jugera de l'aptitude de la Suisse à une éventuelle négociation. Je ne peux pas vous en dire davantage. Si je me mettais à philosopher et à dire qu'un non à l'EEE ne signifie rien pour nous, que nous continuerons comme le tram sur sa voie, je vous entends déjà parler du mépris des décisions populaires. Si je vous dit que nous serons terrassés dans nos démarches à l'égard de la Communauté par un non, ceux qui sont opposés au deuxième instrument utiliseront le levier du premier pour compromettre

la réussite du deuxième. Vous ne souhaitez pas que nous nous enfermions dans un débat aussi artificiel, aussi fictif. Laissons le processus EEE s'opérer sur le plan parlementaire puis populaire, laissons s'amorcer dans des approches purement techniques, et non politiques, ce que nous aimerions préparer pour que la Suisse ne soit pas en retard, mais n'établissons aucune liaison politique fondamentale entre ces deux objets. La Suisse est un pays construit à contre-courant. Le pays Suisse n'est pas un produit naturel, il n'a pas été regroupé dans une unité géographique exemplaire et typique, il n'a pas été rassemblé autour d'un prince régnant ou d'un pouvoir établi, il n'a pas été fondé sur une espèce d'unité culturelle-linguistique. Il est au contraire un acte de volonté, à certains égards un peu contre nature, et surtout contre un milieu ambiant européen dont il avait raison de se méfier, colonisé qu'il avait été pendant des siècles jusqu'à la fin du XIII^e siècle. Dès ce moment, cette volonté d'exister de manière autonome, fondée sur aucune unité naturelle, culturelle, démographique a été un acte de volonté des Suisses. Cette acte a été fort et a cimenté l'unité suisse dans les moments où le danger extérieur existait et que par conséquent le contre-courant devait avoir toute sa force de justification, au moment des grands conflits européens du XVII^e et XVIII^e siècle, au moment des guerres mondiales. Intervenait des périodes plus douces, plus ouvertes et c'est là qu'on voyait très typiquement le lien confédéral se distendre et les confédérés avoir de cruelles zizanies entre eux, se battre en toutes sortes de guerres, parfois sanguinaires, qui ont contribué à la division du pays qui se reformait au moment d'un danger commun. Il serait candide de dire que le danger commun a totalement disparu, que nous vivons dorénavant et pour la fin des temps dans un monde idéal, dans un monde de paix, que les affrontements intra-européens sont liquidés. L'observation nous montre qu'ils existent potentiellement au moins, sinon dans la réalité. Néanmoins un fait est évident, c'est celui de l'abandon du clivage idéologique européen depuis 3 ans. L'environnement a profondément et pour longtemps changé de forme et d'allure en sorte qu'il n'est plus réellement possible de construire une certaine unité suisse à contre-courant. On est à contre-courant quand il y a un courant qui vous y oblige. Lorsque manifestement les temps de l'affrontement global au niveau continental sont passés, et que le temps des responsabilités solidaires communes est venu, c'est le cas maintenant, il y a une pensée, une articulation sur notre existence, sur notre contribution et notre rôle international qui prennent une autre dimension, un autre contour. Ne me demandez pas de vous dire si nous devons nécessairement y perdre notre identité. Ma réponse est non parce que le maintien de notre identité n'est pas lié à la résistance des autres mais bien à notre propre force à la créer et à la recréer chaque jour. Cette Communauté a réussi l'exploit depuis les années cinquante de conduire pour la première fois ce continent à la paix, à part quelques foyers locaux purulents et dramatiques. Ce que l'on avait connu en 1870, en 1914-1918, en 1939-1945, c'est l'esprit communautaire qui l'a fait, c'est la réconciliation franco-allemande qui l'a fait sous les auspices de ce Marché commun, si mal baptisé et si économiquement prépondérant qu'il ait pu paraître. Je ne pense pas que la

France ou l'Allemagne ait perdu de son identité et de sa force d'existence, pas plus que les autres pays de plus en plus agglomérés à la Communauté ou les régions. Si la participation à un ensemble européen, où ils auront d'autres contacts, d'autres obligations mais aussi d'autres chances que celles du tiroir caisse, les interroge sur leur capacité à être eux-mêmes, sur leur volonté d'identité, l'expérience communautaire peut être nivelante. A contrario, pouvons-nous imaginer que pour vouloir être nous-même et préserver notre identité nous devions nous placer sous cloche, vivre en rêve une réalité insulariste? Je ne le pense pas et si telle était la conception d'avenir que l'on puisse avoir pour notre pays, assurément le Conseil fédéral ne l'imaginerait aucunement et ne se ferait pas l'artisan d'une telle politique. Ce que seront l'Europe et la Communauté dans les temps qui viennent, plusieurs l'ont dit, il est totalement impossible de le prédire avec certitude. Une chose est claire. Cette Communauté s'est construite pendant bientôt un demi siècle avec des aléas, des hauts et des bas, il n'y a jamais eu de recul sur l'acquis, les exigences ont grandi, la cohésion a augmenté en même temps qu'elle s'élargissait et ce que nous voyons actuellement signifiera peut-être un palier. La question n'est pas d'attendre dans nos montagnes que l'Europe se soit faite définitivement, elle ne sera jamais définitive, c'est un processus évolutif. Faut-il attendre et subir de plus en plus par la force des choses cette Europe où notre solitude deviendra de plus en plus pesante, et où sans avoir la moindre chose à dire nous subirons cette réalité qui s'appelle la Communauté? ou faut-il avoir l'espoir de contribuer au développement de la construction communautaire, à la mesure de nos moyens qui ne sont sans doute pas absolus?

Je ne voudrais pas que vous croyez que le Conseil fédéral vous propose cette démarche parce qu'il n'en voit pas d'autre et que par dépit il finirait par se rallier. Il y a là une chance pour notre pays de maintenir son identité et de jouer un rôle non plus réactif mais actif dans l'Europe qui se construit. Je ne voudrais pas non plus que vous voyez une volonté confortable d'éliminer les problèmes suisses que nous sommes incapables de régler et de trouver dans le refuge de la Communauté les solutions à nos problèmes. Si telle était la démarche elle serait aussi condamnable que la démarche de résignation. La démarche est la volonté de permettre à notre pays d'éviter pour la première fois de son histoire de subir, et d'être suffisamment tôt prêt à conduire.

C'est là que l'appréciation de la situation nous divise vraisemblablement. Il y a une partie de foi dans ce que le Conseil fédéral vous propose. Sommes-nous encore en position de force pour jouer le jeu qui conduit à un attentisme qui peut être suicidaire? Le Conseil fédéral répond non, il préfère à l'acte de retenue et d'observation, l'acte d'action avec ce qu'il comporte comme esprit d'initiative et comme volonté de transformation.

L'un d'entre vous a dit qu'il s'agit d'un changement de cap total qui n'avait pas été annoncé par le Conseil fédéral. J'ai repris le rapport d'intégration de 1988. Dans 5 ou 6 passages on dit clairement que l'adhésion serait la seule voie qui permette à la Suisse d'atteindre pleinement des objectifs en droit général de coopération avec la Communauté et la

possibilité d'influencer son cours ou processus ou encore que la seule véritable alternative à notre politique d'intégration serait l'adhésion à la Communauté. En 1988 nous disions cela et nous ajoutions que les conditions n'étaient manifestement pas réunies. Nous étions dans un environnement géopolitique totalement différent. Le raisonnement du Conseil fédéral de 1991 et 1992 consiste à dire que nous avons été informés que le mur de Berlin était tombé, que des transformations, certaines réversibles d'autres irréversibles, s'accomplissaient et qu'il y avait à en tirer quelques enseignements politique, économique, culturel, humain, sociaux, scientifique. En tenant compte de ces éléments, le Conseil fédéral a fait de l'alternative qu'il ne pouvait pas choisir, l'alternative qu'il choisit.

La Suisse reste et est un Etat neutre. M. Krafft abordera cette question.

L'adhésion aura-t-elle une incidence sur nos institutions démocratiques? Les compétences du législateur national pourront continuer à s'exercer chaque fois qu'un acte communautaire requerra une mesure de concrétisation législative suisse. Par contre elles ne le pourront plus dans les domaines régis de façon exhaustive par le droit communautaire, en particulier le référendum facultatif en matière de traités internationaux ne pourrait plus être demandé contre les actes communautaires eux-mêmes. En d'autres termes, un transfert de compétences législatives s'opérerait en cas d'adhésion à la CE alors qu'il ne s'opère pas dans le cadre de l'adhésion à l'EEE.

A propos de la marche du fédéralisme, l'adhésion à la Communauté aurait pour conséquences institutionnelles un transfert des compétences nationales aux organes communautaires où les Etats membres les exercent en commun. Elle aurait donc pour nous comme pour tous les Etats qui ont adhéré à la Communauté, des répercussions sur nos institutions. Notre fédéralisme et notre démocratie directe seront cependant maintenus une fois que nous serons membres de la Communauté. S'agissant des compétences des cantons l'adhésion aura des conséquences, mais elle ne bouleversera pas la situation actuelle car les compétences communautaires touchent avant tout des matières ressortissant aujourd'hui déjà presque toutes de la Confédération. A l'obligation qui sera faite de mettre en oeuvre le droit communautaire qui entre dans le champ de compétences des cantons, il conviendra de les associer de manière appropriée au processus de préparation des nouvelles règles communautaires. Je suis convaincu, c'est ma croyance profonde dans les institutions fédéralistes de notre Etat, que nous faisons cession de la compétence et la souveraineté nationale à la Communauté, mais qu'à l'intérieur de la Confédération le transfert de compétences cantonales directement à la Communauté ou à la Confédération est un mouvement extrêmement restreint pour ne pas dire ténu.

M. Mühlemann a abordé l'importante question de la coexistence dans l'Europe de demain entre une Communauté qui prend de plus en plus d'importance en extension territoriale et en compétences approfondies et beaucoup d'autres institutions européennes ou régionales. La compétence du Conseil de l'Europe doit être maintenue, il devra même être renforcé; il a une mission importante. Je ne vois pas qu'il soit supplanté, en tout cas pas dans l'évolution des quinze à vingt prochaines

années par une Communauté mammoth. Force m'est de constater qu'en politique qui veut la fin veut les moyens. Nous avons nous-mêmes peu doté le Conseil de l'Europe lorsqu'il en aurait eu besoin pour accomplir certaines missions. La Communauté était elle dotée de moyens et elle a pu obtenir des résultats par exemple, dans la problématique de la télécommunication, de la radiodiffusion et télévision. Cela ne doit pas signifier la mort d'autres institutions. Dans les prévisions la CSCE n'est pas appelée à disparaître, pas plus que les Conseils régionaux et la coopération transfrontalière régionale. J'ai été rapporteur général de cet objet au Conseil de l'Europe et la Communauté se rend bien compte de la vertu de contact et de soudure que peuvent jouer ces unions régionales. Ces coopérations n'ont jamais eu autant de signification que depuis que la Communauté s'est renforcée. Il y a là un parallélisme de démarches. Avez-vous l'impression que la France jacobine et quarante-huitarde, que la France monarchique, gaullienne et hypercentralisée n'ait jamais été aussi apte à des essais de décentralisations que depuis qu'elle est membre d'une Communauté de plus en plus forte? Il ne faut pas s'enfermer dans des schémas qui pourraient nous faire croire qu'au renforcement de la Communauté doit correspondre inéluctablement l'anémie des collectivités nationales ou régionales. Il y a des compatibilités à trouver et ce n'est pas en étant en dehors de la scène que nous pourrons participer à leur influence, pas en étant des spectateurs sur strapontins de la construction de l'Europe que nous pourrons en être les contributeurs, mais bien en étant dedans. Cessons de juger en constitutionnalistes, en professeurs blafards et lointains analysant les traités. Soyons politiquement engagés aussi dans le terrain.

Sans doute que Maastricht, qui est un effet de renforcement de la Communauté, fait peur. Dire qu'on aurait peut-être dû adhérer à la Communauté avant Maastricht, c'est trop tard, Maastricht va se faire sans nous. Le contenu de Maastricht n'est pas seulement le contenu jacobin qu'on a bien voulu lui trouver. Il y a aussi pour la première fois dans le droit communautaire l'aveu que l'on peut renoncer à l'homogénéité absolue. Le vieux rêve de Jacques Delors s'est cassé les dents sur cette volonté absolue de téléguidé les Douze jusqu'en son dernier recoin et dans les traités internes d'une manière totale et sans partage. Non, Maastricht est aussi cette première démarche d'ouverture à la non-homogénéité absolue; le principe de la subsidiarité est affiché pour la première fois à l'intérieur de la Communauté. J'aimerais qu'on en prenne de la graine.

(à M. Vollmer) Le non danois concerne l'union et il n'est pas du tout comparable à la procédure que nous engagerions pour une adhésion à la Communauté. Les problèmes résultants de ce non doivent être maintenant examinés par les Douze, et non les Onze. Ou bien ils mettent en place une Communauté à géométrie variable en renégociant Maastricht à Onze, ou bien ils parviennent à trouver d'autres formules. L'obligation faite à un membre de la Communauté d'adhérer a trouvé cette limite. En Suisse nous ne devons pas courir le danger de dire que les Danois ont heureusement ouvert la voie. Ils ont dit non à tout autre chose.

(à Mme Haller) La Communauté est aussi un espace social. L'évolution des règles progresse certes lentement et un des

domaines le moins prospère et le moins adapté est certainement le domaine social. Toute une série de questions importantes comme les salaires, la codécision, le droit de grève demandent l'unanimité des membres et non pas la majorité. La diversité des vues n'a jamais permis à la Communauté de réaliser l'unanimité des Douze. La Suisse peut participer à ce contenu social tel qu'il se développera avec sans doute certaines modifications à apporter.

(à Mme Bär) Penser que c'est après un dimanche d'euphorie ou l'on a dit oui, il n'était pas massif, aux Institutions de Bretton Wood que le Conseil fédéral a sorti le lapin du chapeau et qu'il est parti à la conquête, serait faire injure à un minimum de lucidité gouvernementale. L'idée de l'orientation de la Suisse vers la Communauté, pas plus qu'elle n'est née la nuit du 21 au 22 octobre 1991, n'est née après cette votation. Elle était née bien avant d'un Conseil fédéral unanime. C'est la considération que la tendance Delors à l'intérieur de la Communauté, plutôt favorable à attendre et à s'approfondir, était battue par la majorité des Douze, qui veut aller plus rapidement en besogne, qui a placé le Conseil fédéral devant sa responsabilité. Du moment que nos convictions vont dans cette direction, pouvons-nous nous permettre, artificiellement à certains égards pour une plus grande clarté dans le débat interne, retarder la volonté d'enclencher mécaniquement des discussions qui dureront des années, au risque d'avoir raté un premier passage pour un motif qui ne serait pas fondamental? C'est cette réflexion que le Conseil fédéral a eue après avoir multiplié les contacts à l'intérieur de la Communauté. Un non au FMI aurait pu poser un problème, on aurait dû programmer quelque chose de différent, mais la décision d'y aller était prise depuis longtemps; c'est un miracle que la fuite ne se soit produite que le 18, elle aurait pu se produire depuis le début du mois.

Etre membre de l'ONU n'a jamais été une condition, mais plusieurs membres de la Communauté l'articulent maintenant.

(à Mme Bäumlín) S'il n'y a actuellement pas de politique communautaire de l'asile, on essaie d'en constituer une. Le risque de voir une CE forteresse s'atténuer par rapport à il y a une année ou deux parce que la Communauté se rend compte qu'elle a besoin des autres pour vivre économiquement.

(à M. Bircher Silvio) Nous n'avons fait qu'une phrase car nous ne voulions pas enclencher une discussion qui aurait été oiseuse par définition. Pour les membres de l'AELE, la matière à négocier existe. Plus on avancera dans le temps plus elle sera limitée.

Le chronomètre du président étant impératif, je renonce à mon grand regret à répondre à quelques questions qui n'étaient pas secondaires.

Herr **Frey Walter** wünscht, dass die noch nicht im Detail beantworteten Fragen schriftlich beantwortet werden.

M. **Rebeaud**: Le Conseil fédéral n'a pas répondu à une question essentielle concernant l'éventualité d'un refus de l'accord EEE dans la perspective de l'adhésion. Néanmoins le ton général de sa réponse donne une indication assez claire. Je suis donc en mesure de prendre connaissance du rapport.

- 67 -

Abstimmung - Vote

Ordnungsantrag: jetzt abstimmen 13 Stimmen
Dagegen 4 Stimmen

Abstimmung - Vote

Der Antrag Oehler wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Abstimmung - Vote

Antrag Bundesrat (Kenntnisnahme) 13 Stimmen
Antrag Frey Claude (Kenntnisnahme in
ablehnendem Sinne) 5 Stimmen
(4 Enthaltungen)

Unterbruch der Sitzung von 12.40 bis 14.15 Uhr
La séance est interrompue de 12 h 40 à 14 h 15

Detailberatung Integrationsbericht

Herr **Fischer-Hägglingsen** übernimmt in Vertretung des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Kommission den Vorsitz.

M. Rebeaud: Je répète ma question. Comment juge-t-on du point de vue du gouvernement les possibilités d'une négociation au cas où le peuple et les cantons refuseraient la ratification de l'EEE? Est-il possible d'envisager une négociation pour l'adhésion dans de bonnes conditions si l'EEE était rejeté?

Bär: Welches sind die Verhandlungsvorgaben des Bundesrates? Wie wird unsere Kommission einbezogen? Wird die EG den Uno-Beitritt zur Bedingung machen?

Vollmer: Wie werden Parlament und Kommissionen diesen Prozess begleiten? Braucht es allenfalls besondere Gefässe? Innerhalb der EG gibt es in der Frage des Sozialraumes eine zweispurige Entwicklung (EG der Zwölf resp. der Elf). Wie situiert sich der Bundesrat in dieser Frage? Wie beurteilt der Bundesrat Maastricht nach dem Nein der Dänen? In welchen Bereichen wird die Schweiz besondere Verhandlungen anstreben müssen?

Grendelmeier: Wo fängt die Aussenpolitik der EG an? Gibt es Verteidigungsaufgaben für die Schweiz? Was hat Dänemark bezüglich unserer Verhandlungsstrategie ausgelöst? Will die Schweiz sich in der EG für ein Zweikammersystem einsetzen?

Steffen: Wie werden nach einem EG-Beitritt die obersten Bundesorgane der Schweiz funktionieren? Werden Bundesrat und Parlament zu Umsetzungsbehörden für beschlossenes EG-Recht abgewertet werden? Welche Sonderzügelein will die Schweiz einbringen? Welche Verwirklichungschancen sind dafür zu erwarten?

Blankart: (à M. Rebeaud) Si le Conseil fédéral n'avait pas soumis une demande d'ouverture de négociations d'adhésion avant le vote sur l'EEE, il aurait difficilement pu le faire. Si ce

vote est positif tous ceux qui auraient voté pour l'EEE dans le but d'éviter une adhésion se seraient sentis dupés. S'il avait été négatif il aurait été difficile de l'interpréter comme une expression en faveur de l'adhésion. Le Conseil fédéral s'est décidé avant pour clarifier la situation et montrer le chemin à plus long terme. Il y aura deux votes et le citoyen pourra décider dans chaque vote. Il n'y a pas d'automatisme de l'EEE en direction de l'adhésion. C'est la directive que le Conseil fédéral a fixée. Ce qu'en détail le Conseil fédéral fera le lendemain du vote sur l'EEE est une question hautement politique à laquelle il ne pourrait certainement pas lui-même répondre aujourd'hui, c'est une question d'appréciation au moment venu.

Kellenberger: Der Integrationsbericht enthält bereits gewisse Elemente von Verhandlungsvorgaben. So ist z. B. dargelegt, welche Ziele der Bundesrat für die Landwirtschaft verfolgt (angemessene, produktweise verhandelte Übergangsfristen; Spielraum für nationale begleitende Massnahmen [Direktzahlungen]). Ein wichtiger Verhandlungsgegenstand werden die Übergangsfristen bei der Fiskalpolitik sein. Auch die Zollunion und die Regionalpolitik (Abgrenzung der Fördergebiete) könnten ein Thema sein. Der Bundesrat muss detaillierte Verhandlungsrichtlinien erst noch erlassen.

Ebenfalls zu verhandeln wird sein, wieviele Vertreter wir im europäischen Parlament und im Wirtschafts- und Sozialausschuss haben werden und wie unsere Stimme im EG-Ministerrat gewichtet wird. Der Acquis des Vertrages wird von den neuen Kandidaten zu übernehmen sein. Vieles davon ist aber noch entwicklungsfähig. Möglicherweise wird ein Text über die Stellung der neutralen Staaten im Rahmen der gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik verhandelt.

Spinner: Die Aushandlung des Vertrages von Maastricht begann lange nach dem EWR-Vertrag, war aber vor diesem fertig. Die Annahme von Maastricht bedingt Einstimmigkeit von allen EG-Mitgliedstaaten.

Entscheiden ist das Subsidiaritätsprinzip von Artikel 3 b. Dabei wird einem Prinzip rechtlicher Schutz gegeben, das bei uns längst selbstverständlich gelebt wird. Ein Land, das der Meinung ist, dass etwas besser auf nationaler oder gar regionaler Ebene geregelt würde als in der EG, kann dies vor dem Gerichtshof in Luxemburg geltende machen. Ich betrachte dies als einen der Angelpunkte des Vertragswerkes. Er war politisch sehr umstritten.

Der Vertrag kreierte weder eine Wirtschafts- und Währungsunion, noch eine politische Union. Es ging darum, das bestehende EG-Gebäude mit einer grossen Anstrengung in die Höhe zu heben und neu auszurichten. Jetzt erst beginnt ein neuer Weg, der viele Entscheide erfordern wird, die in allen wichtigen Fällen einstimmig sein müssen. Das nächste Rendezvous wird eine Regierungskonferenz im Jahre 1996 sein. Dort wird dann über eine Demokratisierung der Gemeinschaft gesprochen werden.

Volumenmässig der grösste Teil des Vertrages revidiert den EWG-Vertrag. In verschiedenen Bereichen erhält das Parlament eigentliche Mitentscheidungsrechte.

In Brüssel war nach den Verhandlungen klar, dass die Mitgliedstaaten gegen die Kommission gewonnen hatten. Vieles, was Herr Delors vergemeinschaften wollte, blieb intergouvernemental, also zwischenstaatlich.

Kellenberger: (Zu Frau Bär) Nach unserer Analyse ist es für das Funktionieren der Gemeinschaft nicht notwendig, dass wir von Anfang an Mitglied der Uno wären. Es könnte zum Problem werden, sobald die Schweiz die Präsidentschaft der Gemeinschaft übernehme. Dieser Fall würde aber nicht vor dem Jahr 2000 eintreten.

(Zu Herrn Vollmer) Die Frage der Sozialpolitik ist noch offen. Festzuhalten ist, dass auch die Gruppe der Elf in der EG ihre Sozialpolitik weiterentwickeln will, allerdings ist dies nur bei Einstimmigkeit möglich.

M. Krafft: Plusieurs questions ont été posées sur la neutralité. Je peux m'imaginer que vous m'avez suffisamment entendu lors de vos dernières réunions et que vous souhaiteriez une fois une prise de position du Conseil fédéral.

(à M. Steffen) Au sujet des conséquences d'une adhésion à la Communauté sur le rôle des autorités fédérales, il est nécessaire de constater la différence entre le TEEE et l'adhésion. Le TEEE ne comporte pas de transfert de compétences législatives à un niveau supérieur alors que l'adhésion impliquerait le transfert de certaines compétences à des organes supranationaux. Dans la mesure où des compétences sont conférées à la Communauté, le processus législatif communautaire se substitue au processus législatif national. Le processus législatif communautaire implique au niveau de la Communauté le droit d'initiative de la Commission, le Conseil qui est l'organe décisionnel et le Parlement européen, appelé à remplir son rôle dans la mesure où il a des fonctions particulières dans le processus législatif communautaire. La conséquence du transfert législatif implique, alors qu'elles sont maintenant exercées par les parlements nationaux, que ces compétences le soient par des organes où la Suisse serait représentée. Au lieu de légiférer au niveau national, la Suisse participerait au processus législatif communautaire soit par le biais de députés qui seraient envoyés par la Suisse au Parlement européen, soit par la participation au Conseil et à la Commission. Vous perdriez au niveau national ce qui serait à l'avenir exercé au niveau européen.

Le Conseil fédéral, en tant que représentant de la Suisse au Conseil, aura un rôle plus important à jouer lors de l'adoption des actes législatifs, directifs ou réglementaires. Evidemment le Conseil fédéral aura l'occasion de prendre les contacts avec le Parlement et il y aura un échange permanent d'informations et de consultations qui donnera aux commissions parlementaires compétentes la possibilité d'être informées, consultées et de se prononcer sur les futurs actes législatifs au niveau communautaire.

Lorsque la Communauté légifère par voie de règlements, ceux-ci sont directement applicables, sans marge de manoeuvre, et il s'agit de modifier la législation qui serait contraire à un règlement communautaire. En revanche lorsque la CE légifère par voie de directives, celles-ci doivent être transposées dans l'ordre juridique interne des Etats membres et le Parlement

recupère sa compétence de légiférer dans le cadre général posé par la directive, avec la possibilité de référendum lorsqu'il s'agit d'adopter les lois d'application et de mise en oeuvre. Au niveau judiciaire, la grande innovation serait que l'on donnerait à nos tribunaux la possibilité de s'adresser à la Cour de Justice pour demander des avis préjudiciels. Il y a un système de coopération entre les juridictions nationales et la Cour du Luxembourg qui est appelée à donner son interprétation authentique des dispositions du Traité de Rome. Un système de coopération s'instituera. Il existera déjà dans une certaine mesure au niveau de l'EEE puisque le Traité prévoit la possibilité de conférer aux juridictions nationales la compétence de solliciter des avis à la Cour AELE, qui n'ont pas d'effets obligatoires, ou dans le système communautaire par le système d'avis préjudiciels. Un système de coopération permanente existera entre les autorités judiciaires nationales qui sont là pour appliquer la législation communautaire et la Cour de Justice communautaire qui est là pour donner son interprétation du Traité de Rome. Il faut distinguer les différents niveaux, mais le point essentiel est qu'alors que dans l'EEE il n'y a pas de transfert de compétences législatives, par l'adhésion à la CE des compétences ne peuvent plus être exercées que par les institutions communautaires dans lesquelles les autorités suisses seraient représentées.

Bäumlin: Wie werden wir, das heisst Parlament und Kommissionen in der Phase der Integrationsverhandlungen an der Ausarbeitung des Verhandlungsmandates mitbeteiligt?
Was bringt die Schweiz in die Nord-Süd-Politik Europas ein? Wir sollten in dieser Frage aktiv sein und politische Phantasie entwickeln.

Kellenberger: Zur Frage der Mitbeteiligung des Parlamentes sind verschiedene parlamentarische Vorstösse hängig. Die Antworten werden zur Zeit vorbereitet. Auszugehen ist von Artikel 47 des revidierten Geschäftsverkehrsgesetzes. Bereits für die Verhandlungen des EWR-Vertrages hat - wenn auch nicht optimal - eine sehr regelmässige Information und auch Entgegennahme von Standpunkten des Parlamentes stattgefunden. Die EG hat, insbesondere seit dem Abkommen von Lomé, eine sehr weitreichende und fortschrittliche Entwicklungszusammenarbeit. Im Budgetrahmen 1993 - 97 soll gemäss Kommissionsvorschlag der Budgetposten für sogenannte "externe Aktivitäten" (Entwicklungszusammenarbeit Nord-Süd und Zusammenarbeit im europäischen Ost-West-Kontext) prozentual am stärksten von allen Posten wachsen.

Kapitelweise Beratung der Botschaft zum EWR-Abkommen:

1. Einleitung

2. Historique des négociations de l'accord EEE

Präsident: In welchem Verhältnis steht dieser Vertrag zu denjenigen Verträgen, die die Schweiz im Rahmen des Freihandelsabkommens mit der EG oder mit einzelnen Staaten abgeschlossen hat? Was passiert, wenn keine Deckungsgleichheit besteht? Würden die alten Freihandelsabkommen wieder aufleben, falls der EWR-Vertrag gekündet oder aufgelöst würde?

Frey Walter: Auf Seite 2 der Übersicht heisst es, wir würden keine legislativen Kompetenzen an die EG abtreten müssen und zudem über ein Veto-Recht verfügen. Heisst das umgekehrt, dass die Schweiz ihre eigenen legislativen Kompetenzen voll ausschöpfen kann? Was geschieht, wenn sie sich dadurch in Widerspruch zu EG-Recht stellt? Kann das Vetorecht ausgeübt werden, ohne dass später daraus Nachteile erwachsen?

Blankart: Zu Beginn der Verhandlungen hatte sich die EG-Kommission vorgestellt, dass das EWR-Organ abschliessend Entscheide fällen könnte, die gemäss unserer verfassungsmässigen Ordnung in die Kompetenz der Eidgenössischen Räte oder gar des Volkes fielen. Eine Verfassungsänderung wäre folglich unumgänglich gewesen. Es ist uns gelungen, diese Gefahr abzuwenden, obwohl wir mit dieser Haltung am Anfang auf Efta-Seite sehr einsam waren. Der grösste Teil des Acquis communautaire fällt in die Verordnungsbefugnisse des Bundesrates. Ist dem nicht so, so wird in permanentem Expertenkonsultations- und -informationsverfahren und mit dem Mittel des Droit d'évocation das zustande gebracht, was mein Vor-Vorgänger vor 20 Jahren mit der "gestaltenden Mitwirkung" im Freihandelsabkommen vergeblich zu erreichen versuchte. Das Verfahren endet schliesslich in einem Beschluss des gemischten Ausschusses, der dem Parlament zur Ratifikation vorgelegt wird und der folglich dem fakultativen Referendum unterliegt.

Im Artikel 102 Absatz 4 heisst es, dass, wenn man sich nicht einigen kann, eine Verhandlung eröffnet wird, in der der gemischte Ausschuss "alle sonstigen Möglichkeiten" prüft. Der gemischte Ausschuss kann die erforderlichen Beschlüsse fassen, einschliesslich der Möglichkeit der Anerkennung der Gleichwertigkeit der Rechtsvorschriften.

Im Vetofall wird verhandelt, werden also sonstige Möglichkeiten gesucht. Wenn bei allem guten Willen keine Lösung gefunden wird, kann die EG gegenüber der Schweiz Schutzmassnahmen ergreifen, oder, als Ultima ratio, den Teil des Anhangs (nicht des Hauptabkommens) auf Gegenseitigkeit suspendieren. Sobald wir Schwierigkeiten haben, fallen wir also sektoriell wieder in den Alleingang zurück. Im Alleingang werden die bestehenden Verträge, die nicht ausser Kraft treten, sondern lediglich nicht angewandt werden, automatisch wieder aktiviert.

Frey Walter: Es trifft also zu, dass wir zwar eigene Kompetenzen haben, dass aber deren Ausübung unerwünschte Konsequenzen haben kann.

Blankart: Bei allen internationalen Verträgen schränkt man seine Handlungsfreiheit im Rahmen dieser Verträge ein.

M. Krafft: Nous sommes entrés en négociation avec deux objectifs fondamentaux. Le premier était de ne pas toucher ou de sauvegarder dans toute la mesure du possible l'acquis, ces 130 accords entre la Communauté et la Suisse. Nous avons obtenu la solution la plus favorable puisque nous devons admettre que le Traité EEE l'emporterait sur les traités antérieurs portant sur la même matière; ces traités ne sont pas suspendus, ils ne sont simplement pas appliqués. Si le TEEE devait être dénoncé

ou qu'une partie de celui-ci devait être suspendue, automatiquement les traités existants et notamment l'accord de libre échange seraient à nouveau applicables. Notre deuxième préoccupation était de sauvegarder autant que possible les accords existants avec les Etats membres de la Communauté et notamment les accords de coopération régionale puisque la Suisse, parmi les pays de l'AELE, était celui qui a le plus d'accords bilatéraux avec la France, l'Allemagne, l'Autriche, l'Italie. Nous n'avons pas pu régler cette question dans le Traité EEE lui-même parce que la Communauté ne le voulait pas en raison des difficultés qu'elle a sur les accords entre les Etats membres et les Etats tiers. Une déclaration commune, annexée au Traité, prévoit que l'EEE n'affecte pas les droits garantis par les accords existants entre un ou plusieurs Etats membres de l'AELE et un ou plusieurs Etats membres de la Communauté, du moins aussi longtemps que des droits équivalents ne sont pas garantis par le TEEE. Tous les accords conclus avec les pays voisins continueront à s'appliquer aussi longtemps que des droits équivalents ne seront pas garantis par l'EEE, ce qui sera le cas le plus fréquent puisque ces accords bilatéraux prévoient en général une situation plus favorable que l'accord EEE.

Herr Rychen übernimmt das Präsidium.

Bär: Was passiert, wenn der EWR-Vertrag nicht mit dem Gatt kompatibel ist?

Blankart: Das ist eine wichtige Frage. Es handelt sich um ein Problem des Gatt, nicht des EWR. Das Gatt kann den EWR-Vertrag natürlich nicht ausser Kraft setzen. Kommen die Vertragsparteien zum Schluss, dass gewisse Zollvorschriften mit dem Gatt nicht kompatibel sind, müssen unter Umständen Kompensationen bezahlt werden.

Wir sind daran, mit dem Gatt ein allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen auszuhandeln. Wir sagten dabei von Anfang an, dass wir Konzessionen, die wir anderen gegeben haben, nicht automatisch anwenden. Wenn wir uns in Zukunft im Versicherungssektor mit der Gemeinschaft in einer Freihandelszone befinden, so wollen wir dies nicht aufgrund des Gatt-Dienstleistungsabkommens automatisch auch den Amerikanern, Japanern etc. geben müssen. Darüber muss verhandelt werden.

3. Structure d l'accord EEE

(Keine Bemerkungen)

4. Würdigung des Abkommens

Bär: Was kann der Bund tun, wenn ein Kanton seine Gesetze nicht EWR-kompatibel anpasst?

Spinner: Wenn ein Kanton seine Gesetze nicht anpasst, ist gegen aussen die Schweiz dafür verantwortlich. Gegen innen kann sich ein Privater, der sich dann nicht auf das kantonale Recht berufen kann, bei direkt anwendbaren Bestimmungen vor Gericht unmittelbar auf den Vertrag berufen. Bei nicht direkt anwendbaren Bestimmungen würde die Schweiz zur Rechenschaft gezogen.

Die Efta-Behörde überwacht, ob sich die Schweiz und ihre Kantone vertragkonform verhalten. Tun sie dies nicht, werden Fristen gesetzt.

Frey Walter: Damit werden die Volksrechte beschnitten.

Spinner: Die Rechte, die der Richter anwenden würde, wären offen in dem Vertrag dargelegt, der von Volk und Ständen angenommen worden wäre.

(Auf eine Frage von Frau Grendelmeier) EWR-Recht bricht Schweizer Recht. Der grösste Teil des übernommenen Rechtes ist nicht direkt anwendbar, sondern Richtlinienrecht, bei dem legislativischer Spielraum besteht. Nur wenn dieser Spielraum nicht eingehalten wird, bricht EWR-Recht Schweizer Recht. Der Grundsatz, das Völkerrecht Landesrecht bricht, ist in unserer Rechtsordnung nicht neu.

M. Krafft: Le traité EEE, comme tous les traités internationaux, l'emporte sur la législation interne et par conséquent les dispositions du traité l'emportent sur la législation fédérale cantonale et communale. Ce qui est nouveau c'est que ce traité a une portée et une substance plus importante que les traités conclus jusqu'à présent. Tous les traités en matière de reconnaissance et d'exécution des jugements de procédures civiles l'emportent sur les dispositions de procédures civiles des cantons. Par exemple la Convention européenne des droits de l'homme l'emporte sur tous les codes de procédures cantonales en matière pénale et cela a des conséquences assez importantes.

Mühlemann: Die Gegenüberstellung von EWR und EG, d. h. die Beschreibung der Unterschiede ist zu wenig deutlich.

Au nom de la commission, M. **Frey Claude** remercie le président, pour la très généreuse hospitalité.

Verschiedenes

Der Präsident schlägt vor, dass für die Reise der APKN nach Dänemark und Schweden vom 19. bis 21. resp. 22. Oktober von jeder Fraktion ein Mitglied mitkommen könne. Bewilligt ist die Reise für 9 Mitglieder der APKN und 4 Mitglieder der APKS.

Oehler: Antrag: Beteiligung der Fraktionen gemäss ihrer Grösse.

Abstimmung - Vote

Vorschlag Präsident	8 Stimmen
Antrag Oehler	7 Stimmen

Präsident: (Auf eine Frage von Herrn Fischer) Es ist vorgesehen, die Informationen unter den Kommissionen, die sich mit Eu-rolex befassen, rasch auszutauschen.

Ende der Sitzung 15 Uhr 45
La séance est levée à 15 h 45.

ECOSSENS / BHP / IPSO

Europäische Integration und ökologische Folgen für die Schweiz

Kurzreferat

von Dr. Chr. Hanser, BHP, Zürich

**anlässlich der Sitzung
der Aussenpolitischen Kommission
des Nationalrates**

vom 25. Juni 1992 in Worben bei Lyss

Zürich, 24. Juni 1992

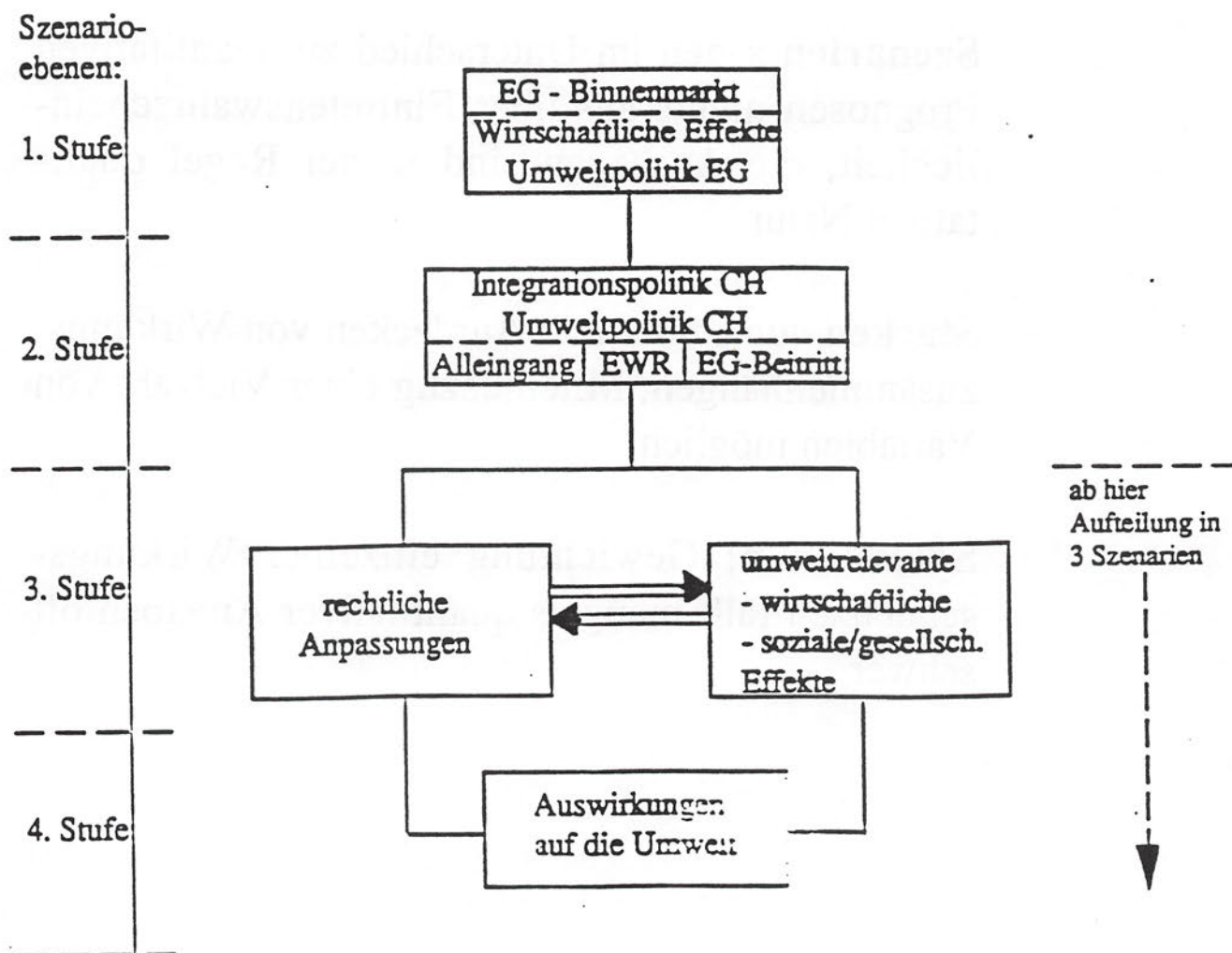
1. Zum Auftrag

- Der Arbeitsgemeinschaft Ecosens/Brugger, Hanser und Partner/IPSO wurde vom BUWAL am 18. Dezember 1991 der Auftrag erteilt, bis am 15. Mai 1992 eine Studie zum Thema "Europäische Integration und ökologische Folgen für die Schweiz" zu erarbeiten.
- Zu untersuchen waren die drei Szenarien
 - Alleingang
 - EWR-Vertrag
 - EG-Mitgliedschaft
- Grundlage der Studie bildet gemäss Auftrag das Gutachten Hauser/Bradke über die ökonomischen Folgen der Integration sowie der Task Force Bericht der EG 1992 - The Environmental Dimension.
- An diese Vorgabe war das Projektteam gebunden. Eine eigentliche Diskussion der Basis Hauser ist nicht Gegenstand der Studie. Hier liegt eine methodische Einschränkung.

F 3

2. Methodisches Vorgehen

2.1 Das Analysekonzept im Überblick

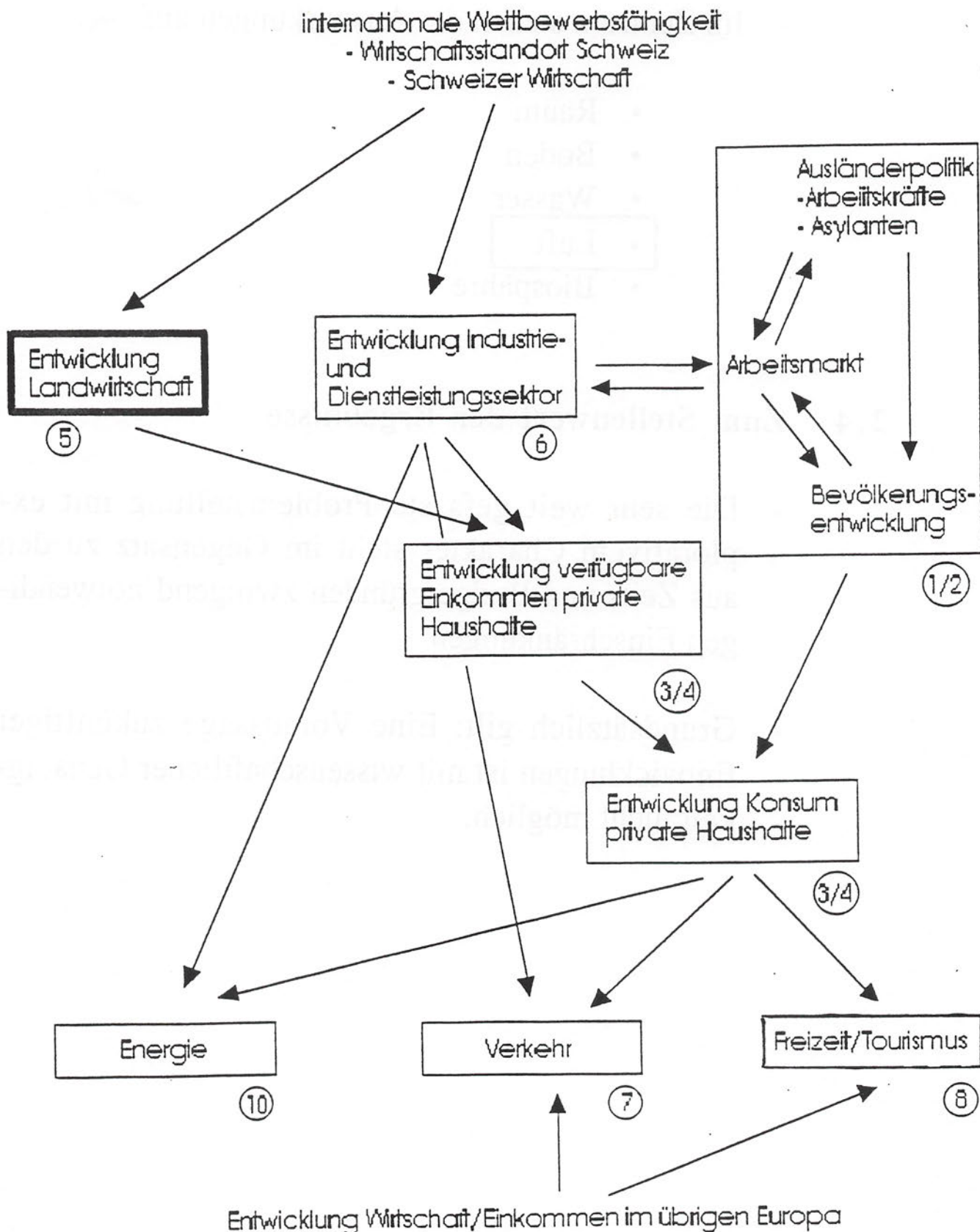


- Die Untersuchung befasst sich in einem **ersten Schritt** mit den zu erwartenden rechtlichen Veränderungen und sozioökonomischen Entwicklungen
- In einem **zweiten Schritt** geht es darum, diese Veränderungen aus ökologischer Sicht zu interpretieren

F 4

- Im Zentrum steht nicht primär die zukünftige Entwicklung der wesentlichen Umweltgrössen an sich; vor allem interessieren die in den einzelnen Szenarien zu erwartenden **Unterschiede**
- **Szenarien** sagen im Unterschied zu quantitativen Prognosen nichts aus über Eintretenswahrscheinlichkeit, die Aussagen sind in der Regel qualitativer Natur
- **Stärken** von Szenarien: Aufdecken von Wirkungszusammenhängen; Miteinbezug einer Vielzahl von Variablen möglich
- **Schwächen**: Gewichtung einzelner Wirkungssequenzen fällt mangels quantitativer Angaben oft schwer

2.2 Die untersuchten Themenfelder



2.3 Die relevanten ökologischen Dimensionen

- Im Zentrum stehen die Auswirkungen auf
 - Raum
 - Boden
 - Wasser
 - Luft
 - Biosphäre

2.4 Zum Stellenwert der Ergebnisse

- Die sehr weit gefasste Problemstellung mit explorativem Charakter steht im Gegensatz zu den aus Zeit- und Budgetgründen zwingend notwendigen Einschränkungen
- Grundsätzlich gilt: Eine Voraussage zukünftiger Entwicklungen ist mit wissenschaftlicher Genauigkeit nicht möglich.

Was ist die Studie ...

- Sie ist der erste Versuch einer Auslegeordnung
- Sie will denkbare Entwicklungen aufzeigen und diese plausibel begründen
- Sie will Denkhilfe, nicht Denkersatz sein, um vertiefende Fragen zu stellen
- Sie will zur Auseinandersetzung mit ihrem Inhalt anregen
- Sie versucht, die Problematik in ihrer ganzen Interdisziplinarität aufzuarbeiten, weshalb Ökonomen, Ökologen, Soziologen und Juristen als Verfasser zeichnen.
- Sie steht am Anfang, nicht etwa am Ende eines Prozesses

... und was ist sie nicht

- Sie ist kein Bericht pro oder kontra Integration; sie enthält aber Argumente für beide politischen Lager
- Sie ist keine endgültige Situationsanalyse; sie basiert nicht auf Primärdaten, sondern stützt sich auf das Bestehende ab
- Sie ist kein Rechtsvergleich CH - EG im Sinne eines Öko-Eurolex-Projektes
- Sie weist auf Handlungsbedarf und Handlungsspielräume hin, ohne abschliessende Lösungen aufzuzeigen

3. Einige ausgewählte Ergebnisse

3.1 Auswirkungen in den Themenfeldern: Beispiel Landwirtschaft

- Die Landwirtschaft ist aus dem EWR-Vertrag weitgehend ausgeklammert. Daher können Alleingang und EWR gleichgesetzt werden. Allerdings heisst das nicht, dass sich in der Landwirtschaft nichts verändern wird. Aktuelle Trends werden fortgesetzt, GATT und autonomer Nachvollzug werden Auswirkungen haben.
- Im Falle eines EG-Beitritts der Schweiz muss mit einem sehr rasch ablaufenden Strukturwandel gerechnet werden, bedingt vor allem durch eine reduzierte Stützung der Produktpreise und durch deren Anpassung an EG-Niveau. Eine wichtige kompensatorische Wirkung entfalten die vorgesehenen Direktzahlungen.
- Die Entwicklung würde in einem solchen Fall mit deutlichen regionalen Unterschieden ablaufen:

F9

Talgebiet

- Preiseinbussen
- Direktzahlungen
nicht ausreichend
- Konzentration:
Abnehmende Betriebs-
zahl bei steigender
Betriebsgrösse
- Intensivierung/
Rationalisierung
Bewirtschaftung
grösserer zusammen-
hängender Flächen

Hügelzone

- Preiseinbussen
- Direktzahlungen
nicht ausreichend
- Konzentration
- Intensivierung
- Möglichkeiten be-
schränkt

Berggebiet

- Preiseinbussen
- Direktzahlungen
eher ausreichend
- Konzentration
- Intensivierung
- Möglichkeiten be-
schränkt

F 10

Talgebiet

- Druck auf Kleinstrukturen
- Trivialisierung
- evtl. ungenutzte Restflächen

Hügelzone

- Intensivierung in guten Lagen
- Extensivierung in Hanglagen
- z.T. Brachlandprobleme

Berggebiet

- Auswirkungen auf Landschaft abhängig von Auflagen bei Direktzahlungen

Handlungsbedarf

- Sicherstellung naturnaher Lebensräume
- Neue Vision für die Berglandwirtschaft
- Zielvorstellungen für Landschaftsentwicklung
- Auflagen
- ökologischer Landbau
- Landschaftspflege

Handlungsbedarf in der Hügelzone besonders gross

F 11

Szenarioabhängige Entwicklung der Stickoxidemissionen:

Quelle	Tendenz	Unterschiede zwischen den Szenarien
Haushalte	fallend	keine
Industrie- und Dienstleistungen	eher steigend	geringe
Verkehr		
- Binnenverkehr Agglomerationen	steigend	EG/EWR eher stärker als Alleingang
übriges Gebiet	fallend	keine merklichen Unterschiede
- Ziel- und Quellverkehr	steigend	kann nicht beantwortet werden
- Transitverkehr	stark steigend	gross; abhängig von NEAT und Transitabkommen
Freizeit/Tourismus	leicht steigend	EWR/EG stärker als Alleingang
Energie (ohne Verkehr)	Prognose schwierig	keine

3.2 Auswirkungen auf die Umweltelemente: Beispiel Luft

- Aufgrund der revidierten Luftreinhalteverordnung ist anzunehmen, dass sich die Luftqualität bei gewissen Schadstoffen verbessern wird (z.B. flüchtige organische Kohlenstoffe)
- Die zu erwartenden szenariospezifischen Unterschiede sind im allgemeinen sehr klein
- Eine Ausnahme stellt die **NO_x-Belastung** dar. Ursache: Starke Verkehrszunahme mit möglicherweise markanten Unterschieden zwischen den Szenarien
- Starke Abhängigkeit dieser Befunde von den verkehrlichen Rahmenbedingungen. Sehr grosse Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem Transitabkommen und der Realisierung der NEAT zu.

4. Einige Schlussfolgerungen

- Die Untersuchung zeigt als wohl wichtigstes Ergebnis, dass die Entwicklungstrends in allen drei Szenarien ähnlich verlaufen. Die Resultate weisen für alle drei Szenarien in dieselbe Richtung. Unterschiede ergeben sich lediglich bezüglich Ausmass oder Geschwindigkeit von ökologisch relevanten Entwicklungen.
 - Bevölkerung wächst
 - BIP nimmt zu
 - Flächenverbrauch steigt
 - Verkehr nimmt zu
 - Strukturwandel in der Landwirtschaft beschleunigt sich
- Damit wird deutlich, dass die Umweltbelastung in jedem Fall weiter zunehmen wird
- Belastungsgrenzen werden früher oder später - unabhängig von gewähltem Integrationsszenario erreicht werden
- Sustainable Development ist nicht in Sicht

F 14

**Die Umweltsituation in der Schweiz ist
nicht primär von der Frage Alleingang,
EWR-Vertrag oder EG-Beitritt abhängig**

**In jedem Fall besteht ein grosser ökolo-
gischer Handlungsbedarf**

NATIONALRAT

Aussenpolitische Kommission

Sitzung vom 24. - 26.6.1992

Antrag SP-Kommissionsmitglieder von 25. Juni 1992

Der Integrationbericht und die EWR-Botschaft sind getrennt zu beraten und zwar in dieser Reihenfolge, d.h. gleich wie die Beratung im Nationalrat.

CONSEIL NATIONAL

Commission de politique extérieure

Séance du 24 au 26 juin 1992

Proposition des membres du groupe socialiste de la Commission du 25 juin 1992

Les délibérations sur le rapport sur la question d'une adhésion de la Suisse à la CE et sur l'accord EEE doivent être séparées et les objets doivent être traités dans cet ordre comme lors des délibérations au plénum du Conseil national.

NATIONALRAT

Aussenpolitische Kommission

Sitzung vom 24. - 26. Juni 92

92.052 n Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum

Antrag Frey Walter vom 24. Juni 1992

Nicht eintreten.

CONSEIL NATIONAL

Commission de politique extérieure

Séance du 24 au 26 juin 1992

92.052 n Arrêté fédéral sur l'Espace économique européen

Proposition Frey Walter du 24 juin 1992

ne pas entrer en matière.

CONSEIL NATIONAL

Commission de politique extérieure

Séance du 24 au 26 juin 1992

92.053 n Rapport sur la question d'une adhésion de la Suisse à la Communauté européenne

Proposition Frey Claude du 25 juin 1992

Prendre acte du rapport en le désapprouvant.

NATIONALRAT

Aussenpolitische Kommission

Sitzung vom 24. - 26. Juni 92

92.053 n Bericht zur Frage eines Beitritts der Schweiz zur EG

Antrag Frey Claude vom 25. Juni 1992

Vom Bericht im ablehnenden Sinne Kenntnis nehmen.

NATIONALRAT

Aussenpolitische Kommission

Sitzung vom 24. - 26.6. 92

92.053 n Bericht zur Frage eines Beitritts der Schweiz zur EG

Eventualantrag Oehler vom 26. Juni 1992

Über diesen Bericht ist erst nach der Volksabstimmung über den EWR-
Vertrag abzustimmen

CONSEIL NATIONAL

Commission de politique extérieure

Séance du 24 au 26 juin 1992

92.053 n Rapport sur la question d'une adhésion de la Suisse à la
Communauté européenne

Proposition éventuelle Oehler du 26 juin 1992

Le vote sur le rapport doit être reporté après la votation populaire sur
l'accord EEE.